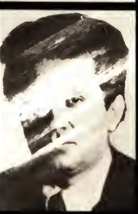
„Unpersonen"



-wer waren sie wirklich ?



»UNPERSONEN«

wer waren sie wirklich?

»UNPERSONEN«
wer waren sie wirklich?

Bucharin · Rykow · Trotzki
Sinowjew · Kamenew



Dietz Verlag Berlin

Aus dem Russischen von Barbara Heitkam,
Sibylle Kubale und Sven Schmieder

»Unpersonen« – wer waren sie wirklich? :
Bucharin · Rykow · Trotzki · Sinowjew · Kamenew · /
Berlin : Dietz Verl., 1990. – 203 S. : 5 Abb.
Aus d. Russ. übers.

ISBN 3-320-01547-8

Mit 5 Abbildungen

Lizenznummer 1 · LSV 0248
Typographie: Horst Kinkel
Umschlag: Peter Schulz
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: Druckzentrum Berlin Grafischer Großbetrieb
Best.-Nr.: 738 806 5
DDR 8,80 M

Vorbemerkung

Seit einiger Zeit wird auch bei uns in der DDR von »weißen Flecken« in der Geschichte gesprochen, von Personen, deren Leistungen, deren Namen aus der Geschichte verbannt worden sind oder die als feindliche, konterrevolutionäre Elemente gebrandmarkt wurden.

Die sowjetische Geschichtswissenschaft hat – dank Perestroika und Glasnost – bereits vor einigen Jahren begonnen, ihre »Unpersonen« neu zu bewerten.

Nikolai Bucharin, Alexej Rykow, Lew Trotzki, Grigori Sinowjew und Lew Kamenew gehören wohl zu den bekanntesten »Unpersonen« in der Geschichte der Sowjetunion. Sie zählten zu den engsten Kampfgefährten Lenins, zu den theoretisch und praktisch führenden Köpfen des jungen Sowjetstaates und seiner Kommunistischen Partei. Vier von ihnen wurden, von Stalin als »Konkurrenten« oder »Widersacher« betrachtet, in Schauprozessen 1936 und 1938 unter falschen, konstruierten Beschuldigungen zum Tode verurteilt.

Lew Trotzki wurde des Landes verwiesen. Für eine Weile konnte er sich den Stalinschen Schergen durch Flucht, die ihn schließlich nach Mexiko führte, entziehen. 1940 fiel er einem Mordanschlag zum Opfer. Gerade um ihn – bedingt durch unbefriedigende Information – ranken sich Gerüchte, Mutmaßungen; Legenden gingen von Mund zu Mund, als handele es sich um einen höchst gefährlichen Verbrecher, einen »Dämon der Revolution«.

Bucharin, Rykow, Sinowjew und Kamenew sind 1988 rehabilitiert worden – über fünfzig Jahre mußten vergehen, ehe die schändlichen Gerichtsurteile aufgehoben wurden.

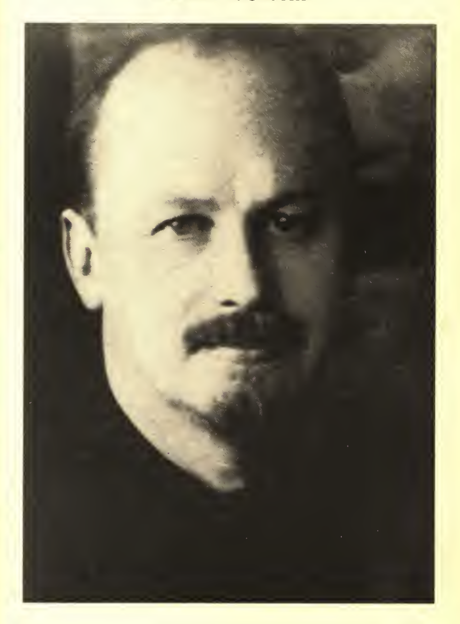
Trotzkis politischer Lebensweg bedarf noch einer gründlichen wissenschaftlichen Analyse, ehe eine gerechte und umfassende Beurteilung möglich sein wird.

Ziel unserer Publikation ist, mit den biographischen Skizzen wichtiger »Unpersonen« erste Lücken im Geschichtsbild der zwanziger und dreißiger Jahre zu schließen. Wir erheben somit nicht den Anspruch, die vorgestellten Personen umfassend charakterisiert zu haben. Aus der Fülle von Artikeln und Aufsätzen in Zeitungen und Zeitschriften der Sowjetunion wählten wir die Materialien aus, die uns am schnellsten zur Verfügung standen und von denen wir annehmen, daß sie dem Leser ein erstes Bild von diesen fünf historischen Persönlichkeiten vermitteln. Uns ist bewußt, daß noch viele Namen fehlen, bekannte und weniger bekannte.

Den Artikeln sowjetischer Historiker und Publizisten sind jeweils ein Foto und eine Kurzbiographie mit wesentlichsten Daten aus dem Leben und Wirken der Persönlichkeit vorangestellt. Am Ende jedes Artikels geben wir die Quelle und den Namen des Übersetzers an. Anmerkungen zu Textstellen folgen jedem Aufsatz. Als Anhang bringen wir Hinweise auf weitere Quellen.

Der Verlag

Nikolai Bucharin



Nikolai Iwanowitsch Bucharin wurde 1888 in Moskau als Sohn eines Lehrers geboren. Er studierte an der Juristischen Fakultät der Universität Moskau, Fachrichtung Ökonomie. 1906 trat er der SDAPR bei.

Er war Teilnehmer an der Revolution 1905–1907. Von 1908 bis 1910 war er als Mitglied des Moskauer Komitees der SDAPR tätig. Wiederholt wurde er verhaftet. 1911 flüchtete er aus der Verbannung ins Ausland, wo er unter Lenins Leitung politisch arbeitete.

Im Frühjahr 1917 nach Rußland zurückgekehrt, leistete er Parteiarbeit in Petrograd und Moskau, er gehörte zu den führenden Kräften der Moskauer Parteiorganisation. Auf dem VI. Parteitag der SDAPR(B) (Juli/August 1917) wurde er zum Mitglied des Zentralkomitees gewählt, dem er bis 1934 angehörte. An dem bewaffneten Oktoberaufstand in Moskau war er führend beteiligt. Von Dezember 1917 an war er über viele Jahre (bis 1929) Chefredakteur der »Prawda«. Nach dem VIII. Parteitag der KPR(B) wurde er Kandidat (1919–1923) und dann Mitglied des Politbüros des ZK (1924–1929).

Intensive Arbeit leistete Bucharin im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, zu deren Führung er jahrelang gehörte. Als namhafter Wirtschaftswissenschaftler wurde er 1929 zum ordentlichen Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR gewählt und gehörte bald ihrem Präsidium an.

Das gemeinsame Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B) (April 1929) enthob Bucharin seines Postens als Chefredakteur der »Prawda«. Im November 1929 schloß ihn das Plenum des ZK wegen »rechter Abweichung« aus dem Politbüro des ZK aus. Auf dem XVI. Parteitag der KPdSU(B) (1930) wurde Bucharin zum Mitglied und auf dem XVIII. Parteitag (1934) zum Kandidaten des ZK gewählt. Im Februar 1934 wurde er Chefredakteur der »Iswestija«. 1935 erfolgte seine Wahl zum Mitglied des Zentralexekutivkomitees der UdSSR, er wurde Mitglied der Verfassungskommission der UdSSR.

Das Februar/März-Plenum des ZK der KPdSU(B) (1937) schloß Bucharin wegen angeblich parteifeindlicher und antisowjetischer Betätigung aus dem ZK und aus der Partei aus, er wurde verhaftet. In dem Schauprozeß mit der Bezeichnung »Antisowjetischer rechtstrotzkistischer Block« vom 2. bis 13. März 1938 wurde Bucharin unter falscher Beschuldigung zur Höchststrafe – Tod durch Erschießen – verurteilt. Das Urteil wurde am 15. März 1938 vollstreckt.

Am 4. Februar 1988 hob das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR das 1938 gefällte Urteil auf und stellte das Verfahren gegen Bucharin wegen fehlenden Tatbestands ein.

Am 21. Juni 1988 behandelte das Komitee für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU die Zugehörigkeit Bucharins zur Partei. In Anbetracht der Haltlosigkeit der damals gegen ihn erhobenen politischen Beschuldigungen, die seinen Parteiausschluß bewirkt hatten, und der vollständigen gerichtlichen Rehabilitierung sowie in Berücksichtigung seiner Verdienste um die Partei und den Sowjetstaat wurde ihm postum die Parteimitgliedschaft wieder zuerkannt.

Nikolai Bucharin

An die künftige Generation führender Parteifunktionäre[1]

Ich scheide aus dem Leben. Ich neige mein Haupt nicht vor dem proletarischen Fallbeil, das zwar unerbittlich, aber keusch sein muß. Ich spüre, wie hilflos ich angesichts jener teuflischen Maschinerie bin, die sich offenbar mittelalterlicher Methoden bedient und über kolossale Kräfte verfügt, Verleumdungen fabriziert und frech und sicher vorgeht.

Nichts von Dzierżyński ist geblieben, nach und nach sind die besten Traditionen der Tscheka in die Vergangenheit gerückt. Nichts ist geblieben von der Zeit, da die revolutionäre Idee all ihr Handeln bestimmte, ihre Strenge gegenüber den Feinden rechtfertigte, den Staat vor jeglicher Konterrevolution schützte. Von daher rührte das besondere Vertrauen, das besondere Ansehen, die Autorität und die Achtung, die sich die Organe der Tscheka erwarben. In heutiger Zeit verrichten die meisten sogenannten Organe des NKWD – dieser entarteten Organisation ideenleerer, demoralisierter, gut versorgter Beamter, die die frühere Autorität der Tscheka dem krankhaften Mißtrauen Stalins zuliebe, mehr wage ich nicht zu sagen, ausnutzen und auf Orden und Ruhm versessen sind – schändliche Dinge und begreifen nicht, daß sie sich gleichzeitig damit selbst vernichten – die Geschichte duldet keine Zeugen schmutzigen Tuns!

Ein jedes ZK-Mitglied, ein jedes Parteimitglied können diese »wundertätigen Organe« zermalmen, zu einem Verräter, Terroristen, Diversanten und Spion machen. Und wenn Stalin Zweifel an sich selbst aufkämen, die Bestätigung würde nicht lange auf sich warten lassen.

Gewitterwolken hängen über der Partei. Nicht nur mein Kopf wird völlig unschuldig fallen, sondern noch Tausende anderer Köpfe. Man hatte eine Organisation schaffen müssen, eine »bucharinsche Organisation«, die es aber in Wahrheit weder jetzt gibt, da ich schon sieben Jahre lang keine Spur von Meinungsverschiedenheit mit der Partei habe, noch damals, in der Zeit der rechten Opposition gegeben hat. Von den geheimen Organisationen

Rjutins und Uglanaws war mir nichts bekannt. Ich habe meine Ansichten gemeinsam mit Rykaw und Tamski affen dargelegt.

Seit meinem achtzehnten Lebensjahr gehäre ich der Partei an, und stets ist der Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, für den Sieg des Sozialismus das Ziel meines Lebens gewesen. In diesen Tagen nun druckt die Zeitung mit dem geheiligten Namen »Prawda« die abscheuliche Lüge, daß ich, Nikalai Bucharin, angeblich die Errungenschaften der Oktaberrevalutian zunichte machen und den Kapitalismus restaurieren wallte. Das ist eine badenlase Unverschämtheit, die reinste Lüge, vergleichbar nur mit einer salchen Unverschämtheit, einer salchen Verantwartungslasigkeit gegenüber dem Valke, als würde man sagen: es hat sich herausgestellt, daß Nikalai Ramanaw sein ganzes Leben dem Kampf gegen den Kapitalismus und die Manarchie, dem Kampf für die Verwirklichung des Sazialismus gewidmet hatte.

Wenn ich mich hinsichtlich der Methaden des Aufbaus des Sazialismus wiederhalt geirrt habe, sa sallen dafür künftige Generatianen nicht strenger über mich urteilen, als dies Wladimir Iljitsch getan hat. Wir strebten erstmals, auf einem nach ungebahnten Weg dem gemeinsamen Ziel zu. Es war dies eine andere Zeit, und es herrschten andere Sitten. In der »Prawda« wurde ein Diskussiansblatt gedruckt, alle diskutierten, suchten den richtigen Weg, lagen sich in den Haaren und versähnten sich wieder, um weiter zusammen varwärtszuschreiten.

Ich wende mich an Euch, die künftige Generatian führender Parteifunktionäre, zu deren historischer Mission die Pflicht gehären wird, das ungeheuerliche Knäuel van Verbrechen zu entwirren, die in diesen schrecklichen Tagen immer gräßeres Ausmaß annehmen, wie eine Flamme aufladern und die Partei ersticken.

ICH WENDE MICH AN ALLE PARTEIMITGLIEDER.

In diesen vielleicht letzten Tagen meines Lebens bin ich überzeugt, daß mich die Geschichte früher ader später unweigerlich wieder reinwaschen wird.

Ich bin niemals ein Verräter gewesen. Für Lenins Leben hätte ich ahne Schwanken mein eigenes hergegeben. Ich habe Kiraw geliebt, habe nichts gegen Stalin angezettelt.

Ich bitte die neue, junge und ehrliche Generatian führender Parteifunktianäre, meinen Brief auf einem ZK-Plenum zu verlesen, mir Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und mich wieder in die Partei aufzunehmen.

Ihr sollt wissen, Genossen, daß sich auf dem Banner, das Ihr auf dem siegreichen Weg zum Kommunismus tragt, auch ein Tropfen meines Blutes befindet.

Sputnik, 1988, Nr. 5, S. 117.
Rehabilitiert postum, Bd. 1,
Moskau 1988, S. 253–255, russ.

1 Den Text dieses brieflichen Vermächtnisses hatte Nikolai Bucharin seiner Frau Anna Larina vor der Verhaftung diktiert.

Gennadi Bordjugow, Wladimir Koslow

NIKOLAI BUCHARIN
Episoden einer politischen Biographie

Wir erleben eine unvergeßliche Zeit. Schritt für Schritt wird die historische Wahrheit wiederhergestellt, triumphiert die Gerechtigkeit. Reale Möglichkeiten für eine wahrhaft wissenschaftliche, objektive, allseitige und folglich zutiefst parteiliche Erforschung der sowjetischen Vergangenheit und für die Wiederbelebung der Erinnerung an viele Menschen, die lange Jahre der Vergessenheit anheimgegeben waren, aber aktiv auf den Gang der gesellschaftlichen Entwicklung einwirkten, haben sich eröffnet.

Als die Historiker begannen, sich über die Paradoxa und Dramen der Vorkriegsvergangenheit klarzuwerden, als sie sich den »kritischen Punkten« der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zuwandten und das Problem der Alternativen zur historischen Entwicklung des Landes aufwarfen, erstand vor unseren Augen buchstäblich aus dem Nichts die Gestalt Nikolai Iwanowitsch Bucharins – eines vor einem halben Jahrhundert verurteilten und, so schien es, für immer vergessenen Politikers. Jahrzehntelang wurde sein Name nicht in Nachschlagewerken und Enzyklopädien aufgenommen, er selbst aber erschien auf den Seiten wissenschaftlicher Abhandlungen nur als negative Person, fast als »böser Genius« der sowjetischen Geschichte. Ein solches chirurgisches »Entfernen« eines namhaften Parteifunktionärs aus der Vergangenheit (die nicht bloß ihn allein, sondern viele betraf) verzerrte unvermeidlich das allgemeine Bild und den Maßstab für die Aufnahme einer ganzen Reihe von historischen Ereignissen und Persönlichkeiten.

Stalin erreichte seinerzeit nicht nur die physische Vernichtung Bucharins, sondern strich ihn auch, wie es vielen schien, für immer aus der Geschichte aus. Heute liegt offen zutage, daß das nur ein vorübergehender Sieg war.

Auch im gegenwärtigen gesellschaftlichen Bewußtsein stehen, wie schon vor sechzig Jahren, die beiden Antipoden vom Ende der zwanziger und der dreißiger Jahre – Bucharin und Stalin – einander wieder gegen-

über. Heutige Diskussionen um diese beiden Persönlichkeiten lassen auch die jetzigen politischen Positionen der Opponenten, ihre Einschätzungen nicht nur der Vergangenheit, sondern auch der Gegenwart deutlich werden. Hinter diesen Diskussionen steht vor allem die Auseinandersetzung um die Zukunft, darüber, wie der Sozialismus morgen aussehen soll.

Aber vielleicht ist es für das Heute wichtig, Stalin und Bucharin nicht einfach einander gegenüberzustellen, sondern zu begreifen, was sie Mitte der zwanziger Jahre vereinte und was sie Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre trennte. Diese Probleme betreffen nicht nur die Biographien zweier bedeutender Persönlichkeiten jener Zeit. Ihre Analyse führt uns auch zu einem besseren Verständnis der Geschicke unseres Landes und unseres Volkes an den Wendepunkten der sowjetischen Vorkriegsgeschichte.

Zu jener Zeit, da es Bucharin bestimmt war, eine wichtige und nicht völlig eindeutige Rolle im innerparteilichen Kampf der zwanziger und dreißiger Jahre zu spielen, verfügte er über enorme politische Erfahrungen, genoß er große Autorität in der Partei und unter der kommunistischen Jugend.

Nikolai Bucharin wurde am 9. Oktober 1888 in Moskau in einer Lehrerfamilie geboren. Mit dem Marxismus machte er sich schon während seiner Schulzeit am Gymnasium vertraut. In der Periode der Revolution von 1905–1907 nahm er an Demonstrationen gegen die Regierung teil, 1906 trat er der SDAPR bei. Zwei Jahre danach wurde er in das Moskauer Komitee kooptiert und beteiligte sich am Kampf gegen die Otsowisten[1]. Während seines Studiums an der Juristischen Fakultät der Moskauer Universität, Fachrichtung Ökonomie, war er als Parteiagitator und -organisator in Moskau tätig, wurde mehrfach verhaftet und später nach Onega verbannt, von wo er floh und ins Ausland emigrierte. In den Herbst des Jahres 1912 fällt die persönliche Bekanntschaft Bucharins mit Lenin, der ihn für die Mitarbeit an der »Prawda« und am »Prosweschtschenije« gewann. Bucharin arbeitete in der ausländischen Arbeiterbewegung mit, bereitete Reden und Referate für die Dumafraktion der Bolschewiki vor, war gleichzeitig in den russischen sozialdemokratischen Zirkeln Wiens tätig und kämpfte gegen Menschewiki und Trotzkisten. In ebendieser Zeit begann er sich gründlich mit Ökonomie zu beschäftigen. Nicht ohne Grund bezeichnete Lenin ihn später als einen ausgezeichnet gebildeten marxistischen Ökonomen.[2]

In den Jahren des ersten Weltkrieges hatte Bucharin Meinungsverschiedenheiten mit Lenin in der Frage des Staates, des Rechts der Nationen auf

Selbstbestimmung sowie des Wechselverhältnisses zwischen dem Kampf für Demokratie und dem Kampf für den Sozialismus. Zugleich aber neigte Lenin nicht dazu, die Bedeutung der theoretischen Differenzen mit Bucharin überzubewerten, sondern war der Ansicht, dessen Gedanken müßten »ausreifen«.

So sprach er von »kleinen Fehlern« Bucharins in der Frage des Staates und vom »riesigen Lügengewebe und der Verflachung des Marxismus bei Kautsky«[3]. Nicht von ungefähr willigte Lenin ein, das Vorwort zu Bucharins Buch »Weltwirtschaft und Imperialismus« (verfaßt in den Jahren 1915–1916) zu schreiben, ein Vorwort, das er nutzte, um gegen Kautsky, indirekt aber auch gegen die Irrtümer des Autors selbst aufzutreten. Einige konkrete Beobachtungen und Schlußfolgerungen Bucharins konnte Lenin für sein Buch »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« nutzen.[4] Außerdem war schon die Tatsache, daß Lenin einen solchen Opponenten wie Bucharin hatte, seinen Überlegungen förderlich. Zu ersehen ist das aus Vorarbeiten zu einer anderen klassischen Arbeit Lenins, zu »Staat und Revolution«.[5]

Während einer Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR(B) (Bern, Februar 1915) trat Bucharin gegen die Forderung nach dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung sowie überhaupt gegen die demokratischen Forderungen des Minimalprogramms auf. Worum ging es? Lenin betonte, daß die sozialistische Revolution *unmöglich* sei ohne Kampf für die Demokratie und daß es unvernünftig sei, eine der demokratischen Forderungen aus dem Programm auszulassen.[6] Es ging also nicht um die Frage des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung an und für sich, sondern auch um die Methode der Analyse des Problems. Die Art des Herangehens Bucharins war nicht völlig dialektisch.

Im Oktober 1916 übersiedelt Bucharin nach Amerika. In New York arbeitet er aktiv an der Zeitung »Nowy Mir« mit. In einem Brief an Alexandra Kollontai drückte Lenin seine Zufriedenheit mit dem Kampf aus, den Bucharin damals gegen die Rechten und Trotzki führte.[7] Gleichzeitig trug Bucharin zur Herausbildung des der Zimmerwalder Linken zuzurechnenden Flügels der amerikanischen sozialistischen Bewegung, der später zum Kern der Kommunistischen Partei der USA wurde, bei.

Nach der Februarrevolution in Rußland kehrte Bucharin über Japan in die Heimat zurück. Lenins Aprilthesen fanden seine Unterstützung. Im August 1917 wurde er auf dem VI. Parteitag zum Mitglied des Zentralkomitees gewählt, in dessen Auftrag er das Manifest des VI. Parteitages der SDAPR(B) »An alle Werktätigen, an alle Arbeiter, Soldaten und Bauern Rußlands« vorbereitete. Aktiv nahm Bucharin an den revolutionären Er-

eignissen in Moskau teil, führte dort den Kampf gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre und spielte eine große Rolle bei der gegen Kornilow gerichteten Kampagne. Als Mitglied des Zentralkomitees trat er gegen Schwankungen innerhalb der Partei in der Frage des bewaffneten Aufstandes und der Eroberung der Macht auf. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Petrograd war er einer der Führer des bewaffneten Aufstandes in Moskau, und im Januar 1918 sprach er im Namen der Bolschewiki auf einer Sitzung der Konstituierenden Versammlung.

Einer besonderen Analyse bedarf die Haltung Bucharins auf dem VI. Parteitag. In unserer Literatur wurde diese Haltung lange Zeit nur in einer Bedeutung charakterisiert. Es hieß, er sei mit einem antileninistischen Schema für die Entwicklung der Revolution hervorgetreten, das von der Verneinung des Bündnisses von Arbeiterklasse und armer Bauernschaft ausgegangen sei, und habe die Leninsche Schlußfolgerung, daß der Sieg der sozialistischen Revolution in einem einzelnen, für sich genommenen Land möglich sei, nicht geteilt. Behauptet wurde ferner, er habe die russische Revolution lediglich als »Anstoß« zur sozialistischen Revolution im Westen betrachtet und die Möglichkeit des Sieges der Revolution in Rußland ohne Hilfe der proletarischen Revolutionen in den Ländern Westeuropas im Grunde genommen verneint.

Das Referat Bucharins auf dem Parteitag gab eine gewisse Veranlassung für solche Schlußfolgerungen. Aber wurden die Akzente richtig gesetzt? Tatsächlich waren dem Referat Bucharins Fehler und Ungenauigkeiten eigen. Aber dennoch ist das nicht die ganze, nicht die volle Wahrheit. Irrtümer, genauer gesagt Meinungsunterschiede zu grundsätzlichen Fragen gab es auch in den Reden anderer Delegierter auf dem Parteitag. Und daran ist nichts Widernatürliches. Die kollektive Beschlußfassung auf den Parteitagen schloß nicht aus, daß sich der einheitliche und richtige Standpunkt durch den Zusammenstoß unterschiedlicher Meinungen herausbildete, wobei die Opponenten auf einer gemeinsamen prinzipiellen Grundlage standen. Im Gegenteil, sie setzte das voraus. Von dieser Position aus kann man Bucharin die in seinem Referat enthaltenen Ansichten überhaupt nicht zur Last legen. Mehr als das, im Ergebnis der kritischen Erörterung kam Bucharin zu dem Schluß, daß auf der letzten Etappe der russischen Revolution »die ärmsten Schichten der Bauernschaft infolge objektiver Ursachen unsere Verbündeten sein werden«[8]. Nach der Diskussion zum Referat wurde eine Kommission gebildet, der auch der Referent angehörte. Die Kommission erarbeitete einen präzisierten Resolutionsentwurf und beschloß einstimmig, ihn dem Parteitag zu unterbreiten. Konnte man diesen normalen Prozeß der Ausarbeitung eines kollektiven Be-

schlusses auf dem Parteitag überhaupt durch das Prisma der »antileninistischen« Ansichten Bucharins betrachten? Natürlich nicht.

Jetzt zur Haltung Bucharins in der Frage der Perspektiven der russischen Revolution, zu seiner Orientierung auf die sozialistische Weltrevolution. Man muß sagen, daß dieser Standpunkt zu jener Zeit in der Partei vorherrschte. Auch Lenin sagte: »... denn wir hatten ja unser Werk ausschließlich in der Erwartung der Weltrevolution begonnen«.[9] Auf dem Parteitag selbst aber hatte der Gedanke, daß man den Sozialismus möglicherweise allein, ohne die Hilfe des Proletariats der entwickelten Länder würde errichten müssen, überhaupt keine aktuelle politische Bedeutung. Eine reale politische Gefahr stellte damals nicht die Orientierung auf die Weltrevolution dar, sondern die Versuche, die sozialistischen Perspektiven der russischen Revolution unbedingt mit proletarischen Revolutionen im Westen in Verbindung zu bringen. Doch dieser vom Parteitag abgelehnte Standpunkt wurde nicht von Bucharin, sondern von Jewgeni Preobrashenski vorgebracht.

Die auf dem VI. Parteitag geäußerten Ansichten Bucharins über den »Brand« der Weltrevolution spiegelten somit einen ziemlich verbreiteten Standpunkt wider. Natürlich enthebt ihn das in keiner Weise der Verantwortung für objektiv schädliche politische Handlungen Anfang 1918, die auf denselben, zu jenem Zeitpunkt hoffnungslos veralteten Ansichten fußten. In jener Periode nahm er in der für das Schicksal des Sozialismus in Rußland prinzipiell wichtigen Frage des Friedens mit Deutschland eine falsche Haltung ein. Ausgehend von alten Vorstellungen, erhob Bucharin die Forderung nach einem revolutionären Krieg. Auf einer ZK-Sitzung sagte er: »Wir haben nur unsere alte Taktik, die Taktik der Weltrevolution.«[10] »Das ist ja eben das Schlimme«, schrieb Lenin diesbezüglich, »daß die Moskauer auf dem alten *taktischen* Standpunkt verharren wollen, daß sie durchaus nicht sehen wollen, wie sich die Lage *verändert*, wie sich eine *neue objektive* Lage herausgebildet hat.«[11]

Hervorgerufen wurde die innerparteiliche Diskussion durch die Kollision der alten Parteidirektiven mit der neuen Praxis, durch das Zurückbleiben der Theorie – wie sie ein Teil der Parteimitglieder und der Führung verstand – hinter dem Leben. Bestimmend für die Schärfe der Krise war natürlich nicht die »böse Absicht« der »linken Kommunisten«, sondern der extreme Charakter der Situation selbst, die keinen Raum für lange Diskussionen ließ, da es um Leben und Tod der Sowjetrepublik ging.

Und natürlich handelte es sich nicht darum, daß Lenin »im Streit« mit Bucharin »die Oberhand behielt« und die »linken Kommunisten vernichtete« (solche später für Stalin charakteristischen Wendungen in bezug auf

seine im Irrtum befindlichen Gesinnungsgenossen anzuwenden, vermied Lenin überhaupt) und auch nicht darum, daß sie der Gewalt wichen. Das Leben selbst überzeugte Bucharin und seine Anhänger nach für jene Zeit der Wende zu langen fraktionellen Schwankungen, da, wie Lenin betonte, »an Stelle der alten Methode, über fraktionelle Meinungsverschiedenheiten zu entscheiden, die in der Produktion einer ungewöhnlichen Menge Literatur, in unendlichen Diskussionen und in einer beträchtlichen Anzahl von Spaltungen bestand, ... die Ereignisse den Menschen an Stelle dieser alten Methode eine neue Methode des Lernens beigebracht haben. Diese Methode besteht darin, alles an Hand der Tatsachen, Ereignisse und Lehren der Weltgeschichte nachzuprüfen.«[12] Daher kam es 1918 nicht zur Spaltung, und »die namhaftesten Vertreter des ›linken Kommunismus‹, z. B. die Genossen Radek und Bucharin, gaben offen ihren Fehler zu«.[13]

Trotz der theoretischen Differenzen zwischen Lenin und Bucharin in den Jahren des Bürgerkrieges fanden beide sehr wohl eine gemeinsame Sprache in vielen politischen Fragen. So verteidigte Bucharin auf dem VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß (1920) die Leninsche Idee der Konzessionen. Nicht von ungefähr berief sich Lenin in dieser Frage mehrfach auf Bucharin.[14] In ebenjenen Jahren leistete Bucharin eine sehr große praktische Arbeit als Redakteur des Zentralorgans der Partei, der »Prawda«, als ZK-Mitglied und als Propagandist der Leninschen Ideen. Viele Mitglieder, die in den Aufgeboten nach der Oktoberrevolution zur Partei kamen, machten sich anhand des von Bucharin gemeinsam mit Preobrashenski verfaßten »Abc des Kommunismus« mit diesen Ideen vertraut. Ende 1920 sagte Lenin über dieses Buch: »Wir haben unser Parteiprogramm, das von den Genossen Preobrashenski und Bucharin in einem weniger dicken (gemeint ist weniger dick als der GOELRO-Plan – die Verf.), aber höchst wertvollen Buch vortrefflich erläutert worden ist.«[15]

Im ganzen sind für die Ansichten Bucharins der Jahre 1918–1920 ausgeprägte »revolutionäre Romantik« und eine linke Richtung seiner politischen Haltung kennzeichnend. In gewissem Sinne brachte er den Geist des »Kriegskommunismus«, der zu jener Zeit in diesem oder jenem Maße für die ganze Partei charakteristisch war, mit größter Vollständigkeit zum Ausdruck.

1920, auf dem Höhepunkt des »Kriegskommunismus«, erschien Bucharins theoretische Schrift »Ökonomik der Transformationsperiode«. Die ökonomische und politische Praxis des Kriegskommunismus verallgemeinernd und bis zu einem gewissen Grad verabsolutierend, ließ Bucharin nicht nur Fehler theoretischer Art zu, sondern spiegelte auch Vorstellungen wider, die zu jener Zeit in der Partei weit verbreitet waren. Zu berück-

sichtigen ist, daß die Konzeption der NÖP damals noch nicht erarbeitet war, sondern daß nach dem IX. Parteitag der KPR(B) die Orientierung auf den unmittelbaren Übergang zum Sozialismus zur Hauptlinie der Partei geworden war.

In neueren Kommentaren zur Veröffentlichung der Leninschen Bemerkungen zu Bucharins Buch bleiben aber dessen reale theoretische Irrtümer außerhalb des Blickfeldes, während Anschuldigungen wie die, er habe den »außerökonomischen Zwang« als Hauptmethode zum Aufbau des Sozialismus gepriesen und die Befreiung »von allen Leitlinien auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik« propagiert, in den Vordergrund treten[16].

Ein solches Herangehen an die Arbeit Bucharins ist falsch und im Grunde genommen antihistorisch. Beim Leser entsteht eine völlig falsche Vorstellung von Bucharins Ansichten, wurden diese doch weder mit der radikalen Veränderung der Haltung Bucharins nach dem Übergang zur NÖP noch mit der damaligen Einstellung Lenins zu den von ihm aufgeworfenen Fragen in Zusammenhang gebracht. Wahrhaftig, wie soll man Behauptungen zur falschen Theorie des »außerökonomischen Zwanges« (von diesen Ansichten distanzierte sich, nebenbei gesagt, Bucharin später selbst) damit vereinbaren, daß wir gerade auf dem Rand des zehnten Kapitels – »Der ›außerökonomische‹ Zwang in der Übergangsperiode« – ständig auf Bemerkungen Lenins wie »richtig« und »sehr gut!« stoßen. Und abgeschlossen wird all das mit der Schlußfolgerung: »Dieses Kapitel ist ausgezeichnet!«[17]

Das Studium von Lenins Randbemerkungen zu Bucharins Buch »Ökonomik der Transformationsperiode« zeugt von der unbestreitbaren Einheit oder doch Ähnlichkeit vieler Bucharinscher Schlußfolgerungen mit dem Standpunkt Lenins. Zugleich wies Lenin auf wirklich grundsätzliche Fehler Bucharins hin, die er keineswegs in der Lobpreisung des »proletarischen Zwanges« erblickte. Faktisch deckte Lenin in seinen Randbemerkungen die gnoseologischen Wurzeln früherer und künftiger politischer Irrtümer Bucharins auf, wenn er sich auch nicht eigens dieses Ziel stellte. In der zusammenfassenden Einschätzung Lenins werden die Fehler, die man Bucharin später vorwarf, mit keinem Wort erwähnt (offensichtlich schienen sie Lenin zu jener Zeit nicht grundsätzlicher Natur zu sein, vielleicht sah er einige von ihnen auch überhaupt nicht als Fehler an). Dafür werden theoretische Irrtümer, Elemente der Scholastik und Abweichungen von der dialektischen Methode aufgedeckt.

Bezeichnend ist, daß Lenin auch im Verlauf der Diskussion über die Gewerkschaften in den Jahren 1920/1921 nicht gegen die Ansichten Bucharins über die »Produktionsdemokratie« schlechthin polemisierte, sondern

dagegen, daß er die Frage nicht marxistisch gestellt hatte, daß er die Dialektik von Überzeugung und Zwang unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats nicht begriffen hatte.[18] Doch auch damals führte der Konflikt zwischen Lenin und Bucharin keineswegs dazu, daß sie miteinander brachen: Lenin begriff sehr wohl den Wert von Menschen wie Bucharin für die Partei.

Die Jahre 1921–1927 sind die Blütezeit Bucharins als Politiker. 1924 wurde er zum Mitglied des Politbüros gewählt und bekleidete führende Posten nicht nur im Zentralkomitee, sondern auch im Zentralexekutivkomitee der UdSSR und im Exekutivkomitee der Komintern, dessen Vorsitzender er 1926 wurde, als er Grigori Sinowjew auf diesem Posten ablöste. Aktiv beteiligte sich Bucharin an der Arbeit des Komsomol, des Zentralrates der Gewerkschaften der UdSSR, der Roten Gewerkschaftsinternationale, des Instituts der Roten Professur, der Kommunistischen Akademie, des Marx-Engels-Instituts sowie anderer gesellschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Institutionen und Lehranstalten. Häufig vertrat er die Partei auch im Ausland. Gleichzeitig war er weiterhin als Redakteur der »Prawda«, später auch der Zeitschrift »Bolschewik« tätig und gehörte den Redaktionskollegien einer Reihe anderer Publikationen an. Er war der Verfasser der Entwürfe einer ganzen Reihe prinzipiell wichtiger Parteidokumente und hielt auf Parteitagen, Parteikonferenzen und Aktivtagungen Referate und Reden.

Wir wissen, daß nach dem Tode Lenins in der Parteiführung ein heftiger Kampf entbrannte, in dem sich grundsätzliche ideologische Meinungsverschiedenheiten mit dem »persönlichen Moment« verbanden. Dieser Kampf führte solche bedeutenden Parteifunktionäre wie Trotzki, Sinowjew und Kamenew einerseits und Stalin und Bucharin andererseits auf unterschiedliche Seiten der Barrikade.

Charakteristisch für Bucharin war, daß er pseudoradikale Interpretationen des sozialistischen Aufbaus grundsätzlich nicht akzeptierte. Gegen den Trotzkismus sind direkt oder indirekt fast alle seine bedeutenden Arbeiten jener Periode gerichtet. Gerade diese prinzipienfeste Haltung machte Bucharin zum Bundesgenossen Stalins und drängte ihn auf den Weg einer erbitterten Polemik, die ihn vernünftige Argumente von Opponenten oft nicht hören ließ. Ideologische Unversöhnlichkeit schlug in persönliche Feindseligkeit um und machte eine gemeinsame kollektive Arbeit unmöglich. Stalin, den Trotzki nicht ohne Grund eines prinzipienlosen Zentrismus zieh, machte sich diese Situation geschickt zur Festigung seiner eigenen politischen Positionen zunutze und erreichte, daß seine Rivalen – zuerst Trotzki, später Sinowjew und Kamenew – von der Führung

»abgeschnitten« wurden. Doch auch der Block von Bucharin und Stalin konnte nicht von langer Dauer sein. Die theoretischen und politischen Ansichten Stalins standen, wie die nachfolgenden Ereignisse zeigten, in einer Reihe prinzipieller Momente dem Standpunkt seines politischen Gegners Trotzki objektiv viel näher als dem seines zeitweiligen Verbündeten Bucharin.

Die zwanziger Jahre wurden für Bucharin eine Periode ernsthafter theoretischer Arbeit und der Neubewertung vieler früherer Vorstellungen. Aktiv entwickelte er die Leninsche Idee des Bündnisses von Arbeitern und Bauern als der Grundlage der Sowjetmacht und der unbedingten Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus weiter. Bucharin hatte sich die Lehren, die Lenin ihm in den Jahren 1918–1921 erteilt hatte, zweifellos zu eigen gemacht und revidierte nun entschlossen die früher für ihn charakteristischen »linken« Positionen. Zugleich änderten sich seine philosophischen Ansichten nur wenig. Davon zeugt das Buch »Theorie des historischen Materialismus«, das im Laufe der zwanziger Jahre mehrere Auflagen hatte und scharfe Kritik seitens einer Reihe marxistischer Theoretiker jener Zeit hervorrief.

Als einer der ersten stellte Bucharin die Frage nach dem theoretischen Beitrag Lenins zum Marxismus. Leider wurde die Sache in der sowjetischen Geschichtsschreibung häufig in völlig entgegengesetzter Weise dargestellt.

Indessen genügt es, beispielsweise den Sammelband »Attacke« aufzuschlagen, um zu lesen: »Als unstreitig wird in ziemlich breiten Kreisen unserer Partei, aber auch außerhalb derselben gewöhnlich angesehen, daß Wladimir Iljitsch ein unvergleichlicher und überaus genialer Praktiker der Arbeiterbewegung war; was aber seine theoretischen Lehrgebäude betrifft, so wird hier gemeinhin eine viel niedrigere Einschätzung gegeben. Mir scheint, es ist jetzt an der Zeit, in diesem Punkt eine gewisse kleine, vielleicht aber auch sehr große Revision vorzunehmen. Mir scheint, daß diese unzureichende Einschätzung des Gen. Lenin als Theoretiker durch eine gewisse psychologische Aberration bedingt ist, die bei uns allen entsteht. Jenes Theoretische, das Gen. Lenin geschaffen hat, wird bei ihm nicht in mehreren abgerundeten Bänden angehäuft, zusammengepreßt und dargeboten... Gerade deshalb sind sehr viele der Ansicht, Gen. Lenin habe als Theoretiker dem Praktiker Lenin in bedeutendem Maße nachgestanden. Dieser Gedanke aber wird, so glaube ich, im Laufe der nächsten Zukunft widerlegt werden, und im Laufe einer ferneren Zukunft wird Genosse Lenin vor uns in ganzer Größe nicht nur als der genialste Praktiker der Arbeiterbewegung, sondern auch als deren genialster Theo-

retiker erstehen.«[19] Diese kaum einen Monat nach Lenins Tod ausgesprochenen Worte sind in vielem zum Programm der theoretischen Arbeit Bucharins in den zwanziger Jahren geworden.

Direkt mit dem Namen Bucharins verbunden ist die Weiterentwicklung der Leninschen Konzeption der NÖP in bezug auf die konkreten Bedingungen der zwanziger Jahre, die aktive Teilnahme an der Ausarbeitung der sozialen und ökonomischen Politik der Partei anhand dieser Prinzipien. Im Laufe der Jahre 1923–1924 begreift Bucharin in heftigen Zusammenstößen mit der Opposition Theorie und Praxis der Neuen Ökonomischen Politik und kämpft für die Überwindung einseitiger, falscher Arten des Herangehens an die NÖP als nur an eine Abweichung, obwohl er in der Frage der »zugestandenen NÖP« von Anfang an zu übermäßigen Zugeständnissen neigte (so trat er beispielsweise gegen das Außenhandelsmonopol auf und war der Urheber der unglückseligen Losung »bereichert euch«).

In dem für die theoretische und politische Evolution Bucharins prinzipiell wichtigen Buch »Der Weg zum Sozialismus und der Arbeiter- und Bauernblock« (Moskau 1925) ist sein Standpunkt zum »Hauptweg zum Sozialismus« formuliert. Die theoretischen Vorstellungen Bucharins vom Aufbau des Sozialismus haben die praktischen Handlungen der Partei Mitte der zwanziger Jahre denn auch in vielem bestimmt. Bucharins »Hauptbuch« – das ist der Versuch, den Aufbau des Sozialismus in einem Land auf der Basis der NÖP (in der Form, in der sie sich bis Mitte der zwanziger Jahre herausgebildet hatte) theoretisch zu begründen. Bucharin hat in seinem Buch unserer Meinung nach ein theoretisch mögliches Modell des sozialistischen Aufbaus entwickelt und die Leninschen Ideen der Notwendigkeit von »Stegen« und Übergangsmaßnahmen zur Heranführung des kleinbäuerlichen Landes an den Sozialismus so umfassend wie möglich genutzt. Bucharins Konzeption stützte sich in vielem auf die Leninschen Vorstellungen vom Sozialismus als eines »Systems zivilisierter Genossenschaftler«.[20] Aber in diesem fast einwandfreien theoretischen Schema fehlte ein grundsätzlich wichtiges Glied. Die im »Weg zum Sozialismus ...« vorgeschlagene Konzeption sah keinerlei grundlegende Korrekturen unter dem Einfluß von Veränderungen der inneren und äußeren Situation vor und fußte voll und ganz auf der Idee der allmählichen »Erschöpfung« der NÖP, des langsamen (Bucharin sagte manchmal sogar »im Schneckentempo« verlaufenden) »Hinüberwachsens« des Landes in den Sozialismus, ohne dialektische Sprünge und revolutionäre Übergänge in einen neuen qualitativen Zustand. Dabei sind derartige revolutionäre Sprünge, wie heute offensichtlich geworden ist, eine obligatorische Be-

dingung für die Entwicklung des Sozialismus nicht nur in der Übergangsperiode.

Bucharins Buch erschien 1925, in einem Jahr, das zum Jahr einer wichtigen Wendung in der Politik und eines heftigen Kampfes innerhalb der Partei werden sollte. Die damals gefaßten Beschlüsse waren ziemlich widersprüchlich. Sie brachten das Gebäude der »klassischen« NÖP durch die weitere Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen, die Befreiung des Warenumlaufs, die Genehmigung von Lohnarbeit und Pacht sowie durch den Verzicht auf Naturalformen der Steuer und die Umstellung der Versorgung der Städte auf Marktgrundlagen zum Abschluß. Alle diese Maßnahmen waren auf die bäuerliche Einzelwirtschaft orientiert. Auf dieser Grundlage wurde geplant, die Industrialisierung – auf ihre Durchführung wird im selben Jahr Kurs genommen – sicherzustellen.

Gleichzeitig erhob sich die Frage, auf welche Weise die Befreiung der kleinen Warenproduktion mit den Aufgaben der Industrialisierung zu vereinbaren sei. 1925 wurde das Problem bereits praktisch gestellt, und zwar auf der Ebene des »Hinüberpumpens« – des nichtäquivalenten Austauschs zwischen Stadt und Land. Doch die Umstellung der Versorgung der Städte auf Marktgrundlage sowie die Freisetzung der produktiven Aktivität der bäuerlichen Einzelwirtschaft erschwerten dieses »Hinüberpumpen«. Normale Beziehungen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung sowie eine bilanzierte Wirtschaft schlossen einen solchen nichtäquivalenten Austausch nicht aus, setzten ihm aber wesentliche Grenzen und schufen die Gefahr von Krisen. Nichtsdestoweniger redeten alle Opponenten, die 1925 ihre Positionen bestimmten, auch weiterhin vom »Hinüberpumpen«.

Der dramatische Charakter der getroffenen Entscheidung bestand denn auch gerade darin, daß die Gewährleistung des »Hinüberpumpens« von Mitteln für die Industrialisierung auf der Grundlage einer längeren Beibehaltung der individuellen bäuerlichen Wirtschaft ständige Anstrengungen der Partei erforderlich machte, um komplizierte politische Kompromisse zu finden und aufrechtzuerhalten.

Anfangs akzeptierte die Partei diesen Weg, doch alle seine Schwierigkeiten dürften damals kaum völlig begriffen worden sein. Der praktischen Politik der Jahre 1925–1927 wurde der Standpunkt Bucharins zugrunde gelegt, daß nicht die Kollektivwirtschaften der Hauptweg zum Sozialismus seien. Der zweijährige zeitliche Abstand zwischen den Beschlüssen zur Industrialisierung und den Beschlüssen zur Bildung von Produktionsgenossenschaften auf dem Lande sowie die infolgedessen verpaßten Möglichkeiten zur Lösung des Getreideproblems führten dazu, daß das Land, ei-

ner späteren Einschätzung von Bucharin selbst zufolge, durch das »Tor von Sondermaßnahmen« in die historisch unausweichliche Etappe des sozialistischen Aufbaus eintrat.

Eine bedeutende Rolle bei den Fehlern der Jahre 1925–1927 spielte die persönliche Haltung Stalins, der die Annahme politischer Entscheidungen dem Kampf um die Macht unterordnete, den Weg des Manövrierens hinter den Kulissen und des Intrigierens betrat und in den kritischen Äußerungen seiner Opponenten (beispielsweise in den Warnungen Kamenews und Sokolnikows auf dem XIV. Parteitag zur Zunahme der krisenhaften Erscheinungen in der Wirtschaft der NÖP) keinen rationalen Kern finden konnte und vielleicht auch nicht finden wollte.

Charakteristisch, daß Bucharin im Laufe der Jahre 1926/1927 bereits mit einer Überprüfung seines früheren Standpunktes zu einer Reihe von Fragen begann. So verzichtete er auf den Gedanken des »Schneckentempos« und orientierte sich auf ein schnelleres Tempo. Dadurch gab Bucharin bestimmte Schwächen der 1925 festgelegten Politik zu.

1926/1927 setzte in der Parteiführung ein etwas verspätetes Begreifen der neuen Probleme des sozialistischen Aufbaus ein, die von der in Gang gesetzten Industrialisierung hervorgerufen wurden. Noch Ende 1927 gab es im Politbüro zu den Hauptfragen der Wirtschaftspolitik keine offenen Meinungsverschiedenheiten. Zum XV. Parteitag kam die Parteiführung mit einem einheitlichen Programm für den allmählichen »Umbau« der NÖP zur Lösung der Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion, der beschleunigten Bildung von Produktionsgenossenschaften, der Erweiterung des Planprinzips sowie des aktiven Angriffs auf die kapitalistischen Elemente in Stadt und Land. Doch nicht alle Umstände wurden auf dem Parteitag berücksichtigt. Vor allem wurde auf ihm praktisch nichts darüber gesagt, daß die Getreidebeschaffung auf ernste Schwierigkeiten stieß, daß es nicht gelang, genügend Getreide zu erhalten.

Indessen war schon im August 1927 die erste Warnglocke ertönt: Unter dem Einfluß von Gerüchten über einen näherrückenden Krieg gab es Angstkäufe »auf Vorrat«, es bildeten sich Schlangen vor den Geschäften, und, wie es auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B) hieß, das Land erlebte *»die ökonomischen Schwierigkeiten, die am Vorabend eines Krieges auftreten, ohne Krieg zu haben«*. Eine Krise hatte eingesetzt und machte einen anderen Blick auf die allgemeine Wirtschaftslage erforderlich. Doch auf dem Parteitag stand die Krise der Getreidebeschaffung überhaupt nicht zur Debatte.

Einer späteren Einschätzung Rykows zufolge sah zu jener Zeit niemand den Ernst der näherrückenden Krise vorher.

Unterdessen hatte die neue Situation (die gespannte internationale Lage, die Krise der Getreidebeschaffung) bereits das Programm einer »fließenden« Transformation der NÖP selbst in Frage gestellt.

Im Januar 1928 faßte das Politbüro einstimmig einen Beschluß über die Anwendung von Sondermaßnahmen sowie über die Ausübung von administrativem und gerichtlichem Druck auf Kulaken und wohlhabende Bauern, um die Versorgung der Städte mit Brot zu sichern. Unterstützt wurde dieser Beschluß von allen Mitgliedern der Führung, einschließlich Bucharins, Rykows, Tomskis und Stalins. Wie Kalinin später zugab, bedeutete die Tatsache, daß er für die Sondermaßnahmen stimmte, keineswegs, daß er ihnen beigepflichtet hätte. Einen anderen Ausweg sah die Parteiführung zu jenem Zeitpunkt einfach nicht.

In den Städten bildeten sich Schlangen – man stand nach Brot an. Die Unzufriedenheit der Arbeiter nahm zu. Auf dem Lande war eine gespannte Lage entstanden. Die Situation galt als ausweglos.

Man mußte um jeden Preis Brot beschaffen und die Städte mit Nahrungsmitteln versorgen. In diesem Augenblick erhob auch Bucharin keine Einwendungen gegen eine episodische Anwendung von Sondermaßnahmen. Allerdings zeichneten sich auch die allgemeinen Konturen der grundsätzlichen Differenzen zwischen Bucharin und Stalin ab. Nimmt man die Stalinsche Haltung vom Januar 1928, so wird bereits die Orientierung auf die Annahme ziemlich radikaler Beschlüsse sichtbar. Stalin fühlte, daß es nicht gelingen würde, mit Hilfe der Mechanismen der »traditionellen« NÖP das »Hinüberpumpen« zu gewährleisten und das Getreideproblem zu lösen. Die Sondermaßnahmen allein waren gleichfalls nicht geeignet, weil ihre Anwendung unvermeidlich zu einer Verringerung der Aussaaten und zur Verminderung des Anteils von Marktgetreide führen mußte. Stalin kam in dieser Periode auf den Gedanken, die Kollektivwirtschaften als neuen Kanal für das »Hinüberpumpen« (ihr Anteil an der Marktproduktion war zweimal so hoch wie der der bäuerlichen Einzelwirtschaften) gewaltsam »einzubürgern« und gleichzeitig eine Getreidewirtschaft des Sowchostyps zu entwickeln.

Im Prinzip erhob keines der Politbüromitglieder Einwendungen gegen das »Hinüberpumpen«. Umstritten blieben die Fragen seiner Formen und Grenzen. Sie spitzten sich in dem Maße zu, wie die auf einen Ausweg aus der Krise gerichteten praktischen Handlungen Stalins und seiner nächsten Umgebung in immer stärkerem Maße nicht nur von den Beschlüssen des XV. Parteitages der KPdSU(B), sondern auch von den Leninschen Prinzipien der Beziehungen der Arbeiterklasse zur Bauernschaft abwichen.

Am 1./2. Juni 1928 schrieb Bucharin einen Brief an Stalin, der von sehr

ernsten Meinungsverschiedenheiten und einer Verschärfung der persönlichen Beziehungen zwischen ihnen zeugt. Und so beginnt er: »Koba. Ich sage es Dir nicht selber, sondern schreibe Dir, zum einen, weil es mir zu schwerfällt, Dir das zu sagen, zum anderen, weil ich fürchte, Du würdest nicht bis zum Schluß zuhören. Einen Brief aber wirst Du immerhin lesen. Ich halte die innere und äußere Lage des Landes für sehr schwer.« Bucharin nimmt eine Analyse dieser Lage vor und kommt zu folgendem Schluß. Er bestreitet die Notwendigkeit von Kollektivwirtschaften nicht, ist aber der Ansicht, sie würden dem Land in nächster Zeit nicht »aus der Patsche helfen« können, da ja ihr Aufbau im Verlaufe von mehreren Jahren erfolgen werde. Zu jener Zeit gab auch Stalin selber diese Tatsache zu. Betriebskapital und Technik könne man den Kollektivwirtschaften gleichfalls nicht sofort zur Verfügung stellen. Auf die neue Ernte müsse man sich vorbereiten, und das ernsthaft. »Was aber tun wir?« fragt Bucharin. Kein einziges Mal, nicht einmal in kleinem Kreis, »haben wir Grundfragen der Politik erörtert«. Bucharins Versuche, diese Fragen zu stellen, erlitten im Politbüro einen völligen Mißerfolg. Infolgedessen fehle der Führung ein einheitlicher Plan, »und wir handeln«, schreibt Bucharin, »schlimmer als Superempiriker gröbster Art«. Aus dem Brief geht hervor, daß Bucharin den zur ideologischen Desorientierung der Partei führenden improvisierten Charakter der Politik Stalins erkannte und nicht akzeptierte. Die Hauptsache, darauf macht Bucharin aufmerksam, sei, daß die außerordentlichen Maßnahmen sich zu einer neuen politischen Linie auswüchsen, die sich von der Linie des XV. Parteitages unterscheide. Dabei sei diese Linie nicht in Parteitagsbeschlüssen fixiert, sondern bilde sich infolge der politischen Praxis Stalins heraus.

Für Bucharin steht die Frage so: Da die Kollektivwirtschaften in nächster Zeit ja kein Getreide liefern könnten, müsse man sich darauf orientieren, die bäuerliche Einzelwirtschaft zu stärken und die Beziehungen zur Bauernschaft zu normalisieren. Dafür legte er ein eigenes Wirtschaftsprogramm vor. Eine andere Auffassung von dieser Frage hatte Stalin: Solange die Kollektivwirtschaften das Getreideproblem nicht lösen könnten, sei es notwendig, diese Schwäche beim »Hinüberpumpen« durch Sondermaßnahmen wettzumachen. Zu diesem Zeitpunkt bestanden die wesentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bucharin und Stalin nicht so sehr in den Fragen des Entwicklungstempos oder der Schaffung von Kollektivwirtschaften, als vielmehr darin, auf welche Weise man sich in dieser Periode behaupten könne, solange es die Kollektivwirtschaften noch nicht in erforderlicher Anzahl gebe und sie kein Getreide lieferten.

Im Juli 1928 verstärkten sich die Meinungsverschiedenheiten. Auf dem

Plenum des ZK trat Stalin mit der Theorie eines »Tributs« auf, das heißt einer zusätzlichen Steuer für die Bauernschaft, einer »Art Mehrsteuer, zu deren zeitweiliger Erhebung wir gezwungen sind, um das gegenwärtige Entwicklungstempo der Industrie aufrechtzuerhalten und weiter zu steigern«[21]. Auch Bucharin erhob keine Einwände gegen das »Hinüberpumpen«, das heißt gegen die Konfiszierung eines Teils der Erzeugnisse der Bauern zugunsten der Entwicklung der Schwerindustrie. Er sprach lediglich von Mäßigung in dieser Angelegenheit. Worin aber besteht dann der Unterschied zwischen der Haltung Stalins und der Bucharins? Ersterer kam zu dem Schluß, daß nichtäquivalenter Austausch und Markt unvereinbare Dinge seien. Der zweite orientiert sich auf ein »Hinüberpumpen« über die Mechanismen des Marktes auf der Basis der Erhaltung der individuellen bäuerlichen Wirtschaft im Laufe eines ausreichend langen Zeitraums. Zugleich aber bestritt Bucharin nicht, daß Kollektiv- und Sowjetwirtschaften das beste Instrument des »Hinüberpumpens« seien.

Etwas ganz anderes sei es, daß der Staat nicht sofort Marktgetreide von ihnen werde erhalten können.

Wer hatte nun recht? Wahrscheinlich weder der eine noch der andere. Das Experiment der Jahre 1925–1927, das zur Krise und zu den Sondermaßnahmen geführt hatte, wie das Bucharin später begreifen sollte, zeigte die Kompliziertheit des »Hinüberpumpens« von Mitteln aus der bäuerlichen Einzelwirtschaft in die Schwerindustrie über die Mechanismen des privaten Marktes. Der Umstand, daß das Gewicht auf außerordentliche Maßnahmen gelegt wurde, die das »Hinüberpumpen« unterstützten, führte aber zur Untergrabung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern sowie zur Abkehr von den Leninschen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus und konnte das Land letztlich an den Rand eines Bürgerkrieges bringen. Nur kollektives theoretisches und praktisches Suchen hätte es erlaubt, ein konstruktives Programm für die Zeit zu erarbeiten, in der die Kollektivwirtschaften noch zu schwach und außerstande waren, die erforderlichen Getreidemengen zu liefern.

Aber infolge der intoleranten Haltung Stalins wurden die Möglichkeiten für das gemeinsame Suchen nach einer richtigen Lösung immer weniger. Später sagte Bucharin, er habe, eingedenk des Vermächtnisses von Lenin, die Zunahme der Unzufriedenheit unter den Bauern mit großer Sorge beobachtet. Doch ihn selbst nannte man zu diesem Zeitpunkt hinter den Kulissen bereits einen Panikmacher und hatte ein entsprechendes Gerücht im Lande verbreitet. Nichtsdestoweniger gelang es auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B) im Juli 1928 nach beharrlichem Kampf, eine gemeinsame Resolution zu erarbeiten, und die Sondermaßnahmen wurden aufgeho-

ben. Das Juli-Plenum war in gewisser Weise zu einem Sieg für die Bucharin-Gruppe geworden. Die Mehrheit des ZK unterstützte zu jener Zeit noch Bucharin, Rykow und Tomski in ihren vernünftigen und umsichtigen Appellen.

Die Praxis hatte sich jedoch weit von den angenommenen Dokumenten entfernt. Die tatsächliche Politik nach dem Plenum bestimmte die Rede Stalins über den »Tribut«. Bucharin sagte, die »Tribut«formel habe alle früheren Parteibeschlüsse umgekehrt. Er habe sich mit ihr keinesfalls einverstanden erklären können und in dieser Formel den Vorboten einer weiteren Ausnahmepolitik erblickt. Unter den Anhängern von Stalin selbst aber nahm die Orientierung gerade auf Sondermaßnahmen zu. Sie faßten zwar Beschlüsse über deren Aufhebung, räumten zugleich aber immer wieder Möglichkeiten zu ihrer Anwendung ein. Insbesondere Kaganowitsch orientierte sich direkt auf die Wiederholung der Sondermaßnahmen »für den Fall, daß etwas Unvorhergesehenes eintreten sollte«. Nachdruck mußte, nach Meinung Bucharins, nicht auf ihre Wiederholung »für den Fall, daß etwas Unvorhergesehenes eintreten sollte«, sondern auf die Erhaltung des Friedens mit dem Mittelbauern gelegt werden, doch »darüber machte man sich lustig« und gab zu verstehen, daß Bucharin Charakterschwäche zeige.

Im Herbst 1928 war für Bucharin offensichtlich geworden, daß die alarmierenden Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben weiterhin zunahmen. In vorsichtiger Form nahm er in den in der »Prawda« veröffentlichten »Bemerkungen eines Ökonomen« eine Analyse dieser Erscheinungen vor. In ihnen schnitt er Fragen an wie die, daß die Goldsituation des Landes beunruhigend sei, daß das Land keine Reserven habe, daß die Sache mit dem Getreide nicht vom Fleck komme beziehungsweise sogar zurückgehe, daß das Land ein zu hohes Tempo bei der Entwicklung der Industrie anschlage und hieraus eine immer stärkere Orientierung auf Sondermaßnahmen resultiere.

Im November 1928 sprach er erneut von der äußerst beunruhigenden Lage sowohl im Hinblick auf die Perspektiven der Getreidebeschaffung als auch im Zusammenhang mit der Frage der Anbauflächen, und sagte die Wiedererzeugung von Schwierigkeiten, ja sogar deren Verschärfung voraus, falls nicht Nachdruck auf den wirtschaftlichen und politischen Frieden mit den Mittelbauern gelegt werde.

Auf dem November-Plenum des ZK der KPdSU(B) gelang es Bucharin, eine gemeinsame Resolution zu erreichen; zu einem wichtigen Punkt dieser Resolution wurde die Anerkennung dessen, daß die Stimulierung der klein- und mittelbäuerlichen Einzelwirtschaft eine der zentralen Aufgaben

sei. Doch trotz der einstimmig bestätigten Resolution (an ihrer Abfassung beteiligten sich Bucharin und Rykow besonders aktiv) nahm die reale Entwicklung der Ereignisse wieder einen völlig anderen Verlauf. Die Resolution wurde »vergessen«.

Der erwähnte Leitsatz von der Orientierung auf die bäuerliche Einzelwirtschaft war, den Worten Bucharins nach, »herausgefallen«.

Auf örtlicher Ebene trat immer bemerkbarer die andere Orientierung zutage. Infolgedessen war Ende 1928 die Aussaat von Wintergetreide bedeutend zurückgegangen. Das Land befand sich erneut in einer äußerst schweren Getreidekrise, ernste Schwierigkeiten mit Auslandszahlungen waren entstanden. Eine Folge davon war die Einführung von Brotkarten, die Verringerung des Imports. Die Produktionsprogramme waren in Gefahr. Doch die richtigen Äußerungen Bucharins zur Kompliziertheit der im Lande entstandenen Lage wurden wieder zum Objekt von Beschimpfungen. »In der Führungsschicht hat man«, seinen Worten zufolge, »eine solche Lage geschaffen, daß man nichts sagen darf: Sonst ist man unweigerlich entweder ein ›Panikmacher‹ oder ein ›Antileninist‹, wobei man diese Beinamen von Genossen erhält, deren Kompetenz in diesen Fragen zum mindesten umstritten ist«.

Ende 1928, Anfang 1929 erhob sich von neuem die Frage von Sondermaßnahmen. Bucharin, Rykow und Tomski gingen ein letztes Mal zum Sturm vor. Am 30. Januar und am 9. Februar 1929 folgten zwei Erklärungen der Bucharin-Gruppe, die an die Mitglieder des Politbüros des Zentralkomitees und des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission gerichtet waren. In ihnen wird auf die immer größere Kluft zwischen der Praxis und den von der Partei gefaßten Beschlüssen hingewiesen. Eine der Hauptursachen dafür erblickten Bucharin, Rykow und Tomski in der persönlichen Haltung Stalins selbst, in seiner Sonderstellung und seiner ungewöhnlichen Macht, von der er nicht den richtigen Gebrauch mache.

In diesen Erklärungen gaben sie Urteile über Stalin als Politiker ab. Was waren das für Urteile? Erstens wiesen sie darauf hin, daß es im Ergebnis der Tätigkeit Stalins und seiner nächsten Umgebung in der Parteiführung zu ernsten Deformierungen komme, daß sich Stalin statt mit der großen Politik mit Politikasterei und dem Anheften politischer Etiketten befasse und nicht die ganze Wahrheit über die Kompliziertheit der Lage sage. »Wie kann man Wirtschaftsfragen erörtern«, fragte Bucharin, »wenn die Sorge um das Brot zum Spießertum erklärt wird? ... Wenn die Sorge um die Dauerhaftigkeit des Bündnisses mit dem Bauern nicht selten als bäuerliche Abweichung figuriert, wenn der Vorschlag, für irgend etwas zusätzli-

che Geldmittel zu bewilligen oder sie zu kürzen – als Antileninismus erscheint? ... Wer wird dann den Mund zu diesen Fragen auftun? Ebendeshalb werden diese Fragen nicht gestellt, sondern geheimgehalten. Ebendeshalb erörtert sie die ganze Partei, aber ›für sich‹, zu zweit oder zu dritt. Ebendeshalb ist bei den Parteimitgliedern auch eine doppelte ›Linie‹ entstanden: die eine Rechnung ›für die Öffentlichkeit‹, die andere ›für sich‹. Der Besuch von Versammlungen, das einmütige Abstimmen, die Annahme der offiziellen Formeln werden zu einem Ritual, zu einer notwendigen Parteizeremonie.«

Nichtsdestoweniger, trotz der so scharfen Einschätzung der innerparteilichen Situation, stellte Bucharin die Frage: Kann man eine gemeinsame Sprache finden, kann man gemeinsame Resolutionen annehmen? Und kam zu dem Schluß: »Man kann und muß.« Dazu sei es, seiner Meinung nach, erforderlich, sich von der »kleinen Politik« abzuwenden und zur großen Politik zurückzukehren, die in Krisensituationen »der Arbeiterklasse die *Wahrheit über die Lage* sagt, auf die Masse setzt, die *Belange der Masse* hört und fühlt, und ihre Sache vereinigt mit der Masse vertritt«. Beharrlich wiederholte Bucharin, daß ihn niemand auf den Weg von Fraktionen treiben werde, daß die Verschwendung von Zeit und Kräften für den inneren Kampf innerhalb der Führungsspitze ein direktes Verbrechen sei und daß man das gegenseitige Vertrauen wiederherstellen und eine kollektive Führung organisieren müsse.

Als die zweite Erklärung der Bucharin-Gruppe vom 9. Februar 1929 erschien, bereitete eine Kommission des Politbüros und des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission, trotz der von der Gruppe geäußerten Bereitschaft, bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Linie mitzuwirken, den Entwurf einer Resolution vor, in der sie die Episode eines Treffens Bucharins mit Kamenew im Sommer 1928 in den politischen Umlauf brachte.

Bucharin, Rykow und Tomski wiesen den Bucharin zur Last gelegten Versuch, einen Fraktionsblock mit der Kamenew-Gruppe zu organisieren, kategorisch zurück. Sie qualifizierten das »als eine grobe Verdrehung der Wahrheit«, als den Versuch, »Fraktionsmacherei« zu erfinden, und letztlich als den Wunsch, »uns in Mißkredit zu bringen«, »uns zu brandmarken«. Bucharin gab zu, daß schon allein die Tatsache, daß er sich mit Kamenew unterhalten habe, »eine Unvorsichtigkeit und ein Fehler« gewesen sei, versicherte aber, das praktische Ziel der Unterhaltung sei einfach gewesen: Er habe gebeten, »sich nicht an der von niemandem offiziell erlaubten Hetze zu beteiligen«.

Dennoch reduzierte die Erklärung Bucharins, Rykows und Tomskis das Problem der innerparteilichen Lage nicht auf eine einzige Episode, wie

das Stalin tat. Sie stellten eine allgemeinere Frage: Wozu brauchte Stalin die Abänderung des Leninschen »Bündnisses« in einen »Tribut«, wozu sollte man eine Formulierung ändern, die völlig anderen Verhältnissen entsprach, wenn man nicht den Inhalt der Beziehungen selbst ändern wollte?

Die Bucharin-Gruppe erkannte die ganze Gefahr einer solchen Formulierung. Kaum mehr als ein halbes Jahr war seit der Zeit der ersten Einführung von Sondermaßnahmen vergangen, und die »Tributtheorie« konnte leicht als ideologische Verewigung dieser Maßnahmen aufgefaßt werden.

Nach Meinung Bucharins, Rykows und Tomskis bedeutete der Resolutionsentwurf nicht nur keine Verurteilung der »Tributtheorie«, sondern schmuggelte sie als Parteibeschluß ein. In der zweiten Erklärung der Bucharin-Gruppe wurde auch die Einschätzung der ökonomischen Lage des Landes im zwölften Jahr der proletarischen Diktatur verschärft.

»Trotz großer Erfolge des sozialistischen Aufbaus im allgemeinen«, wurde in ihr betont, »führen wir Brotkarten ein, gibt es in einer Reihe von Rayons fast schon Hunger, Rohstoffmangel, einen akuten Mangel an Industriewaren, Anzeichen von Inflation und eine schwierige Lage bei Gold- und Valutamitteln.«

Gleichzeitig vertiefte Bucharin die Analyse der krisenhaften Erscheinungen in der Wirtschaft der NÖP. Er wies jetzt nicht nur auf der Situation geschuldete Fehler hin, die mit den Preisen in Zusammenhang stehen, sondern fügte auch hinzu, daß sich der industrielle und außerindustrielle Aufbau im Lande in den letzten Jahren in bedeutendem Maße auf Kosten der Emission und Verschwendung der Gold- und Devisenreserven entwickelt hätten, die ländliche Getreidewirtschaft aber in völlig unzureichendem Tempo zugenommen habe. Infolgedessen seien unverkennbare Anzeichen von Inflation und sehr ernste ökonomische Probleme aufgetreten.

Eine Bedrohung für das Bündnis und die Gefahr des Zusammenbruchs der Industrialisierung sei entstanden. »Mangel an Getreide«, schrieb Bucharin, »leidet das Land nicht infolge der Entwicklung der Kollektivwirtschaften, sondern trotz dieser Entwicklung; dieser Getreidemangel wird sich verschärfen, wenn wir alle Erfolge unserer Politik auf dem Lande in den nächsten Jahren einzig und ausschließlich mit den Erfolgen der Kolchosbewegung in Zusammenhang bringen, die man natürlich auf jede Weise und mit allen Mitteln unterstützen muß. Eine einfache arithmetische Rechnung zeigt uns, daß sie (die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften) in den nächsten Jahren nicht die Hauptgetreidequelle sein können. Haupt-

quelle werden noch lange Zeit die individuellen Wirtschaften der Bauern sein.«

Der von der Kommission des Politbüros vorbereitete Resolutionsentwurf wurde von der Bucharin-Gruppe insgesamt richtig bewertet, und zwar vor allem als Signal für politische Vernichtung. Davon zeugt zum Beispiel die Tatsache, daß gerade zu dieser Zeit, zum Februar 1929, die Reform der Landwirtschaftssteuer, die Maßnahmen zur Versorgung des Dorfes mit Maschinen und das Stellen der Frage nach dem Mittelbauern nach Meinung der Bucharin-Gruppe bereits eine Reihe ernst zu nehmender Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik aus der Welt geschafft hatten. Und nichtsdestoweniger wurde eine Aktion unternommen, die darauf gerichtet war, die Bucharin-Gruppe aus der Führung zu verdrängen. Stalin und jene, die ihn unterstützten, hatten faktisch den Weg der Politikasterei betreten. So erklärten sie beispielsweise Bucharin zum Gegner der individuellen, das heißt der auf administrativem Wege festzulegenden Besteuerung der Kulaken. In Wirklichkeit jedoch trat Bucharin sogar für eine höhere Besteuerung der Kulaken ein, die aber auf einem Gesetz beruhen sollte, das die Möglichkeit für Willkür und Übergriffe auf örtlicher Ebene einschränkte. Derartige Verfälschungen gab es in der Resolution nicht wenige.

In ihrer Februarerklärung betonten Bucharin, Rykow und Tomski, sie seien niemals gegen offizielle Beschlüsse der Partei aufgetreten. Sie hätten gegen Verzerrungen dieser offiziellen Beschlüsse durch Stalin und seine Anhänger in Richtung auf eine »Ausnahmepolitik« gekämpft und sich dagegen gewandt, daß man Stalin und die Partei »als gleiche Größen« nebeneinanderstellte oder aber Stalin direkt durch das Zentralkomitee und das ZK durch Stalin ersetzte, jedes Auftreten gegen Stalin aber als Auftreten gegen die Partei in ihrer Gesamtheit bewertete. Eben darauf waren die Anschuldigungen, Bucharin greife das ZK an, begründet.

Doch Kampf um die Macht entsprach der Haltung Bucharins am wenigsten.

Unserer Meinung nach waren ihm Ansprüche auf die Rolle eines Führers auch aufgrund seiner menschlichen Eigenschaften fremd. Übrigens, wie ein Leser des »Kommunist«, der Parteiveteran F. P. Nowitschenkow, der 1933 bei der »Parteiüberprüfung« Bucharins zugegen war, bezeugt, antwortete Bucharin völlig aufrichtig, wie uns scheint: »Ich habe mich nie danach gedrängt, Führer zu werden. Ich habe nicht das Talent für einen Führer.« Auch im Februar 1929 verlangte die Bucharin-Gruppe nicht die Absetzung Stalins vom Posten des Generalsekretärs. »Wir glauben nur«, schrieben sie, »daß Gen. Stalin den (sehr weisen) von Lenin erteilten Rat

berücksichtigen muß und nicht von der Kollektivität in der Führung abgehen darf. Wir sind der Ansicht, daß man den Gen. Stalin, wie auch jedes andere Mitglied des Politbüros, korrigieren kann und muß, ohne dabei Gefahr zu laufen, sich deswegen in einen ›Parteifeind‹ verwandelt zu sehen. Solche elementaren Bedingungen für die Arbeit der Mitglieder des Politbüros zu gewährleisten – das ist Aufgabe des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission.«

Indessen war die Kompromißbereitschaft der Bucharin-Gruppe Stalin wahrscheinlich gar nicht recht, denn er hatte nun vor, drei weitere namhafte Vertreter der alten Parteigarde aus der Führung zu verdrängen. Die politischen Beziehungen im Politbüro hatten sich zugespitzt, und das erschwerte die Erarbeitung richtiger Beschlüsse ernsthaft, obwohl es zu Beginn des Jahres 1929 eine solche Möglichkeit gab.

Bucharin blieb noch das Recht der Appellation an das Zentralkomitee, dessen Mitglieder lange Zeit schwankten und in bestimmten Augenblikken den Bucharinschen Standpunkt unterstützten. Jetzt hatten sie eine endgültige Wahl zu treffen. Zum Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) im April 1929 kam das Politbüro von Widersprüchen zerrissen und in zwei einander gegenüberstehende Gruppierungen geteilt. Auf dem Plenum selbst wies Tomski direkt auf das Wesen dieser Meinungsverschiedenheiten hin: Nach Meinung der Bucharin-Gruppe sei nach dem Verzicht auf Sondermaßnahmen auf dem Juli-Plenum des Jahres 1928 deren Wiedereinführung ein Fehler.

Die Rede Bucharins auf dem April-Plenum dauerte mehrere Stunden und begann mit wahrhaft tragischen Untertönen: »Genossen, ich bitte, meine Rede mit größtmöglicher Aufmerksamkeit anzuhören, denn ich glaube, als Mitglied des Politbüros halte ich vor dem Plenum zum letzten Mal eine Rede.«

Hier irrte Bucharin nicht. Er sollte noch auf Plenartagungen sprechen, aber schon in anderer Eigenschaft.

In seiner Rede machte Bucharin auf eine ganze Reihe von Stalin unternommener Aktionen gegen die drei Politbüromitglieder aufmerksam, die faktisch so etwas wie eine »bürgerliche Hinrichtung«, eine öffentliche Diskreditierung bedeuteten, ohne daß es einen Beschluß der höchsten Parteiinstanz gegeben hatte. Aber er konzentrierte sich auf anderes. Zum erstenmal übte Bucharin detaillierte Kritik an der Stalinschen Konzeption, daß sich der Klassenkampf in dem Maße verschärfe, wie der Aufbau des Sozialismus erfolgreich sei. Bucharin sagte, diese Konzeption sei die theoretische Begründung der »Ausnahmepolitik«.

Formuliert worden war sie von Stalin auf dem Juli-Plenum (1928), weiter-

entwickelt hatte sie im September 1928 Walerian Kuibyschew. Wie Bucharin darlegte, vermengte diese Theorie zwei völlig unterschiedliche Dinge, nämlich »eine bestimmte vorübergehende Etappe der Verschärfung des Klassenkampfes – eine dieser Etappen erleben wir jetzt – mit dem allgemeinen Verlauf der Entwicklung«.

In Bucharins Rede zeigten sich auch neue Akzente hinsichtlich der Einschätzung der sozialökonomischen Situation.

Nach wie vor beharrte er darauf, daß die Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Verletzung ökonomischer Proportionen sei, und betonte, das bedeute nicht, daß das Land ein zu hohes Tempo bei der Entwicklung seiner Industrie angeschlagen habe. So hätte man vor einiger Zeit denken können, doch bei einer näheren Analyse habe sich herausgestellt, daß der Kern der Sache nicht darin zu suchen sei. Das Tempo könne sogar noch höher sein, aber unter der Bedingung, daß die Landwirtschaft als Basis der Industrialisierung und eines schnellen Wirtschaftsverkehrs zwischen Stadt und Land gestärkt werde. Die Schwierigkeiten selbst jedoch seien entstanden, weil die enormen Aufwendungen für den Investitionsbau unter für die Entwicklung der Landwirtschaft, besonders der Getreidewirtschaft, ungünstigen Bedingungen erfolgt seien. Letztere habe sich in der am wenigsten vorteilhaften Lage befunden, »es habe eine gewisse Abwanderung der Produktivkräfte aus dem Gebiet des Getreidesektors begonnen«. Infolgedessen sei ein überaus wichtiger Exportartikel ausgefallen. »Wir sind in diese Sache«, betonte Bucharin, »halb spontan hineingeraten... eine bestimmte Zeit lang bemerkten wir nicht, wie die Getreidesituation war, eine bestimmte Zeit lang führten wir die Industrialisierung auf Kosten der Verschwendung von Fonds (Devisen – *die Verf.)* und der Notensteuer durch... Statt in den vorhergehenden Jahren unser Augenmerk auf die Lage des Getreidesektors zu richten und in 1 – 2 – 3 Jahren eine sehr einschneidende Beschleunigung des Aufbaus zu erreichen, überdies auf einer festen, nicht schwankenden Grundlage, ... kamen wir zu unvermeidlichen Schwierigkeiten.« Dabei seien sie zunehmend dann zutage getreten, als ebenjene Quellen, die Devisen- und Goldreserven sowie die Möglichkeiten der Emission, versiegt seien, als alle erkannt hätten, daß man so nicht weitermachen könne. Gerade dieser Zeitpunkt sei mit den größten Schwierigkeiten zusammengefallen. Aber da es nun einmal so gekommen sei, da diese Schwierigkeiten zu einem objektiven Faktor geworden seien, sei das Land dann in die erste Phase der Sondermaßnahmen geraten.

Schweift man etwas ab, so kann man sagen, daß diese Schwierigkeiten in erheblichem Maße durch die Beschlüsse des Jahres 1925 vorprogram-

miert wurden. Das außer acht gelassene Getreideproblem steht in nicht geringem Maße mit der Orientierung auf die Entfaltung der Industrialisierung bei Erhaltung der alten »Räder« – der bäuerlichen Einzelwirtschaft und der Geringschätzung für die Probleme der Bildung von Produktionsgenossenschaften – in Zusammenhang. Dabei boten gerade die für die Lösung des Getreideproblems geschaffenen Kollektivwirtschaften die Möglichkeit, die Beschleunigung der Industrialisierung, die Vorbereitung auf sie zu gewährleisten. Das, wozu Stalin selbständig erst im Januar 1928, ohne die Hilfe Bucharins, kam, hätte man objektiv früher tun können, noch dazu in einer anderen Situation. Aller Wahrscheinlichkeit nach wären dann auch keine Sondermaßnahmen erforderlich gewesen. So kämpfte Bucharin in gewissem Sinne gegen die Folgen seiner eigenen Politik des Jahres 1925.

Im April 1929 kam Bucharin zu dem Schluß, daß sich der einfache Warenproduzent aus einem Getreideverkäufer in einen Getreidelieferanten verwandelt habe und die Marktform des Bündnisses zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiterklasse und Bauern gestört sei. Im Ergebnis der Einführung von Sondermaßnahmen und Zwangsaufkäufen von Getreide sei die bäuerliche Wirtschaft zu einer Wirtschaft mit eingeengten Produktionsstimuli geworden. Die Rolle des Geldes sinke, die Bedeutung dieses Hebels werde schwächer, und gleichzeitig verstärke sich der administrative Druck, entstünden neue Formen der »Ausnahmepolitik«. Die Aufgaben der Entwicklung des Warenumsatzes und der Festigung neuer Formen der direkten ökonomischen Verbindung von Stadt und Land zu verbinden, sei nicht gelungen. Deshalb verschlinge die *»Maschine der Ausnahmepolitik«* das Land in immer wachsendem Maße. Sie stütze gleichsam das ins Wanken geratene ökonomische System und behindere zugleich die wirtschaftliche Entwicklung, schaffe zusätzliche Schwierigkeiten.

Die Hauptschwierigkeit der Leitung unter diesen Bedingungen sei, daß sich die wirklich progressiven, zur Vorwärtsbewegung beitragenden Elemente der ökonomischen Regulierung mit Elementen der »Ausnahmepolitik« zu einem einzigen schwer entwirrbaren Knäuel verflochten hätten. Die Sondermaßnahmen seien unvereinbar mit der NÖP, als »Dinge, die einander widersprechen. Die Sondermaßnahmen bedeuten die Abschaffung der NÖP, wenn auch natürlich eine vorübergehende. Die Sondermaßnahmen als *System* schließen die NÖP aus.«

Gestützt auf diese Analyse, legte Bucharin sein alternatives Programm dar. Es schloß die Einfuhr von Getreide aus dem Ausland, den nachdrücklichen Verzicht auf Sondermaßnahmen, die Festigung der revolutionären

Gesetzlichkeit, die Regulierung mit Hilfe von Preisen sowie die Verstärkung der Erzeugung von Mitteln für die landwirtschaftliche Produktion ein.

Dabei wandte er sich auch hier nicht gegen das »Hinüberpumpen« – den nichtäquivalenten Austausch zwischen Stadt und Land –, sondern sagte, die Erzeugerpreise für Getreide sollten flexibel und nicht starr fixiert sein und sich in Abhängigkeit von Jahreszeit und Gegend befinden.

Warum aber wurde das von Bucharin vorgeschlagene Programm von der Mehrheit der ZK-Mitglieder nicht unterstützt? Vor allem wegen des ersten, wichtigsten und rigoros formulierten Punktes. Bucharin betonte, recht hätten jene Genossen, die sagten: entweder Einfuhr von Getreide aus dem Ausland oder Sondermaßnahmen. Darauf bemerkte Ordshonikidse: »In diesem Jahr löst du die Schwierigkeiten durch die Einfuhr von Getreide, wodurch aber wirst du sie im nächsten Jahr lösen?«

Bucharins Vorschlag wurde als Abweichung ohne irgendwelche ernst zu nehmenden Garantien für die Zukunft angesehen.

Man hatte nicht einfach zwischen der Einfuhr von Getreide aus dem Ausland und Sondermaßnahmen, sondern zwischen der Einfuhr von Getreide und dem Schicksal der Industrialisierung zu wählen. Für die Parteiführung jener Zeit stand die Industrialisierung natürlich an erster Stelle. Die Unannehmbarkeit dieses Bucharinschen Vorschlags für die Mehrheit führte insgesamt gesehen dazu, daß auch alle anderen Vorschläge von ihm abgelehnt wurden, darunter ein so grundsätzlicher wie die Wahrung der revolutionären Gesetzlichkeit.

Natürlich kann man Kaganowitsch nicht als denjenigen ansehen, der die Meinung der Mehrheit zum Ausdruck brachte. Dennoch sagte er ganz vernünftig, daß Waren aufs Land geschickt und die Preise für Getreide erhöht worden seien, der Kulak aber trotzdem erkläre: Ich habe Überschüsse, euch werde ich meine Überschüsse nicht geben. »Was sollen wir Ihrer Meinung nach tun, welche Maßnahmen können Sie sich ausdenken?« fragte Kaganowitsch, an Bucharin, Rykow und Tomski gewandt. »Sie haben keinen einzigen neuen Vorschlag unterbreitet und können es auch nicht, weil es keine Vorschläge gibt, weil wir es mit dem Klassenfeind zu tun haben, der uns angreift, der die Getreideüberschüsse nicht für die sozialistische Industrie hergeben will, der erklärt: Gib mir einen Traktor, gib mir das Wahlrecht – dann gebe ich dir Getreide.«

Gegen Bucharins Programm trat auch Kalinin auf. »Allein durch den Markt und durch die bloße Losung, die Initiative der bäuerlichen Einzelwirtschaft zu entwickeln«, so meinte er, »werden wir die Getreidekrise nicht lösen, weil die Landwirtschaft zersplittert, ihr Anteil an der Markt-

produktion niedrig ist usw.« Aussichten, den Marktanteil der Produktion der Einzelwirtschaften auf das erforderliche Niveau zu heben, gebe es nicht mehr, und, seiner Meinung nach, »ist das für den heutigen Tag schon ein Fehler«, ebenso wie zu versuchen, auf dieser Grundlage die Ausfuhr von Getreide ins Ausland für den Kauf von Ausrüstungen sicherzustellen. Bucharin trete, wie auch seine Opponenten, für die Kollektivierung ein. Charakteristisch für ihn sei jedoch die Orientierung auf einen längeren Prozeß der Schaffung von Kollektivwirtschaften, in diesem Augenblick aber sei das Gewicht auf die Einzelwirtschaften, auf deren paralleles Bestehen neben den Kollektivwirtschaften zu legen. Nach Meinung Kalinins würde es richtiger sein, alle Maßnahmen zur Stärkung der bäuerlichen Wirtschaft in dieser oder jener Form mit der Kollektivierung zu verbinden. Und er folgert: »Wenn Sie in dieser *Grundfrage* zu einem Einverständnis mit uns kommen würden, das wäre Einheit.« Auf dem Plenum im April 1929 gelang es nicht, sich in dieser Grundfrage zu verständigen. Dennoch sprachen sich viele Mitglieder des Zentralkomitees wenn schon nicht für eine Unterstützung der Bucharin-Gruppe, so doch für ihr Verbleiben im Politbüro aus. Und dank dieser Haltung blieb sie im Politbüro.

Trotz der Schärfe der Polemik und der, wie es scheinen könnte, Unversöhnlichkeit der Seiten legte die Mehrheit des Zentralkomitees dennoch Einsicht an den Tag, und Bucharin kam der Mehrheit in einer Reihe von Positionen entgegen. So räumte er die Möglichkeit eines hohen Tempos der Industrialisierung ein. Dabei geht in den Beschlüssen des April-Plenums, später auch der XVI. Parteikonferenz (April 1929) ein hohes Tempo der Industrialisierung mit einem gemäßigten Tempo der Kollektivierung einher. Das ist ein weiterer Kompromiß, der im wesentlichen durch die vernünftige Politik Bucharins erreicht wurde, dadurch, daß er die Situation neu analysiert und seinen Standpunkt zu einer Reihe grundsätzlicher Fragen geändert hatte.

Das im November 1929 einberufene Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) stand unter dem Zeichen der großen Wende des Jahres 1929. Gegenstand der Tagung war der seinem Tempo nach nie dagewesene Aufschwung des Investitionsbaus und der Massencharakter, den die Kolchosbewegung angenommen hatte. Allen diesen Tatsachen zollte auch die Bucharin-Gruppe hohe Anerkennung. Ihre auf dem Plenum bekanntgemachte neue Erklärung (vom 12. November) bezeichnete Nadeshda Krupskaja als enormen Schritt auf die Position der Mehrheit des Zentralkomitees zu. Bucharin, Rykow und Tomski gaben eine Erklärung ab, daß sie ihre Haltung nicht nur in bezug auf die beschleunigte Industrialisierung, sondern auch in bezug auf die durchgängige Kollektivierung geän-

dert hätten. Dabei suchten sie nach neuen Formen der ökonomischen Beziehungen und betonten, daß »die durchgängige Kollektivierung ganzer Rayons einerseits und die breite Entwicklung der Praxis der vertraglichen Bindung andererseits ... die Frage der Marktbeziehungen *neu* stellen.«

Aber bedeutete das die völlige Annäherung der Positionen Bucharins, Rykows und Tomskis an die der ZK-Mehrheit? Nein. Worauf die Bucharin-Gruppe auch weiterhin unerschütterlich beharrte, das waren die Positionen der prinzipiellen Unzulässigkeit der »Ausnahmepolitik«. Dadurch, daß sie Stalin in dieser Frage unterstützten, begingen die ZK-Mitglieder einen verhängnisvollen Fehler, der bei weitem nicht sofort begriffen wurde. Ihn begingen auch jene, die noch bis vor kurzem geschwankt hatten. Zum Beispiel Aron Solz[22], der zugab, er habe früher »gewisse Zweifel in bezug auf die Sondermaßnahmen« gehabt, und zwar »vom Standpunkt der Einstellung zum Menschen, wenn man administrativen Druck auf große Menschenmassen ausüben muß«. Die von der Mehrheit der ZK-Mitglieder getroffene Wahl wurde in nicht geringem Maße auch von der Tatsache beeinflußt, daß die Alternative Bucharins nicht zustande kam, nicht »funktionierte«. Mehr als das, ihre Urheber selbst verzichteten auf sie.

Der einzige alternative Punkt in der Erklärung der Bucharin-Gruppe war die Frage der Sondermaßnahmen als *System*. Das betraf nicht nur ihre prinzipielle Haltung, sondern auch ihr Streben, die Leninschen Traditionen zu verteidigen. Gerade Bucharin, Rykow und Tomski, nicht aber die Mehrheit des Zentralkomitees folgten zu dieser Zeit dem Vermächtnis des Leninismus. Die Mehrheit des ZK dagegen wählte den Stalinismus. Bis zum November 1929 führten die Schwankungen der ZK-Mitglieder dazu, daß die Bucharin-Gruppe die Rolle eines politischen Gegengewichts erfüllen und wenigstens die himmelschreiendsten Erscheinungsformen der »Ausnahmepolitik« blockieren konnten. Mit der Niederlage der Bucharin-Gruppe und dem Ausschluß von Bucharin selbst aus dem Politbüro erhielten die Übergriffe auf dem Lande freien Lauf, begann die grobe Verletzung der Leninschen Prinzipien der Einstellung zu den Bauern. Es ist völlig klar, daß Bucharins letzte Alternative – die grundsätzliche Ablehnung der »Ausnahmepolitik« – wirklich eine Alternative zum Stalinismus war. Nachdem die ZK-Mitglieder ihre historische Wahl getroffen hatten, trugen sie auch die historische Verantwortung für die tragischen Ereignisse, die in den dreißiger Jahren folgten. Im Grunde genommen sprachen sie Stalin und seinem Kurs auf politische und ökonomische »Ausnahmepolitik« das Vertrauensvotum aus.

Im November 1929 wurde Bucharin aus dem Politbüro ausgeschlossen. Eine neue, die am wenigsten geklärte Periode seiner politischen Biographie begann. Heutige Versuche, Texte von Reden des späten Bucharin in den wissenschaftlichen Umlauf einzuführen, rufen bei einer ganzen Reihe von Forschern inneren Widerstand hervor. Ein Teil von ihnen ist der Ansicht, der Bucharin der dreißiger Jahre – das sei ein gebrochener Mensch, der auf jede Weise versucht habe, es Stalin recht zu machen und seinen Platz in jenem Chor der Lobhudeleien für den »großen Führer und Lehrer« einzunehmen, die in Partei und Gesellschaft immer lauter erklangen. Doch die detailliertere Untersuchung einiger Reden Bucharins zeigt, daß das alles nicht so einfach war.

Vor allen Dingen zur realen politischen Rolle Bucharins in den dreißiger Jahren. Er nahm an einer ganzen Reihe überaus wichtiger politischer Ereignisse teil – an der Arbeit des XVII. Parteitages, der XVII. Parteikonferenz und der Plenartagungen des Zentralkomitees der KPdSU(B), arbeitete in den Kommissionen zur Vorbereitung der Verfassung der UdSSR von 1936 und des Musterstatuts des landwirtschaftlichen Artels mit, war Chefredakteur der »Iswestija« und Mitglied des Kollegium des Volkskommissariats für Schwerindustrie, war wissenschaftlich tätig, nahm Kontakt zu namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens des Westens auf usw. Doch nicht nur darum geht es. In der Haltung vieler Mitglieder des Zentralkomitees, in wichtigen Beschlüssen, die in dieser Periode angenommen wurden, machte sich der Einfluß der Ideen Bucharins noch deutlich bemerkbar.

Um zu verstehen, worin dieser zum Ausdruck kam, muß man sich natürlich den Dokumenten zuwenden. Unter diesem Gesichtspunkt spielen die Materialien des Vereinigten Plenums des ZK und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B), das im Januar 1933 stattfand, sowie die Rede, die Bucharin auf diesem Plenum hielt, eine Schlüsselrolle. In der Einstellung vieler ZK-Mitglieder zu Bucharin ist deutlich zu erkennen, daß sie sich um seine politische Rehabilitierung bemühten und gern anerkannten, daß Bucharin seine früheren Fehler aufrichtig eingesehen habe und vor allem an die Zukunft denke. Selbst ein Mann, der Stalin so nahestand wie Kliment Woroschilow, sprach davon, daß er Bucharin glaube, »hundertmal mehr als Rykow und tausendmal mehr als Tomski. Tomski klügelt, Rykow versucht aufrichtig zu sein, vorläufig aber kommt bei ihm nichts heraus. Bucharin ist aufrichtig und ehrlich ...« Womit läßt sich eine solche Einstellung erklären?

Als der »große Sprung«, begleitet von gewaltigen Opfern und Kosten, vollzogen war, erhob sich vor der Partei die sehr ernste Frage: Wie soll

man künftig leben und handeln? Soll man die »Ausnahmepolitik«, gegen die Bucharin im November 1929 Einwendungen erhoben hatte, beibehalten, oder doch den Weg der Normalisierung des sozialen, ökonomischen und politischen Lebens des Landes beschreiten? Um diese Fragen herum entbrannte denn auch ein Kampf, traten Schwankungen zutage. Zu einem bestimmten Zeitpunkt hatte jedoch die Tendenz, den Weg der Normalisierung zu gehen, die Oberhand gewonnen. Die Anhänger einer gemäßigten, ausgeglichenen Politik, jene, die der festen Ansicht waren, die Situation müsse in irgendeinen Rahmen eingefügt werden, brauchten ein konstruktives Programm. Und dieses Programm – oder vielmehr die Richtung des Suchens – war in großen Umrissen gerade bei Bucharin vorgezeichnet.

Welche Ideen entwickelte Bucharin nun auf dem Januar-Plenum? Vor allem nahm er eine Analyse der Ergebnisse des ersten Fünfjahrplanes vor. Seiner Meinung nach stellte der Beginn seiner Verwirklichung bereits eine jähe Wende in der gesamten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Landes dar. Zu diesem Zeitpunkt hätten die Aufgaben gestanden, ein neues Grundkapital zu schaffen und die Widersprüche zwischen der wachsenden sozialistischen Großindustrie und der kleinen bäuerlichen Einzelwirtschaft, zwischen dem Anwachsen des sozialistischen Sektors (und seinem klassenmäßigen Träger – dem Proletariat) und der Zunahme des Kapitalismus in der Landwirtschaft (und seinem klassenmäßigen Träger – den Kulaken) zu beseitigen. Eines der wesentlichsten Probleme, das im Ergebnis der Wende von 1929 in der Landwirtschaft aufgetaucht war, bestand nach Meinung Bucharins darin, daß eine Diskrepanz zwischen den neuen Produktionsmitteln, die auf dem Lande eintrafen, und der Qualifikation der Arbeitskräfte entstand. Doch im großen und ganzen »sind wir« im Ergebnis des ersten Fünfjahrplans trotz aller Verluste »*auf eine höhere Stufe* vorgerückt, sind wir ein neues Land geworden, vor dem neue Probleme stehen«.

Die Möglichkeiten für eine Einflußnahme auf das Dorf hätten sich erhöht. Das Produktionsbündnis zwischen Stadt und Land habe an Stärke zugenommen. Unterstützt werden müsse diese Hauptform des Bündnisses, nach Meinung Bucharins, »durch den Stimulus der direkten Interessiertheit über den sowjetischen Handel, über den Markt, doch bei einem grundlegenden Unterschied zum alten ...« Später, in der tragischen Situation des Jahres 1937, sagte Bucharin, er habe, als er seine früheren Positionen hinsichtlich der Industrialisierung und Kollektivierung geändert habe, die Frage der Stimuli in der Landwirtschaft nicht sofort klären können. Sobald »sich die Sache dem Warenumlauf auf neuer Grundlage, dem sowjeti-

schen Handel zu nähern begann, war mir die *ganze* Zeichnung der wirtschaftlichen Beziehungen klar geworden«. In Bucharins Rede auf dem Vereinigten Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission vom Januar 1933 zeichneten sich die Konturen einer Konzeption des sozialistischen Marktes, der Normalisierung des Wirtschaftslebens und des Begreifens des Sozialismus als einer Waren- und Planwirtschaft, in der der Handel, wenn auch auf neuer Grundlage, eine immense Rolle spielen würde, ab.

Zugleich aber erklang aus dem Munde Bucharins, vielleicht noch deutlicher als von Rykow und Tomski, seinen Kampfgefährten im gar nicht so lange zurückliegenden Kampf, der Gedanke, »die historisch entstandene Führung unserer Partei mit Genossen Stalin, dieser eisernen Persönlichkeit, an der Spitze, hat sich voll und ganz das Recht erworben, den gesamten weiteren Prozeß zu leiten«. Natürlich gibt es in diesen Worten bestimmte Elemente des politischen Spiels, das Streben, sich an der Führung zu behaupten, um so die Situation beeinflussen zu können. Eine solche Haltung kann man Bucharin zu jener Zeit kaum zur Last legen. Gleichzeitig darf man aber auch nicht übersehen, daß gerade Bucharin, der Ende der zwanziger Jahre eine kompromißlose Haltung eingenommen hatte, Stalin jetzt direkt unterstützte und davon sprach, daß die UdSSR das Parteiregime habe, das sie brauche (wobei er das mit der Verschlechterung der internationalen Lage und damit begründete, daß sich die Situation in Deutschland grundlegend verändern könne und die Faschisten an die Macht kommen könnten). Natürlich mußten solche Äußerungen Bucharins einen zusätzlichen Einfluß auf die Partei ausüben und ein eigenes »Steinchen« zum Gebäude des Personenkults um Stalin beisteuern.

Und trotzdem ist Bucharin keineswegs ein Gesinnungsgenosse Stalins, und Stalin hielt ihn auch nicht für einen solchen. In dem am 12. Mai 1934 in den »Iswestija« veröffentlichten Artikel »Die Wirtschaft des Sowjetlandes« hielt Bucharin auch weiterhin an der Idee fest, daß es notwendig sei, normale, stabile Beziehungen zwischen Stadt und Land herzustellen, äußerte er von neuem den Gedanken, daß es erforderlich sei, materielle Stimuli in Gang zu setzen, die über den Mechanismus des sowjetischen Handels wirken müßten. Es konnte nicht ausbleiben, daß alle diese Ideen in bestimmten Kreisen der Partei Unterstützung fanden. Da Stalin das wußte und fühlte, daß Bucharins Ideen ernst genommen wurden und ein gewisser Teil des Zentralkomitees auf sie hörte, hielt er es für notwendig, sich mit speziellen Bemerkungen, die die Hauptgedanken Bucharins eigentlich völlig unbegründet verwarfen, an die Mitglieder des Politbüros

zu wenden. Das war sowohl unverhohlene Polemik mit ihm als Opponenten als auch zugleich die Furcht, diese Polemik öffentlich zu machen.

Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als habe der neu entbrannte Streit ausgesprochen theoretischen, sogar terminologischen Charakter getragen. Die Veränderung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande definierte Bucharin als das Ergebnis einer von der proletarischen Diktatur durchgeführten gigantischen Agrarrevolution bei Enteignung der Produktionsmittel der Kulaken. Stalin erwiderte darauf, daß »man die Politik der Kollektivierung nicht auf den Begriff Agrarrevolution reduzieren darf«, und wollte damit wahrscheinlich die (wirklichen und scheinbaren) Vorteile der Politik der gewaltsamen Kollektivierung im Vergleich mit jeder anderen Variante der Agrarpolitik in bezug auf die Bauern unterstreichen. Bucharin schrieb, die Lösung des Problems neuer Grundfonds (neuer Produktionsmittel) stelle die zentrale Schwierigkeit beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft dar. Stalin aber wandte sich dagegen, die Industrialisierung auf die Schaffung von Fonds schlechthin zu reduzieren, weil »eine solche Reduzierung den Unterschied zwischen den Fonds der Schwerindustrie ... und den Fonds der anderen Zweige der Volkswirtschaft, die für unsere Politik weder führend noch reorganisierend sind, vertuscht«. In scharfer Form wies er Bucharins Feststellung zurück, »daß bei uns der Prozentsatz des akkumulierten Teils des Nationaleinkommens sehr hoch (und damit die ›Belastung‹ so groß) ist und daß die *Umverteilung* der Produktivkräfte häufig auf Kosten anderer Zweige (darunter der Landwirtschaft) erfolgte«. Stalin vertrat die Ansicht, man dürfe darauf »nicht einmal eine entfernte Anspielung machen«, da das »nicht der Wirklichkeit entspricht, nach Verleumdung riecht und die Politik der Partei in Mißkredit bringt«.

Auf die in dem Artikel enthaltenen konstruktiven Ideen ging Stalin nicht ein, sondern erblickte in ihm lediglich den Versuch, zu beweisen, daß die Bucharin-Gruppe, gäbe man ihr die Möglichkeit, mit geringeren Opfern ans Ziel kommen würde. Hinter Stalins Bemerkungen verbargen sich somit nicht nur Differenzen in der Terminologie, sondern auch eine völlig unterschiedliche Einschätzung der Situation selbst. Die Polemik drehte sich immer um ein und dasselbe: Würde es gelingen, die Situation im Lande zu normalisieren, oder würde die Unfähigkeit, der Lage Herr zu werden, wieder durch Gewalt, durch eine »Ausnahmepolitik« wettgemacht werden.

Nach der Ermordung Kirows schwebte über Bucharin, wie über vielen anderen ehemaligen Oppositionellen auch, ein »Damoklesschwert«. Dennoch schwankten viele ZK-Mitglieder in der Frage, ob man die »Ausnah-

mepolitik« wiederaufnehmen solle, und um die Person Bucharins entbrannte ein bestimmter politischer Kampf. Bucharin wurde gleichsam zum Symbol der gemäßigten Richtung, des dumpfen, geheimen Widerstandes gegen den Stalinismus.

Man bemühte sich, Bucharin sowohl im Zentralkomitee als auch in der Partei zu halten. Nicht, weil Bucharin eine Alternativfigur in der politischen Führung sein könnte, sondern weil die Bucharinschen Ideen eine Alternative zur »Ausnahmepolitik« waren.

Bucharin wurde zu einer Symbolfigur. Nicht von ungefähr wurde das Februar/März-Plenum (1937) des ZK der KPdSU(B), das zur Entlarvung von Doppelzünglern, Schädlingen und Trotzkisten im Führungsbereich (die Beseitigung von Parteikadern im breiten Maßstab begann gerade nach diesem Plenum) aufrufen sollte, mit der Untersuchung des »Falles« Bucharin und Rykow. Die Dramatik der Situation bestand auch noch darin, daß Bucharin und Rykow den Kampf allein führten, jeder für sich. Allein wandten sie sich mit unterschiedlichen Erklärungen und Briefen an die Mitglieder des ZK. Allein trat Bucharin aus Protest gegen die ungeheuerlichen Anschuldigungen in den Hungerstreik.

Jeshows Referat auf dem Plenum am 23. Februar enthielt die Hauptanschuldigung an die Adresse Bucharins und Rykows. Angeblich wußten diese nicht nur von der Existenz eines illegalen antisowjetischen trotzkistisch-sinowjewschen Blocks sowie eines parallelen antisowjetischen trotzkistischen Zentrums (heute ist bewiesen, daß diese Fälle fabriziert wurden), waren sie nicht nur von der »verräterischen Plattform« dieser Organisationen informiert, die das Ziel verfolgen sollten, mit Hilfe ausländischer faschistischer Interventen den Kapitalismus zu restaurieren, sondern standen auch auf denselben Positionen wie diese Organisationen und hatten engen Kontakt zu ihnen. Zu den vielen anderen Anschuldigungen zählten: die Organisierung eines Netzes von Untergrundgruppen auf örtlicher Ebene, das Streben Bucharins, 1930/1931 einen Bauernaufstand zu organisieren und eine Autonomie – einen Sibirischen Staat – zu gründen, der Druck auf das Stalinregime ausüben sollte, die Abfassung der »Rjutinschen Plattform«[23], deren einer Punkt die Beseitigung Stalins gewesen sei, auf Initiative Bucharins und Rykows sowie der Sturz der Sowjetregierung durch einen bewaffneten Aufstand.

Auf sämtliche Anschuldigungen erwiderte Bucharin, daran sei »kein einziges wahres Wort«, und man habe alles in einen Topf geworfen, »was man will, alles Denkbare und Undenkbare«. Nachdem Bucharin die Haltlosigkeit der Anschuldigungen argumentiert bewiesen hatte und ausführlich auf die Widersprüchlichkeit der Aussagen der verschiedenen Zeugen ein-

gegangen war, schloß er seine Rede mit den Worten: »Ich sage hier die Wahrheit, aber niemand wird mich zwingen, mir die ungeheuerlichen Dinge an den Hals zu reden, die man über mich sagt, und niemand wird das von mir erreichen, unter keinen Umständen. Welche Epitheta man mir auch anhängt, niemals werde ich mich als Schädling, als Terrorist, als Abtrünniger, als Verräter der sozialistischen Heimat darstellen.«

Tags darauf, am 24. Februar, ergriff Bucharin das Wort zu einer Erklärung, in der er sich beim Plenum des ZK »für den unüberlegten und politisch schädlichen Akt des Hungerstreiks« entschuldigte, »für den sehr großen politischen Fehler, der zum Teil dadurch gemildert wird, daß... ich mich in einer äußerst kränklichen Verfassung befand«. Am 26. Februar wurde Bucharin das letzte Wort erteilt, in dem er erneut standhaft alle Anschuldigungen zurückwies. »Und nicht«, sagte Bucharin, »weil das nur persönliche Bedeutung hat, sondern auch, weil ich meine, daß ich unter keinen Umständen etwas Sinnloses auf mich nehmen kann, insbesondere dann nicht, wenn das für die Partei, für das Land und für mich persönlich nicht notwendig ist«. Die verschiedenartigen Ausfälle der ZK-Mitglieder gegen seine Person charakterisierte Bucharin als persönliches Moment des Kampfes, als Streben, seine Tätigkeit »nicht vom Standpunkt der Parteigeschichte, sondern hauptsächlich vom Standpunkt der gegenwärtigen Lage aus« zu beurteilen. Während der gesamten Rede Bucharins, die voller tragischer Untertöne war, wurde er ständig durch Zwischenrufe und Gelächter unterbrochen. Im Grunde genommen ließ man ihn seine Rede nicht bis zu Ende halten, sondern fiel ihm ins Wort: »Ab ins Gefängnis!« »Schön, sperrt mich ein«, entgegnete Bucharin. »Glaubt ihr, weil ihr schreit – ins Gefängnis stecken –, werde ich anders sprechen? Das werde ich nicht tun.«

Eine Kommission unter dem Vorsitz Mikojans, auf dem Plenum gebildet, um den Entwurf eines Beschlusses zum »Fall der Gen. Bucharin und Rykow« zu erarbeiten, ging unter Bedingungen an die Arbeit, da die Frage anscheinend schon klar war. Doch selbst jetzt mußte Stalin seine Zuflucht zu einem politischen Manöver nehmen. Das bestätigt die Tatsache der Erörterung der abschließenden Formulierung der Resolution. Die Variante Jeshows – Bucharin und Rykow aus dem ZK der KPdSU(B) (sie gehörten ihm als Kandidaten an) und aus der Partei auszuschließen und sie dem Militärtribunal bei Anwendung des höchsten Strafmaßes – Tod durch Erschießen – zu übergeben – wurde ursprünglich von Budjonny, Manuilski, Schwernik, Kossarew und Jakir befürwortet. Den Vorschlag Postyschews – sie dem Gericht zu übergeben, ohne daß die Todesstrafe durch Erschießen zur Anwendung kam – unterstützten Schkirjatow, Anti-

pow, Chruschtschow, Nikolajewa, Kossior, Petrowski und Litwinow. Und es ist noch nicht heraus, wie sich die Dinge entwickelt hätten, hätte Stalin nicht einen geschickten und raffinierten Schachzug vorgeschlagen: »Den Fall Bucharin und Rykow nicht dem Gericht zu übergeben, sondern an das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten zu verweisen«, angeblich für eine Nachermittlung. Dieser Variante pflichteten zunächst Uljanowa, Krupskaja, Vareikis, Molotow, Woroschilow, später auch alle übrigen Kommissionsmitglieder bei. Diese einheitliche Meinung teilte Stalin am 27. Februar 1937 den Teilnehmern des Plenums mit. Das Plenum stimmte einhellig – bei zwei Enthaltungen (Bucharin und Rykow) – für diesen Beschluß.

Der letzte Akt des Dramas war der Gerichtsprozeß gegen Bucharin im Fall »Antisowjetischer rechtstrotzkistischer Block«, der am 2. März 1938 begann. Seine Materialien wurden veröffentlicht und waren dem Leser zugänglich. Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß einige westliche Forscher, so der amerikanische Wissenschaftler Steven Cohen, in der mutigen Verteidigung Bucharins »ein verblüffendes Arsenal von Zweideutigkeiten, Ausflüchten, verschlüsselten Worten, verschleierten Anspielungen, logischen Wortklaubereien und beharrlichen Dementis« erblicken, die »von den Anschuldigungen des wahren Staatsanwalts – Stalin – ... keinen Stein auf dem anderen ...« gelassen hätten. Als die Mitglieder des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR Bucharin zum Tode durch Erschießen verurteilten, dürften sie kaum darüber nachgedacht haben, daß ein halbes Jahrhundert danach sie selbst (und jene, die hinter ihnen standen) vor dem moralischen Gericht der Nachgeborenen erscheinen würden und die politische Biographie Bucharins zu einem der Elemente der geistigen Erfahrung der heutigen Generationen von Kommunisten werden würde.

Was lehrt uns das eindrucksvolle und tragische Lebensschicksal Bucharins? Eine Lehre ist Bucharins Eindringen in die Probleme der theoretischen Voraussicht, der theoretischen Analyse von Krisensituationen in der Entwicklung der Gesellschaft und der Kultur ihrer Lösung. In dieser Hinsicht ging Bucharin im Gegensatz zu Stalin sehr weit. Er verstand es nicht nur, unter dem Einfluß der Logik des Lebens seine Einstellung zu der 1929 vollzogenen Wende zu ändern, sondern versuchte auch, diese Wende theoretisch einzuschätzen und eine Konzeption der Weiterentwicklung zu formulieren. Leider war ihm seit Ende der zwanziger Jahre die Möglichkeit genommen worden, die praktische Politik zu beeinflussen, und diese seine theoretische Arbeit wurde in der politischen Praxis

der dreißiger Jahre nicht gebührend berücksichtigt. Tatsächlich kommen wir erst jetzt auf die von Bucharin gestellten Fragen zurück. Der Umstand, daß die Partei seinerzeit keine kritische Analyse der »Revolution von oben« vornahm, führte dazu, daß die negativen Seiten der Politik Stalins auf die gesamten dreißiger Jahre übertragen wurden. Und das zu einer Zeit, da man über andere, sanftere, flexiblere und subtilere Methoden zur Leitung der Gesellschaft, über die Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens im Lande nachdenken mußte.

Zu Zeiten Stalins wurde Bucharin zur Last gelegt, er sei auf den Weg des Fraktionskampfes und der Schaffung einer Opposition abgeglitten. Jetzt sehen wir ein, daß er gerade das nicht getan, sondern vielmehr sich und die ihm Gleichgesinnten so weit wie möglich gezügelt hatte. Doch das Aufgeben des Kampfes und die Versuche, die Meinungsverschiedenheiten im Rahmen des Politbüros beizulegen, ohne an die Partei zu appellieren, hatten zur Folge, daß wahrscheinlich die letzte Gelegenheit verpaßt wurde, die von Lenin empfohlenen Prinzipien der kollektiven Führung zu bewahren. Hinter dem Problem des Aufgebens des Kampfes verbirgt sich auch die Frage der Prinzipienfestigkeit in der Politik. 1929 hatte Bucharin begriffen, daß eine ganze Reihe seiner Ideen nicht funktionierten, daß man unter dem Einfluß der Logik des Lebens, nicht aber unter dem Druck konträrer politischer Kräfte seine Haltung ändern müsse. Indem er das erkannte, bewegte er sich praktisch in allen Grundfragen in Richtung auf die Haltung der ZK-Mehrheit. Seine Prinzipienfestigkeit in der Politik kam darin zum Ausdruck, daß er unbeirrbar auf der Leninschen Auffassung der Hauptfrage, aus der letztlich die Tragödie der dreißiger Jahre erwuchs – der Frage der »Ausnahmepolitik« –, beharrte. Hier war er unbeugsam. Die Bereitschaft zum Interessenausgleich, die Koordinierung der Standpunkte und das Bestreben, sich an der Macht zu behaupten, überschritten bei Bucharin nicht die Schwelle der eigenen Prinzipien. In dieser Hinsicht ging er bis zu Ende, ungeachtet dessen, welche Folgen das für ihn persönlich haben konnte.

Bucharins starke Seite als Politiker waren sein Bemühen um konstruktives Handeln, die Bereitschaft zur ständigen Erneuerung seines theoretischen Rüstzeugs und die Eigenständigkeit seines Denkens. Einer Niederlage zum Trotz fuhr er fort, Lebenswidersprüche zu durchdenken und zu erfassen, und tat sein Bestes, um nicht in Politikasterei zu verfallen. Auch wenn in seinen Reden die obligatorisch gewordenen Lobpreisungen Stalins anklingen, ist das, worauf es in ihnen ankommt, etwas anderes: Einsatz für die Ideen der Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens und der Herstellung von Gesetzlichkeit in der Gesellschaft, Humanismus als

Kriterium für die Einschätzung der Wirklichkeit und Orientierung auf die wirtschaftliche Rechnungsführung. Bis zum Schluß suchte Bucharin nach einer Möglichkeit, mit der Mehrheit der ZK-Mitglieder auf konstruktiver Basis zusammenzuarbeiten und in ihm zugänglichen Formen zum Wohle der Partei und des Volkes tätig zu sein. Gerade das war der Grund dafür, daß man in der Partei und im ZK seinen Standpunkten Gehör schenkte. Einige Beschlüsse der ersten Hälfte der dreißiger Jahre tragen den unverkennbaren Stempel der Bucharinschen Ideen.

Zugleich aber war für die Haltung Bucharins eine eigentümliche theoretische Ungeduld charakteristisch. Zu schnell versprühte er die Ergebnisse seiner Arbeit, oft ohne sie zu Ende zu denken. Nur mit Mühe gelang ihm eine dialektische Analyse, konnte er über den Rahmen eines eingebürgerten Systems von Vorstellungen, Einschätzungen und Programmen hinausgehen, wie das mit der »klassischen« NÖP und der Erarbeitung politischer Entscheidungen im Jahre 1925 der Fall war. Doch wenn er seine früheren Positionen wirklich neu überdachte, dann tat er das grundsätzlich.

Bucharin war einer jener Parteiführer Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre, für die die Begriffe Moral und Gesetzlichkeit keinen pragmatischen, sondern einen zutiefst menschlichen Sinn hatten. Gerade diese seine Haltung wurde denn auch zum politischen Gegengewicht zu Stalins »Ausnahmepolitik«. 1929 verteidigte Bucharin nicht nur seine Ansichten, er verteidigte auch das Recht der Kollektivorgane der Partei auf Kritik und Analyse aller Seiten der sozialen Wirklichkeit, ohne »tote Zonen« und »Unpersonen«. Er erkannte: Wenn die Schuld für Schwierigkeiten Menschen außerhalb der Partei – Klassenfeinden, Schädlingen, Leuten mit mangelndem politischem Bewußtsein – oder einer Opposition in der Partei selbst beigemessen wird, wenn subjektive Fehler der Staatsmacht voll und ganz dem Klassenkampf zugeschrieben werden, dann wird ein solcher teilweiser, unbestimmter Hinweis auf die Ursachen von Fehlern und Schwierigkeiten es nicht ermöglichen, Lehren aus ihnen zu ziehen und notwendige Korrekturen an der Politik vorzunehmen, und die Halbheit der Eingeständnisse wird zu einer gefährlichen Inkonsequenz der Entscheidungen führen.

Bucharin, mit allen seinen Vorzügen und Mängeln, unbestreitbaren Verdiensten und schwerwiegenden Irrtümern, gehört der Geschichte unserer Partei und unseres Staates. Sein theoretisches Erbe umfaßt einen äußerst umfangreichen Kreis von Problemen. Es erfordert eine Neubewertung im Lichte der Erfahrungen, die die Partei in den letzten Jahrzehnten gesammelt hat. Das wird es erlauben, alles wirklich Wertvolle, das die

Prüfung durch die Zeit bestanden hat, in unser wissenschaftliches und politisches Arsenal aufzunehmen. Die Analyse des Erbes von Bucharin muß objektiv, wahrheitsgetreu und kritisch, das heißt so sein, wie es Lenin den heutigen Generationen von Kommunisten empfohlen hatte.

Kommunist, 1988, Nr. 13, S. 91–109.
Übersetzt von Barbara Heitkam.

1 *Otsowisten* (von russ. otoswat – abberufen) – Strömung, die nach der Niederlage der Revolution von 1905–1907 unter den Bolschewiki aufkam. Die Otsowisten forderten, die sozialdemokratische Dumafraktion abzuberufen, die Arbeit in den legalen Organisationen einzustellen und die gesamte Parteiarbeit in den illegalen Organisationen zu konzentrieren.

2 W. I. Lenin: Über »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit. In: Werke (im folgenden LW), Bd. 27, S. 337.

3 W. I. Lenin: An I. F. Armand, 19. Februar 1917. In: Briefe (im folgenden LB), Bd. IV, S. 388.

4 Siehe W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: LW, Bd. 22, S. 226.

5 Siehe W. I. Lenin: Marxismus und Staat, Berlin 1974, S. 40 und 85; ferner Materialien zu dem nicht geschriebenen Artikel »Zur Rolle des Staates«. In: 5. russ. Ausgabe der Werke W. I. Lenins, Bd. 33, S. 329–338.

6 Siehe W. I. Lenin: An I. F. Armand, 25. Dezember 1916. In: LB, Bd. IV, S. 343, 344.

7 Siehe W. I. Lenin: An A. M. Kollontai, 17. Februar 1917. In: Ebenda, S. 385.

8 Sechster Parteitag der SDAPR(B), August 1917. Protokolle, Moskau 1958, S. 110, russ.

9 W. I. Lenin: Rede zum 3. Jahrestag der Oktoberrevolution in der Festsitzung des Moskauer Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Rotarmistendeputierten, des Moskauer Komitees der KPR(B) und des Gewerkschaftsrats des Moskauer Gouvernements, 6. November 1920. In: LW, Bd. 31, S. 391.

10 Siebenter Außerordentlicher Parteitag der KPR(B), März 1918. Stenografischer Bericht, Moskau 1962, S. 261, russ.

11 W. I. Lenin: Nachwort zu den Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens. In: LW, Bd. 26, S. 452.

12 W. I. Lenin: Politischer Bericht des Zentralkomitees an den Außerordentlichen Siebenten Parteitag der KPR(B), 7. März 1918. In: LW, Bd. 27, S. 84.

13 W. I. Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: LW, Bd. 31, S. 21.

14 Siehe W. I. Lenin: Schlußwort zum Referat über die Konzessionen, gehalten in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses, 21. Dezember 1921. In: LW, Ergänzungsband Oktober 1917–März 1923, S. 239, 240.

15 W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare an den VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß, 22. Dezember 1920. In: LW, Bd. 31, S. 511.

16 Siehe Lenin-Sammelband XL, Moskau 1985, S. 429, russ.

17 Ebenda, S. 424. Eine deutsche Ausgabe von Bucharins Buch »Ökonomik der

Transformationsperiode« erschien 1922 in Hamburg. Gegenwärtig wird eine Neuausgabe mit Lenins Randbemerkungen vorbereitet.

18 Siehe W. I. Lenin: Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler des Gen. Trotzki. In: LW. Bd. 32, S. 15/16.

19 N. Bucharin: Attacke. Sammlung theoretischer Artikel, Moskau o. J., S. 242, russ.

20 W. I. Lenin: Über das Genossenschaftswesen. In: LW, Bd. 33, S. 457.

21 J. W. Stalin: Über die Industrialisierung und das Getreideproblem. Rede, gehalten auf dem Plenum des ZK der KPdSU(B) am 9. Juli 1928. In: Werke, Bd. 11, S. 141.

22 *Solz, Aron Alexandrowitsch* (1872–1945) – Mitglied des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B) und des Obersten Gerichts der UdSSR.

23 *Rjutinsche Plattform* – unter dieser Bezeichnung wurden zwei 1932 entstandene Dokumente des »Bundes der Marxisten-Leninisten« bekannt: »Stalin und die Krise der proletarischen Diktatur« und der Aufruf »An alle Mitglieder der KPdSU(B)«. Martemjan Rjutin, früher Sekretär des Stadtbezirkskomitees der KPdSU(B) Krasnaja Presnja in Moskau, war maßgeblich an der Ausarbeitung der Dokumente beteiligt. Näheres dazu siehe: Iswestija ZK KPSS, 1989, Nr. 6, S. 103–115.

W. Shurawljow, W. Naumow

Rückkehr zur Wahrheit

Zum 100. Geburtstag von Nikolai Bucharin

Die politische Biographie Bucharins kann man nicht mit einer, genauer mit einer eindeutigen Formel ausdrücken. In ihr gab es Jahre des revolutionären Kampfes, zu dem er sich bereits als Student am Wendepunkt der ersten russischen Revolution bekannte. Es gab die gemeinsame außergewöhnlich fruchtbare Arbeit mit Lenin, seine langjährige Freundschaft mit ihm und zur gleichen Zeit – leidenschaftlichen Streit, heiße Diskussionen. Und die Freude über den Oktober-Sieg 1917 und Tränen der Trauer um Genossen, die in den Kämpfen um die Sowjetmacht in Moskau gefallen waren, wo Bucharin einer der Führer des bewaffneten Aufstandes war; mühevolles, angespanntes Suchen unerforschter Wege des Aufbaus des Sozialismus, theoretische Erleuchtungen und bittere Verirrungen, Fehler, die unvermeidlich waren, wenn man den Kampfplatz zum erstenmal betrat. Und es gab eine Tragödie, die nicht nur sein Leben beendete, sondern auch für lange Jahre den Schatten der Voreingenommenheit und der Lüge auf seinem Namen, seinen Arbeiten, Ideen und Ansichten.

Heute, zur Zeit der revolutionären Umgestaltung, Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft, zur Zeit der Wiederherstellung der geschichtlichen Wahrheit und des Nachdenkens über Gegenwart und Zukunft werden der Name Bucharins, seine theoretische und politische Tätigkeit erneut zum Gegenstand der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit, fordern wissenschaftliches Erforschen, Säuberung vom Rost der Stereotype und konjunkturellen Etiketten.

In der Geschichte unserer Partei ist Nikolai Iwanowitsch Bucharin, und jetzt wird dies besonders deutlich, eine der leuchtendsten Gestalten. Bekannt ist die Meinung Lenins, der Bucharin als wertvollsten und größten Theoretiker der Partei bezeichnete und betonte, daß er zu Recht als ihr Liebling gilt.[1] Noch zu Lebzeiten Wladimir Iljitschs wurde Bucharin Kandidat des Politbüros des ZK der Partei, und 1924 – nach dem XI. Parteitag – wurde er Mitglied des Politbüros und arbeitete dort bis 1929. Er war einer

der Vorsitzenden der Komintern, führte die ideologische Arbeit der Partei, war von Dezember 1917 bis 1929 verantwortlicher Redakteur der »Prawda«.

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre teilte er das tragische Schicksal vieler Vertreter der Leninschen Garde. Er wurde Opfer der Ungesetzlichkeit und der Stalinschen Repressalien. Heute braucht schon nicht mehr bewiesen zu werden, daß die Vernichtung der alten Parteigarde, die Verstand, Gewissen und Ehre verkörperte und einer deren bedeutendsten Vertreter Bucharin war, das schwerste Verbrechen Stalins war. Dadurch wurde der Weg zum Personenkult, zum Regime der autoritären Macht geebnet. Dazu muß man mit aller Bestimmtheit sagen, daß Bucharin unter denen war, die mutig gegen die Stalinschen Bestrebungen auftraten, die sich bemühten, die Leninschen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus, die Leninschen Normen des Parteilebens zu verteidigen, wobei sie selbst gefährdet waren.

Bucharin wurde am 9. Oktober 1888 in Moskau geboren, in einer Familie demokratisch eingestellter Lehrer, typischer Vertreter der russischen Intelligenz. Die Lage der Familie war nicht leicht, mitunter fehlte sogar das Nötigste. Schon in früher Kindheit wurde Bucharin mit den Schriften der russischen revolutionären Demokraten vertraut. Noch als Gymnasiast machte er sich mit marxistischer Literatur bekannt.

Einen großen Einfluß übten auf ihn die Ereignisse der ersten russischen Revolution 1905 bis 1907 aus. Zu diesem Zeitpunkt (1906) verband er sein Schicksal mit der bolschewistischen Partei, wurde Mitglied ihres Moskauer Komitees, feilte in Arbeiterzirkeln an seiner propagandistischen Meisterschaft. Als Student im letzten Studienjahr an der Moskauer Universität wurde er verhaftet und verbannt. 1911 floh er ins Ausland. In der Emigration nahm Bucharin entschlossen und vorbehaltlos die Position der Bolschewiki ein. Hier erfolgte seine weitere Entwicklung als Revolutionär und Bolschewik-Leninist.

Das erste Treffen mit Lenin 1912 legte die Grundlage für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihnen, bestimmte den weiteren politischen und schöpferischen Weg Bucharins.

Lenin schätzte bereits in diesen Jahren die außergewöhnlichen Fähigkeiten des jungen Revolutionärs sehr hoch ein, beobachtete aufmerksam dessen Beschäftigung mit politischer Ökonomie, bemerkte erste Erfolge auf diesem Gebiet. Der Leninsche Einfluß bestimmte in vielem die Grundrichtungen der Interessen Bucharins bei der Erschließung der marxistischen Theorie, seiner Entwicklung als revolutionärer Marxist.

Auch in Zeiten der schärfsten Polemik zwischen ihnen, und die gab es

nicht wenig, widmete Wladimir Iljitsch den von Bucharin vorgebrachten streitbaren Argumenten große Aufmerksamkeit, bemühte sich, ihm zu helfen, auf die richtigen Positionen zu kommen. Der Leninsche Einfluß wirkte auch auf die wissenschaftlichen Interessen Bucharins. Nach Lenins Einschätzung wurde er »ein ausgezeichnet gebildeter marxistischer Ökonom«[2].

Bucharin leistete einen großen Beitrag zur Ausarbeitung aktueller Probleme der marxistischen politischen Ökonomie. Seine Arbeit »Weltwirtschaft und Imperialismus«, erstmalig veröffentlicht als umfangreicher Artikel 1915, als Buch 1918, wurde von Lenin sehr hochgeschätzt. Wladimir Iljitsch schrieb ein Vorwort, in dem es heißt: »Die wissenschaftliche Bedeutung der Arbeit N. I. Bucharins liegt besonders darin, daß er die Grundtatsachen der Weltwirtschaft betrachtet, die den Imperialismus als Ganzes, als eine bestimmte Entwicklungsstufe des höchstentwickelten Kapitalismus betreffen.«[3] In diesem Werk entwickelt Bucharin eine originelle theoretische Konzeption des Imperialismus als ein widersprüchlicher Komplex von Tendenzen der Weltwirtschaft. Zwei dieser Tendenzen hob er besonders hervor: einerseits den Prozeß der Internationalisierung des Wirtschaftslebens, der sich vor allem in der Entwicklung internationaler Monopole äußert, im Export des Kapitals, und andererseits den Prozeß der »nationalen« Verbindung des Finanzkapitals der imperialistischen Mächte, der zu Widersprüchen und Konflikten zwischen den staatsmonopolistischen Vereinigungen führt. Diese Formel behält ihre Bedeutung auch für das Verstehen des modernen Kapitalismus, denn – wie der XXVII. Parteitag der KPdSU feststellte: »Neue Widersprüche – *zwischen den transnationalen Konzernen und der national-staatlichen Form der politischen Organisation der Gesellschaft* – sind entstanden und spitzen sich zu.«[4]

Die Themen der Arbeiten von Bucharin zeugen von der Vielseitigkeit seiner Interessen. Es wäre aber nicht richtig, darüber zu schweigen, daß in seinen Schriften dieser Periode eine Reihe von Thesen und Schlußfolgerungen, zum Beispiel über die nationale Frage, über den Staat, »ultralinks« waren, die ihm, wie bekannt, Lenin scharf ankreidete.

Jedoch ebenso falsch ist es, die Bucharinschen Ansichten als antileninistisch zu bezeichnen, wie es unsere Geschichtsschreibung jahrelang praktizierte. Peinlich genau und ohne die Feindschaft zu Bucharin zu verbergen, wurden alle Streitgespräche zwischen ihm und Lenin aufgelistet. Unbestritten äußerte er in diesen Jahren nicht immer ausgereifte Gedanken, manchmal unterliefen ihm auch theoretische Fehler. Bucharin war ja eben erst dabei, sich zum Theoretiker zu entwickeln. Doch von Anfang an

zeigte er sich als origineller Denker, bemühte sich, eigene Ideen zu entwickeln. Indem er die Leninschen Ideen erfaßte, wiederholte und ergänzte er sie nicht nur, sondern befruchtete sie auch, griff sie auf mit seiner Weltanschauung, seinem Standpunkt. Sein Streit mit Lenin war wissenschaftlich, war eine Diskussion zu theoretischen Fragen unter Gleichgesinnten – was Norm war und sein mußte in der Partei.

Genauso sah dies auch Lenin, der ähnliche Dispute nicht unterdrückte, im Gegenteil, allseits unterstützte und entwickelte. Dies half seinem Denken und der Suche nach der Wahrheit.

Viel später, auf dem XI. Parteitag 1922, beklagte er ehrlich: »Schade, daß Gen. Bucharin nicht auf dem Parteitag anwesend ist, ich hätte gern mit ihm ein wenig gestritten, aber ich werde das lieber bis zum nächsten Parteitag aufschieben.«[5] Es ging um den Staatskapitalismus – eine Frage, der er besondere Bedeutung beimaß; und offensichtlich meinte Lenin, daß er gerade im Streit mit dem langjährigen Opponenten den Delegierten des Parteitages seine Gedanken einleuchtend darlegen könnte.

Bucharin kehrte nach dem Sieg der Februarrevolution aus der Emigration zurück. Seine ganze Energie, das ganze Feuer seines Talents gab Bucharin dem revolutionären Kampf. 1917 veröffentlichte er nicht weniger als 65 Arbeiten. In Moskau tat er viel für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution, war einer der Vorsitzenden des Moskauer Parteikomitees, Mitglied des Exekutivkomitees des Moskauer Sowjets, Redakteur des »Sozial-Demokrat«, des Organs des Moskauer Komitees der Bolschewiki.

Eine bedeutende Rolle spielte Bucharin auf dem VI. Parteitag der SDAPR(B) (26. Juli–3. August 1917), zu dem er als Delegierter der Moskauer Organisation nach Petrograd fuhr. Der Auftrag, auf dem Parteitag mit einer Rede über den Krieg und die internationale Lage aufzutreten, war die Anerkennung seiner Autorität in der Analyse der Entwicklung des Weltkapitalismus. In einer weiteren Rede wandte er sich gegen Lenins Erscheinen vor Gericht.[6] Mit großer Stimmenmehrheit beschloß der Parteitag eine Resolution, deren Grundlage ein Projekt Bucharins war. Der VI. Parteitag wählte ihn als Mitglied des ZK der Partei (im ZK war er bis 1937, von 1934 an als Kandidat).

Bis zur Oktoberrevolution wurde er zu einem führenden Theoretiker der Partei mit einem stark ausgeprägten eigenen Stil des Denkens, der seine hohe Bildung und die Weite seines Horizonts ausdrückte – was vielen Mitstreitern Lenins eigen war. Folgerichtig gehörte Bucharin nach dem Sieg des Oktobers zum Führungskreis der Partei, leitete die Redaktion der »Prawda«, veröffentlichte eine Reihe Arbeiten zu Fragen der Theorie der revolutionären Bewegung. (Sein Buch »Ökonomik der

Transformationsperiode« und andere Arbeiten warten noch auf ernsthafte Erforschung.)

Auch in dieser Nachoktober-Periode stellte sich seine politische Biographie nicht einfach dar. Es genügt, an seine harten Kontroversen mit Lenin im Frühjahr 1918 zum Brester Frieden zu erinnern. Bucharin trat an der Spitze der »linken Kommunisten« gegen einen Friedensvertrag mit Deutschland auf. Wie soll man diesen Schritt bewerten? Wir haben keinen Grund, an der Ehrlichkeit Bucharins zu zweifeln, auch nicht daran, daß er wahrhaft und direkt seine Prinzipien in diesem Streit, sein Verständnis der entstandenen Situation verteidigte. Um so wichtiger ist, daß er noch im selben Jahr »diesen großen politischen Fehler« offen verurteilte. Nach seinen Worten wuchs in der Folgezeit der Einfluß Lenins auf ihn ständig.

Die Schwankungen Bucharins drückten sowohl seine Charaktereigenschaften aus, was Lenin später anläßlich einer Gewerkschaftsdiskussion bemerkte, auf der Bucharin mit einem »Puffer«-Programm auftrat, als auch seine »revolutionäre Romantik« – das Festhalten an alten Parteivorstellungen, die es nicht gestatteten, die veränderten Bedingungen zu sehen, und Neuerungen verhinderten.

Wladimir Iljitsch erforschte die methodologischen Wurzeln dieser Fehler Bucharins. Obwohl er ihn in seinem berühmten »Brief an den Parteitag« als wertvollen und großen Theoretiker und Liebling der Partei bezeichnete, bemerkte er gleichzeitig, die theoretischen Ansichten Bucharins »können nur mit sehr großen Bedenken zu den völlig marxistischen gerechnet werden, denn in ihm steckt etwas Scholastisches (er hat die Dialektik nie studiert und, glaube ich, nie vollständig begriffen)«.[7]

Die Leninsche Einschätzung Bucharins wird sehr oft zitiert. Aber erkennen wir ihre ganze Tiefe? Es lohnt sich zu erinnern, daß Wladimir Iljitsch auch vor dem »Brief an den Parteitag«, besonders in den letzten Jahren, nicht nur einmal über die Verdienste des Theoretikers Bucharin gesprochen hat. Sogar in der Periode der Diskussion über die Gewerkschaften, in der er eine Reihe von Thesen hart kritisierte, bemerkte Lenin, daß zu den vielen wertvollen Eigenschaften des Genossen Bucharin seine theoretische Fähigkeit und sein Interesse gehören, die theoretischen Wurzeln in jeder Frage zu suchen. Dies forderte Lenin von allen, die er als Führer der Partei ansah.

Unserer Meinung nach ist es wichtig, zu betonen, daß Lenin im »Brief an den Parteitag«, in dem er Bucharin allseitig und dialektisch charakterisiert, gleichzeitig unterstreicht, daß er seine Bemerkungen »nur für die Gegenwart« macht (Ende 1922). Die festgestellten Unzulänglichkeiten könn-

ten durch Vervollständigung des Wissens und Überwindung der Einseitigkeit beseitigt werden.[8]

Diese Hoffnungen rechtfertigte Bucharin mehrmals in seiner weiteren Arbeit im Politbüro, in der Redaktion der »Prawda« und ab 1924 an der Spitze des Redaktionskollegiums des theoretischen Organs der Partei, des »Bolschewik«. Von großer Bedeutung war auch seine Arbeit in der internationalen kommunistischen Bewegung, in der Komintern.

Unbestreitbar ist sein Einfluß auf eine ganze Generation der revolutionären Jugend. Das von ihm mit Preobrashenski geschriebene Buch »Abc des Kommunismus«, in dem, nach Leninscher Einschätzung, eine hervorragende Erläuterung des Programms der Partei gegeben wird, war lange Zeit das grundlegende Lehrbuch im System der politischen Bildung.

Eine außergewöhnliche Geisteskraft, die Ergebenheit den Ideen des Marxismus-Leninismus gegenüber, der Edelmut seiner geistigen Haltung, seine Einfachheit, stete Gesprächsbereitschaft und Freundlichkeit – dies alles machte Bucharin zum Liebling der Partei.

Unter dem Einfluß Lenins korrigierte Bucharin seine theoretischen Positionen. Nach der Diskussion über die Gewerkschaften befreite er sich endgültig von der »Kinderkrankheit« – dem »linken Radikalismus«. Bucharin trat als konsequenter Verfechter der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) auf und wurde einer ihrer ersten Propagandisten.

Nach dem Tode Lenins widmete Bucharin sein ganzes Leben der Weiterentwicklung der Leninschen Ideen des Sozialismus, der Leninschen Gedanken über die Wege, Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus. Es ist hervorzuheben, daß der Inhalt mehrerer Arbeiten Bucharins von Mitte der zwanziger Jahre – zum Beispiel das Buch »Der Weg zum Sozialismus und der Arbeiter- und Bauernbund« – die Bilanz seiner langen Gespräche mit Lenin in dessen letzten Lebensjahren ist.

In der Analyse der Leninschen Gedanken über den Sozialismus unterstrich Bucharin besonders jene, die es gestatteten, durch das Prisma der Klasseninteressen des Proletariats die Interessen der ganzen Gesellschaft zu sehen.

Bei der späteren Formierung der Abweichungen von der Leninschen Konzeption des Sozialismus war ein stark verfälschtes Verständnis des Klassencharakters eines der bestimmenden Momente. Es war sowohl in den Programmen der Opposition als auch in den sich später herausbildenden Stalinschen Vorstellungen zu finden und wurde zu einem der wichtigsten Widersprüche zwischen Bucharin einerseits und Trotzki, Sinowjew und Kamenew andererseits sowie Ende der zwanziger Jahre zwischen Bucharin und Stalin.

Sich auf die Klasseninteressen des Proletariats berufend, hielten Bucharins Opponenten im Namen dieser Interessen in einer sozialistischen Zukunft Unterdrückung, ökonomische Ausplünderung und physische Vernichtung anderer sozialer Gruppen der Gesellschaft für möglich.

Für Bucharin ist das Hervorheben der Idee der Vereinigung, des Zusammenschlusses aller Kräfte der Gesellschaft mit der Arbeiterklasse und unter ihrer Vorherrschaft charakteristisch. Indem er das Leninsche Verständnis dieser Aufgabe erläuterte, bemerkte er in seiner Rede »Lenins politisches Vermächtnis«, daß »das Proletariat das *gesamte* werktätige Volk führt, daß es für die Entwicklung der *ganzen* Gesellschaft in ihrer Gesamtheit verantwortlich ist, ... daß die Entwicklung *nicht* auf dem Wege der Verbreiterung der Kluft zwischen den Hauptklassen (der Arbeiterklasse und der Bauernschaft) vor sich geht, daß es durchaus *nicht* zu einer ›dritten Revolution‹ kommt usw.«[9]

Ausgehend von der Leninschen Konzeption des Sozialismus und seines Aufbaus, stellt Bucharin die Frage scharf nach dem Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern. Er zeigt, daß dieses Bündnis nicht nur Prinzip der Politik von Partei und Staat ist, sondern auch eine objektive Notwendigkeit und die Grundlage, auf der eine Entwicklung der Gesellschaft zum Sozialismus möglich ist. Es ging um die Erarbeitung und praktische Realisierung einer solchen Politik, die eine Vereinigung, eine Organisierung der unterschiedlichen Schichten und Kräfte einer vielschichtigen Gesellschaft zum Aufbau des Sozialismus gewährleistet. Durch Analyse des Charakters der Beziehungen zwischen den Klassen in der Übergangsperiode bewies Bucharin, daß die Arbeiterklasse nach der Eroberung der Staatsmacht, der Errichtung ihrer Diktatur zum friedlichen Aufbau der neuen Gesellschaft übergeht und »schon nicht mehr den Bürgerkrieg innerhalb des Landes verkündet, sondern die friedliche Stabilisierung im Inneren auf der Grundlage der vollständigen Anerkennung der neuen Macht, ihrer Gesetze und Einrichtungen ...« Folgerichtig ändern sich auch die Formen des Klassenkampfes: wenn er früher, in der Periode des Kriegskommunismus, vorrangig kriegspolitischen Charakter trug, so trägt er jetzt einen friedlich-wirtschaftlichen. Bucharin dachte, daß der Sieg in dieser Form des Klassenkampfes auch der Endsieg des Sozialismus sei. Er analysierte gründlich die unterschiedlichen Formen des Klassenkampfes im »wirtschaftlichen Kostüm«. Man bezeichnet sie verallgemeinernd als Kampf, Überwindung und Umarbeitung der nichtsozialistischen Wirtschaftsformen durch den Sozialismus. Der Sieg des Sozialismus wird durch ökonomische Vorzüge errungen, durch höhere Arbeitsproduktivität, rationelle Wirtschaftsführung, Einsparung von Kräften und Ressourcen.

In den Leninschen Gedanken, die von Bucharin entsprechend den Bedingungen der zwanziger Jahre weiterentwickelt wurden, liegt die humanistische Idee der Evolution. Sie ging von der schöpferischen Rolle der werktätigen Massen im sozialistischen Aufbau aus, gab eine humane Lösung des Problems des historischen Schicksals der nichtproletarischen Schichten der sowjetischen Gesellschaft in dem Maße, wie die Annäherung an den Sozialismus erfolgt.

Bucharin leistete auch einen wesentlichen Beitrag zur theoretischen Ausarbeitung der Fragen der Neuen Ökonomischen Politik. Er schätzte sie ihrer Bedeutung nach als universelle, richtige ökonomische Politik ein, die die Entwicklung der Produktivkräfte garantiert und auf die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Werktätigen gerichtet ist.

Die Bedeutung der NÖP als strategischer Weg des Übergangs zum Sozialismus einschätzend, legte Bucharin besondere Aufmerksamkeit auf die Genossenschaft. Diese Form der Ökonomie gestattete es, das allgemeine Ziel – die Schaffung des Sozialismus – mit den individuellen Interessen der kleinen Warenproduzenten, vor allem der Bauern, wirksam zu verbinden. Er bewies, daß die Genossenschaft am effektivsten und hoffnungsvollsten, zugleich am konflikt- und schmerzärmsten, am humansten den Übergang der bäuerlichen Massen zum Sozialismus gewährleistet. Sie tritt in den vielfältigsten Formen auf – vom Aufkauf, Versorgung über Kredite bis hin zur produktiven Genossenschaft. Außerdem sollen die Genossenschaften der Bauern dem realen Entwicklungsstand der Wirtschaft entsprechen. Die Bauern müssen daran interessiert sein, die Rentabilität ihrer Genossenschaft zu gewährleisten. Deshalb ist es wichtig, die Leute zu überzeugen und ihre Initiativen zu unterstützen. Die Genossenschaft soll, so bemerkte Bucharin, »für den Bauern zum Organ des wirtschaftlichen Aufschwungs werden«. Und dann, bewegt durch die materiellen Interessen seines wirtschaftlichen Wachstums, geht der Bauer ohne Nötigung »den Weg der Umwandlung seiner selbst und seiner Wirtschaft in ein Teilchen unseres gesamtstaatlichen sozialistischen Systems«.

In Verbindung damit unterstrich Bucharin die Bedeutung ökonomischer Methoden bei der Lenkung wirtschaftlicher Prozesse, begründete die Notwendigkeit der Entwicklung des Marktes, Handels, des Kredits, sah in ihnen wirksame Hebel der Regulierung des Wirtschaftslebens seitens des proletarischen Staates, in dem die »Kommandohöhen« der Ökonomie für die Sicherung der Entwicklung zum Sozialismus konzentriert sind. In dem Maße, wie sich die Genossenschaft entwickelt, dachte Bucharin, wird sie über den Handel immer mehr mit der staatlichen Industrie verschmelzen, werden die Bauernwirtschaften immer mehr in die staatlich-kooperative

Wirtschaft einbezogen und »werden wir uns immer mehr dem Sozialismus nähern, das heißt der Planwirtschaft, in der alles den Werktätigen gehört und die gesamte Produktion auf die Befriedigung der Bedürfnisse aller Werktätigen gerichtet ist«.

Als eine der Schlüsselfragen der Planung bezeichnete Bucharin die Notwendigkeit der Sicherung einer proportionalen, ausbilanzierten Entwicklung der Ökonomie, was wiederum auf lange Sicht ein hohes Wachstumstempo aller Zweige gestattet. Und dies ist, nach Bucharin, eine wichtige Bedingung für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus.

Im wesentlichen verstand und erschloß Bucharin richtig die Bedeutung des politischen Überbaus und vor allem des Staates für die Entwicklung der Ökonomie. Er schrieb: »Die allgemeine Bedeutung der proletarischen Diktatur besteht darin, daß sie der Grundhebel der ökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft ist. Die Arbeiterklasse verwendet die Maschine der Staatsmacht, die sich in ihren Händen befindet, dafür, um ... die ökonomischen Beziehungen der Gesellschaft sozialistisch zu gestalten.«

Bucharin war einer der entschiedensten Gegner der trotzkistischen Idee von der »permanenten Revolution«. Deshalb trat er, als die Frage des Aufbaus des Sozialismus in unserem Land gestellt wurde, energisch gegen die Empfehlungen und Vorschläge auf, die sich auf diese Theorie gründeten und von ihr ausgingen. Zu Beginn der zwanziger Jahre stand Bucharin an der Spitze des Kampfes gegen den Trotzkismus als ideologische Strömung. Er verteidigte konsequent die Leninschen Positionen, das Leninsche Verständnis der Ideale, der Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus.

Als eine der schlimmsten Gefahren für den Sozialismus bezeichnete Bucharin das Anwachsen der bürokratischen Entartung des Machtapparats, die Übermacht der Bürokraten und ihre Gleichgültigkeit gegen die Interessen der Massen. Es ist nicht verwunderlich, daß er grundlegend uneins mit Stalin war, der auf administrativ-bürokratische Art die Schwierigkeiten und Widersprüche in der Entwicklung der Gesellschaft zum Sozialismus überwinden wollte. Hier prallten zwei völlig unterschiedliche Meinungen zu den Prinzipien des Sozialismus aufeinander, die auch die Auseinandersetzungen in der Partei bestimmten. Im Endeffekt kollidierten zwei verschiedene Konzeptionen des Sozialismus.

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die »Bucharinsche Alternative«, über die man heute viel schreibt und spricht, nicht in einem taktischen Unterschied zu Stalin bestand, nicht in den Divergenzen über konkrete Entscheidungen in der praktischen Politik, sondern in der Verteidigung der Leninschen Konzeption des Sozialismus vor den Stalinschen

Abweichungen und Verfälschungen, wie dies Ende der zwanziger Jahre schon deutlich wurde.

Der Hauptwiderspruch, nach Bekenntnis Bucharins selbst, bestand in der Bestimmung des Charakters der weiteren Entwicklung des sozialistischen Aufbaus, seiner Methoden – anders ausgedrückt, es ging um die Zukunft des Landes, um die Leninschen Ideale des Sozialismus.

Die Grundlage der Stalinschen Vorstellungen bildete die Theorie von der Verschärfung des Klassenkampfes, das heißt, je näher der Sozialismus, desto stärker der Klassenkampf. Bucharin kritisierte diese These sehr stark. Diese »Theorie«, sagte er, »vermischt zwei völlig verschiedene Dinge. Sie vermischt die bekannte zeitliche Etappe der Verschärfung des Klassenkampfes... mit dem allgemeinen Gang der Entwicklung. Sie macht den Fakt der jetzigen Verschärfung zu irgendeinem unabänderlichen Gesetz unserer Entwicklung. Je weiter wir nach dieser Theorie zum Sozialismus kommen, um so mehr Schwierigkeiten sammeln sich an, um so mehr verschärft sich der Klassenkampf, und am Tor des Sozialismus müssen wir offensichtlich entweder einen Bürgerkrieg entfesseln oder vor Hunger krepieren und uns vor Eifer in Stücke reißen.« Völlig zu Recht warnte Bucharin davor, daß »Theorien« ähnlicher Art zur Sanktionierung der administrativen Gewalt führen können, daß sie den Leninschen Vorstellungen über die Humanität des Sozialismus widersprechen.

In den dreißiger Jahren, nach seinem Ausschluß aus dem Politbüro, entwickelte Bucharin die Idee vom humanistischen Charakter des Sozialismus.

Bucharins Tätigkeit bis Ende der zwanziger Jahre entsprach der Politik, die von der Mehrheit des ZK durchgeführt wurde. Die von ihm verteidigte Konzeption einer fortlaufenden sozialistischen Umgestaltung wurde auch von anderen ZK-Mitgliedern unterstützt. Charakteristisch in dieser Beziehung waren die Beschlüsse des XV. Parteitages 1927, in denen die bevorstehende Kollektivierung der Landwirtschaft als Prozeß betrachtet wurde, durchzuführen nur mit Einverständnis der Bauern. Als erstrangige praktische Aufgabe wurde die Entwicklung einfachster Arten und Formen der Genossenschaft betrachtet. Aber bereits einen Monat nach Beendigung des Parteitages änderte sich die Situation grundlegend, und es kam zu einer folgenreichen Positionsveränderung der ZK-Mitglieder. Im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung wurde auf Initiative Stalins die Politik der außerordentlichen Maßnahmen eingeführt, die Bucharin und seine Gesinnungsgenossen Rykow, Tomski und andere, die diesen Umschwung als Lossagung von der NÖP betrachteten, stark beunruhigte.

Diese Widersprüche in der Einschätzung des weiteren Kurses der Partei, sowohl auf dem Agrarsektor als auch bei der Bestimmung des Tempos der Industrialisierung, wurden durch Stalin auf die Ebene des politischen Widerstandes geführt. Er bemühte sich, Fakten entstellend und Meinungen verfälschend, Bucharin, Rykow und Tomski dem ZK als »neue Opposition« gegenüberzustellen, als »rechte Abweichung«.

Auf dem April-Plenum 1929 sagte Bucharin: »Ihr werdet keine ›neue Opposition‹ erhalten! Und keiner von uns wird eine ›neue‹ oder ›neueste‹ Opposition leiten werden ... Wie oft muß ich noch betonen, daß wir für die Kolchose, für die Sowchose, für die landwirtschaftliche Rekonstruktion sind, für einen entschiedenen Kampf gegen den Kulaken, damit man aufhört, uns zu verleumden?«

Alle Appelle Bucharins und seiner Mitstreiter an die Mitglieder des ZK wurden einhellig zurückgewiesen. Im November 1929 wurde Bucharin aus dem Politbüro ausgeschlossen und von seiner Funktion als Redakteur der »Prawda« entbunden. Er fand Arbeit im Obersten Volkswirtschaftsrat und danach im Volkskommissariat für Schwerindustrie. Fruchtbar war seine Tätigkeit an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, deren ordentliches Mitglied er 1929 wurde. Bucharin leitete das Institut für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik, gab die Zeitschrift »Sorena« (Sozialistische Rekonstruktion und Wissenschaft) mit heraus, die auf seine Initiative hin erschien. In den dreißiger Jahren widmete er den Problemen der Entwicklung der sowjetischen und Weltkultur sehr viel Aufmerksamkeit. Von 1934 bis 1936 war er Redakteur der Zeitung »Iswestija«. Unter seiner Redaktion wurde die Zeitung lebendiger und interessanter, für ihre Herausgabe wurden die besten Journalisten und Publizisten dieser Zeit gewonnen.

Die fruchtbare Arbeit Bucharins erhielt würdigende Anerkennung. Über sein ehrliches Verhältnis zur Sache wurde zum Beispiel 1933 auf dem Januar-Plenum des ZK der Partei gesprochen. Nichtsdestotrotz ereilte ihn das Schicksal aller Vertreter der Partei, die sich bemühten, die Verbreitung des Personenkults zu verhindern, denn Stalin spürte ihren inneren Widerstand gegen seinen Despotismus. Auf dem Dezember-Plenum 1936 und dem Februar/März-Plenum 1937 wurde Bucharin der konterrevolutionären Tätigkeit beschuldigt. Das Februar/März-Plenum beschloß nach der Rede von Jeshow den Ausschluß Bucharins und Rykows aus der Partei. Auf Vorschlag Stalins wurden ihre Akten den Untersuchungsorganen des NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten) übergeben. Im Februar 1938 fand die ungerechtfertigte Gerichtsver-

handlung statt, die Bucharin nach gefälschten Beschuldigungen verurteilte.

In Bucharins letzten Worten auf der Gerichtsverhandlung klang bitteres Bedauern, daß es ihm nicht vergönnt sein würde, am Aufbau des Sozialismus teilzunehmen. Dies war das ehrliche Bedauern eines Menschen, der sein Leben von jungen Jahren an mit der bolschewistischen Partei verbunden, der nicht wenig für den Triumph ihrer Sache getan hat.

Erst heute, nach einem halben Jahrhundert, hat die historische Gerechtigkeit gesiegt. Bucharin ist befreit von allen ungeheuerlichen Beschuldigungen und wurde symbolisch wieder in die Reihen der Partei aufgenommen. Alles Wertvolle in seinem Erbe, das seine Aktualität behalten hat, wird zum Rüstzeug der KPdSU. Erneut werden seine Arbeiten zur Genossenschaft studiert, über den Zusammenhang persönlicher und gesellschaftlicher Interessen beim sozialistischen Aufbau, über Demokratie und Humanität der sowjetischen Gesellschaft, über die Leninsche Konzeption des Sozialismus. Nicht an Bedeutung verloren haben auch seine Äußerungen und Gedanken über den Zusammenhang der individuellen und gesellschaftlichen Tätigkeit, über die Anwendung der Ware-Geld-Beziehungen im System der sowjetischen Wirtschaft, über die wirtschaftliche Rechnungsführung, über den Handel. Seine schöpferischen Ideen, seine Ergebenheit für die Interessen der Partei, für die humanistischen Ideale des Sozialismus leben weiter.

Der Name und die Sache Bucharins wurden dem sowjetischen Volk und der Partei zurückgegeben. Darin zeigt sich einmal mehr unsere revolutionäre Umgestaltung.

Prawda, 9. Oktober 1988, S. 3
Übersetzt von Sibylle Kubale.

1 Siehe W. I. Lenin: Brief an den Parteitag. In: Werke (im folgenden LW), Bd. 36, S. 579.
2 W. I. Lenin: Über »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit. In: LW, Bd. 27, S. 337.
3 W. I. Lenin: Vorwort zu N. Bucharins Broschüre: »Weltwirtschaft und Imperialismus«. In: LW, Bd. 22, S. 102.
4 XXVII. Parteitag der KPdSU. Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Berichterstatter: M. S. Gorbatschow, Berlin 1986, S. 21.
5 LW, Bd. 33, S. 264.
6 Am 7. Juli 1917 hatte die Provisorische Regierung den Beschluß veröffentlicht, Lenin und eine Reihe anderer Bolschewiki zu verhaften und vor Gericht zu stellen. Die Zeitungen der Kadetten, der Menschewiki und Sozialrevolutionäre forderten Lenins Erscheinen vor Gericht. Einige Bolschewiki, die die Situation ver-

kannten, meinten, Lenin dürfe sich nicht verbergen, er müsse sich dem Gericht stellen, andernfalls würde die Partei nicht die Möglichkeit haben, sich vor den breiten Massen zu rechtfertigen.

7 LW, Bd. 36, S. 579.

8 Ebenda, S. 580.

9 Nikolai Bucharin: Lenins politisches Vermächtnis. Referat auf der Trauerfeier anläßlich des fünften Todestages Lenins in: Sozialismus: Theorie und Praxis, 1988, Heft 5, S. 19

Alexej Rykow



Alexej Iwanowitsch Rykow wurde 1881 in Saratow als Sohn eines Bauern geboren. 1898 trat er der SDAPR bei und nahm 1901 ein Studium an der Juristischen Fakultät der Universität Kasan auf.

Er arbeitete politisch u. a. in den Gouvernements Jaroslawl, Kostroma und Nishni Nowgorod, in Moskau, Petersburg und Odessa und nahm an der Revolution 1905–1907 teil. Wiederholt wurde er verhaftet und verbannt. Aus der letzten, der Narymer Verbannung kam er durch die bürgerlich-demokratische Februarrevolution 1917 frei. Danach leistete er Parteiarbeit in Moskau.

Nach dem Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution wurde er Volkskommissar für Innere Angelegenheiten und Mitglied der ersten Sowjetregierung unter Lenin. Von April 1918 bis Februar 1924 stand Rykow dem Obersten Volkswirtschaftsrat vor. Während der Jahre der Intervention und des Bürgerkrieges wirkte er zugleich als Außerordentlicher Bevollmächtigter des Rates für Arbeit und Verteidigung zur Versorgung der Roten Armee und der Flotte. 1921 wurde er Stellvertreter bzw. 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der RSFSR und Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates für Arbeit und Verteidigung. 1924 erfolgte seine Ernennung zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, gleichzeitig zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der RSFSR (bis 1929), 1926 wurde er Vorsitzender des Rates für Arbeit und Verteidigung.

Wiederholt wurde Rykow in das Zentralkomitee der Partei gewählt: auf dem III. (1905), IV. (1906) und VI. (1917) Parteitag und vom IX. bis XV. Parteitag (1920–1927) zum Mitglied, auf dem XVII. Parteitag (1934) zum Kandidaten des ZK der KPdSU(B). Von 1920 bis 1924 war er Mitglied des Orgbüros des ZK, von 1922 bis 1930 Mitglied des Politbüros des ZK.

Das gemeinsame Dezember-Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) (1930) schloß Rykow aus dem Politbüro des ZK aus, ebenso wurde er seines Amtes als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR und als Vorsitzender des Rates für Arbeit und Verteidigung enthoben. Von 1931 bis 1936 arbeitete er als Volkskommissar für Post- und Fernmeldewesen, dann als Volkskommissar für Nachrichtenwesen.

Das Februar/März-Plenum des ZK der KPdSU(B) (1937) schloß Rykow wegen angeblich parteifeindlicher und antisowjetischer Betätigung aus dem ZK und der Partei aus, er wurde verhaftet. In dem Schauprozeß mit der Bezeichnung »Antisowjetischer rechtstrotzkistischer Block« vom 2. bis 13. März 1938 wurde er unter falscher Beschuldigung zur Höchststrafe – Tod durch Erschießen – verurteilt. Das Urteil wurde am 15. März 1938 vollstreckt.

Am 4. Februar 1988 hob das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR das 1938 gefällte Urteil auf und stellte das Verfahren gegen Rykow wegen fehlenden Tatbestands ein.

Am 21. Juni 1988 behandelte das Komitee für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU die Zugehörigkeit Rykows zur Partei. In Anbetracht der Haltlosigkeit der damals gegen ihn erhobenen politischen Beschuldigungen, die seinen Parteiausschluß bewirkt hatten, und der vollständigen gerichtlichen Rehabilitierung sowie in Berücksichtigung seiner Verdienste um die Partei und den Sowjetstaat wurde ihm postum die Parteimitgliedschaft wieder zuerkannt.

N. W. Tepzow

ALEXEJ RYKOW
Parteifunktionär und Staatsmann der Leninschen Schule

Am 10. Juli 1988 veröffentlichte die »Prawda« eine Mitteilung der Kommission des Politbüros des ZK der KPdSU zum zusätzlichen Studium von Materialien, die mit den Repressalien der dreißiger, vierziger und der beginnenden fünfziger Jahre im Zusammenhang stehen. Auf diese Mitteilung hatte man viele Jahre gewartet: »Das Komitee für Parteikontrolle hat die Frage der Parteizugehörigkeit Nikolai Bucharins und Alexej Rykows erörtert. Im Hinblick auf die Haltlosigkeit der beim Ausschluß aus der Partei gegen sie erhobenen politischen Anschuldigungen erfolgte ihre vollständige gerichtliche Rehabilitierung, und unter Berücksichtigung ihrer Verdienste um Partei und Sowjetstaat wurden Nikolai Bucharin und Alexej Rykow postum am 21. Juni 1988 wieder in die Reihen der KPdSU aufgenommen.« Die Gerechtigkeit hat also triumphiert, die Wahrheit ist wiederhergestellt worden.

Rykow war ebenso wie Bucharin einer der engsten Mitstreiter Wladimir Iljitsch Lenins. In den ersten Jahren der Sowjetmacht war er Lenins Stellvertreter im Rat der Volkskommissare und setzte die Leninschen Ideen von der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) in die Praxis um. Das wenige, was wir über seine Arbeit nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wissen, zeugt, durch neue Tatsachen ergänzt, von den hervorragenden Eigenschaften dieses Kämpfers der Leninschen Garde der Bolschewiki.

Alexej Iwanowitsch Rykow wurde 1881 in Saratow, in der kinderreichen Familie eines Bauern geboren. Sein Vater starb, als Aljoscha sechs Jahre alt war. Zwei Jahre zuvor war seine Mutter gestorben. Den früh verwaisten Jungen nahm dessen ältere Schwester Klawdija Iwanowna in ihre Obhut.

Alexejs Jugendjahre fielen mit der Periode des Aufschwungs der Arbeiterbewegung in Rußland und der Umwandlung Saratows in eine »Verban-

nungsstadt« für Studenten und Arbeiter, die sich politisch betätigt hatten, zusammen. Hier leiteten sie Zirkel, in denen die Jugend im revolutionären Geist erzogen wurde. Großen Anteil an der revolutionären Propaganda hatte auch der Gymnasiast Alexej Rykow.

1901 schrieb er sich in die Juristische Fakultät der Kasaner Universität ein und wurde bald darauf Mitglied der Kasaner sozialdemokratischen Organisation. Deren Zerschlagung endete für ihn mit Verhaftung und Ausweisung nach Saratow. In Saratow trieb er marxistische Propaganda unter den Arbeitern, blieb aber nicht lange dort. Da Rykow eine erneute Verhaftung drohte, fuhr er nach Kiew. Von dort reiste er mit Hilfe des Russischen Büros der »Iskra« Ende 1902 zu Lenin nach Genf. Er kehrte aber bald darauf nach Rußland zurück, nun schon als Berufsrevolutionär, und wurde in Jaroslawl, Rybinsk, Kostroma, Sormowo und Moskau aktiv.

Im April/Mai 1905 war Rykow als Vertreter der Moskauer Parteiorganisation auf dem III. Parteitag der SDAPR anwesend. Dort nahm er bei der Erörterung aller wichtigen Fragen eine bolschewistische Position ein und wurde zum Mitglied des Zentralkomitees der SDAPR gewählt.

Nach seiner Rückkehr nach Rußland erläuterte Alexej Rykow die vom Parteitag erarbeitete politische Linie und organisierte die Arbeit der örtlichen Parteiorganisationen. Doch kurz darauf wurde er während einer Sitzung des Petersburger Komitees verhaftet.

Im Oktober 1905 wurde Rykow aus dem Gefängnis entlassen, nachdem der Zar in einem Manifest »der Bevölkerung die unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit« versprochen hatte. Bald danach wurde er als Vertreter der Bolschewiki in den Petersburger Sowjet gewählt. In den Tagen des bewaffneten Dezemberaufstandes fuhr er nach Moskau, wo er zusammen mit Michail Wladimirski das Moskauer Büro des ZK der SDAPR leitete.

Am IV. Parteitag (Vereinigungsparteitag) der SDAPR 1906 in Stockholm nahm Rykow als Delegierter mit beratender Stimme teil und wurde Mitglied des vom Parteitag gewählten ZK als Vertreter der Bolschewiki.

Mitte des Jahres 1906 kehrte Rykow nach Rußland zurück. Nach kurzer Tätigkeit in Odessa und Moskau wurde er verhaftet und in das Gouvernement Archangelsk verbannt. Aus der Verbannung floh er nach Moskau, fiel aber im Mai 1907 erneut der zaristischen Ochrana (Geheimpolizei des Zaren) in die Hände und wurde im Oktober 1908 nach Samara (heute Kuibyschew) ausgewiesen. Er flüchtete abermals, diesmal ins Ausland, nach Paris. Dort schaltete sich Rykow in die Arbeit des Bolschewistischen Zentrums ein, als dessen Mitglied er auf der letzten Sitzung der bolschewisti-

schen Fraktion des V. Parteitages der SDAPR im Mai 1907 gewählt worden war.

Folgende Tatsache zeugt von der großen Rolle, die Rykow bei der Tätigkeit der Bolschewiki zu jener Zeit spielte: Am 23. April 1909, als Lenin sich auf den entscheidenden Kampf gegen Otsowismus[1] und Ultimatismus[2] vorbereitete und kurz vor Beginn der Beratung der erweiterten Redaktion des »Proletari« das Kräfteverhältnis abwog, schrieb er an Jossif Dubrowinski: »Es sieht so aus, daß die Entscheidung jetzt von Wlassow« (Pseudonym Rykows) »abhängt: geht er mit den Dummköpfen, Spießern und Machisten, dann ist die Spaltung und ein *hartnäckiger* Kampf wohl unausbleiblich. Geht er mit uns, dann gelingt es vielleicht, die Angelegenheit auf die *Abspaltung* von ein paar Spießern, deren Bedeutung in der Partei gleich Null ist, zu beschränken.«[3]

Alexej Rykow stellte sich an Lenins Seite. Er legte der Beratung die Entwürfe von Resolutionen vor, die darauf gerichtet waren, die Fraktionstätigkeit der Führer des Otsowismus-Ultimatismus zu unterbinden.

Nach der Beratung reiste Rykow nach Rußland und begann in seiner Eigenschaft als Vertreter des Zentralkomitees, die Parteikomitees in Rußland anzuleiten, doch im September 1909 wurde er in Moskau erneut verhaftet und in das Gouvernement Archangelsk verbannt. Im Dezember 1910 floh er wiederum ins Ausland.

Im August 1911 begab er sich nach Moskau, um die Vorbereitung einer Parteikonferenz zu organisieren. Er wurde jedoch verhaftet und wieder in die Verbannung nach Archangelsk geschickt. Nach einer Amnestie im März 1913 schaltete er sich sofort wieder in die revolutionäre Tätigkeit ein und wurde abermals verhaftet und in die Region Narym verbannt. Im September 1914 floh er von dort. Einen Monat später wurde er in Samara arretiert. Die Nachricht vom Ausbruch der Februarrevolution erreichte Rykow in der Narymer Verbannung.

Anfang April 1917 kehrte Rykow nach Moskáu zurück und wurde als Mitglied des Exekutivkomitees des Moskauer Sowjets gewählt. Als Vertreter der Moskauer Stadtparteiorganisation beteiligte er sich an der Arbeit der VII. Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz).

Im Oktober 1917 war Rykow unmittelbar an den revolutionären Ereignissen beteiligt. Der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß übertrug ihm die Funktion des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten. Wieder bestätigte er die Richtigkeit der alten Wahrheit: Organisator ist kein Beruf, Organisator – das ist eine Berufung. Daher ist es nicht verwunderlich, daß Lenin ihn in die erste Sowjetregierung berief. In der Liste der Volkskommissare steht der Name Alexej Rykows unmittelbar hinter dem

Lenins.[4] Auch das ist kein Zufall, denn die Funktion des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten war zu jener Zeit faktisch das zweitwichtigste Regierungsamt. Das von Rykow geleitete Volkskommissariat hatte umfassende Aufgaben. Sie reichten von der Herstellung eines regelmäßigen Kontakts von den höchsten Machtorganen zu den örtlichen Sowjets und der Miliz bis hin zur Organisierung der Kommunalwirtschaft.

Die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernregierung war nicht einfach. Die Frage der Erweiterung ihrer sozialen und politischen Basis sowie die ihrer Zusammensetzung wurde zum ersten Stein des Anstoßes. Einige Mitglieder des Rates der Volkskommissare, darunter auch Rykow, waren der Ansicht, ohne die Erweiterung dieser Basis, ohne die Schaffung einer »sozialistischen Einheitsregierung« werde die Sowjetmacht im Strudel des Bürgerkrieges zugrunde gehen. Die Mitglieder des ZK der Partei der Bolschewiki verwarfen diesen Standpunkt. Daraufhin erklärten Lew Kamenew, Grigori Sinowjew, Wiktor Nogin, Alexej Rykow und Wladimir Miljutin ihren Austritt aus dem Zentralkomitee, die letzteren drei auch aus dem Rat der Volkskommissare.[5]

Im Winter 1917/1918 übertrug man Rykow die Verantwortung für die Versorgung Moskaus mit Lebensmitteln. Er reiste in die Ukraine, ins Wolgagebiet, in die Gouvernements Woronesh, Kursk, Tambow und andere kornreiche Gebiete, um den Transport von Getreidezügen zu organisieren.

Im April 1918 wurde Alexej Rykow in die wichtige Funktion des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates berufen. Auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß des Obersten Volkswirtschaftsrates erläuterte Rykow das Prinzip, das seiner Meinung nach die Grundlage der Tätigkeit dieses Wirtschaftsorgans bilden mußte. Er betonte: »Die Arbeit des Obersten Volkswirtschaftsrates muß den sozialistischen Aufbau berücksichtigen ... Wenn wir unser Wirtschaftsleben aufbauen, müssen wir stets daran denken, daß wir damit die sozialistische Gesellschaft aufbauen ... Nur wenn uns die Bedeutung des Aufbaus in seiner ganzen Tragweite bewußt ist, können wir arbeiten.«[6]

Diese Einstellung ist für Rykow als namhaften Partei- und Wirtschaftsfunktionär charakteristisch. Das schöpferische, gestalterische Prinzip war Mittelpunkt seiner theoretischen und praktischen Tätigkeit. Dies ist wohl der bedeutendste Wesenszug des politischen Porträts Rykows.

Die Festigung der neuen Ordnung sollte seiner Ansicht nach nicht nur mittels Zerstörung des alten Systems, sondern in erster Linie durch schöpferische Tätigkeit erreicht werden. Auf dem I. Kongreß des Obersten Volkswirtschaftsrates erklärte er, ein hohes Wirtschaftsorgan des

Landes dürfe nicht bestrebt sein, nur die Aufgaben der nächsten Zeit zu lösen. Das wäre ein verhängnisvoller Fehler. »Die größte Umwälzung auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens in der Geschichte ist zum Scheitern verurteilt, wenn die Klasse, die sie bewirkt hat, ihre Aufgaben lediglich auf die Ereignisse des Augenblicks beschränkt.«[7]

Rykow war der Ansicht, daß das Land seine Wunden nur dann heilen, nur dann sich aus jahrhundertealter Rückständigkeit befreien und den Wettbewerb mit den fortgeschrittensten Ländern auf gleichberechtigter Basis führen könne, wenn es sich große Aufgaben stellt und langfristige Projekte in Angriff nimmt.

Im Frühjahr 1921 begann die Abkehr vom System des »Kriegskommunismus« und die Hinwendung zur Neuen Ökonomischen Politik. Rykow beteiligte sich aktiv an der Erforschung ihrer theoretischen Probleme und ihrer praktischen Realisierung. Im Mai 1921 wurde er zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare ernannt und nahm gleichzeitig die Funktion des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates wahr. Während Lenins Krankheit wurde die gesamte Arbeit zur Leitung des Rates der Volkskommissare im wesentlichen Rykow übertragen. Lenin sagte in diesem Zusammenhang auf dem XI. Parteitag der KPR(B) am 27. März 1922: »Da es mir in der nächsten Zeit kaum möglich sein wird, zur Arbeit zurückzukehren, richten sich alle Hoffnungen darauf, daß wir jetzt noch die beiden Stellvertreter haben: Gen. Zjurupa ... und Gen. Rykow ... Gen. Rykow muß Mitglied des Büros des ZK und Mitglied des Präsidiums des Gesamtrussischen ZEK sein, weil zwischen diesen Institutionen eine Verbindung bestehen muß, weil ohne diese Verbindung die wichtigsten Räder zuweilen in Leerlauf geraten.«[8] 1922 wurde Rykow Mitglied des Politbüros des ZK der Partei.

Als Rykow die Notwendigkeit der NÖP theoretisch begründete, wies er darauf hin, daß eine radikale revolutionäre Veränderung im gesamten System der Organisation und in den Arbeitsmethoden sowohl der zentralen als auch der örtlichen Organe erforderlich sei. Er war der Ansicht, daß die Partei bei der weiteren Realisierung der NÖP nur dann Erfolge erzielen werde, wenn sie ebenso revolutionär sei, wie sie es am Vorabend und während der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gewesen war, wenn die Kommunisten radikale Veränderungen am gesamten System der Organisation vornehmen und den Geist der Konkurrenz und Initiative in jedes ökonomische Unternehmen einbringen würden.[9]

Rykow schlug für den Übergang zur NÖP vor, die Methoden der Wirtschaftsführung grundlegend zu verändern und die Wirtschaft nicht mehr durch Befehle und Monopolstellungen zu lenken und zu leiten. Man sollte

die örtlichen Märkte, die jeweiligen Sitten und Bräuche aufmerksam studieren, um imstande zu sein, »die eigene Arbeit mit dem einzigen Ziel – um jeden Preis Aussicht auf Erfolg haben – zu organisieren. Daher sind der Verzicht auf den früheren Weg und größere Flexibilität unabdingbar, wenn wir in unserer neuen Politik siegen wollen«[10], unterstrich Rykow.

Beim Übergang vom »Kriegskommunismus« zur NÖP galt es, in erster Linie die Ansichten über die Perspektiven des Sozialismus in einem Land und über die Beziehungen zu den Bauern sowie deren Rolle und Platz in der sozialistischen Gesellschaft zu überprüfen. Die Zeit hat gezeigt, daß diese Frage für die überwältigende Mehrheit der Revolutionäre in der Partei- und Staatsführung zur bestimmenden Frage überhaupt wurde. Auch Rykows weiteres Schicksal hing von der Einstellung zu dieser Frage ab. Unserer Meinung nach war er der konsequenteste Verfechter der Leninschen Linie in der Partei- und Staatsführung.

Im Zusammenhang mit der Umgestaltung der sozialökonomischen Verhältnisse zu Beginn der NÖP untersuchte und analysierte Rykow den gesamten Komplex ihrer Erscheinungen und Beziehungen. Er war der Ansicht, die nationalisierte Industrie müsse die Hauptbasis für die Wiederherstellung der ganzen Wirtschaft sein.

Rykow verknüpfte bei der Definition der dringlichsten volkswirtschaftlichen Aufgaben die politischen Ziele und die ökonomischen Methoden zu ihrer Erreichung zu einem einheitlichen Ganzen. Dabei kam es darauf an, die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Reproduktion zu berücksichtigen, um die Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik festlegen zu können. Er unterstrich, daß die Landwirtschaft schneller wiederhergestellt werden könne als die Industrie, auf alle Fälle schneller als die Großindustrie. »Aus dieser Tatsache, die für unsere ganze Wirtschaft, für die Bestimmung der Beziehungen zwischen den Klassen sehr wesentlich ist«, meinte er, »muß man die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen. Wenn die Landwirtschaft in der Lage ist, die Industrie im Laufe eines Jahres zu überholen, so kann die ökonomische Bedeutung der Klasse der Bauern in zwei, drei Jahren die ökonomische Bedeutung der Arbeiterklasse weit übertreffen. Das gilt es auf dem Gebiet der Steuerpolitik, auf dem Gebiet der Verteilung des Budgets zu beachten, wobei die Aufmerksamkeit auf die ganze Republik und besonders auf die Arbeiterklasse konzentriert sein muß. Die Aufgabe besteht darin, die Wiederherstellung der Industrie zu beschleunigen ...«[11] In diesem Zusammenhang schenkte Rykow dem Bündnis zwischen Stadt und Land große Beachtung und analysierte das Wechselverhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie.

1922 legte er die Prioritäten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik fest und

beschäftigte sich mit einer Reihe anderer Fragen der NÖP. Er betonte, daß »unsere Politik« auf die Lösung der wesentlichsten Aufgaben hinauslaufen müsse. Das betraf sowohl die größtmögliche Unterstützung bei der Wiederherstellung der Schwerindustrie (Metallurgie, Kohle- und Erdölindustrie, Erzbergbau) als auch des Transportwesens, weil sie die politische und ökonomische Basis des proletarischen Staates bildeten. Die Finanzierung von Metallurgie und Brennstoffindustrie mußte seiner Überzeugung nach mit Hilfe staatlicher Aufträge gewährleistet werden.[12]

Einen wichtigen Platz in der theoretischen und praktischen Tätigkeit Alexej Rykows nahm das Problem der Stabilisierung des Währungssystems ein. Der Geldumlauf befand sich in der Anfangsperiode der NÖP in einem zerrütteten Zustand. Die Erhöhung der Realisierung des Warenumlaufs über den Markt erforderte, daß sich eine stabile Geldmenge im Umlauf befand. Doch Mißernte und Hunger der Jahre 1921 und 1922 mit all ihren schwerwiegenden Folgen, das riesige Haushaltsdefizit, die schlechte Arbeit der Industrie, die ungenügende Entwicklung des Warenumlaufs und die hohe Abgabepflicht der bäuerlichen Wirtschaft – all das erschwerte die unverzügliche Durchführung einer Währungsreform. Immer mehr Papiergeld kam in Umlauf. Rykow schlug vor, zur Regulierung des Währungssystems die Emission von Papiergeld zu verringern, ein strenges Sparsamkeitsregime einzuführen, Kreditoperationen und einen bargeldlosen Zahlungsverkehr über die Staatsbank auszubauen. Nach einer Reihe von Übergangsmaßnahmen stellte man die Emission von sowjetischen Banknoten ein und legte einen Modus für ihre Einlösung fest. So wurde 1924 die Reform des Geldumlaufs abgeschlossen und eine stabile Währung eingeführt.

Die Währungsreform war ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Gesundung der Wirtschaftslage und zur Wiedergeburt des Landes. Durch das Kreditsystem eröffneten sich neue Möglichkeiten für eine staatliche Einflußnahme auf die Volkswirtschaft und auf die Entwicklung des Binnen- und Außenhandels.

Das Problem des Warenaustausches zwischen Stadt und Land unter den Bedingungen der NÖP beschäftigte Rykow sehr. Lenin hatte dieses Problem so begründet, für den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus sei es notwendig, das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauern sowie zwischen der sozialistischen Industrie und der Landwirtschaft mit ihren Kleinbetrieben auf der Grundlage einer größtmöglichen Entfaltung des Warenumlaufs zu festigen. Der Partei stellte sich mit allem Nachdruck die Aufgabe, zu lernen, wie man Handel treibt, den Markt erobert und dabei mit Hilfe der Konkurrenz die privaten Händler nach und nach ver-

drängt. In direktem Zusammenhang mit dem Problem des Warenumlaufs stand das Problem einer richtigen, auf wissenschaftlicher Grundlage basierenden Preispolitik. Rykow unterstrich, diese Politik sei das ausschlaggebende Gewicht bei der Bestimmung des Verhältnisses der Bauern zur neuen Wirtschaftsordnung und zur Sowjetmacht.[13] Er stand an der Spitze der »Kommission für das Schließen der Preisschere«, auf deren Vorschlag Maßnahmen zur Senkung der Großhandelspreise (Abgabepreise) und vor allem zur Senkung der Selbstkosten für Industriewaren ergriffen wurden. Außerdem war Alexej Rykow Vorsitzender der Kommission zur Erarbeitung und Einführung einer einheitlichen Landwirtschaftssteuer und der Kommission für Löhne und Gehälter.

Er leistete durch seine praktisch-organisatorische Arbeit einen bedeutenden Beitrag beim Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft sowie zur Konsolidierung des Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Die Wiederherstellung der Volkswirtschaft, das Anwachsen ihrer Maßstäbe und die qualitativ neuen Erscheinungen im Wirtschaftsleben stellten das Problem der Leitung in den Mittelpunkt. Rykow war aufgrund seiner hohen Staatsämter unmittelbar mit der Lösung dieses Problems befaßt. Er trat für ökonomische Methoden der Leitung der gesellschaftlichen Produktion ein, war er doch der Ansicht, man müsse das System der Leitung der zentralen staatlichen Industriebetriebe »als System der kommerziellen Leitung« organisieren und »ihm, als Aufgabe und als Methode, den Gewinn zugrunde legen, den die staatlichen Industriebetriebe ihrem Besitzer, das heißt dem Staat, einbringen«[14].

Im Januar 1924 verbreitete sich die Nachricht von Lenins Tod in der ganzen Welt. In den Partei- und Staatsorganen erhob sich die Frage, wer nach Lenin an der Spitze der Arbeiter-und-Bauern-Regierung stehen sollte.

Am 3. Februar 1924 erschien folgende Meldung in den Zeitungen: »Gestern, um 7 Uhr abends, fand die erste Tagung des Zentralexekutivkomitees (ZEK) des Sowjetkongresses der UdSSR statt, auf der das Präsidium des ZEK und der Rat der Volkskommissare der UdSSR gewählt wurden.« Das Zentralexekutivkomitee der UdSSR hatte Alexej Rykow als Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR bestätigt (gleichzeitig wurde er als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der RSFSR bestätigt).[15] Rykow leistete in dieser Funktion eine vielseitige Arbeit auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik und befaßte sich mit theoretischen Problemen der sozialistischen Produktionsweise.

Obwohl er mit wichtigen Angelegenheiten in der Partei- und Staatsfüh-

rung befaßt war, fand er auch Zeit, sich mit Werktätigen aus Betrieben und Fabriken zu treffen, auf Versammlungen der Gemeindebezirke mit den Bauern zu sprechen. Er fuhr in alle Teile des Landes: nach Nishni Nowgorod (heute Gorki), in das Dongebiet, in die Ukraine, in das Wolgagebiet, nach Leningrad usw.

In der politischen Arbeit richtete Rykow seine Aufmerksamkeit vor allem auf die konsequente Umsetzung der NÖP. In seiner Rede auf dem XIII. Parteitag der KPR(B) (1924) unterstrich er ihren längerfristigen Charakter. Seinen Opponenten entgegnete er: »Die NÖP wird dann enden, wenn wir ein höheres Entwicklungsstadium der Wirtschaft erreicht haben. Da wir aber noch nicht einmal das Vorkriegsstadium erreicht haben, wäre die Beendigung der NÖP ein großer Fehler. Das natürliche Ende der NÖP wird dann erreicht sein, wenn wir sowohl in der Anzahl der Arbeiter als auch im Ausmaß der Warenbeziehungen mit dem Dorf den Vorkriegsstand übertroffen haben.«[16] Nach Rykows Meinung sollte die neue, sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage der Entwicklung der Industrie, der Stärkung der Arbeiterklasse, der Bildung von Genossenschaften auf dem Lande und der Verdrängung des Privatkapitals von dort, auf dem Boden der Vereinigung der Kleinproduzenten, entstehen.

Aber in der Genossenschaftsbewegung gab es erhebliche Mängel, besonders auf dem Lande. Die Lösung gerade dieses Problems mußte zu jener Zeit die Hauptaufgabe der Parteiarbeit werden. Aus diesem Grunde erörterte die XIV. Konferenz der KPR(B) im April 1925 die Frage der Genossenschaften und beriet über eine einheitliche Landwirtschaftssteuer. Das Referat »Über das Genossenschaftswesen« hielt Alexej Rykow. In ihm legte er ein Programm für die weitere Entwicklung der Genossenschaftsbewegung dar. »Die Aktualität der Frage des Genossenschaftswesens, die auf der Tagesordnung der XIV. Parteikonferenz steht, läßt sich nicht nur (und nicht so sehr) damit erklären, daß die Bildung von Genossenschaften eine außerordentlich wichtige Rolle in unserer Arbeit spielt, sondern hauptsächlich damit, daß die Probleme der Genossenschaften die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben, die gegenwärtig vor der Partei stehen, widerspiegeln.«[17]

Rykow verband mit der Genossenschaft auf dem Lande das zentrale Problem der bäuerlichen Kleinproduktion, des Weges und des Charakters ihrer Entwicklung von vor- und privatkapitalistischen Formen der Wirtschaftsführung zu sozialistischen unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Damit die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft dynamisch erfolge, sei es notwendig, die Bauern zur Erweiterung ihrer Anbauflächen und zur Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft

zu stimulieren. Zu diesem Zweck schlug Rykow vor, den Warenumlauf zu vergrößern und die von der NÖP proklamierten Methoden der Wirtschaftsführung und die Ware-Geld-Beziehungen in höchstmöglichem Maße zu nutzen.[18] Er hielt es für notwendig, verschiedene Formen kollektiver Vereinigungen auf dem Lande zu fördern, damit ihre Rolle auch künftig stetig zunehme. Der grundlegende Prozeß der Genossenschaftsbildung müßte im Rahmen von Warenumlauf und Kredit erfolgen. Falsch wäre jedoch, die Bildung von Genossenschaften lediglich auf die Organisierung der Bauern als Warenproduzenten zu beschränken, ohne daß man in den Prozeß der landwirtschaftlichen Produktion eindringe. Die Unterstützung des Staates müßte sowohl dem Genossenschaftswesen als auch jeder anderen kollektiven Form der Organisierung der Produktion in der Landwirtschaft zugute kommen, deren Lebensfähigkeit von der Praxis erprobt und bewiesen sei. »Eines nur muß man unbedingt erreichen«, betonte Rykow, »daß es auf diesem Gebiet keinen Zwang und keine Übertreibungen gibt, daß die Bauern selbst, in der Praxis, aufgrund von Erfahrungen, die Vorteile dieser oder jener Form der Wirtschaftsführung begreifen. Dabei muß man als Voraussetzung natürlich akzeptieren, daß für die vergesellschafteten Formen der Wirtschaftsführung im Vergleich zu den gegenwärtigen höhere, intensivere Formen der landwirtschaftlichen Produktion erforderlich sind.«[19]

Rykow trat gegen die Überreste des »Kriegskommunismus« in den Genossenschaften und administrative Einmischung in ihre Arbeit auf. Er war für die Verstärkung der gesellschaftlichen Arbeit unter den Bauern und setzte sich dafür ein, daß sich die genossenschaftlichen Leitungsorgane in den Händen von Klein- und Mittelbauern befanden und die Genossenschaft ihre Belange vertrat.[20]

1925 hatte sich das Entwicklungsniveau der Volkswirtschaft dem Vorkriegsstand angenähert. Die Frage der Perspektiven des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR, des Schicksals des Sozialismus im ersten Land der Arbeiter und Bauern erlangte außerordentliche Aktualität. Auf dem XIV. Parteitag der KPdSU(B) (1925) wurde die Industrialisierung als Schlüsselaufgabe beim Aufbau des Sozialismus gekennzeichnet. Alexej Rykow als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare erstattete einen Bericht auf dem Parteitag. Er gab eine Einschätzung der politischen und sozialökonomischen Lage im Lande und äußerte seine Meinung zum Schicksal des Sozialismus in der UdSSR. Bei der Eröffnung des Parteitages sagte Rykow: »Mit den Vertretern der ›neuen Opposition‹ haben wir darüber gestritten, ob die Partei trotz der wirtschaftlichen Rückständigkeit unseres Landes den Sozialismus aufbauen kann. Sie versuchten zu beweisen, daß man

den Sozialismus in der UdSSR wegen der technischen Rückständigkeit der Wirtschaft nicht ohne proletarische Revolution im Westen aufbauen könne. Wir haben geantwortet, daß wir ihn mittels einer richtigen Politik trotz technischer Rückständigkeit in unserem Land aufbauen können.«[21]

Rykow war der Ansicht, man dürfe die Übergangsperiode nicht als »festes Wirtschaftssystem« betrachten. Der Begriff des Übergangs schließe Bewegung, Veränderung, eben Übergang von einem System (dem Kapitalismus) zum anderen (dem Sozialismus) ein. Diese Betrachtungsweise ermögliche es, die wesentlichen Hebel des Aufbaus des Sozialismus herauszufinden und eine solche Wechselbeziehung der Klassenkräfte zu erreichen, die den Aufbau dann auch gewährleiste.[22]

Auf dem Parteitag begründete Rykow seine Haltung zu den Klassen und sozialen Gruppen und charakterisierte ihre Rolle in der sozialistischen Gesellschaft. Er bezeichnete die Hilfe für den Landarbeiter und den Kleinbauern als unbedingt notwendig und nannte beide »unsere Stütze, auch im Kampf um den Mittelbauern«. Die Aufgabe der Partei bestehe darin, ein festes Bündnis der Arbeiterklasse mit den Mittelbauern zu erreichen und mit Hilfe der Bildung von Genossenschaften und der Industrialisierung der Landwirtschaft gemeinsam mit ihnen den Sozialismus aufzubauen.[23]

Bis zum Herbst 1926 waren viele wirtschaftliche Schwierigkeiten überwunden worden, hatte die Industrie den Vorkriegsstand erreicht, waren günstige Bedingungen für die Fortführung der Industrialisierung entstanden. Im Zusammenhang damit erörterte die XV. Parteikonferenz der KPdSU(B), die vom 26. Oktober bis zum 3. November 1926 stattfand, Fragen der Wirtschaftspolitik der Partei. Das Referat »Über die Wirtschaftslage des Landes und die Aufgaben der Partei« hielt Alexej Rykow. Er sprach über Charakter und Inhalt der neuen Etappe in der Entwicklung der UdSSR und unterstrich, daß »die Volkswirtschaft der Sowjetunion eine Phase von der sogenannten Wiederherstellungsperiode zu einer neuen Etappe ihrer Entwicklung durchläuft, für die die Verwirklichung der auf dem XIV. Parteitag beschlossenen Industrialisierung charakteristisch ist«[24].

Den Worten Rykows zufolge hatte sich »der Einfluß der Arbeiterklasse auf das gesamte wirtschaftliche und politische Leben des Landes unter den Bedingungen der Industrialisierung grundlegend gewandelt«, er sei stark gewachsen. »Für mich ist offensichtlich«, sagte er, »daß das von uns seit der Zeit der Oktoberrevolution geschaffene System der Leitung der Wirtschaft nicht ganz den neuen Aufgaben entspricht ... Es beruht auf einer Zentralisierung, die vom Mißtrauen gegen jede untergeordnete Einheit ausgeht.«[25] Die Konferenz faßte den Beschluß, gleichzeitig mit der Fe-

stigung der einheitlichen planmäßigen Leitung die Rechte der Betriebe zu erweitern, ihre Initiativen zu fördern und die Einbeziehung der Arbeiter in die Leitung der Produktion zu verstärken. Rykow trat für eine planmäßige Leitung der Wirtschaft ein und bezeichnete den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats als Programm des sozialistischen Aufbaus.[26]

Auf dem XV. Parteitag der KPdSU(B) (1927) hielt Rykow die Eröffnungsrede, das Referat »Über die Direktiven für die Aufstellung des Fünfjahrplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft« und das Schlußwort. Er charakterisierte die neue Etappe in der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und unterstrich: »Bis vor kurzem haben wir jeden Schritt, den wir in der Wirtschaft vorankamen, an den Vorkriegsmaßstäben und am Grad der Wiederherstellung des Zerstörten gemessen. Jetzt werden wir ihn nicht nur an der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes im Verhältnis zu den bürgerlichen Vorkriegsmaßstäben messen, sondern hauptsächlich an jenen qualitativen Veränderungen, die auf dieser Grundlage in der gesamten Volkswirtschaft vor sich gehen und daran, wie schnell sich der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vollzieht.«[27] Eine neue Etappe in der Entwicklung der sozialistischen Elemente innerhalb der sowjetischen Wirtschaft hatte begonnen; der Fortschritt wurde sichtbar. Dazu war es notwendig, Tempo und Proportionen der erweiterten sozialistischen Reproduktion, Akkumulationsquellen, Formen und Methoden der wirtschaftlich-organisatorischen Tätigkeit sowie Strategie und Taktik in den Beziehungen zwischen den Klassen und innerhalb der Klassen festzulegen und zu begründen.

Die Entwicklung ökonomischer Methoden der Wirtschaftsführung in der NÖP machte eine Entfaltung der Demokratie im gesellschaftlichen und ökonomischen Leben notwendig. Doch viele Kommunisten sahen in der Wiederbelebung des Privateigentums die Gefahr einer Restaurierung des Kapitalismus, ein Abweichen von den Zielen der Revolution. Befehlsmethoden und eine ökonomische und politische Zentralisierung könnten, so schien es, eine schnellere, »sichtbarere« Wirkung erzielen. Dies trat sehr deutlich bei der Überwindung der »Getreidekrise« in den Jahren 1927 bis 1928 zutage, die zum Dreh- und Angelpunkt der beiden unterschiedlichen Konzeptionen der sozialökonomischen Entwicklung des Landes wurde.

Rykow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU(B), Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR sowie des Rates der Volkskommissare der RSFSR und des Rates für Arbeit und Verteidigung, sah in der »Getreidekrise« ein akutes politisches Problem. »Vor dem Hintergrund

der allgemeinen Zuspitzung der ›Getreidekrise‹ und der umfassenden Anwendung der sogenannten Sondermaßnahmen kommt es zu solchen Veränderungen in den Beziehungen der Bauern (Mittel- und Kleinbauernschichten) zu uns, die sich zu einer ernsthaften Gefahr für das Bündnis von Arbeitern und Bauern entwickeln können, falls es uns nicht gelingt, die Unzufriedenheit zu beseitigen«, äußerte er im Juli 1928. »Man kann nicht davon sprechen, daß unser Bündnis mit den Mittelbauern derzeit zerbricht... Das soll aber auch nicht heißen, daß die Partei gegenüber der Unzufriedenheit in den Massen gleichgültig sein, daß sie die Anzeichen für eine Verschlechterung der Beziehungen zum Dorf ignorieren dürfe und sich nicht um eine ernsthafte Analyse zu bemühen brauche.«[28]

Rykow meinte, es sei notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um die Produktion von Industriewaren zu erhöhen, die Preisstruktur zu vervollkommnen und die Arbeit der Getreidebeschaffungsorgane zu verbessern. Außerdem galt es, eine Reihe anderer ökonomischer und organisatorischer Maßnahmen durchzuführen, ohne dabei Übergriffe auf die Bauern zuzulassen.

Stalin hingegen sah die Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung in erster Linie darin, daß diese »von den kapitalistischen Elementen des Dorfes und vor allem von den Kulaken dazu ausgenutzt wurden, die sowjetische Wirtschaftspolitik zu hintertreiben«[29]. Er rechtfertigte ein rigoroses Vorgehen bei der Getreidebeschaffung. Nach einer Reise Stalins durch Sibirien begann man mit der Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen. Ihre Methoden wurden nach und nach in die Praxis der Wirtschaftsführung übernommen und waren bald im System der ökonomischen Beziehungen vorherrschend.

Anfangs führten sie zu einem merklichen Anstieg der Industrieproduktion und erweckten den Anschein, erfolgreich zu sein. Das mußte sich zwangsläufig auf die weitere Entwicklung der Gesellschaft auswirken.

In der Parteiführung entbrannte in den Jahren 1928 und 1929 ein heftiger Streit zu Fragen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR. Schon im März 1928 traten auf einer Sitzung des Politbüros die Differenzen zwischen der Bucharin-Gruppe, zu der auch Rykow gehörte, und den Anhängern Stalins zutage. Diese Differenzen verschärften sich noch auf dem Juli-Plenum des ZK der KPdSU(B) (1928). Rykow und Bucharin waren miteinander durch die Treue zu den Leninschen Ideen der NÖP verbunden.

Auf dem Plenum erklärte Rykow, das Land stehe »vor einem Bürgerkrieg« mit den Bauern. So drastisch schätzte er die Folgen der Verletzung der Leninschen Prinzipien der Beziehungen zur Bauernschaft ein. Die Anhänger des »Kriegskommunismus« traten vorübergehend den Rückzug

an. Die Getreidepreise wurden erhöht, die Lieferungen von Industriewaren aufs Land verbesserten sich. Bucharin, Rykow, Tomski und auch Stalin beschlossen, die Meinungsverschiedenheiten nicht publik zu machen. Bei öffentlichen Auftritten betonten sie stets die Einheit der Ansichten im Politbüro.

Es erhebt sich die Frage: Kann man den »Julikompromiß« als Charakterschwäche Rykows, als Unsicherheit in seinen Ansichten über die Zukunft des Sozialismus deuten? Die Ursache für den Kompromiß liegt unserer Meinung nach viel tiefer. Rykow und die anderen Mitglieder der Bucharin-Gruppe glaubten aller Wahrscheinlichkeit nach, Stalin und seine Gruppe strebten dasselbe Ziel an – den klassenlosen Sozialismus ohne Warenaustausch –, auch wenn ihre Methoden zur Errichtung dieser Gesellschaft, das Tempo und die gesetzten Fristen nicht übereinstimmten. Damit ließe sich auch erklären, daß die Bucharin-Gruppe die Stalinsche Politik in den dreißiger Jahren so vollständig unterstützte. Zum anderen war die Gruppe bestrebt, die Einheit der Partei zu wahren.

Die von Nikolai Bucharin 1928 in der »Prawda« veröffentlichten »Bemerkungen eines Ökonomen« spiegelten auch den Standpunkt Rykows wider. Allerdings konnte der Artikel keinen wesentlichen Einfluß auf das gesellschaftliche Bewußtsein ausüben. Das Politbüro des ZK der KPdSU(B) hatte sich am 8. Oktober 1928 gegen den Artikel Bucharins gewandt, weil er ohne Wissen des ZK veröffentlicht worden war. Das Plenum des ZK der KPdSU(B), das vom 16. bis 24. November 1928 unter Beteiligung der Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission und der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission stattfand, verabschiedete eine Resolution, die den Standpunkt der Anhänger Stalins widerspiegelte: »Es bildete sich eine rechte (offen opportunistische) Abweichung, die ihren Ausdruck findet in dem Bestreben, das Tempo des weiteren Aufbaus der Großindustrie zu verzögern, in der geringschätzigen oder negativen Einstellung zu Kollektiv- und Sowjetwirtschaften, in der Unterschätzung und Vertuschung des Klassenkampfes – insbesondere des Kampfes gegen die Kulaken –, in der bürokratischen Unaufmerksamkeit den Belangen der Massen gegenüber, in der Unterschätzung des Kampfes gegen den Bürokratismus, in der Unterschätzung der Kriegsgefahr usw.«[30]

Aber der Kampf war noch nicht beendet. Er wurde im Verlauf der Vorbereitung der XVI. Parteikonferenz (April 1929) weitergeführt. Auf der Parteikonferenz sollten der erste Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft und andere wichtige Fragen erörtert werden.

Von der Richtigkeit seiner Ansichten überzeugt, verteidigte Rykow seine Thesen zu den Methoden des Wirtschaftsaufbaus. Nach dem No-

vember-Plenum des ZK (1928) erklärte er wiederholt, Zwangsmaßnahmen sowie die Forcierung der sozialistischen Umgestaltung entbehrten jeder Grundlage. Zu Beginn des Jahres 1929 gaben Rykow, Bucharin und Tomski eine gemeinsame Erklärung ab, in der von der Gefährlichkeit einer übermäßigen Beschleunigung von Industrialisierung und Kollektivierung die Rede war. Am 9. Februar 1929 befanden Politbüro und Präsidium der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B) die Vorschläge der Bucharin-Gruppe für nicht stichhaltig. Ihre Haltung wurde zunehmend als unvereinbar mit der Linie der Partei eingeschätzt.

Auf dem vereinigten Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU(B), das vom 16. bis 23. April 1929 stattfand, stand die Frage des Fünfjahrplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes im Mittelpunkt. Alexej Rykow führte den Vorsitz auf der Sitzung. Er und Bucharin legten auf dem Plenum ihre Positionen dar. Rykow betonte, das unterschiedliche Herangehen an die Einschätzung der entstandenen sozialökonomischen Situation sei auf die Jahre 1927 und 1928 zurückzuführen. Er verwies darauf, daß jetzt ein Kampf um die richtige Einschätzung der Schwierigkeiten und der Methoden zu ihrer Überwindung entbrannt sei. »Ihr werdet kein einziges Dokument, kein einziges Referat von uns finden«, sagte er, »in dem wir nicht die Industrialisierung, die Kollektivwirtschaften, das höchstmögliche Tempo des Aufbaus einer neuen Gesellschaft usw. verteidigt hätten. Die Meinungsverschiedenheiten bestehen darin, *auf welchen Wegen* das schnellste Tempo des sozialistischen Aufbaus zu gewährleisten ist und *wie* jene Schwierigkeiten zu überwinden sind, vor denen wir zur Zeit stehen.«

Alexej Rykow schlug einen konstruktiven Plan für einen Ausweg aus der Krisensituation sowie für den weiteren Aufschwung der sozialistischen Volkswirtschaft vor. Sein Vorschlag basierte im wesentlichen auf der Normalisierung der gesellschaftlichen Reproduktion »auf der Grundlage der Ware-Geld-Beziehungen, das heißt der NÖP, natürlich unter der Bedingung einer größtmöglichen Beschränkung des privatkapitalistischen Profits sowie der zunehmenden Planmäßigkeit der Wirtschaft und der staatlichen Regulierung«. Er machte darauf aufmerksam, daß man den Fünfjahrplan keinesfalls mit Sondermaßnahmen erfüllen kann, die letztlich zur Krise geführt hatten. Dies käme einer Nichterfüllung des Fünfjahrplans gleich. Rykow unterbreitete den Vorschlag, zur Gesundung der ökonomischen Lage die Gefahr »eines Bruchs zwischen Landwirtschaft und sozialistischer Industrie« im Laufe von zwei Jahren zu beseitigen. Dabei sollte dieser Zweijahrplan auf keinen Fall mit dem Fünfjahrplan konkurrieren, sondern sich organisch in dessen Struktur einfügen.

Doch Stalin, Woroschilow, Andrejew, Ordshonikidse, Shdanow, Schkirjatow und andere, die auf dem Plenum sprachen, kritisierten sowohl Rykow als auch Bucharin. Woroschilow, der vom wissenschaftlichen Verständnis der objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Reproduktion weit entfernt war, bezeichnete die Vorschläge Rykows zu Strukturen in der Volkswirtschaft als planloses »Bockspringen«. In der vom Plenum angenommenen Resolution »Zu innerparteilichen Angelegenheiten« wurde konstatiert: »Die Ansichten der Gruppe des Gen. Bucharin, die in der Erklärung des Gen. Bucharin vom 30. Januar, in der Erklärung der Gen. Bucharin, Rykow und Tomski vom 9. Februar sowie in den Reden dieser Genossen auf dem Plenum des ZK und der Zentralen Kontrollkommission dargelegt wurden, sind als unvereinbar mit der Generallinie der Partei zu betrachten und als im wesentlichen mit der Position der rechten Abweichung übereinstimmend zu verurteilen. Die Genossen sind zu verpflichten, die Beschlüsse der Partei und ihrer Organe widerspruchslos durchzuführen ...«[31]

Rykow verblieb weiter in seinen Ämtern. Erst im Dezember 1930 wurde er aus dem Politbüro ausgeschlossen und ein paar Tage später von seiner Funktion als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der UdSSR entbunden (bereits 1929 war er seiner Funktion als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der RSFSR enthoben worden). Er wurde in das Amt des Volkskommissars für Post- und Fernmeldewesen berufen, in dem er bis September 1936 tätig war. Alexej Rykow überstand zunächst die »Säuberung« der Partei und wurde nicht ausgeschlossen. 1934 jedoch wurde er nicht mehr zum Mitglied des ZK, sondern zum Kandidaten gewählt.

Kandidat des ZK blieb er bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1936. Sie war erfolgt, weil man ihn bezichtigte, Kontakte zum »trotzkistisch-sinowjewschen Block« zu unterhalten. Später mußte das Verfahren allerdings »wegen fehlenden Tatbestandes« eingestellt werden. Aber im Dezember desselben Jahres holte die Welle des politischen Terrors Rykow und Bucharin doch noch ein. Man beschuldigte sie der Gründung und Leitung einer antisowjetischen Untergrundorganisation.

Das Jahr 1937 war gekommen. Der Fall Bucharin und Rykow wurde auf dem Februar/März-Plenum des ZK der KPdSU(B) verhandelt. Das Referat »Über die trotzkistischen und rechten antisowjetischen Organisationen« hielt Jeshow (Volkskommissar für Innere Angelegenheiten – NKWD).

Rykow wurde unter anderem zur Last gelegt, terroristische Akte vorbereitet, sich aktiv an der Arbeit des »trotzkistisch-sinowjewschen Blocks« beteiligt, in direkter Verbindung mit der »Rjutinschen Plattform«[32] gestanden zu haben. Auf alle diese Anschuldigungen gab er unerschütterlich zur

Antwort, daß er »keinen Blöcken und keinem Zentrum der Rechten angehört habe, sich nicht mit Schädlingstätigkeit, Spionage, Diversion, terroristischen Aktionen und anderen Gemeinheiten befaßt« habe. Das Plenum bildete eine Kommission unter dem Vorsitz von Anastas Mikojan, um einen Resolutionsentwurf vorzubereiten. Aufgrund der Berichte Jeshows und Mikojans und auf Vorschlag Stalins beschloß das Plenum, Bucharin und Rykow aus dem ZK der KPdSU(B) sowie aus der Partei auszuschließen und ihren Fall dem NKWD zu übergeben. Rykow wurde auf dem Plenum, am Abend des 27. Februar 1937, verhaftet.

Vom 2. bis 13. März 1938 fand der »öffentliche« Prozeß zum Fall des »Antisowjetischen rechtstrotzkistischen Blocks« statt. Unter den Angeklagten befand sich auch Rykow. In der Gerichtsverhandlung wurde behauptet, die Angeklagten hätten im Auftrag von ausländischen Geheimdiensten eine Verschwörergruppe unter der Bezeichnung »rechtstrotzkistischer Block« mit dem Ziel der Spionage, der Sabotage, des Terrors und dergleichen mehr gebildet. Rykow wurde ferner beschuldigt, an der Ermordung Kirows beteiligt gewesen zu sein, Kulakenaufstände organisiert und Regierungsfahrzeuge mit dem Ziel, Stalin, Jeshow und andere führende Funktionäre zu ermorden, observiert zu haben.

Am 12. März, um 21.25 Uhr, zog sich das Militärgericht des Obersten Gerichtshofes der UdSSR zur Beratung zurück, um das Urteil zu fällen. Die Beratung endete am 13. März, um 4 Uhr morgens. Rykow wurde zur Höchststrafe – zum Tode – verurteilt.

Siebenunddreißig Jahre seines Lebens hat Alexej Rykow dem Sozialismus gewidmet. Sein Wort stimmte stets mit der Tat, mit dem Kampf für die Fortsetzung der von Lenin begründeten Politik überein.

Woprossy Istorii KPSS,
1988, Nr. 6, S. 117–128.
Übersetzt von Barbara Heitkam.

1 Siehe vorl. Bd., S. 48.
2 *Ultimatismus* – Spielart des Otsowismus. Die Ultimatisten schlugen vor, der sozialdemokratischen Fraktion der II. Reichsduma (1907) ein Ultimatum über die unbedingte Unterordnung unter die Beschlüsse des ZK der Partei zu stellen und sie bei Nichterfüllung des Ultimatums aus der Duma abzuberufen.
3 W. I. Lenin: An J. F. Dubrowinski, 23. April 1909. In: Briefe, Bd. II, S. 173.
4 Siehe W. I. Lenin: Beschluß über die Bildung der Sowjetregierung. In: Werke, Bd. 26, S. 254.
5 Siehe: Die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei in Dokumenten. In: Iswestija ZK KPSS, 1989, Nr. 1, S. 232.
6 A. I. Rykow: Artikel und Reden, Bd. 1. 1918–1920, Moskau–Leningrad 1926, S. 29, russ.

7 Ebenda, S. 22.
8 W. I. Lenin: Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XI. Parteitag, 27. März 1922. In: Ausgewählte Werke in sechs Bänden, 8d. VI, Berlin 1985, S. 563, 564/565.
9 Siehe A. I. Rykow: Artikel und Reden, Bd. 2. 1921–1923, Moskau–Leningrad 1928, S. 47, russ.
10 Ebenda.
11 Ebenda, S. 73.
12 Siehe ebenda, S. 115/116.
13 Siehe ebenda, S. 126.
14 Ebenda, S. 158.
15 Prawda, 3. Februar 1924.
16 A. I. Rykow: Artikel und Reden, Bd. 3. 1924, Moskau–Leningrad 1929, S. 85, russ.
17 Vierzehnte Konferenz der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Stenografischer Bericht, Moskau–Leningrad 1925, S. 81, russ.
18 Siehe ebenda, S. 88.
19 Ebenda, S. 89.
20 Siehe ebenda, S. 94.
21 XIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (B), 18.–31. Dezember 1925. Stenografischer 8ericht, Moskau–Leningrad 1926, S. 410, russ.
22 Siehe ebenda.
23 Siehe ebenda, S. 407.
24 Siehe A. I. Rykow: Die Wirtschaftslage und die Aufgaben der Partei. Referat auf der XV. Konferenz der KPdSU(B), Moskau 1927, S. 5, russ.
25 Ebenda, S. 27/28.
26 Siehe A. I. Rykow: Zehn Jahre Kampf und Aufbau. Referat auf der Jubiläumssitzung des Zentralexekutivkomitees der UdSSR in Leningrad, 15. Oktober 1927, Moskau–Leningrad 1927, S. 35, russ.
27 XV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (8). Stenografischer Bericht, Moskau–Leningrad 1928, S. 1 272, russ.
28 A. I. Rykow: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei. Referat über die Ergebnisse des Juli-Plenums des ZK der KPdSU(8), 13. Juli 1928, Moskau–Leningrad 1928, S. 7/8, russ.
29 J. Stalin: An der Getreidefront. In: Werke, Bd. 11, 8erlin 1954, S. 74.
30 Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK. 9., ergänzte und berichtigte Auflage, Bd. 4, Moskau 1984, S. 381/382, russ.
31 Ebenda, S. 435.
32 Siehe vorl. Bd., S. 49.

Lew Trotzki



Lew Dawydowitsch Trotzki (richtiger Name: Leib Bronstein) wurde 1879 in Janowka geboren. Sein Vater hatte ein kleines Landgut gepachtet. Trotzki besuchte in Nikolajew, später in Odessa das Gymnasium und schloß sich dem Südrussischen Arbeiterbund an.

Im Januar 1898 wurde die Organisation zerschlagen, nach zwei Jahren Untersuchungshaft in Odessa wurde Trotzki zu vier Jahren Verbannung in Ostsibirien verurteilt. 1902 floh er aus der Verbannung ins Ausland und wurde redaktioneller Mitarbeiter der »Iskra«. Auf dem II. Parteitag der SDAPR (1903) schloß er sich den Menschewiki an.

1905 kehrte Trotzki nach Rußland zurück und wurde im Herbst Vorsitzender des Petersburger Sowjets. Im Dezember wurde er verhaftet und im Januar 1907 zur ständigen Ansiedlung nach Sibirien verbannt. Auf dem Weg zum Verbannungsort gelang ihm die Flucht, und im Mai 1907 nahm er am V. Parteitag der SDAPR in London teil.

In der Emigration setzte Trotzki sich für die Umgestaltung der SDAPR nach den Prinzipien der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas ein. 1912 bildete er aus verschiedenen Fraktionen der Partei den gegen die Bolschewiki gerichteten »Augustblock«. Während des ersten Weltkrieges nahm er eine internationalistische Haltung ein und gab zunächst in Paris, ab 1916 in den USA sozialistische Zeitungen heraus.

Im Mai 1917 kehrte Trotzki nach Rußland zurück. Während der Juliereignisse hatte er engen Kontakt zu den Bolschewiki und wurde auf dem VI. Parteitag der SDAPR(B) in ihre Reihen aufgenommen. Im Herbst wurde er Vorsitzender des Petrograder Sowjets und beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution.

Der II. Sowjetkongreß wählte Trotzki zum Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten. Im März 1918 wurde er Volkskommissar für Heereswesen und Marine, ab September gleichzeitig Vorsitzender des Revolutionären Kriegsrates der Republik. Kurze Zeit war er auch Volkskommissar für Verkehrswesen. Bis 1924 gehörte er dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale an.

Trotzki war der Initiator des »Kriegskommunismus«; er vertrat einen dogmatischen Marxismus, der sich in seiner Konzeption der »permanenten Revolution« widerspiegelte, und ein bürokratisch-administratives Sozialismusmodell.

Im Januar 1925 wurde Trotzki von seinen Funktionen entbunden. Gemeinsam mit Sinowjew und Kamenew stand er an der Spitze der »vereinigten linken Opposition«. Nach der Niederlage der Opposition in der Partei wurde er im Oktober 1926 aus dem Politbüro und im Herbst 1927 aus dem ZK und aus der KPdSU(B) ausgeschlossen.

Anfang 1928 wurde Trotzki nach Alma-Ata verbannt und im Februar 1929 aus der UdSSR ausgewiesen. Bis 1933 lebte er auf den Prinzeninseln (Türkei), dann in Frankreich, von 1935 bis 1937 in Norwegen und zuletzt in Mexiko. 1938 gründete er die IV. Internationale.

Am 21. August 1940 wurde Trotzki ermordet.

Nikolai Wassezki

LEW TROTZKI
Ein Gesicht im Schaufenster der Geschichte

Am 24. August 1940 erschien in der »Prawda« unter der Überschrift »Der Tod eines internationalen Spions« ein Leitartikel, in dem es hieß: »Der Telegraf brachte die Nachricht vom Tode Trotzkis. Nach Meldungen amerikanischer Zeitungen wurde auf Trotzki, der in den letzten Jahren in Mexiko lebte, ein Attentat verübt.« Genannt wurden Vor- und Familienname des Mörders, der Trotzki nahegestanden und zu seinen Anhängern gezählt haben sollte. Es folgte eine kurze Darstellung des politischen Entwicklungsweges Trotzkis mit einer in scharfen Tönen gehaltenen Einschätzung seiner Tätigkeit. Der Leser sollte zu dem eindeutigen Schluß kommen: »Trotzki verstrickte sich in den eigenen Netzen und sank so tief, wie nur ein Mensch sinken kann.«

Die Schärfe des Tones, die Erbarmungslosigkeit der Formulierungen und die Ungerechtigkeit vieler Ausfälle an die Adresse des am 21. August 1940 ermordeten Lew Trotzki gibt Anlaß anzunehmen, daß dieser Leitartikel entweder von Stalin selbst oder unter dessen unmittelbarer Anleitung geschrieben wurde. Auf diese Weise rechnete Stalin mit seinem gefährlichsten und einstmals mächtigen Widersacher ab.

Trotzki war sechzig Jahre alt geworden. Ist dies viel oder nur wenig Zeit? Nach gewöhnlichen menschlichen Maßstäben ist es wohl eher wenig. Wenn man aber nach der großen Politik geht? Bis zum Zeitpunkt seiner Ermordung hatte Trotzki alles erreicht, was er erreichen konnte, meinen wir. Und er gab es – allerdings in der ihm eigenen extravaganten Manier – auch zu. Im Jahre 1934, kurz vor seinem 55. Geburtstag, bekannte er in einem seiner unzähligen Bonmots: »Die schlimmsten Verbrechen verübt man bis zum 55. Lebensjahr.« Trotzki wußte, was er sagte. Doch wissen wir, was er damit meinte?

Lew Dawydowitsch Bronstein (Pseudonym – Trotzki) wurde am Tag der Oktoberrevolution, dem 25. Oktober (7. November), und im selben Jahr 1879 wie sein zukünftiger unversöhnlicher Gegner Jossif Stalin geboren. Die Übereinstimmung dieser Daten ist reiner Zufall. Wie Trotzki später einmal scherzhaft bemerkte, mochten Mystiker daraus Schlüsse ziehen, er selbst jedenfalls tat dies nie.[1]

Trotzki wuchs in einer Umgebung auf, die die Herausbildung der Fähigkeit, Prinzipien umzustürzen, keineswegs begünstigte. Seine Kindheit und Jugend verlief fernab von der Hauptstraße der Entwicklung in Rußland – fern von den Universitätsstädten, ohne Verbindung mit den Arbeitervororten.

Trotzkis Vater hatte ein paar hundert Desjatinen Land im Süden der Ukraine, im Dorf Janowka, Gouvernement Cherson, gepachtet, wo die nach damaligen Verhältnissen kleine Familie Bronstein auch wohnte. Neben dem Vater und der schweigsamen Mutter, die ihren Sohn Lew innig liebte, hatte er zwei ältere Geschwister, einen Bruder und eine Schwester, sowie die jüngere Schwester Olga, die ihm am liebsten war. Sie wurde später die Ehefrau von Lew Kamenew (Rosenfeld).

Obwohl die Familie Bronstein weder über besonderen Wohlstand verfügte noch eine privilegierte gesellschaftliche Stellung einnahm, mußte sie zu keiner Zeit materielle Not leiden. Auch seine jüdische Herkunft – ein Umstand, der im zaristischen Rußland für viele unüberwindliche Schwierigkeiten mit sich brachte – wirkte sich für Trotzki zunächst nicht negativ aus. Der Vater versuchte nie, seine Kinder in die kleine Welt des »Schtetl« einzuschließen, die wir aus Scholem Alejchems glänzender Darstellung kennen. Im Gegenteil, als unternehmender Mensch tat er alles, was er konnte, um seinen Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen.

Der Vater schickte Trotzki auf das Realgymnasium in Nikolajew. Der Junge unterschied sich von seinen Mitschülern durch Verstand und Redegewandtheit sowie durch das sich früh entwickelnde Bedürfnis und vor allem die Fähigkeit, die Aufmerksamkeit seiner Umgebung auf sich zu lenken. Trotzki wurde sehr bald – wie wir heute sagen würden – der geistige Führer einer Gruppe junger Leute, die einen Weg suchten, um ihrem überquellenden Tatendrang »zum Nutzen der Gesellschaft« nachzukommen. Damit war die Wahl der weiteren Betätigung Trotzkis in vielem vorherbestimmt. In Nikolajew schloß sich Trotzki dem Südrussischen Arbeiterbund an.

Einer halblegalen Organisation anzugehören und dazu noch einer ihrer Führer zu sein, schmeichelte der Eigenliebe Trotzkis, verlieh ihm ein be-

sonderes Gewicht, möglicherweise weniger in den eigenen Augen als in der Meinung der ihn Umgebenden. Ebendiese Charaktereigenschaften vermerkte später der Mediziner G. A. Siw, der ihn vom Studium her gut kannte. Seiner Meinung nach drückte sich die Individualität Trotzkis nicht in seinen Kenntnissen und Gefühlen, sondern in seinem Willen aus. »Seinen Willen aktiv zum Ausdruck bringen, sich über alles stellen, überall sein und überall als erster – dies war stets das wichtigste Merkmal der Persönlichkeit Trotzkis«, schrieb Siw. »Die anderen Seiten seiner Psyche waren nur notwendiger Überbau und Zubehör.«[2]

Zu dieser Zeit waren die Anschauungen Trotzkis weit von marxistischen Positionen entfernt. Er wollte sich nicht einmal den Marxismus aneignen und verhielt sich gleichgültig gegenüber systematischer, zielstrebiger Arbeit an der Herausbildung gefestigter theoretischer Überzeugungen. »Im Jahre 96 und Anfang 97«, schrieb Trotzki nach dem Sieg der Oktoberrevolution an den Historiker Wladimir Newski, »hielt ich mich für einen Gegner von Marx, dessen Bücher ich allerdings nicht gelesen hatte. Über den Marxismus urteilte ich wie Michailowski.«[3]

Uns scheint, daß Trotzki selbst die Werke von Michailowski nicht im Original kannte. Er hatte ein hervorragendes Gedächtnis und nahm die spektakulärsten Ideen und Losungen »im Fluge« auf, um sie dann leidenschaftlich vor seinen Mitstreitern zu verteidigen. Natürlich bedeutet das nicht, daß sich Trotzki nicht eine umfassende Bildung erworben hätte. Später, in den Jahren der Emigration, absolvierte er ein Studium an der Wiener Universität.

Fraglich ist, ob man die Tätigkeit Trotzkis innerhalb des Südrussischen Arbeiterbundes als revolutionär bezeichnen kann. Aus heutiger Sicht wird besonders deutlich, wie harmlos die Position seiner Organisation in Nikolajew hinsichtlich einer Bedrohung der bestehenden Macht war. Die Mitglieder des Bundes beschäftigten sich in erster Linie mit Propaganda und gaben 200–300 auf einem Hektographen abgezogene Exemplare ihrer Zeitung »Nasche Delo« heraus, in der sie aus jugendlicher Sicht gegen die städtischen Behörden und die reichsten Unternehmer auftraten.

In Erinnerung an diese Jahre schrieb Trotzki: »Der Einfluß des Bundes nahm schneller zu als die Formierung eines Kerns völlig überzeugter Revolutionäre. Die aktivsten Arbeiter sagten uns: Mit dem Zaren und der Revolution seid noch vorsichtig. Nach dieser Warnung machten wir einen Schritt zurück auf ökonomistische Positionen, und erst dann gingen wir auf revolutionärere Positionen über. Unsere taktischen Anschauungen, das möchte ich wiederholen, waren noch sehr unklar.«[4]

Trotzki befand sich selbst in dieser, später auch in anderen Organisatio-

nen, die ökonomistische Auffassungen vertraten, am rechten Flügel. So trat er, nachdem er von Nikolajew nach Odessa übergesiedelt war, dagegen auf, daß die Marxisten ihre Kräfte auf die Fabrikarbeiter konzentrierten, und setzte sich dafür ein, die Agitation und Propaganda unter Handwerkern und anderen kleinbürgerlichen Elementen in den Mittelpunkt zu rücken.[5]

All dies gibt Anlaß zu der Annahme, bei einer größeren Flexibilität der zaristischen Ochrana (Geheimpolizei) gegenüber dem Führungskern des Südrussischen Arbeiterbundes wäre es nicht auszuschließen gewesen, daß solche Führer wie Trotzki eher an der Seite der legalen Marxisten vom Schlage eines Struve oder Tugan-Baranowski zu finden gewesen wären. Doch verfügte die russische Polizei zum Ende des 19. Jahrhunderts noch nicht über solche Kader wie Oberst Subatow. Im Januar 1898 wurde der Bund zerschlagen. Trotzki und andere Führer der Organisation wurden in das Gefängnis von Odessa geworfen.

Im Verlaufe der nun einsetzenden Untersuchung tat Trotzki nach Meinung des im selben Fall angeklagten Siw alles, um sich herauszureden. Mit dem Gefängnis von Odessa steht die Wahl seines Pseudonyms in Verbindung. Es gab dort einen Oberaufseher mit dem Namen Trotzki, dessen imposante Gestalt und Herrschsucht, die Fähigkeit, sich andere zu unterwerfen und nicht nur die Gefangenen, sondern das gesamte Gefängnispersonal mit eiserner Faust zu regieren, einen großen Eindruck auf den neunzehnjährigen Trotzki ausübten. Trotzki übernahm gewissermaßen als Rache für diese diktatorischen Allüren den Namen als Pseudonym, um zu beweisen, daß der Name eines überzeugten Verteidigers der Selbstherrschaft auch anderen Zielen, der Revolution, dienen kann.

Die Untersuchung dauerte etwa zwei Jahre. In dieser Zeit wurde Trotzki nach den Worten von Siw zu »einem genauso entschlossenen und geradlinigen ›Marxisten‹, wie er vorher Gegner des Marxismus war«. Der erste literarische Versuch Trotzkis war ein Artikel über die Freimaurerei, ausgehend von der materialistischen Geschichtsauffassung. »Er beschaffte sich drei, vier Bücher zu dieser Frage und war der Meinung, dies sei völlig ausreichend«, schrieb Siw. In dieser Zeit kam es auch zu einem von anderen Arrestanten bemerkten epileptischen Anfall. Der dabei anwesende Siw erinnert sich, daß sich solche Anfälle auch später wiederholten.[6] Übrigens mußte Trotzki auch selbst zugeben, daß er solche Anfälle hatte. Von einem, der ihn zu einem überaus ungünstigen Zeitpunkt – in der Nacht vom 24. zum 25. Oktober 1917, also zu Beginn des Oktoberaufstands – ereilte, berichtet er in seiner Autobiographie »Mein Leben«.

Das Gericht verurteilte Trotzki zu vier Jahren Verbannung nach Ostsibi-

rien. Auf dem Weg zum Verbannungsort befreundete sich Trotzki mit Alexandra Sokolowskaja, die mit ihm schon in Nikolajew bekannt war. Sie war fast zehn Jahre älter als Trotzki, und natürlich waren seine Eltern strikt gegen eine Heirat. Aber Trotzki hielt an seiner Neigung fest und heiratete im Durchgangsgefängnis Butyrki.

In der Verbannung, im Gouvernement Irkutsk, nahm Trotzki aktiv am Leben der Einheimischen teil. Unter dem Pseudonym Antid Oto schrieb er für die Lokalzeitung »Wostotschnoje Obosrenije«. Seine bissigen, leidenschaftlichen Artikel brachten ihm auch Aufmerksamkeit von im Ausland tätigen Mitgliedern der SDAPR ein. Schon bald erhielt Trotzki eine Einladung, in der Redaktion der »Iskra« mitzuarbeiten. Diese Einladung bestärkte ihn in seinem Entschluß zu fliehen. Nach einem reichlichen Jahr Verbannung flüchtete Trotzki ins Ausland und ließ seine Frau und seine zwei kleinen Töchter zurück. An einem regnerischen Herbstmorgen im Jahre 1902 erschien er in London bei Lenin.

Trotzki wurde überaus freundlich empfangen. Lenin imponierten seine treffenden Urteile und sein Beharren auf der eigenen Meinung. Dazu kam, daß Trotzki jeden Auftrag von Wladimir Iljitsch voller Energie ausführte. Am 2. März 1903 schlug Lenin in einem Brief an Georgi Plechanow vor, Trotzki als Redaktionsmitglied der »Iskra« zu kooptieren. Er gab ihm eine sehr schmeichelhafte Einschätzung: »Ein Mensch zweifellos mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten, überzeugt und energisch, der seinen Weg machen wird, und auf dem Gebiet der Übersetzungen und der populären Literatur wird er etliches leisten können.«[7]

Lenin gelang es nicht, Plechanow zu überzeugen. Wie Nadeshda Krupskaja schreibt, »geriet Trotzki (bei Plechanow) von Anfang an in Verdacht!«. Die Ursachen für dieses Mißtrauen lagen nach Meinung der Krupskaja und später auch Trotzkis in der Befürchtung, daß der junge Flügel der »Iskra«-Redaktion (Lenin, Martow, Potressow) zuungunsten der »Alten«, zu denen Plechanow zählte, erstarken könnte. Demonstrativ lehnte er Trotzkis Artikel ab, die Lenin ihm schickte. »Die Feder Ihrer ›Feder‹ (ein weiteres Pseudonym Trotzkis – d. Verf.) gefällt mir nicht«, bemerkte Plechanow.[8] Seine ablehnende Haltung gegenüber Trotzki bewahrte er bis an sein Lebensende.

Trotz dieses Mißerfolgs arbeitete Trotzki weiterhin aktiv unter Lenins Leitung. Im Frühjahr 1903 reiste er in dessen Auftrag nach Paris, um vor russischen revolutionären Emigranten Vorlesungen zu halten. Hier traf er mit Natalja Sedowa zusammen – einer jungen Frau, die ebenfalls der revolutionären Bewegung angehörte. Sie entflammte für Trotzki, ließ sich

von ihrem Mann scheiden und wurde die zweite Frau Trotzkis. Mit ihr lebte er bis zu seinem Tod zusammen.

Als Delegierter des Sibirischen sozialdemokratischen Bundes nahm Trotzki 1903 am II. Parteitag der SDAPR teil, auf dem sich die Partei in Bolschewiki und Menschewiki spaltete. Zu Beginn des Parteitags trat Trotzki als entschiedener Anhänger Lenins auf. Mit Nachdruck vertrat er die Leninsche Position gegen separatistische Bestrebungen des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterverbandes (Bund), wofür ihn der Delegierte Dmitri Rjasanow »Lenins Knüppel« nannte. In der Diskussion zum Programm und zum Statut der Partei ging Trotzki auf die Seite Martows über und lehnte den Paragraphen 1 des Statuts in Lenins Fassung ab. Einerseits sah er darin den Versuch Lenins, die Partei in ein in sich geschlossenes Kastensystem von Intellektuellen zu verwandeln, das von den werktätigen Massen losgelöst handeln würde, andererseits sah er eine solche Organisation als unfähig an, den Opportunismus in der Partei zu verhindern.

Zwar machte das Verhalten Trotzkis einen negativen Eindruck auf Lenin, doch gab er die Hoffnung nicht auf, daß Trotzki seine Positionen revidieren würde. Während des Parteitages wandte sich in Lenins Auftrag Dmitri Uljanow an ihn, um ihn umzustimmen. »Doch lehnte ich es kategorisch ab, ihnen zu folgen«, schrieb Trotzki. Es ist klar, daß damit eine weitere Zusammenarbeit Trotzkis mit Lenin unmöglich wurde. Von den Sympathien Iljitschs für Trotzki blieb nicht die geringste Spur. Ihre Wege trennten sich auf lange Zeit. »Der zweite Kongreß bedeutet in meinem Leben einen großen Markstein schon allein deshalb, weil er mich für viele Jahre von Lenin getrennt hat«, schrieb Trotzki später.[9]

Im Jahre 1904 veröffentlichte Trotzki in Genf sein erstes Buch – »Unsere politischen Aufgaben (Taktische und organisatorische Fragen)«, das er seinem »verehrten Lehrer« Pawel Axelrod widmete. Trotzki hatte sich, wie er selber sagte, mit dieser Schrift das Ziel gesetzt, die Bedeutung der Leninschen Arbeiten »Was tun?« und »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück« in Frage zu stellen. Er nannte Lenin und die Bolschewiki »Spaltungsfanatiker«, die in »organisatorischem Kleinkram« wühlen. Andererseits gefielen Trotzki auch zahlreiche menschewistische Auffassungen nicht. Insbesondere erregte ihn die vorsichtige, bedächtige Politik der russischen Spielart des rechten Opportunismus, die immer die Positionen der Machthaber im Blick hatte. Während er die bolschewistische Auffassung vom Parteiaufbau und von der Rolle der Bauern in der Revolution ablehnte, zog es Trotzki deshalb instinktiv zu den entschiedenen Kampfmethoden der Bolschewiki, die in ihrem Kampf weitgehende revolutionäre Ziele verfolgten.

All dies führte dazu, daß Trotzki nach seiner Rückkehr Anfang 1905 nach Rußland (Kiew) gewissermaßen »zwischen zwei Stühlen saß«. »Organisatorisch«, schrieb er, »gehörte ich zu keiner Fraktion.«[10] Trotzki arbeitete mit den Menschewiki zusammen, versuchte jedoch auch Verbindung zu den Bolschewiki zu halten. Eng freundete er sich mit Leonid Krassin an, der seinerzeit die Positionen der versöhnlerischen Bolschewiki vertrat.

Der Sowjet der Arbeiterdeputierten

Nach Petersburg kam Trotzki, als der Oktoberstreik von 1905 seinen Höhepunkt erreicht hatte. Mit der ihm eigenen Energie nahm er sofort seine Arbeit auf. Zusammen mit dem deutschen Sozialdemokraten Parvus (Pseudonym von Alexander Helphand) gab er die Zeitung »Natschalo« heraus, in der er durchaus radikale Auffassungen vertrat.

Am 13. Oktober fand die Gründungsversammlung des Petersburger Sowjets der Arbeiterdeputierten statt. Unter dem Decknamen Janowski wurde Trotzki zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Sowjets, Georgi Chrustaljow-Nossar, gewählt. Als ein Mensch mit unklaren politischen Ansichten entsprach Chrustaljow nach Trotzkis Meinung am besten dem Charakter des Petersburger Sowjets. Trotzki meinte, der Sowjet drücke die Interessen und den Willen der revolutionären werktätigen Massen aus, die ein »ausgeprägtes Klassengefühl« hatten, aber zumeist über keine »parteiliche Klarheit« verfügen.[11]

52 Tage leitete der Sowjet die Arbeiter der Hauptstadt, und die ganze Zeit befand sich Trotzki im Trubel der Ereignisse. Hier wurden seine starken Seiten als Politiker, als Organisator der Massen, als Publizist deutlich. Er verfaßte zahlreiche Aufrufe, Manifeste und Resolutionen des Sowjets, Leitartikel für dessen Zentralorgan, die »Iswestija«, deren Auflagenhöhe 35 000 bis 60 000 Exemplare erreichte. Er verhandelte mit den Behörden. Selbst der Premierminister Witte war gezwungen, sich an die Leitung des Sowjets zu wenden. Im Zusammenhang mit der Gedenkdemonstration für die Toten vom 9. Januar und anderer Zusammenstöße, die der Sowjet angeordnet hatte, gab es einen solchen Empfang. Trotzki berichtet davon in seinem Buch »1905« mit offensichtlichem Stolz: »Graf Witte ist sehr beschäftigt und mußte soeben den Empfang zweier Generale absagen, die Abordnung des Sowjets jedoch wird ohne lange Vorrede empfangen.«[12]

Nach der Verhaftung von Chrustaljow auf der allgemeinen Versammlung des Sowjets am 27. November in Anwesenheit von 302 Deputierten wurde ein zeitweiliges, aus drei Mann bestehendes Präsidium des Exekutivkomitees gebildet, dem auch Trotzki angehörte. Faktisch wurde er zum

Vorsitzenden des Sowjets. Doch bereits am 3. Dezember wurde das Exekutivkomitee unter dem Vorsitz von Trotzki während einer Beratung verhaftet.

Trotzki und die anderen, die in den Fall des Sowjets einbezogen waren, saßen 57 Wochen in Untersuchungshaft. Im Januar 1907, auf dem Höhepunkt der Reaktion, sprachen Militärgerichte über die Teilnehmer der Revolution ihre Urteile. Der Petersburger Prozeß in Sachen »ehemaliger Sowjet« dauerte fast zwei Monate. Das Urteil des Gerichts gegen Trotzki lautete: erneut Verbannung nach Sibirien, nach Obdorsk, doch diesmal nicht für vier Jahre wie 1900, sondern zur »ständigen Ansiedlung«. Auf dem Weg zum Verbannungsort gelang es Trotzki erneut zu fliehen – aus der Stadt Berjosowo, bekannt als Verbannungsort Seiner Erlaucht, des Fürsten Menschikow, Mitstreiter Peters I. Im Mai 1907 nahm Trotzki bereits wieder am V. (Londoner) Parteitag der SDAPR als fraktionsloser Sozialdemokrat teil. So endete die erste russische Revolution für Trotzki.

Vorläufige Ergebnisse

Die Revolution hinterließ eine tiefe Spur in der politischen Biographie Trotzkis. In erster Linie gilt dies natürlich für seine Tätigkeit im Petersburger Sowjet, mit der er sich Anerkennung und Autorität in den Augen vieler Arbeiter und der demokratischen Intelligenz erwarb. Als Trotzki die Bilanz der praktischen Tätigkeit des Sowjets zog, kam er faktisch zu den gleichen Schlußfolgerungen[13], die Lenin im November 1905 auf seinem Weg aus Stockholm nach Rußland in dem Artikel »Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten (Brief an die Redaktion)« theoretisch dargelegt hatte. Lenins Artikel war für die Veröffentlichung im bolschewistischen Organ »Nowaja Shisn« vorgesehen, konnte aber nicht erscheinen.[14]

In den Jahren der ersten russischen Revolution trat eine sehr wesentliche Eigenschaft im politischen Verhalten Trotzkis zutage, die sich auch später immer wieder zeigte – die Fähigkeit, in Perioden des revolutionären Aufschwungs entschlossen zu handeln und breite Schichten in den Kampf einzubeziehen. In solchen Momenten wandelte sich Trotzki innerlich, er handelte außergewöhnlich gefaßt und zielstrebig. Die zunehmende Glut des Kampfes trieb ihn voran, war ein zusätzlicher Energieschub.

Nicht umsonst schrieb der ansonsten stets vorsichtige und bei der Einschätzung der politischen Fähigkeiten Trotzkis zurückhaltende Parteifunktionär Grigori Sinowjew in bezug auf Trotzki und Parvus im Jahre 1905: »Diese beiden hervorragenden Menschewiki begannen vom Mensche-

wismus abzugehen. Als das ›Natschalo‹ unter ihrer Leitung stand, verliehen sie der Zeitung im wesentlichen bolschewistischen Charakter.«[15]

Aber es gab in der Tätigkeit Trotzkis noch eine weitere Seite. Gerade in dieser Periode begann seine Theorie der »permanenten Revolution« Gestalt anzunehmen. Die hauptsächlichen Postulate dieser Theorie übernahm Trotzki von Parvus. »Zusammen mit Parvus«, schrieb Trotzki später, »vertrat ich im ›Natschalo‹ den Gedanken, daß die russische Revolution zum Prolog einer sozialrevolutionären Epoche in der Entwicklung Europas wird; daß die russische Revolution weder durch Zusammenarbeit des Proletariats mit der liberalen Bourgeoisie noch durch ein Bündnis mit der revolutionären Bauernschaft zu Ende geführt werden kann; daß sie nur als Bestandteil der Revolution des europäischen Proletariats siegen kann.«[16] Davon ausgehend prägten sie die Losung: »Weg mit dem Zaren, her mit der Arbeiterregierung!«

Lenin kritisierte diese Losung sowie die gesamte Theorie von Parvus und Trotzki aufs schärfste. Den Worten nach revolutionär, vermischte sich diese Theorie in der Praxis mit der rechtsopportunistischen und der bürgerlich-liberalen Linie. »In Wirklichkeit«, schreibt Lenin, »hilft Trotzki den liberalen Arbeiterpolitikern Rußlands, die unter der ›Negierung‹ der Rolle der Bauernschaft den *mangelnden Willen* verstehen, die Bauern zur Revolution aufzurütteln!«[17]

So kam es auch in den Jahren der ersten russischen Revolution nicht zu einer Rückkehr Trotzkis in das Lager der Bolschewiki. Der Hauptfaktor, der das verhinderte, war, wie wir meinen, das subjektive Moment. Die Logik der Ereignisse hatte Trotzki in eine Lage gebracht, die dazu angetan war, nicht nur so junge und emotionale Leute, wie er es war, zu verwirren, sondern ebenso auch wesentlich ältere und erfahrenere politische Funktionäre. Berauscht von den sich bietenden Möglichkeiten, versuchte sich Trotzki um jeden Preis zu »beweisen« und unbedingt die Rolle eines »Führers« zu spielen. Daher kommt auch sein Versuch, eine »unabhängige« politisch-ideologische Plattform auszuarbeiten.

Es gab auch objektive Gründe. Der Einfluß, den die Vertreter der menschewistischen Fraktion innerhalb der SDAPR auf Trotzki und auf die Tätigkeit des Sowjets insgesamt hatten, wirkte sich negativ aus. Sie versuchten die Rolle des Sowjets auf die Leitung des rein ökonomischen Klassenkampfes der Arbeiter zu beschränken und von der Lösung einer Reihe anderer Aufgaben, in erster Linie von der Bewaffnung des Proletariats, der Arbeit unter den Streitkräften, die unter den Bedingungen der Revolution hochaktuell war, abzulenken.

Nach der Niederlage der Revolution von 1905–1907 führte Trotzki – er-

neut in der Emigration – den Kampf für die grundlegende Umgestaltung der SDAPR nach den in den reformistischen Parteien Europas herrschenden Prinzipien. Dies war ein offener »Krieg« gegen Lenin und den Bolschewismus.

Als Gegengewicht zu den Beschlüssen der Prager Konferenz (1912) – nämlich eine Gruppe von Opportunisten auszuschließen, die dafür eintraten, die revolutionäre Partei zu liquidieren und statt dessen eine legale reformistische Vereinigung zu gründen (deshalb wurden sie Liquidatoren genannt) – bildete Trotzki den auf die Liquidatoren gestützten »Augustblock«.

Nach Beginn des ersten Weltkrieges gab Trotzki zusammen mit dem Menschewiken Martow in Paris die Zeitung »Nasche Slowo« heraus. Anfang 1916 reiste er in die USA und wurde dort Mitglied der Redaktion der sozialdemokratischen Zeitschrift »Nowy Mir«. Nach der Februarrevolution, die zum Sturz des Zaren führte, kehrte Trotzki nach Rußland zurück.

Trotzki im Oktober

Die Rolle Trotzkis in der Oktoberrevolution wurde bis jetzt von sowjetischen Historikern, einschließlich des Verfassers dieses Artikels, überaus dürftig und einseitig, mitunter auch offen tendenziös dargestellt. Gewöhnlich wurde der Akzent auf die Abwarte-Taktik Trotzkis bis zum Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten (25.–26. Oktober [7.–8. November] 1917) gesetzt. Der Sowjet sollte seiner Meinung nach die Macht in die Hände der Bolschewiki legen. Aus dieser Tatsache wurde nun der Schluß gezogen, daß Trotzki auf diese Weise die Durchführung des bewaffneten Aufstandes im Oktober verhindern wollte.

In letzter Zeit ist es möglich geworden, eine Reihe neuer Dokumente, die damaligen Zeitungen, die Sitzungsprotokolle des ZK der SDAPR(B) und des Petersburger Revolutionären Militärkomitees zur Kenntnis zu nehmen, aber auch die Schriften Trotzkis selbst wissenschaftlich zu erschließen, die zwar nicht unumstritten sind, aber zweifellos viele bisher unbekannte Tatsachen enthalten. Es handelt sich dabei vor allem um seine zweibändige »Geschichte der russischen Revolution« (Berlin 1931 und 1933), um die Schrift »Die Stalinsche Schule der Fälschungen« (Berlin 1932), um das unvollendete Buch »Stalin«, um Artikel, die in den dreißiger Jahren im »Bulletin der Opposition« erschienen sind, und anderes. All das läßt den Schluß zu: Die Position Trotzkis im Oktober war viel komplizierter und durchaus nicht so einseitig negativ, wie man bisher sagte und schrieb.

Von den russischen Sozialdemokraten, die nach dem Sieg der Februarrevolution aus der Emigration nach Rußland zurückkehrten, war Trotzki einer der letzten. Am 5. Mai 1917 traf er in Petrograd ein.

Zu diesem Zeitpunkt war Lenin schon länger als einen Monat in der Hauptstadt und hatte Zeit gehabt, seine revolutionäre Tätigkeit wirksam zu entfalten. Beendet war die historische VII. Konferenz der SDAPR(B), die Aprilkonferenz, die den Leninschen Plan vom Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische angenommen hatte. Auch die anderen politischen Parteien hatten ihre Positionen festgelegt.

Trotzki befand sich in der Nachhut der Ereignisse. Alles, was er in der ersten Zeit tun konnte, war, sich in dem, was vorging, zurechtzufinden und die politischen Plattformen der kämpfenden Seiten gegeneinander abzuwägen und zu beurteilen. Nach und nach gewann er seine Aktivität zurück.

Trotzki gehörte bald dem Führungskern der Zwischengruppe der SDAPR an, einer Vereinigung von internationalistisch gesinnten Sozialdemokraten, die gegen die menschewistischen »Vaterlandsverteidiger« auftraten, aber noch nicht endgültig mit ihnen gebrochen hatten. Zur Zwischengruppe zählten Moissej Urizki, Anatoli Lunatscharski, Wladimir Antonow-Owsejenko sowie eine Reihe weiterer Funktionäre, die mit Trotzki in Paris 1915–1916 in der Redaktion des »Nasche Slowo« zusammengearbeitet hatten.

Die Popularität Trotzkis nahm schnell zu. Dies ist unseres Erachtens auf eine Reihe objektiver, vor allem aber subjektiver Faktoren zurückzuführen. Erstens der Zustrom der kleinbürgerlichen Kräfte mit ihrem zur Schau gestellten revolutionären Charakter, für die der Schein mehr zählt als das Sein, mit ihrem Führerkult und dem Durst nach schnellen Erfolgen. Allen diesen Kriterien wurde der Trotzkismus vollauf gerecht. In dieser politischen Strömung kamen Teile der städtischen kleinbürgerlichen Intelligenz, zurückgebliebene Arbeiter, Lumpenproletarier zu Wort, denen zu Zeiten des revolutionären Aufschwungs »überrevolutionäre« Gesinnung, bei einer drohenden Niederlage aber Panikmacherei eigen ist und die nicht selten auf die Seite der Reaktion überwechseln. Vor der Oktoberrevolution demonstrierte Trotzki anschaulich, daß eine solche Einschätzung des Trotzkismus gerechtfertigt ist. Im Mai 1917 notierte Lenin: »Schwankungen des Kleinbürgertums: Trotzki ...«[18]

Zweitens waren diejenigen, die von der negativen Rolle Trotzkis in der Zeit der Reaktion nach der ersten russischen Revolution wußten – sowohl Bolschewiki als auch Menschewiki –, gerade erst aus dem Ausland, der

Verbannung, den Gefängnissen zurückgekehrt. Die junge Generation der Revolutionäre, erst recht die parteilosen Massen, wußten faktisch nichts vom Kampf Trotzkis gegen Lenin und gegen die bolschewistische Partei in dem angegebenen Zeitraum. Dagegen war Trotzki selbst vielen als Führer des Petersburger Sowjets im Jahre 1905 in guter Erinnerung.

Drittens, so verwunderlich es auch klingen mag, trug jene Tatsache nicht wenig zum Anwachsen der Popularität Trotzkis bei, daß er bei seiner Rückkehr aus den USA nach Rußland von den englischen Behörden verhaftet und in dem kleinen kanadischen Ort Halifax interniert worden war. In den Zeitungen gab es immer wieder Veröffentlichungen über Trotzkis Gefangenschaft bei den englischen Imperialisten. Dies brachte ihm den Ruf des unerschütterlichen Kämpfers gegen die verhaßte Entente ein.

Und schließlich viertens: Petrograd brodelte. Meetings, Reden, Demonstrationen, rote Fahnen, revolutionäre Aufrufe – eine Umgebung, in der sich Trotzki mit seinen Anlagen als Tribun und Redner wie ein Fisch im Wasser fühlte. Mit seinen Reden verwirrte er nicht nur einfache Arbeiter, Soldaten und Matrosen, sondern auch gewiefte Politiker.

Trotzki war ohne Zweifel einer der talentiertesten Redner der Sozialdemokratie. Jedoch war seine Redekunst eine besondere. Sie unterschied sich wesentlich davon, wie zum Beispiel Lenin als Redner wirkte. Iljitsch gewann seine Zuhörer mit der Kraft des Gedankens, der Beweiskraft seiner Argumente, der unanfechtbaren Logik der von ihm angeführten Tatsachen und Schlußfolgerungen. Äußere Effekte waren ihm fremd.

Bei Trotzki hingegen herrschten Pose und Gestik vor. So beschreibt der damals in Rußland tätige amerikanische Korrespondent Marcusson seine Auftritte: »Das Erscheinen Trotzkis glich dem, was Schauspieler einen gelungenen Auftritt nennen würden. Nach einer Pause und genau im richtigen Moment trat Trotzki hinter den Kulissen hervor und begab sich schnellen Schrittes zu einer kleinen Tribüne, wie sie für die Redner auf allen Versammlungen in Rußland bereitgestellt werden. Bereits vor seinem Erscheinen geht ein erwartungsvolles Raunen durch das Publikum. Man flüstert einander zu: Trotzki kommt! Er war ein Energiebündel, fast grob in seiner Leidenschaft – ein menschlicher Dynamo mit unwahrscheinlich hoher Leistungskraft. Er überschüttete seine Zuhörerschaft mit einer Kaskade von Worten; etwas ähnliches hatte ich nie zuvor gehört. In seinen Reden überwogen Eitelkeit und Frechheit.« Und John Reed schreibt: »Und dann stand Trotzki auf der Tribüne, selbstsicher, faszinierend, das ihm eigene sarkastische Lächeln um den Mund. Er sprach mit weithin schallender Stimme, die Masse zu sich emporreißend.«[19]

Im Mai beschränkte sich Trotzki nicht darauf, an Meetings und Demonstrationen teilzunehmen. Als einer der Führer der Zwischengruppe versuchte er, Kontakte zu anderen linksgerichteten Organisationen und Parteien herzustellen. So suchte er mehrere Male die Redaktion der »Nowaja Shisn« (Nikolai Suchanow, Maxim Gorki) auf und arbeitete dort auch mit. Ebenso weilte Trotzki in der Redaktion der »Prawda«, traf mit Lenin, Sinowjew und Kamenew zusammen. Ein richtiges Gespräch kam allerdings nicht zustande, sie hatten Schwierigkeiten, miteinander umzugehen.

Die Zurückhaltung Lenins war zum gegebenen Zeitpunkt völlig verständlich. So notierte er auf der Petrograder Stadtkonferenz der Zwischengruppe, was Trotzki gesagt hatte: »Ich kann mich nicht Bolschewik nennen ... Die Anerkennung des Bolschewismus kann man von uns nicht verlangen.«[20]

Das Anwachsen der revolutionären Stimmung korrigierte das Verhältnis der Mitglieder der Zwischengruppe zu den Bolschewiki. Die Massen gingen immer weiter nach links und mit ihnen auch Trotzki. »In den ersten vier Monaten hatten alle Massenprozesse nur die eine Richtung gehabt: nach links«, schrieb Trotzki. »Der Bolschewismus wuchs, erstarkte, wurde kühner.«[21]

Besondere Aktivität entwickelte Trotzki in den Julitagen. Gemeinsam mit Lenin, Sinowjew, Kamenew, Swerdlow und anderen Führern der SDAPR(B) versuchte er mit allen Mitteln, die Soldaten und Arbeiter von unbedachten Handlungen abzuhalten – insbesondere von der Antikriegsdemonstration am 4. Juli, die sich faktisch den Sturz der Provisorischen Regierung zum Ziel gesetzt hatte. Trotzki trat entschieden gegen die in der nichtbolschewistischen Presse angestimmte Hetze gegen Lenin als »deutschen Spion« auf.

Nach Aussage von Trotzki traf er am 5. Juli mit Lenin zusammen und sprach mit ihm darüber, wie die Arbeit weitergehen solle, wenn man sich in die Illegalität zurückziehen müsse. Ein solches Treffen ist in der »Biographischen Chronik« Lenins jedoch nicht erwähnt. Es gibt in diesem Band aber eine Information darüber, daß Lenin am Abend des 4. Juli im Taurischen Palast an einer gemeinsamen Sitzung des Zentralkomitees und des Petrograder Komitees der SDAPR(B), der Militärorganisation beim ZK der Partei sowie des Komitees der Zwischengruppe, dem Trotzki angehörte, teilnahm.[22] Es ist also nicht ausgeschlossen, daß Trotzki dies Treffen mit Lenin meint, das schon einen Tag eher stattfand.

In seinem Buch »Mein Leben« erinnert sich Trotzki an Lenin: »Seine Beziehung zu mir während des Jahres 1917 machte einige Stadien durch. Lenin empfing mich (im Mai – d. Verf.) zurückhaltend und abwartend. Die

Julitage brachten uns plötzlich einander näher.«[23] Das stimmt mit Lenins Meinung über Trotzki überein. In den Thesen zum Referat auf der Konferenz der Petersburger Organisation am 8. Oktober lesen wir in der Bemerkung zur These »Über die Kandidatenliste zur Konstituierenden Versammlung«: »Selbstverständlich hätte niemand etwas dagegen einzuwenden, wenn aus den Reihen der Mitglieder der Zwischengruppe, die in der proletarischen Arbeit *im Sinne* unserer Partei noch sehr wenig erprobt sind, beispielsweise eine solche Kandidatur wie die Trotzkis aufgestellt würde, denn erstens bezog Trotzki sofort nach seiner Ankunft eine internationalistische Position; zweitens kämpfte er in der Zwischengruppe für die Verschmelzung; drittens stand er in den schweren Julitagen auf der Höhe der Aufgaben und erwies sich als ergebener Anhänger der Partei des revolutionären Proletariats.«[24]

Im August 1917 traten auf dem VI. Parteitag der SDAPR(B) 4000 Mitglieder der Zwischengruppe in die Partei ein, darunter auch Trotzki. Davon wurden er und Urizki in das Zentralkomitee gewählt, obwohl er nicht am Parteitag teilnehmen konnte, da er im Juli verhaftet worden war. Von 134 Delegierten stimmten 131 für ihn – nur drei weniger als für Lenin. Schon allein das zeugt von der gewachsenen Autorität Trotzkis in der Partei, vor allem in der Parteiführung. Was die Parteibasis angeht, so war sein Name zu dieser Zeit noch kaum jemandem bekannt.

Vorsitzender des Petrograder Sowjets

Ab Ende August 1917 beginnt sich die politische Situation im Land erneut grundlegend zu wandeln. Die Niederlage des Kornilow-Putsches, zu der bolschewistische Agitatoren in den auf Petrograd marschierenden Streitkräften entscheidend beitrugen, festigte einerseits den Glauben der revolutionären Massen an ihre Kraft, andererseits führte sie zu einem weiteren Anwachsen der Autorität der SDAPR(B). Ein weiteres Mal erhebt sich der revolutionäre Sturm. »Wir konnten der Flut kaum folgen«, vermerkt Trotzki.

Am 2. September sah sich die Provisorische Regierung gezwungen, die im Juli verhafteten Sozialdemokraten – Trotzki, Kamenew, Lunatscharski, Kollontai und andere – aus den »Kresty« freizulassen. Im »Rabotschi Put« (so nannte sich die »Prawda« nach der Zerstörung ihrer Redaktion im Juli) vom 3. September erschien die Notiz: »Gestern wurde L. Trotzki gegen eine Kaution von 3 000 Rubel freigelassen.«

Am 21. September hielt Trotzki im Auftrag des Zentralkomitees der SDAPR(B) eine Rede zur Lage auf einer Versammlung der Bolschewiki, die an der am 14. September eröffneten Demokratischen Beratung teilnah-

men. Darin äußerte er den Vorschlag, das von der Beratung gebildete Vorparlament zu boykottieren. Die Abstimmungsergebnisse fielen jedoch zuungunsten Trotzkis aus. Für eine Beteiligung am Vorparlament sprachen sich 77 Teilnehmer aus, dagegen – 50. Lenin nannte diese ohne ihn getroffene Entscheidung einen eindeutigen Fehler. Er hieß Trotzkis Vorschlag gut und unterstützte ihn: »Trotzki ist für den Boykott eingetreten. Bravo, Genosse Trotzki!«[25]

Am 25. September (8. Oktober) wurden Neuwahlen des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets durchgeführt. Auf Vorschlag der Fraktion der Bolschewiki wurde Trotzki zum Vorsitzenden des Sowjets gewählt. Sein Name wurde in die Liste der 40 Kandidaten der SDAPR(B) für die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung eingetragen. In dieser Liste stand der Name Trotzki gleich hinter Lenin und Sinowjew, vor Kamenew, Kollontai, Lunatscharski, Bucharin, Pjatakow und Stalin.

Es steht außer Zweifel, daß Trotzki seinen Beitrag zur Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstands im Oktober leistete. Zwar ist dieser Beitrag nicht so bedeutend, wie dies zum Beispiel Nikolai Suchanow, ein mit Trotzki offen sympathisierender Menschewik, in seinen »Aufzeichnungen über die Revolution« schildert: »Er war die zentrale Figur dieser Tage und der Hauptheld dieser bemerkenswerten Seite in der Geschichte.«

Ebenso übertrieben erscheint die Einschätzung seines Beitrages, die Stalin in seinem in der »Prawda« vom 6. November 1918 veröffentlichten Artikel »Der Umsturz im Oktober« gab. Trotzki wird darin als faktisch alleiniger Organisator und Führer des Aufstandes dargestellt, Podwoiski und Antonow-Owsejenko erscheinen lediglich als Vollstrecker seines Willens. Übrigens sah der Beitrag Trotzkis in Stalins Rede »Trotzkismus oder Leninismus« im Jahre 1924 schon weit bescheidener aus. In der Folgezeit zog es Stalin vor, überhaupt nicht mehr davon zu reden, der Artikel aus der »Prawda« wurde nicht in seine Werke aufgenommen. im »Kurzen Lehrgang« der Geschichte der KPdSU(B) (1938) wurde die Rolle Trotzkis in den Oktoberereignissen ausschließlich im negativen Sinne erwähnt, in der gleichen Art wie die »Streikbrecher«-Positionen von Sinowjew und Kamenew.

Der Tätigkeit Trotzkis im Oktober ist faktisch der gesamte zweite Band seines Werkes »Geschichte der russischen Revolution« gewidmet. Nach unserer Ansicht ist es Trotzki hier gelungen, sehr plastisch die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für das Heranreifen der Oktoberrevolution aufzuzeigen, die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und militärischen Komponenten der Situation darzustellen, die zum Aufstand führte.

Natürlich gibt es auch Fehleinschätzungen und offensichtliche, dem ungebildeten Leser jedoch nicht bemerkbare Übertreibungen bei der Darstellung der Ereignisse und der handelnden Personen. Vor allem gilt dies für die Person Trotzkis selbst. Es entsteht der Eindruck, die Oktoberrevolution hätte nicht stattfinden können, wenn er nicht gewesen wäre.

Im übrigen verhehlte Trotzki seine Ansprüche als »zweiter Führer« des Oktobers nicht. Er sprach in der Öffentlichkeit davon, schrieb darüber – so in »Die Lehren des Oktober« (1924), »Über Lenin« (1925), »Mein Leben« (1930). In Trotzkis Tagebuchaufzeichnungen vom 25. März 1935 findet sich folgende Notiz: »Wären aber sowohl Lenin als auch ich von Petersburg abwesend gewesen, so hätte es keine Oktoberrevolution gegeben: Die Führung der bolschewistischen Partei hätte ihren Ausbruch verhindert.«[26]

Wie verhielt es sich nun in Wirklichkeit?

In den fünf Wochen zwischen der Demokratischen Beratung und dem bewaffneten Aufstand im Oktober tat Trotzki als Vorsitzender des Petrograder Sowjets nicht wenig, um zu verhindern, daß Menschewiki und Sozialrevolutionäre den II. Sowjetkongreß sprengen. Nach einem Beschluß des Zentralexekutivkomitees sollte dieser am 20. Oktober stattfinden, später wurde der Termin auf den 25. Oktober verlegt. Einen gewissen Beitrag leistete Trotzki zur Schaffung des Revolutionären Militärkomitees beim Petrograder Sowjet – des Organs zur Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstandes. Zum Vorsitzenden dieses Komitees wurde zunächst der linke Sozialrevolutionär Lasimir gewählt, später übernahm Podwoiski diese Funktion. Sekretär war Antonow-Owsejenko. Der durch eine Kommission unter der Leitung von Lasimir ausgearbeitete und von Trotzki durchgesehene Entwurf einer Verordnung über das Revolutionäre Militärkomitee wurde auf der Sitzung des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets vom 12. Oktober einstimmig angenommen. In dem aus 19 Punkten bestehenden Statut des Komitees wurde die Übernahme der Befehlsgewalt über die Petrograder Garnison als vordringlichste Aufgabe festgelegt.

Trotzki war aktiv im Zentralkomitee der Partei tätig. Am 10. (23.) Oktober stellte Lenin auf einer Sitzung des ZK die Frage des bewaffneten Aufstandes zur Diskussion. Die Diskussion dauerte mit kurzen Unterbrechungen fast zehn Stunden. Im Ergebnis wurde eine von Lenin vorgeschlagene Resolution zur Abstimmung gebracht, die die Schlußfolgerung enthält: »Das Zentralkomitee stellt somit fest, daß der bewaffnete Aufstand unumgänglich und völlig herangereift ist, und fordert alle Parteiorganisationen auf, sich hiervon leiten zu lassen und von diesem Gesichtspunkt aus alle praktischen Fragen zu behandeln und zu entscheiden.«[27]

An der Sitzung nahmen von 21 ZK-Mitgliedern 12 teil. Für die vorgeschlagene Resolution stimmten zehn, dagegen – zwei (Sinowjew und Kamenew). Später bemerkte Trotzki zu Recht: »Die Resolution vom 10. Oktober gewann gewaltige Bedeutung. Sie sicherte sofort den wirklichen Anhängern des Aufstandes den festen Boden des Parteirechts. In allen Organisationen der Partei, in allen Zellen rückten die entschlossensten Elemente in den Vordergrund.«[28]

Dies schrieb Trotzki im Jahre 1933. Damals jedoch, im Oktober 1917, konnten weder er noch andere Führer der SDAPR(B) klar absehen, welche Folgen die Annahme der Resolution haben würde.

An der erweiterten Tagung des ZK vom 16. Oktober, an der Vertreter anderer Leitungsorgane der Bolschewiki teilnahmen und auf der erneut die Frage des bewaffneten Aufstandes diskutiert wurde, konnte Trotzki nicht teilnehmen. Schuld daran waren nicht nur die ungünstigen Umstände, mit denen er später seine Abwesenheit erklärte: Er befand sich zu dieser Zeit in der Sitzung des Petrograder Sowjets, wo die Verordnung über das Revolutionäre Militärkomitee beschlossen wurde. Die Ursachen lagen viel tiefer.

Trotzki hatte mehrere Mitglieder des Zentralkomitees – vor allem Kamenew und Sinowjew – wegen ihrer Illusionen hinsichtlich einer Beteiligung am Parlament nicht wenig kritisiert. Allerdings scheint uns, daß Trotzki selbst sich in dieser Frage Illusionen hingab. Es geht nicht einmal darum, daß Trotzki vor dem Sturm auf den Winterpalast öffentlich erklärte, daß das Revolutionäre Militärkomitee nicht als Organ des Aufstandes, sondern lediglich zum Schutz der Revolution gebildet worden sei. Mit dieser Erklärung täuschte er nicht nur die Provisorische Regierung, sondern brachte auch eine bestimmte Position zum Ausdruck: Die Frage der Macht verband er weiterhin mit dem Sowjetkongreß.

Im Jahre 1925 schrieb Trotzki in seinem Buch »Über Lenin«: »Im Zentralkomitee bildeten sich schließlich drei Gruppierungen heraus: die Gegner einer Machtergreifung, die durch die Logik der Entwicklung gezwungen waren, auf die Parole ›Alle Macht den Sowjets‹ zu verzichten (Kamenew und Sinowjew – d. Verf.); Lenin, der die sofortige Organisierung des Aufstandes, unabhängig von den Sowjets, forderte; und die letzte Gruppe (in erster Linie Trotzki selbst – d. Verf.), die sich dafür einsetzte, den Aufstand mit dem zweiten Sowjetkongreß eng zu verknüpfen und ihn daran zeitlich anzuschließen.«[29]

Dies bedeutet natürlich nicht, daß Trotzki damit böswillige Pläne verfolgte, die darauf abzielten, den Aufstand zu verhindern, wie das im »Kurzen Lehrgang« der Geschichte der KPdSU(B) behauptet wird. Dies bedeu-

tet, daß Trotzki selbst seine Position von der Lenins abgrenzte. Nicht umsonst schrieb er in seinem Buch »Mein Leben« den Satz: »Nach einigen zufälligen und irreführenden Anzeichen schien es ihm dann (Lenin – d. Verf.), daß ich in der Frage des bewaffneten Aufstandes eine zu abwartende Linie verfolge. Diese Befürchtung fand ihren Ausdruck in einigen Briefen Lenins während des Monats Oktober.«[30] Dessenungeachtet hinderten diese unterschiedlichen Auffassungen Trotzki nicht, Lenin im Verlauf des Aufstandes und später auch bei der Bildung der ersten Sowjetregierung aktiv zu unterstützen.

Der Aufstand

Am 24. Oktober (6. November) fand eine Sitzung des Zentralkomitees der SDAPR(B) statt, an der Trotzki teilnahm. Lenin, der sich vor der Polizei verbergen mußte, sandte einen »Brief an die Mitglieder des ZK«. Darin bestand er auf einem entschlossenen Angriff und auf dem bewaffneten Aufstand in der Nacht zum 25. Oktober. »Es ist notwendig, daß alle Bezirke, alle Regimenter, alle Kräfte sofort mobilisiert werden und unverzüglich zum Revolutionären Militärkomitee, zum ZK der Bolschewiki Delegationen entsenden mit der dringenden Forderung: Auf keinen Fall darf die Macht bis zum 25. in den Händen Kerenskis und Co. belassen werden, unter keinen Umständen; die Sache ist unbedingt heute abend oder heute nacht zu entscheiden.«[31]

Am 25. Oktober um 13.00 Uhr berichtete Trotzki dem Petrograder Sowjet über die Lage in der Hauptstadt. In der Darstellung des »Rabotschi Put« heißt es: »Im Namen des Revolutionären Militärkomitees, erklärte Trotzki, gebe ich bekannt, daß die Provisorische Regierung nicht mehr besteht. (Beifall.) Einzelne Minister wurden in Haft genommen. (Bravo!) Die anderen werden in den nächsten Stunden und Tagen verhaftet. (Beifall.) Die revolutionäre Garnison, die sich in der Befehlsgewalt des Revolutionären Militärkomitees befindet, löste die Versammlung des Vorparlaments auf. (Lautstarker Beifall). Wir hielten Nachtwache und verfolgten über die Telefonleitung, wie die Abteilungen der revolutionären Soldaten und der Arbeitergarde ohne Lärm ihre Aufgaben erfüllten. Der Spießbürger schlief friedlich und ahnte nicht, daß in dieser Zeit eine Macht die andere ablöste. Die Bahnhöfe, Postämter, der Telegraf, die Petrograder Telefonagentur und die Staatsbank sind besetzt. (Lautstarker Beifall.) Der Winterpalast ist noch nicht eingenommen, sein Schicksal entscheidet sich in den nächsten Minuten. (Beifall.)«[32] Der Winterpalast wurde am 26. Oktober um 2.10 Uhr eingenommen.

Am 25. Oktober um 23.40 Uhr nahm der II. Sowjetkongreß seine Arbeit

auf. Von den Bolschewiki wurden folgende Personen für das Präsidium vorgeschlagen: Lenin, Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Rykow, Nogin, Skljanski, Krylenko, Antonow-Owsejenko, Rjasanow, Muranow, Lunatscharski, Kollontai und Stučka.

Der Kongreß verankerte die Machtübernahme durch die Bolschewiki gesetzlich, verabschiedete die Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden, bestätigte nach Trotzkis Referat die erste Sowjetregierung, den Rat der Volkskommissare, dem 15 Vertreter der SDAPR(B) angehörten.

Trotzki spielte eine entscheidende Rolle bei der Zerschlagung des Putsches von Kerenski und Krasnow. Am 1. (14.) November veröffentlichte die »Prawda« folgendes Telegramm, das Trotzki im Namen des Rates der Volkskommissare verfaßt hatte: »Dorf Pulkowo. Stab. 2.10 Uhr nachts. Die Nacht vom 30. zum 31. Oktober wird in die Geschichte eingehen. Kerenskis Versuch, konterrevolutionäre Truppen in die Hauptstadt der Revolution zu entsenden, wurde eine entschiedene Abfuhr erteilt. Kerenski weicht zurück, wir greifen an.«

Am selben Tag nahm Trotzki an einer wichtigen Sitzung des Zentralkomitees der SDAPR(B) teil, auf der der Gruppe um Kamenew und Sinowjew, die eine akute Regierungskrise heraufbeschworen hatte, eine Abfuhr erteilt wurde. Entgegen der Meinung der Mehrheit im ZK und im Rat der Volkskommissare bestand die Gruppe darauf, einen Vorschlag der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre über die Bildung einer »sozialistischen Einheitsregierung« anzunehmen. Die Bolschewiki sollten in dieser Regierung nur eine unbedeutende Rolle spielen; der Vorschlag schloß nicht aus, Lenin in seiner Funktion als Regierungsoberhaupt abzusetzen.

Trotzki trat entschieden gegen einen solchen Beschluß auf. Lenin rechnete ihm diese Position hoch an und erklärte, Trotzki habe schon längst gesagt, daß eine Vereinigung (mit den Versöhnlerparteien – d. Verf.) unmöglich sei. Trotzki habe dies verstanden, und seitdem habe es keinen besseren Bolschewik gegeben.

Dieser Satz ist in den Ausgaben der »Protokolle des ZK der SDAPR(B)« von 1929 und 1958 nicht enthalten. Er fehlt deshalb, weil Lenin Trotzki als Bolschewik bezeichnet hatte. Wir entdeckten das eingeklebte Blatt mit dem Text des Protokolls und dem genannten Satz Lenins in Trotzkis Buch »Die Stalinsche Schule der Fälschungen« – erschienen in Berlin 1932 – zwischen Seite 116 und 117.

Im November 1917 war es tatsächlich Trotzki, der die Plattform der Bolschewiki durchsetzte. Der Gerechtigkeit halber muß jedoch darauf verwiesen werden, daß Trotzki weder damals, im November 1917, noch spä-

ter in der Öffentlichkeit zugab, daß die Bolschewiki bei den Auseinandersetzungen in der Vergangenheit im Recht waren. Und auch in der Folgezeit gab es kein solches Eingeständnis. Im Gegenteil. Anfangs im stillen – während des Kampfes um die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litowsk, auch noch während der Gewerkschaftsdiskussion –, nach Lenins Tod dann in aller Öffentlichkeit erklärte Trotzki, er sei niemals auf die Positionen der Bolschewiki übergegangen, sondern die Bolschewiki hätten sich »entbolschewisiert« und seine Theorie der »permanenten Revolution« übernommen, allen voran Lenin.

Mitglied der Regierung

In der ersten Sowjetregierung hatte Trotzki das Amt des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten inne. In seiner Funktion veröffentlichte er die Geheimdokumente der ehemaligen zaristischen Diplomatie und der Provisorischen Regierung – ein zu dieser Zeit ungeheuerlicher Fakt. Er stellte Kontakte mit Vertretern der Botschaften anderer Staaten her und leitete die sowjetische Delegation bei den Friedensverhandlungen mit Deutschland in Brest-Litowsk.

Allerdings versuchte Trotzki in diesen Verhandlungen, seine eigene Konzeption »weder Krieg noch Frieden« durchzusetzen. Im Februar 1918 verweigerte er gegen den Willen Lenins die Unterzeichnung des Friedensvertrages und lieferte Deutschland den Vorwand für eine Offensive auf der gesamten Frontlinie gegen die sowjetische Republik, die zum damaligen Zeitpunkt nicht über ausreichend Kräfte verfügte, um dem Gegner entsprechend Widerstand leisten zu können. Damit brachte Trotzki das Land an den Rand einer militärischen Katastrophe. Der Vertrag wurde am 3. März unterschrieben, diesmal ohne Trotzki und zu weitaus schwereren Bedingungen.

Am 14. März wurde Trotzki zum Volkskommissar für Heereswesen ernannt, etwas später auch zum Volkskommissar der Marine. Nach der Bildung des Revolutionären Kriegsrates der Republik am 2. September 1918, zu Beginn des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention, wurde Trotzki auf Vorschlag von Jakow Swerdlow zu dessen Vorsitzendem ernannt. In allen diesen Funktionen erwies sich Trotzki als entschlossener, zielstrebiger Führer, der es verstand, die Menschen zur Lösung der schwierigsten Aufgaben zu aktivieren. So nahm er entscheidenden Anteil an der Zerschlagung des Putsches der »linken« Sozialrevolutionäre am 6. Juli 1918.

Bekannt ist die Rolle, die Trotzki bei der Formierung der Roten Armee spielte. Auf Weisung des Zentralkomitees und Lenins betrieb er die Ein-

führung solcher Prinzipien zur Bildung der Roten Armee wie »die allgemeine und obligatorische militärische Ausbildung in Schulen, Betrieben und auf dem Lande; die unverzügliche Schaffung eines Stammkaders aus den mutigsten Kämpfern; die Heranziehung von Militärfachleuten und militärischem Führungspersonal; die Einführung von Kommissaren als Hüter der höchsten Interessen der Revolution und des Sozialismus«[33].

Trotzki tat nicht wenig dafür, eine unter den Bedingungen des Bürgerkrieges derart schädliche Erscheinung wie das Partisanentum zu bekämpfen. Als Volkskommissar für Heereswesen und Marine forderte er die unbedingte Beachtung der militärischen Disziplin, der Unterordnung usw. Auch in dieser Hinsicht fand Trotzki Lenins volle Zustimmung.

In dem Buch »Mein Leben« findet sich die Reproduktion eines Formulars. In der linken oberen Ecke steht: »Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Moskau, Kreml ... Juli 1919.« Es folgt freier Raum, den Trotzki nach eigenem Gutdünken für das Formulieren eigener Befehle nutzen konnte. Unten steht der Text: »Genossen! Ich kenne den strengen Charakter der Verfügungen des Genossen Trotzki und bin so tief überzeugt, in so vollkommenem Maße überzeugt von der Richtigkeit, Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der vom Genossen Trotzki im Interesse der Sache erteilten Verfügung, daß ich die erteilte Verfügung voll und ganz unterstütze. *W. Uljanow-Lenin*«. Wie Trotzki berichtet, fügte Lenin, als er ihm den Bogen gab, hinzu: »Ich bin bereit, Ihnen so viele dieser Blankovollmachten zu geben, wie Sie wünschen.«[34]

Es gab jedoch auch anderes – extremes Administrieren, Pochen auf die Autorität der Macht, Repressalien gegenüber Kommandeuren und Soldaten. Das geringste Vergehen seiner Untergebenen beantwortete Trotzki mit der Forderung nach Erschießen. »Erschießen war ein grausames Mittel zur Abwendung von Schlimmerem«[35], sagte Trotzki direkt.

Innerhalb der Roten Armee entwickelten Trotzki und die ihm nahestehenden Funktionäre einen eigenen Personenkult. Wahrscheinlich findet man in keinem anderen zivilisierten Land etwas Vergleichbares im Kriegsreglement, wie es Trotzki 1922 ins Reglement der Roten Armee eingebracht hatte: Paragraph 41 beinhaltet seine politische Biographie, in der er als Held, als Verkörperung revolutionärer und militärischer Tapferkeit dargestellt wird. Der Paragraph endet mit den Worten: »Genosse Trotzki ist Führer und Organisator der Roten Armee. An der Spitze der Roten Armee stehend, führt Genosse Trotzki sie zum Sieg über alle Feinde der Sowjetrepublik.«

Es sind dies bekannte Formulierungen, die wir aus den dreißiger Jahren kennen und die dann einer anderen Persönlichkeit der sowjetischen Ge-

schichte zugeschrieben wurden – Stalin. Wie wir sehen, erwuchs dessen Personenkult nicht aus dem Nichts.

Schließlich darf man auch nicht an den schwerwiegenden Fehlkalkulationen Trotzkis bei der Bestimmung der Strategie des Bürgerkrieges vorübergehen. Zwischen Oktober 1917 und 1922 variierte er ein und dieselbe Idee in unterschiedlichen Kombinationen: Das europäische Proletariat ist reifer für den Sozialismus als das russische, aus diesem Grund besteht – auf den Punkt gebracht – die Hauptaufgabe der Sowjetmacht weniger in der Schaffung der Voraussetzungen des Sozialismus in unserem Land als vielmehr in der Notwendigkeit, bis zum Beginn der Weltrevolution durchzuhalten. Daher rührte seine Idee vom Export der Revolution durch die Macht der Roten Armee. »Der revolutionäre Krieg«, schrieb er, sei »unbestreitbar ein Werkzeug unserer Politik«[36]. Diesen Gedanken nahm er noch mehrmals auf und verfolgte konsequent seine Umsetzung in die Praxis.

Der Gerechtigkeit halber muß man auch eine Reihe positiver Schritte in der internationalen Arena erwähnen. In erster Linie betrifft dies seine Tätigkeit in der Kommunistischen Internationale, in deren Exekutivkomitee er die KPR(B) seit Gründung der Komintern im Jahre 1919 vertrat. Zur Rolle Trotzkis in diesem Gremium steht eine spezielle Untersuchung noch aus, doch läßt sich schon heute mit Gewißheit sagen, daß sie bedeutend war, vor allem auf den ersten vier Kongressen. Außer der KPR(B) vertrat Trotzki in der Komintern auch die Französische Kommunistische Partei, mit deren Gründung und Tätigkeit in den ersten Jahren ihres Bestehens Trotzki unmittelbar verbunden war.

1920 wurde Trotzki, unter Beibehaltung seiner anderen Funktionen, auf kurze Zeit zusätzlich Volkskommissar für Verkehrswesen. Unter seiner Leitung wurden ein Programm zur beschleunigten Wiederherstellung des Lokomotivparks ausgearbeitet und Maßnahmen zur Normalisierung des Transports eingeleitet. Aktiv setzte sich Trotzki für die Festigung der Arbeitsdisziplin, für Ordnung in der Produktion, für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und die Förderung des Enthusiasmus der Arbeiterklasse ein. »Was ist das Gute bei Trotzki?« fragte Lenin im Januar 1921, und er meinte, seine Produktionspropaganda sei »zweifellos gut und nützlich«.[37]

Die von Trotzki ergriffenen Maßnahmen führten zur Beseitigung von Engpässen, die sich in der Volkswirtschaft des Landes gebildet hatten. Nicht umsonst charakterisierte Lenin Trotzki und Rykow auf dem VIII. Sowjetkongreß Ende 1920 als einflußreiche Genossen von größter Autorität, die in ihrem Amt einen bestimmten Arbeitsstil entwickelt hätten.[38] Lenin wandte sich mehr als einmal an Trotzki, wenn es um die Lösung von Pro-

blemen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes ging, wie das Außenhandelsmonopol, die Gründung der UdSSR, die Nationalitätenpolitik der Partei und andere Fragen. Aber ebenso wie im Bürgerkrieg wuchsen sich die Vorzüge Trotzkis als Politiker und Staatsmann nicht selten zu ernsten Mängeln aus. Sein Streben nach Verabsolutierung von administrativen Methoden, die unter den Bedingungen der Nachkriegszerstörungen und des allgemeinen Durcheinanders völlig gerechtfertigt waren, ging unmittelbar in die Konstruktion eines Modells des »militaristischen Sozialismus« über, der einen Schritt zurück bedeutete, hin zu Positionen des vormarxschen Utopismus in Gestalt des Kasernensozialismus.

Die Grundlage dieses Modells bildete die Forderung nach Militarisierung der Wirtschaft, nach Umwandlung des Landes in eine Art gigantische Kaserne, in der alles nach Befehlen von oben geschieht und in der sich die Massen in hörige Vollstrecker des Willens der Kommandeure verwandeln. Subjektivistische Willkür, das Setzen auf administrative Methoden, auf Militarisierung der Arbeit, auf Zwang und Abschreckung, die Ablehnung der Methoden der Überzeugung und materiellen Stimulierung, das »Durchrütteln« und »Anziehen der Daumenschrauben« als Mittel der Leitung der gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen – solche Methoden versuchte Trotzki der Partei aufzunötigen.

Lenin und Trotzki

Die obenerwähnten Auffassungen Trotzkis waren seine Ausgangspositionen in der Gewerkschaftsdiskussion, die er 1920 der Partei aufzwang. Lenin betrachtete Trotzkis Position inzwischen völlig anders als zu jenen Zeiten, als er einig mit der Partei war. Auch wenn Lenin in der Zeit nach der Oktoberrevolution nie den Begriff »Trotzkismus« gebrauchte, so kritisierte er doch scharf die fehlerhaften Postulate in Trotzkis Ideologie und Praxis.

Den Inhalt der Plattform Trotzkis in der Gewerkschaftsdiskussion charakterisierte Lenin als »Differenzen über die Methoden des *Herangehens* an die Massen, der Gewinnung der Massen, der *Verbindung* mit den Massen«, und als Fazit konstatierte er, seine Politik sei »letzten Endes eine Politik des bürokratischen Herumzerrens an den Gewerkschaften«.[39]

Lenin schätzte Trotzki, als dieser streng und genau die Direktiven der Partei umsetzte, als er gemeinsam mit anderen Parteiführern, gestützt auf die kollektiven Erfahrungen der Partei, auf die Parteimassen insgesamt, seine Pflichten und die ihm vom Zentralkomitee übertragenen Aufgaben erfüllte. Gleichzeitig erteilten Lenin und die KPR(B) den Versuchen Trotz-

kis, sich eine eigene Kaderbasis zu schaffen, mit deren Rückhalt er die Partei kommandieren und gegen den Kurs auf den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR auftreten wollte, eine entschiedene Abfuhr.

Lenin kannte die starken und die schwachen Seiten Trotzkis als Partei- und Staatsfunktionär und konnte somit Trotzki von vielen unüberlegten Schritten und Entscheidungen abhalten. Er versuchte Trotzkis Abweichungen von der Generallinie der Partei auf den unterschiedlichen Etappen des Kampfes für die Revolution und den Sozialismus ohne Schaden für diesen wieder ins rechte Lot zu bringen. Und das war, wie wir meinen, das Unterpfand dafür, daß Trotzki sich zu Lebzeiten Lenins gewissermaßen im Rahmen hielt.

Obwohl Lenin den Parteifunktionären ihre früheren Fehler nicht gern vorhielt, kehrte er mehrfach zur Analyse der Diskussionen mit Trotzki zurück. Die Zwiespältigkeit der politischen Haltung Trotzkis erfaßte Lenin besonders treffend im »Brief an den Parteitag«. Als er Trotzki charakterisierte, würdigte er dessen hervorragende Fähigkeiten. »Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK«, schrieb Lenin, doch er setzte gleich fort: »Aber auch ein Mensch, der ein Übermaß an Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat.«[40]

Diese Vorlieben Trotzkis – wie die versuchte Militarisierung des Landes – äußerten sich in groben Fehlern und Fehlkalkulationen in der Politik. Aus ebendiesem Grund hielt es Lenin für notwendig, die Partei an den Nichtbolschewismus Trotzkis zu erinnern, nicht ohne jedoch hinzuzufügen, daß man ihm dies nicht als persönliche Schuld anrechnen könne – ebensowenig wie Kamenew und Sinowjew die Episode im Oktober.[41]

Diese Bemerkung wertet mancher heute als Absolution Trotzkis. Uns scheint diese Frage weit komplizierter zu sein als eine einfache Schuldzuweisung nach dem Muster »schuldig oder nicht schuldig«. Daß es Lenin nicht um die Person Trotzkis ging, steht außer Zweifel. In den nichtbolschewistischen Positionen Trotzkis sah er nicht den einzelnen Führer der Partei, sondern eine ganze soziale Schicht, bestimmte Stimmungen in der Partei, deren Sprachrohr Trotzki war. Sinowjew bemerkte völlig zu Recht: »Gen. Trotzki schafft sich zuweilen eine politische Plattform, auf der nur ein Einzelner stehen kann, nämlich Gen. Trotzki, da auf dieser ›Plattform‹ selbst für Gleichgesinnte kein Platz mehr ist.« Und weiter: »Es wäre jedoch falsch, in der Position von Gen. Trotzki nur das Individuelle zu sehen. Er reflektiert zweifellos etwas Umfassenderes aus unseren Gegebenheiten.«[42]

Lenin war fest überzeugt, daß Fraktionsbildung keine vorprogram-

mierte Erscheinung in der Geschichte der Partei ist. Das heißt nicht, daß er die Möglichkeit des Auftretens und Bestehens grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten – besonders zu Zeiten jäher Wendungen in der Geschichte – von vornherein ausschloß. Aber Lenin ging stets von der Notwendigkeit aus, erstens, diese Meinungsverschiedenheiten rechtzeitig zu fixieren und zweitens, gemeinsam Wege zu deren Beseitigung auf prinzipieller Grundlage zu suchen, also auf dem Boden des Parteistatuts und des Parteiprogramms. Und erst nachdem alle derartigen Möglichkeiten ausgeschöpft waren, erst nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß die andere Seite starrsinnig auf ihrer falschen Position beharrte, erst dann sprach sich Lenin für organisatorische Maßnahmen gegenüber solchen Parteimitgliedern aus.

Darin besteht der prinzipielle Unterschied zwischen der Fragestellung bei Lenin und bei Stalin, denn letzterer betrachtete die innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten als Bestandteil der Entwicklung der Partei, als eine Gesetzmäßigkeit ihrer Entwicklung. Deshalb wurden Meinungsverschiedenheiten, falls sie ausblieben, erfunden oder über Gebühr aufgebauscht, wie wir das aus den dreißiger Jahren kennen.

Und noch ein weiterer Aspekt. Bedeutet Lenins Hinweis auf den Nichtbolschewismus Trotzkis, daß Trotzki überhaupt keine Beziehung zum Marxismus hatte, sollten die Autoren des »Kurzen Lehrgangs« recht behalten mit ihrer Theorie des »bösen Vorsatzes«: Trotzki trat in die Partei mit einem einzigen Ziel ein, die Partei zu spalten? Wenn dem so wäre, so hätte es nie eine Annäherung zwischen Trotzki und den Bolschewiki nach seiner Rückkehr nach Rußland im Jahre 1917 gegeben, so wäre er nie in die Partei eingetreten und hätte nicht mit Lenin und den anderen Führern der Partei und des Sowjetstaates zusammengearbeitet.

Tatsächlich brachte Trotzki in der Partei die Stimmung jener Mitglieder zum Ausdruck, die sich auf dogmatisch interpretierte Traditionen des klassischen Marxismus des 19. Jahrhunderts zu stützen versuchten. Sie irrten in der Bewertung der qualitativen Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene, in erster Linie in Sowjetrußland. In Worten erkannten sie den Leninismus an, vielleicht sogar lautstärker als die anderen, in der Praxis jedoch unterschätzten sie ihn als eine neue Etappe in der Entwicklung des Marxismus im 20. Jahrhundert. Besonders charakteristisch war das für die Zeit nach dem Bürgerkrieg, als immer offensichtlicher wurde, daß es dem Kapitalismus gelungen war, seine Stabilität wiederherzustellen, daß proletarische Revolutionen in anderen Ländern für die nächste Zeit nicht in

Sicht waren, daß es keinen Ausweg gab, als den Aufbau der neuen Gesellschaft in kapitalistischer Umkreisung zu beginnen.

Unerläßlich wurde eine grundsätzliche Überprüfung der bisherigen Strategie und Taktik. Auf internationaler Ebene fand dies seinen Ausdruck in der endgültigen Festschreibung des Prinzips der friedlichen Koexistenz der UdSSR mit Staaten anderer Gesellschaftsordnung nach der Konferenz von Genua (1922). Im Inneren bedeutete das die Proklamierung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP), die eine Absage an das Sozialismusmodell des »Kriegskommunismus« mit seiner erzwungenen Einengung des Wirkungsbereichs der Ware-Geld-Beziehungen, des Marktes, mit dem direkten Produktenaustausch usw., war.

Sowohl Trotzki als auch seine Anhänger mißachteten nicht nur die Notwendigkeit tiefgreifender Änderungen in der Strategie und Taktik der Partei, sondern handelten fast schon nach dem Prinzip: Wenn die Realität nicht mehr unseren Theorien entspricht, um so schlimmer für die Realität. Dogmatismus, formale Logik statt Dialektik, mangelnde Fähigkeit, den neuen Umständen Rechnung zu tragen – all das fand seinen konzeptionellen Ausdruck in der trotzkistischen Theorie der »permanenten Revolution«.

Nach dieser Theorie wurde die Weltrevolution auch weiterhin, wie im vorigen Jahrhundert, als gleichzeitige Aktion des Proletariats aller Länder dargestellt, die bis zum endgültigen Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt dauern müsse. In seinem Buch »Die permanente Revolution« zog Trotzki das Fazit seines Suchens und schrieb: »Der Abschluß einer sozialistischen Revolution ist im nationalen Rahmen undenkbar... Die sozialistische Revolution beginnt auf nationalem Boden, entwickelt sich international und wird vollendet in der Weltarena. Folglich wird die sozialistische Revolution in einem neuen, breiteren Sinne des Wortes zu einer permanenten Revolution: Sie findet ihren Abschluß nicht vor dem endgültigen Siege der neuen Gesellschaft auf unserem ganzen Planeten.« Weiter heißt es: »Das angeführte Schema der Entwicklung der Weltrevolution beseitigt die Frage nach den Ländern, die für den Sozialismus ›reif‹ oder ›nicht reif‹ sind... Insofern der Kapitalismus einen Weltmarkt geschaffen hat, eine weltumfassende Arbeitsteilung und weltumfassende Produktivkräfte, hat er zugleich die Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit für die sozialistische Umgestaltung vorbereitet.«[43]

Gestützt auf dieses Schema der Weltrevolution, sah Trotzki weder in den Zielen noch in den Methoden des Kampfes der Werktätigen, zum Beispiel in England oder in China, einen Unterschied. Sowohl für die einen als auch für die anderen gab es ein einziges Ziel – den Sozialismus. Daher

lehnte Trotzki auch die nationale Befreiungsbewegung schroff ab: »Unter den Bedingungen des imperialistischen Zeitalters kann die national-demokratische Revolution nur dann bis zum siegreichen Ende durchgeführt werden, wenn die sozialen und politischen Verhältnisse des Landes reif dazu sind, das Proletariat des Landes als den Führer der Volksmassen an die Macht zu stellen. Und wenn dieses noch nicht der Fall ist? Dann wird der Kampf um die nationale Befreiung nur sehr geteilte, und zwar gegen die werktätigen Massen gerichtete Resultate ergeben.«[44]

In der Theorie der »permanenten Revolution« verschwindet das, was sie eigentlich für sich in Anspruch nimmt – der permanente Charakter, das heißt die Kontinuität der Revolution als Kette nacheinander ablaufender Etappen revolutionärer Veränderungen. Nach Trotzki war das Proletariat eines jeden Landes bereit und imstande, alles auf einmal zu tun: die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, die Diktatur der Werktätigen zu errichten, sozialistische Veränderungen zu vollziehen, den Sieg der Revolution in den nationalen Grenzen zu erkämpfen und sie im selben Moment über diese Grenzen hinauszutragen.

Der Gedanke der Kontinuität der Revolution wurde ersetzt durch die subjektivistische Konzeption der »kombinierten Entwicklung«, welche sowohl die sozialökonomischen und politischen Unterschiede im Entwicklungsstand der Länder als auch die verschiedenen Tempi bei der Zuspitzung der Widersprüche an unterschiedlichen Punkten des kapitalistischen Weltsystems unberücksichtigt läßt. Deshalb werden auch schwache Glieder, die die besten Voraussetzungen für die Beseitigung des Imperialismus aufweisen, faktisch außer acht gelassen. Andererseits werden die Etappen der revolutionären Veränderungen sowohl vor als auch nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in konkreten Ländern, in diesem Fall in Sowjetrußland, willkürlich miteinander vermischt.

Trotzki ließ sich von dem Prinzip »alles oder nichts« leiten. In der Praxis äußerte sich dies nicht selten in der Formel: »Alles in Worten, in Wirklichkeit nichts.« Die Theorie der »permanenten Revolution« kam der anarchistischen Auffassung der Revolution als eines voluntaristischen Aktes »revolutionär handelnder Personen« nahe.

Das Beispiel Trotzkis und des Trotzkismus zeigt, daß es nicht um irgendeinen »böswilligen Vorsatz« ging, sondern um eine falsche Wertung des Charakters und Inhalts der gegenwärtigen Epoche, der neuen Bedingungen, unter denen sich die revolutionäre Weltbewegung entwickelte und unter denen sich der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR vollzog. Daraus ergibt sich eine weitere historische Lehre: Ideen, die zu ihrer Zeit richtig waren, können, wenn man sie ohne notwendige Korrekturen ent-

sprechend dem Geist dieser Ideen, in eine andere Epoche, in andere konkret-historische Rahmenbedingungen überträgt, einen dem ursprünglichen Inhalt genau entgegengesetzten Sinn erhalten.

In der Opposition

Eine solche Korrektur nahmen leider weder Trotzki noch seine Anhänger vor. Davon zeugte die Tätigkeit der Mitte der zwanziger Jahre gebildeten »vereinigten linken Opposition«, der Trotzki, Sinowjew und Kamenew angehörten. Die Plattform dieser Opposition bestand in einer modifizierten Variante des Trotzkischen »militaristischen Sozialismus«, bei der erneut von vornherein unerfüllbare Aufgaben auf die Tagesordnung gesetzt wurden, der Hauptakzent wieder darauf gelegt wurde, der Geschichte »die Sporen zu geben« und dabei dieselben administrativen Methoden des Drucks auf die werktätigen Massen anzuwenden.

Der Angriff der »vereinigten linken Opposition« lief im wesentlichen darauf hinaus, die Mehrheit des ZK der KPdSU(B) anzuklagen, daß sie eine Politik betreibe, die zum Zurückbleiben der Entwicklung der Industrie hinter dem Wachstum der Volkswirtschaft insgesamt führe. Am offensten sprach Trotzki dies auf dem April-Plenum im Jahre 1926 aus. Trotzki stimmte gegen die Resolution des Politbüros zum Referat des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, Alexej Rykow, »Über die wirtschaftliche Lage und die Wirtschaftspolitik«, und erklärte die darin vorgeschlagenen Wachstumstempi der Industrie als unzureichend für die Überwindung der entstandenen Disproportionen. Die Lösung dieses Problems machte Trotzki getreu seiner Theorie der »permanenten Revolution« einzig und allein von der internationalen Lage und der Entwicklung der Weltrevolution abhängig. Das Land, sagte er, habe seine Entwicklungsmöglichkeiten auf der Basis der veralteten Technik erschöpft. Es brauche neue Technik. »Eben darum wird sich unsere Abhängigkeit von kapitalistischer Technik in den nächsten Jahren erhöhen und nicht vermindern.«[45] Weil dem so sei, müßten die Partei und der Sowjetstaat wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Industrialisierung zu beschleunigen. Welche Ressourcen stehen uns dafür zur Verfügung? fragte Trotzki. Und er antwortete: »Wir befinden uns im Stadium der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation, und das erfordert die höchstmögliche Anspannung aller Kräfte und Mittel für die Industrialisierung. Wie die junge Bourgeoisie in der Periode der ursprünglichen Akkumulation ihre letzten Kräfte hergab, so müssen auch wir handeln.«[46]

Die Partei und die »linke« Opposition verstanden das Problem der Wachstumstempi, der Industrialisierung überhaupt, auf verschiedene

Weise. Dies resultiert daraus, daß beide Seiten von unterschiedlichen Positionen aus die Lösung des Grundwiderspruchs in den Diskussionen der Jahre 1926/1927 in Angriff nahmen. Konkret betrifft das die Frage der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem einzelnen Land. »Warum wird die theoretische Anerkennung der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land gefordert?« fragte Trotzki im Herbst 1926 auf der XV. Parteikonferenz. »Wo kommt diese Perspektive her? Warum hat bis 1925 niemand diese Frage gestellt?«[47]

Die These von der Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR nahm in der »Erklärung der 13« und in der »Plattform der 83« auf dem Juni-Plenum des ZK (1926) eine zentrale Stellung ein. Auf diesem Plenum vollzog sich die organisatorische Konsolidierung der »vereinigten linken Opposition«. Mit dem Kurs auf den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR brachte die Opposition die Quellen aller Mängel in der Entwicklung des Landes in Verbindung. »Eine fehlerhafte Politik«, hieß es in der »Plattform der 83«, »beschleunigt das Wachsen von Kräften, die der Diktatur des Proletariats feindlich gesinnt sind: des Kulaken, des NÖP-Manns und des Bürokraten.«[48]

Während die Partei unter einem hohen Industrialisierungstempo ein solches Maximaltempo verstand, das das unverbrüchliche Bündnis des Proletariats mit der Hauptmasse der Bauernschaft gewährleistete, die Industrialisierung des Landes nicht von der landwirtschaftlichen Basis loslöste und eine raschere Entwicklung der Schwerindustrie sicherte, die die zurückbleibenden Zweige der Leichtindustrie nach sich ziehen würde, gab die Opposition einer Politik den Vorzug, die die Bezeichnung »Überindustrialisierung« erhielt. Bestandteile dieser Politik waren: die Erhöhung der Steuern für die Mittelbauern (in der Darstellung der Opposition klang dies wie eine Steuersenkung für die armen Bauern um 50 Prozent); die Erhöhung der Preise für Waren des täglichen Bedarfs; die Abschöpfung von Umlaufmitteln aus den Genossenschaften.

Die Politik des Steuerdrucks auf den Mittelbauern und hoher Preise für Industriewaren hätte nicht nur das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern belastet, sondern außerdem zusätzliche Schwierigkeiten für die Arbeiterklasse mit sich gebracht. Die Erhöhung der Preise für Industriewaren hätte automatisch ein Anwachsen der Preise für landwirtschaftliche Produkte und eine sinkende Kaufkraft des Rubels zur Folge gehabt. Schließlich hätte die Abschöpfung eines wesentlichen Teils der Umlaufmittel der Genossenschaften zu einer Festigung der Positionen des privaten Handelskapitals geführt. Folglich traf die Mehrheit des ZK bei der »vereinigten linken Opposition« auf das, was schon immer den Trotz-

kismus gekennzeichnet hatte: auf die Propagierung linksradikaler Ideen, deren Realisierung zu Ergebnissen führen würde, die den verkündeten Zielen genau entgegengesetzt wären – zur Kapitulation vor kapitalistischen Elementen.

Diese Doppelnatur der politisch-ideologischen Plattform der Opposition blieb einer Reihe von Teilnehmern der XV. Parteikonferenz nicht verborgen. So bemerkte zum Beispiel der in der Vergangenheit zur Schule des »linken Kommunismus« gehörende N. Ossinski: »Mich berührt die Vermischung zweier Fragestellungen durch unsere Opposition mehr als unangenehm: linksradikale konkrete Losungen und andererseits Abweichen von der direkten Orientierung auf den Sozialismus in der allgemeinen Fragestellung.«[49]

Selbstredend galt es, unverzüglich Maßnahmen gegen Trotzki und seine Anhänger einzuleiten. »Unter diesen Bedingungen mußte dem Trotzkismus vor dem ganzen Volk der Nimbus genommen, mußte sein antisozialistisches Wesen entlarvt werden«, sagte Michail Gorbatschow in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution.[50]

Dazu gab es mehrfach innerparteiliche Diskussionen. Kurz vor dem XV. Parteitag (1927) veröffentlichte die »Prawda« im »Diskussionsblatt« die Thesen des Zentralkomitees zu den grundlegenden zur Diskussion stehenden Fragen und die Gegenthesen der Opposition. Im Verlaufe der Beratungen dieser Dokumente stimmten 726 006 Kommunisten für die Thesen des ZK, für die Gegenthesen der Opposition – 4 120. 2 676 Mitglieder enthielten sich der Stimme.

Im Januar 1925 entband das Plenum des ZK der KPdSU(B) Trotzki von der Funktion des Vorsitzenden des Revolutionären Kriegsrates der Republik und bestimmte Michail Frunse zu seinem Nachfolger. Auf dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B) im Oktober 1926 schlug Sergej Kirow im Namen der Leningrader Parteiorganisation vor, Trotzki aus dem Politbüro auszuschließen. Im Oktober 1927, auf dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK, wurde Trotzki aus dem Zentralkomitee der KPdSU(B) und am 14. November wegen der Organisation einer Demonstration der Anhänger der Opposition anläßlich des 10. Jahrestages der Oktoberrevolution aus der Partei ausgeschlossen.

Die Niederlage des Trotzkismus innerhalb der KPdSU(B) zeigte sich nicht nur im Ausschluß Trotzkis und seiner Anhänger. Für die Partei und die Arbeiterklasse war dies eine Schule der ideologischen Stählung. Der Kurs auf den Aufbau des Sozialismus wurde von den werktätigen Massen unterstützt und anerkannt.

Es gab jedoch noch eine andere Seite der Medaille, die es erlaubt, von

einer weiteren Lehre des Kampfes gegen den Trotzkismus in der KPdSU(B) zu sprechen. Seinerzeit hatte Lenin, als er die Lehren aus der Überwindung der »Arbeiteropposition« in der Partei zog, nachdrücklich darauf hingewiesen, daß in ihrer Plattform »das Gesunde vom Ungesunden« zu scheiden sei, das heißt, es galt, jene positiven Elemente maximal zu beachten, die in der Kritik ihrer Führer an der Tätigkeit der Mehrheit des ZK der KPR(B) enthalten waren und der Gesundung der Lage sowie der Verbesserung der politischen Massenarbeit dienlich sein könnten.[51] In bezug auf die trotzkistische Opposition gab es das nicht.

Hier wirkte sich der heftige Machtkampf um die Führung in der Partei aus. Insbesondere betraf dies die Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki. Nicht ohne Grund wies Lenin in seinem »Brief an den Parteitag« darauf hin, daß von diesen Beziehungen nicht nur die Stabilität des Zentralkomitees, sondern der ganzen Partei abhinge. Aber weder Stalin noch Trotzki vermochten ihre Ambitionen auf die Führung in der Partei zu zügeln und ihre gegenseitige Abneigung zu überwinden. Daher rührte die Abneigung und zeitweise auch die Unfähigkeit, nach für beide Seiten annehmbaren Lösungen zu suchen, sowie das Bemühen, nicht mit der Kraft von Argumenten und Fakten, sondern getreu der Devise »Wer schreit am lautesten« zu beweisen, daß man recht habe. So kamen Nervosität, Schärfe und andere der bolschewistischen Parteilichkeit fremde Elemente in die Diskussion. Die Leninschen Prinzipien des innerparteilichen Lebens wurden deformiert, es kam zu Verstößen beider Seiten gegen die Resolution des X. Parteitages der KPR(B) »Über die Einheit der Partei«.

Im Kampf gegen Trotzki bildeten sich im Zentralkomitee und im Politbüro mehrere Gruppen, die ihn betreffende Entscheidungen im engen Kreis bereits vor der Beratung im kompetenten Parteigremium fällten. Das war ein Verstoß gegen das Parteistatut. So entstand 1923 bis Anfang 1925 zunächst die »Dreiergruppe« (Stalin, Sinowjew und Kamenew), später die »Siebenergruppe« (sechs Mitglieder des Politbüros: Stalin, Kamenew, Sinowjew, Rykow, Tomski und Bucharin – das heißt alle außer Trotzki – sowie der Vorsitzende der Zentralen Kontrollkommission, Kuibyschew), die das geheime Politbüro darstellte. Es gab auch Kandidaten für dieses Politbüro – Molotow, Kalinin, Rudzutaks, Dzierżyński und andere.

Die Praxis der Gruppenbildung setzte sich im Verlauf des Kampfes gegen die »vereinigte linke Opposition« fort. Im Januar 1926 sagte Trotzki auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU(B) zu der im ZK und im Politbüro entstandenen Atmosphäre: »Ich bin der festen Überzeugung, daß in neun von zehn Fällen – wenn Beschlüsse tatsächlich kollektiv ausgearbeitet werden – die eine oder andere Bemerkung, die man ausdrük-

ken möchte, nicht den Charakter von Kampf annehmen, sondern konstruktiv sein würde; wenn die Frage jedoch im voraus durch die Mehrheit entschieden wurde, so erlangt diese Bemerkung unvermeidlich eine ganz andere Bedeutung. Es versteht sich, daß ich nicht wiederholen werde, daß ich mich keinerlei Weisungen unterordne. Doch möchte ich auf die großen Schwierigkeiten hinweisen, die es gibt, und wenn sie nicht beseitigt werden, so entsteht eine die Arbeit unmöglich machende Situation.«[52] Es ist bezeichnend, daß nicht ein Teilnehmer des Plenums Trotzki prinzipiell widersprechen konnte.

Um sich auf den Kampf gegen die vereinigte Opposition besser vorzubereiten, verstieß die Mehrheit des Zentralkomitees gegen die zu Lenins Lebzeiten eingeführte jährliche Einberufung des Parteitages. Der XV. Parteitag fand zwei Jahre nach dem XIV. statt. Nach dem Beschluß über seine Einberufung wurden die Parteiaktive in Moskau, Leningrad, Rostow und Baku unerwartet zusammengerufen. Durch sorgfältige Auswahl von Anhängern der von der Mehrheit des Zentralkomitees verfolgten Linie gelangten zahlreiche Vertreter der »vereinigten linken Opposition« gar nicht erst in die Parteiaktive.

Ähnlich handelten jedoch auch die Oppositionellen, sofern sich ihnen die Möglichkeit bot. In konspirativen Wohnungen und an anderen Orten führten sie illegale Versammlungen durch. In Moskau und Leningrad fanden geheime Versammlungen von Arbeitern, Arbeiterinnen und Studenten statt, wo zwischen 20 und 200 Menschen zusammenkamen, »um einen Vertreter der Opposition anzuhören«, erinnert sich Trotzki. »Im Laufe eines Tages besuchte ich zwei, drei, mitunter auch vier solcher Versammlungen.« Wie Trotzki weiter ausführt, nahmen allein in Moskau und Leningrad während der dem Parteitag vorausgehenden Diskussionen rund 20 000 Menschen an derartigen Versammlungen teil.[53]

Eine solche Führung der Parteidiskussion auf beiden Seiten bewirkte, daß ihre Teilnehmer »taub« blieben. Jede Seite wollte jeweils nur »die Eigenen« anhören und verstehen. Einwände und Argumente der anderen Seite wurden einfach abgelehnt, ohne sie ernsthaft in Betracht zu ziehen. Nachfolgend ein Beispiel einer Sitzung des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU(B) im August 1927, das auf die Atmosphäre schließen läßt, in der strittige Probleme diskutiert wurden, und zwar nicht nur auf diesem Plenum, sondern während der gesamten Etappe des innerparteilichen Kampfes. Die Teilnehmer holten weit aus, scheuten sich nicht, Parallelen aus der Geschichte anzuführen, kehrten nicht selten auf bereits zu Lebzeiten Lenins geklärte Probleme zurück. So kritisierte zum Beispiel Kamenew die Schärfe der Anschuldigungen seitens der Mehrheit des Zentralko-

mitees an die Adresse der »vereinigten linken Opposition«. Er verwies auf den gemäßigten Umgang mit der Opposition zu Lenins Zeiten, so mit der »Militäropposition«. Ihre Anhänger hatte Lenin nicht als Kapitulanten bezeichnet, obwohl er einen entschlossenen Kampf gegen sie führte.[54]

Noch ein Beispiel: Auf dem Plenum hielt Woroschilow eine Rede. Er berichtete von der Tätigkeit der Parteizellen in der Roten Armee. Dabei opponierte er gegen die Aussage Kamenews hinsichtlich der »Militäropposition«, deren Anhänger er auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) gewesen war, und beschuldigte Trotzki der übermäßigen Neigung zu Repressalien gegen Kommandeure und Soldaten, unter anderem habe er auch Parteimitglieder erschießen lassen. Trotzki konnte sich nicht zurückhalten, er unterbrach Woroschilow und schrie: »Sie lügen doch in vollem Bewußtsein wie eine gewissenlose Kanaille, wenn Sie behaupten, ich hätte Kommunisten erschossen.« Woroschilow: »Sie sind selber eine Kanaille und ein erklärter Parteifeind...« Stimme: »Ruft sie zur Ordnung. Sie beschimpfen sich als Kanaillen.« Andere Stimme: »Was gibt es hier für Kanaillen?« Woroschilow: »Na gut, zum Teufel mit ihm.« Trotzki: »Was denn, soll ich also schweigen, wenn man mich beschuldigt, ich hätte Kommunisten erschießen lassen?« Podwoiski: »Sie haben Kommunisten erschießen lassen. Ich kann eine Liste der Erschossenen vorlegen.«[55]

Es ist ganz klar, daß es in einer solchen Atmosphäre unmöglich war, auch nur annähernd gemeinsame Beschlüsse anzunehmen. Es kam unvermeidlich dahin, daß die Opposition keinerlei Zustimmung, geschweige denn Unterstützung bei der Mehrheit des Zentralkomitees und in der Partei fand, selbst wenn sie – so in bezug auf die Führungsmethoden der Gruppe um Stalin, den zunehmenden Führerkult und die Übermächtigkeit des Bürokratismus in den Staats- und Parteiorganen – im Recht war. Die Kritik der Opposition an der Gruppe um Stalin wurde in der Regel als Bestrebung gewertet, verlorene Machtpositionen zurückzugewinnen.

Verbannung und Emigration

Am 12. Februar 1929 sandte Trotzki dem Präsidenten der Türkischen Republik eine Erklärung mit folgendem Inhalt: »Sehr geehrter Herr, am Tor von Konstantinopel habe ich die Ehre, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß ich keinesfalls aus eigener Wahl an die türkische Grenze gekommen bin und daß ich diese Grenze nur der Gewalt gehorchend überschreite.«[56] Tatsächlich befand sich Trotzki nicht auf eigenen Wunsch an den Ufern des Bosporus.

Bereits Anfang 1928 wurde Trotzki nach Alma-Ata in die Verbannung geschickt, von wo aus er seine oppositionelle Tätigkeit fortsetzte. Allein

im Zeitraum April–November 1928 erhielt er mehr als 1 000 Briefe und 700 Telegramme. Er selber schrieb seinen Anhängern 800 Briefe und 500 Telegramme.

Ehemalige Anhänger Trotzkis verließen die Opposition massenhaft – vom XIV. Parteitag der KPdSU(B) (1925) bis zum 1. Juni 1928 wechselten 4 350 Oppositionelle zur Mehrheit über, davon 3 098 nach dem XV. Parteitag. Vor diesem Hintergrund führte Trotzkis Beharrlichkeit zu Ergebnissen, die seinen Zielen entgegengesetzt waren: nicht zu einer Gesundung des innerparteilichen Lebens, sondern zu einer Verschärfung der Auseinandersetzungen in der Partei.

Im Dezember 1928 wurde ein Sonderbeauftragter der Vereinigten Staatlichen Politischen Verwaltung (OGPU) nach Alma-Ata gesandt, der Trotzki ein Ultimatum aushändigte. Es enthielt die Forderung, die Tätigkeit der »linken« Opposition einzustellen. Trotzki lehnte die Erfüllung dieser Weisung kategorisch ab. Daraufhin faßte das Kollegium der OGPU am 18. Januar 1929 den Beschluß, Trotzki des Landes zu verweisen. 1932 erkannte der Oberste Sowjet der UdSSR ihm und jenen Mitgliedern seiner Familie, die zusammen mit ihm das Land verlassen hatten, die sowjetische Staatsbürgerschaft ab. Es begann ein neuer Abschnitt im Leben Trotzkis – seine dritte politische Emigration.

Bis 1933 lebte Trotzki auf den Prinzeninseln in der Nähe von Istanbul, bis es seinen Freunden gelang, seine Einreise nach Frankreich zu erwirken. Hier richtete er sich auf längere Zeit ein. Im Sommer 1935 siedelte er nach Norwegen um, wo er sich bis Januar 1937 aufhielt. Von dort reiste er auf Einladung des Präsidenten von Mexiko, Cardenas, die ihm der Maler Diego Rivera vermittelt hatte, in die Neue Welt. Hier ließ er sich im mexikanischen Coyoacán nieder und blieb bis zu seinem letzten Lebenstag, dem 21. August 1940.

In der Emigration reduzierte sich Trotzkis Tätigkeit auf die Bildung einer Organisation, die all jene vereinen sollte, die sich »links« von den kommunistischen Parteien und der Komintern verstanden. Von Istanbul aus verschickte Trotzki in zahlreiche Länder Briefe, in denen er Gleichgesinnte dazu aufrief, den Mut nicht zu verlieren, sondern neue Formen der Arbeit ausfindig zu machen. Die Hauptaufgabe sollte die Gründung einer »internationalistischen linken Opposition« sein. »Wir gehen derart schweren Zeiten entgegen, daß uns jeder Gleichgesinnte, selbst jeder nur mögliche Gleichgesinnte teuer sein muß. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, durch unvorsichtiges Urteilen, eine unangemessene Kritik oder durch Überbewertung von Meinungsverschiedenheiten Gleichgesinnte, erst

recht Gruppen von Gleichgesinnten abzustoßen«, schrieb Trotzki in der ersten Ausgabe seines »Bulletins der Opposition«.[57]

Anfang der dreißiger Jahre verkehrte Trotzki mit Leuten, die ihren politischen und ideologischen Überzeugungen, ihrem Beruf und ihrer sozialen Herkunft und Lage nach völlig verschieden waren. Von ihnen zog er diejenigen vor, die ihm ihre Ergebenheit persönlich versicherten. Darunter waren solche, mit denen er schon während des ersten Weltkrieges gemeinsame zentristische Positionen vertreten hatte, wie die Niederländerin Henriette Roland-Holst und der französische Anarchosyndikalist Alfred Rosmer. Es waren weiter Jugendliche aus begüterten Familien, Vertreter des mittleren Bürgertums oder französische kleinbürgerliche Intellektuelle. Diese jungen Leute zog es, nachdem sie sich dem politischen Kampf angeschlossen hatten, gleichzeitig zu den »linken« Ideen und zur Kommunistischen Partei Frankreichs.

Selbst unter ihnen fand Trotzki nur wenige, die die vor der »internationalistischen Linken« stehenden Probleme vollends erfaßten. Wie später ein Trotzkistenführer in den USA schrieb, stellte Trotzki seinen neuen Anhängern »keine übermäßig schwierigen Aufgaben, sondern zog es vor, nach der Devise zu handeln: ›Nimm, was du kriegst!‹«[58] Das entsprechende russische Sprichwort klingt zwar nicht so schön, aber es trifft den Sinn um so besser: Nimm von einem räudigen Schaf wenigstens ein Büschel Wolle.

In Rundschreiben und persönlichen Gesprächen brachte Trotzki immer wieder denselben Gedanken zum Ausdruck: Es sei unverzüglich mit der Gründung trotzkistischer Parteien zu beginnen, und dort, wo es sie bereits gebe, müssen sie sich aktiver in der Arbeiterbewegung betätigen. Trotzki selbst konzentrierte seine Anstrengungen auf die Gründung einer »linken Opposition« in Frankreich.

Sein Interesse an diesem Land war kein Zufall. »Die Schwierigkeiten und Probleme, mit denen sich Trotzki bei der Bildung einer linken Opposition konfrontiert sah«, schreibt der französische Trotzki-Forscher J.-J. Marie, »waren die gleichen, auf die er bei der Bildung einer internationalen linken Opposition insgesamt stieß.«[59] Das Interesse Trotzkis an Frankreich war dadurch bedingt, daß das französische Kleinbürgertum über besonders starke Positionen verfügte. Hinzu kommt, daß es Trotzki noch vor der Oktoberrevolution gelungen war, linksradikale Funktionäre der französischen Arbeiterbewegung, mit denen er 1915/1916 bei der Herausgabe der Zeitung »Nasche Slowo« eng zusammengearbeitet hatte, auf seine Seite zu ziehen. Diese Kontakte ließ Trotzki nie abreißen und nahm später, während seiner Tätigkeit in der Komintern, an der Ausarbeitung der

die Französische Kommunistische Partei betreffenden Dokumente unmittelbar teil.

Den Nährboden für das Entstehen trotzkistischer Gruppen bildete der Zustrom von Vertretern der Mittelschichten zum Proletariat, der im Ergebnis der stürmischen Industrialisierung nach dem ersten Weltkrieg einsetzte. Im Bewußtsein dieser Schichten waren kleinbürgerliche Rudimente noch lebendig, gab es ein weitverbreitetes Mißtrauen gegenüber der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde – der Kommunistischen Partei. Viele gaben sich anarchistischen Neigungen hin, worauf die französischen Trotzkisten bauten. »Nach Amerika ist Frankreich die internationale Basis des Trotzkismus«, heißt es in der Zeitschrift »Kommunistitscheski Internazional«.[60]

Im Februar 1933 fand in Paris die erste Konferenz der »internationalistischen linken Opposition« statt. In dem dort angenommenen Schlußdokument »Die internationalistische linke Opposition: Aufgaben und Methoden« heißt es, daß es bis zu diesem Zeitpunkt in neun Ländern Sektionen der Opposition gab und daß sich sieben davon allein im vergangenen Jahr (1933) gebildet hatten. Trotzkistische Literatur wurde in sechzehn Ländern herausgegeben, insgesamt verfügte die Opposition über 32 periodische Organe, die in fünfzehn Sprachen gedruckt wurden. Die Konferenz stellte elf Punkte als Bedingung für eine Aufnahme in die Opposition. Darunter waren solche wie: die Forderung, die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem einzelnen Land, insbesondere in der UdSSR, auszuschließen; die Erfolge in der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR zu leugnen; eine extrem kritische Wertung der Sozialpolitik der KPdSU(B) und des Sowjetstaates, die als eine Politik des Zurückweichens vor dem Kapitalismus eingeschätzt wurde, und anderes.

Tatsache bleibt Tatsache: Trotz aller Schwierigkeiten gelang es Trotzki, seine Vorstellungen in die Tat umzusetzen, zwar nicht im geplanten Umfang, aber es bildeten sich doch in verschiedenen Ländern trotzkistische Gruppierungen, die später, im Jahre 1938, die IV. Internationale gründeten, die bis zum heutigen Tag existiert.

Auf dem Weg zur Gründung einer trotzkistischen Internationale formulierte Trotzki in seinen Büchern »Die permanente Revolution« (1930), »Die Stalinsche Schule der Fälschungen« (1932), »Geschichte der russischen Revolution« (1931 und 1933), »Die verratene Revolution« (1936), »Deren Moral und unsere« (1938) sowie in zahlreichen Artikeln eine politische Plattform, die der im Westen bekannte Wissenschaftler Isaac Deutscher, der sich intensiv mit dem Leben und der Tätigkeit Trotzkis beschäftigte, als »neuen Trotzkismus« bezeichnet.

Tatsächlich sind im Vergleich zu den zwanziger Jahren im Gedankengut Trotzkis nicht wenig neue Vorstellungen enthalten. Der zentrale Gedanke war der Kampf gegen den Stalinismus. Einige bürgerliche und trotzkistische Wissenschaftler vertreten nach wie vor die Auffassung, der Trotzkismus sei mit Antistalinismus gleichzusetzen.

Im Jahre 1932 schrieb Trotzki: »Stalin hat uns in eine Sackgasse geführt. Wir können nicht auf die Straße zurückkehren, bevor wir die Stalin-Clique liquidiert haben ... Wir müssen endlich den letzten eindringlichen Rat Lenins befolgen – Stalin beseitigen.«

Am 15. März 1933 sandte Trotzki einen Brief an das Politbüro der KPdSU(B), in dem er zu einer »Wiedergeburt der Partei« aufrief. Darin bot er seine Dienste an, um »die Partei auf den Weg einer normalen Entwicklung ohne Erschütterungen oder zumindest ohne große Erschütterungen umzulenken«. Nach der Ermordung Kirows schrieb Trotzki, der Partei drohe eine Krise. Am 30. März 1935 notierte er: »Irgend etwas ist drüben in Unordnung, und zwar in großer Unordnung; die ›Unordnung‹ steckt irgendwo tief innerhalb der Bürokratie selbst, genauer gesagt, sogar innerhalb der herrschenden Funktionärsspitze.«[61] Trotzki unterzog die Moskauer Prozesse einer scharfen Kritik, er hielt sie zu Recht für eine Täuschung, eine Fiktion, eine außergewöhnliche Methode, mit der Stalin und seine Anhänger mit ihren Gegnern abrechneten.

Aus all dem könnte man die Schlußfolgerung ziehen, daß es Trotzki wirklich um eine Verbesserung der Lage in der KPdSU(B) und im Lande insgesamt ging. Warum, wie schon in den zwanziger Jahren, hörte wieder niemand auf ihn – weder in der Partei noch in der internationalen kommunistischen Bewegung? Diese Frage ist alles andere als einfach zu beantworten.

Uns scheint, daß das von Trotzki vorgeschlagene Programm unter den Bedingungen der dreißiger Jahre faktisch dieselben Ziele vorsah wie in den zwanziger Jahren die »linke Opposition« – der internationalen kommunistischen Bewegung die von der KPdSU(B) abgelehnten trotzkistischen Vorstellungen vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und von der Realisierung einer sozialistischen Perspektive in der UdSSR aufzudrängen. Bei seinem Kampf gegen Stalin wollte Trotzki im Prinzip den einen »ismus« – den Stalinismus – durch einen anderen – den Trotzkismus – ersetzen.

Die von Stalin und seiner Gruppe zugelassenen Einbrüche auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit, die Repressalien, die Beseitigung der Normen innerparteilicher Demokratie und andere negative Erscheinungen nutzte Trotzki, um

die Aktualität einer Grundposition seiner Theorie der »permanenten Revolution« – die Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem einzelnen Land – nachzuweisen.

In seinem Artikel »Die neue Wirtschaftspolitik in der UdSSR« übt Trotzki zu Recht Kritik an der Abenteuerlichkeit der Politik Stalins auf wirtschaftlichem Gebiet: »Immer wieder und wieder weigern wir uns entschieden, in kürzester Frist eine nationale sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Kollektivierung verbinden wir ebenso wie die Industrialisierung untrennbar mit der Weltrevolution. Die Probleme unserer Wirtschaft werden letztlich auf internationaler Ebene gelöst.«[62]

Eigenartig verhielt sich Trotzki auch gegenüber der Willkür und den Ungesetzlichkeiten, die von der Gruppe um Stalin begangen wurden. Faktisch bezog er eine Position in dem Sinne »je mehr, desto besser«: Er war der Meinung, je länger die Repressalien andauern, um so mehr würden ihre Folgen dem ursprünglichen Ziel – der Abschreckung – entgegengesetzt sein, sie würden im Gegner die Energie der Verzweiflung aufkommen lassen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Trotzki mit seinen Veröffentlichungen im »Bulletin der Opposition« – lange Listen, vier- und fünfstellige Zahlen von aus der Partei ausgeschlossenen Mitgliedern, von Verhafteten und Verbannten – sagen wollte: »Ha, er lebt also noch!«

Trotzki stellte mit unverhohlener Befriedigung fest, daß die Repressalien in erster Linie Trotzkisten galten. »Selbst die offizielle sowjetische Presse der letzten Monate registriert, daß unsere Anhänger mutig und nicht ohne Erfolg tätig sind«, schreibt Trotzki im Jahre 1933.[63] Diese Anhänger, deren Zahl sich nach Trotzki in der UdSSR auf mehrere Tausend belief, sollten den Kern der neuen, wiedergeborenen KPdSU(B) bilden, ihr Programm sollte zum Programm der Vollendung der politischen Revolution in der UdSSR werden.

Diese Gedanken waren symptomatisch für Trotzki. Mit zunehmender Festigung der in der UdSSR herrschenden Ordnung kam er zu dem Schluß, daß die Politik der Reformen dieser Ordnung, in deren Zentrum die Beseitigung Stalins stand, wie er sie früher vorgeschlagen hatte, nun nicht mehr ausreichte. »Die Beseitigung von Stalins Person würde heute nichts anderes bedeuten, als an seine Stelle irgendeinen Kaganowitsch zu setzen, den die sowjetische Presse in kürzester Frist zum Genialsten unter den Genies machen würde.«[64]

In dem Buch »Die verratene Revolution« (1936) schrieb Trotzki, es gehe nicht um einen einfachen Wechsel zweier Führungsgruppen, vielmehr

um die Veränderung der Prinzipien bei der Leitung von Wirtschaft und Kultur. Eine zweite Revolution sei vonnöten.

Natürlich blieb weder Stalin noch den anderen Funktionären der KPdSU(B), noch der kommunistischen Bewegung der Sinn des »neuen Trotzkismus« verborgen. Das Erkennen seines Wesens hätte – sollte man meinen – Stalin die Chance gegeben, Trotzki ideologisch zu entlarven. Stalin nutzte diese Chance jedoch nicht. Er hatte ihm nichts entgegenzusetzen, obwohl er formal das Ziel gestellt hatte, den Leninschen Plan des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft zu realisieren. Die von Stalin vertretene Sozialismuskonzeption war von Lenins Ansichten über den Sozialismus als eine Gesellschaft der Selbstverwaltung durch die Werktätigen, der Förderung ihrer Initiative und ihres Schöpfertums sehr weit entfernt. Im Prinzip erfüllte Stalin die von Trotzki Anfang der zwanziger Jahre vertretenen Positionen mit Leben – er schuf ein administratives Kommandosystem, das auf Gewalt und Repressalien gegenüber allen Klassen und Schichten der Gesellschaft baute, auf außerökonomischen Zwang gegenüber einigen Kategorien von Werktätigen, auf die Einschränkung des sozialistischen Verteilungsprinzips »jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung«, auf die Einschränkung der Rolle ökonomischer Hebel in der Leitung der Volkswirtschaft, auf den Personenkult Stalins usw.

Folglich reduzierte sich die Kritik Stalins an Trotzki ideologisch auf einen »Krieg der Zitate«, auf Verteilung von Etiketten, auf Beschuldigungen der Spionage, Diversion und Schädlingstätigkeit. Organisatorisch war es physische Rache an allen, die sich der Zugehörigkeit zum Trotzkismus verdächtig gemacht hatten, einschließlich der Vergeltung an ihren geistigen Führern.

Im Oktober 1936 stellte das »Bulletin der Opposition« fest: »Stalin will den Kopf Trotzkis. Das ist sein wichtigstes Ziel.« Erste Anzeichen, daß die Liquidierung Trotzkis vorbereitet wurde, gab es schon 1937. Im September wurde Ignaz Reiß in Lausanne ermordet. Er war ein führender Mitarbeiter des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) und hatte zwei Monate zuvor das Zentralkomitee der KPdSU(B) in einem Brief zum entschiedenen Kampf gegen den Stalinismus aufgefordert. »Reiß starb als Held der IV. Internationale«, hieß es in einem Leitartikel des »Bulletins der Opposition«.

Ende 1937 erfuhr Trotzki von einem weiteren Opfer. Im Mai war in Spanien Erwin Wolf, Bürger der Tschechoslowakei und persönlicher Sekretär Trotzkis, verschwunden. Wahrscheinlich befand er sich in Spanien, um Kontakte zur POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista – Arbeiterpartei der Marxistischen Vereinigung) herzustellen. Trotzki übte zwar Kri-

tik an dieser Organisation, doch ihrer politischen Plattform und ihren Kampfmethoden nach stand sie den Trotzkisten und Anarchisten nahe.

Schließlich verschwand am 13. Juli 1938 unter mysteriösen Umständen in Paris der Deutsche Rudolf Klement. Er war in den Jahren 1933–1935 ebenfalls Sekretär Trotzkis gewesen und jetzt als technischer Sekretär der IV. Internationale tätig.

Im selben Jahr wurde in Mexiko das erste Attentat auf Trotzki selbst verübt. Getarnt als Bote, der ein Geschenk überbringen sollte, versuchte ein verdächtiger Mann in die Villa in Coyoacán zu gelangen. Man ließ ihn jedoch nicht ein. Unweit des Hauses ließ der »Bote« ein Paket mit Sprengstoff zurück.

Am 24. Mai 1940 verübte eine Gruppe ehemaliger Spanienkämpfer, unter denen sich der Maler David Alfaro Siqueiros befand, einen bewaffneten Überfall auf Trotzkis Haus. Wie Siqueiros schreibt, war es ein Racheakt für den von der POUM geführten Aufstand in Barcelona, der mehr als fünftausend Todesopfer gekostet hatte.[65]

Trotzki erkannte, daß sich der Kreis schloß. Er begann ernsthaft an Selbstmord zu denken. Jeden neuen Tag begann er mit dem Satz: »Man hat uns diese Nacht nicht umgebracht. Man hat uns noch einen Tag geschenkt.«

Der Mörder Trotzkis war ein Mann mit einem Paß auf den Namen des kanadischen Staatsbürgers Frank Jackson, der sich dann als belgischer Untertan Jacques Mornar ausgab. Er habe sich als Tourist in den Vereinigten Staaten aufgehalten. Auch dieser Name war gefälscht. Der Mörder hieß Ramon del Rio Mercader und war Spanier.

Mercader hatte sich das Vertrauen von Personen aus Trotzkis unmittelbarer Umgebung erworben, die ihn auch in dessen Haus einführten. Am Abend des 20. August 1940 hatte Mercader, nachdem er Trotzki schon mehrmals besucht hatte, Gelegenheit, mit ihm allein zu bleiben. Mit einem Eispickel versetzte er Trotzki einen derart heftigen Hieb ins Genick, daß eine sieben Zentimeter tiefe Wunde entstand. Trotzki starb am nächsten Tag.

Unmittelbar war der Mitarbeiter des NKWD Leonid Attington an der Vorbereitung des Attentats beteiligt. Er hatte die Mutter Mercaders angeworben, die den Sohn in die »Sache« einweihte. 1939 händigte Attington (der »Unbekannte«, wie es vor dem mexikanischen Gericht hieß) Mercader in Paris den Paß auf den Namen Jackson aus. Er gehörte tatsächlich einem Kanadier, der als Interbrigadist in Spanien gefallen war. Die Fälschung war jedoch derart primitiv, daß es ein Rätsel ist, warum sich die

Behörden weder in Frankreich noch in den USA, noch in Mexiko dafür interessiert hatten.

Außerdem erhielt Mercader von Attington über seine Mutter fünftausend Dollar für die Überfahrt. Am Tag des Verbrechens warteten Attington und die Mutter unweit der Villa in Coyoacán, um ihn ins Ausland zu schleusen. Das gelang jedoch nicht. Mercader wurde am Tatort gestellt.

Vor Gericht ließ man ihn nicht allein. Zunächst wurden Rechtsanwälte bestellt, später wurde alles getan, um ihm den Gefängnisaufenthalt – er war zu zwanzig Jahren Haft verurteilt worden – zu erleichtern.

Nach seiner Entlassung lebte Mercader in den sechziger Jahren zunächst auf Kuba, dann in Prag, zeitweilig auch in Moskau und zuletzt wieder auf Kuba. Im Oktober 1978 starb er in Havanna. Möglicherweise hätte er vieles an den Ungereimtheiten, die es bei der Ermordung Trotzkis gab, richtigstellen können. Allerdings kannte wahrscheinlich auch er nicht alle Umstände bei der Vorbereitung und Durchführung des von ihm verübten Verbrechens.

Der Trotzkismus ohne Trotzki

Die Ermordung Trotzkis bedeutete nicht das Ende der von ihm begründeten politischen Strömung. Dies ist eine weitere Bestätigung dafür, daß sich der Trotzkismus nicht aus dem Nichts entwickelte, sondern daß es bestimmte Voraussetzungen für sein Dasein gab, gibt und auch weiterhin geben wird. Die Untersuchung dieser Voraussetzungen ist ein wichtiger Gegenstand der Geschichtswissenschaft in der Gegenwart.

Nach ihrer Gründung im Jahre 1938 machte die IV. Internationale mehrere Spaltungen durch. Heute existieren mindestens sieben Gruppierungen, die unter der Flagge der trotzkistischen Internationale agieren. Anhänger des Trotzkismus gibt es in mehr als sechzig Ländern der Erde, vor allem dort, wo starke Traditionen des kleinbürgerlichen Radikalismus fortleben (einige Länder Lateinamerikas, Frankreich, Italien und Spanien) oder wo die kommunistischen Parteien unter sehr komplizierten Bedingungen wirken müssen (USA und Großbritannien). In den letzten Jahren gründeten sich trotzkistische Gruppierungen in Australien und Neuseeland. Die Gesamtzahl der Mitglieder dieser Organisationen in der ganzen Welt ist relativ niedrig (etwa 100 000), doch sollte nicht vergessen werden, daß es Ende der dreißiger Jahre nicht mehr als 3 000 Trotzkisten gab. Der Einfluß der Ideologie des Trotzkismus ist jedoch ungleich größer als die Zahl der Trotzkisten. So stimmen in Frankreich bei Wahlen zwischen 500 000 und eine Million Wähler für Kandidaten trotzkistischer Gruppierungen. Ein ähnliches Bild ergibt sich in einigen anderen Ländern (Großbritannien, Peru, Kolumbien).

Gemeinsam ist allen Gruppierungen der IV. Internationale das Bestreben, ihre Anhänger vorrangig aus kleinbürgerlichem Milieu, aus Vertretern der städtischen Intelligenz und in den Entwicklungsländern aus dem Bauerntum und der Studentenschaft zu werben. Daß die Trotzkisten den Studenten, überhaupt der Jugend, den Vorzug geben, ist verständlich. Sie bringen zwar Unzufriedenheit mit ihrer Lage im Kapitalismus zum Ausdruck, doch verfügen sie oft über keine Erfahrungen im politischen Kampf und sind für die radikale Ideologie des Trotzkismus empfänglich.

In den achtziger Jahren sprechen sich zahlreiche trotzkistische Gruppen dafür aus, ihr Hauptbetätigungsfeld aus den Universitäten in die Betriebe zu verlegen. So wurde in der BRD die trotzkistische »Sozialistische Arbeiterzeitung« gegründet, die sich zum »freien Organ der ganzen Arbeiterklasse Deutschlands« erklärt.

Die Trotzkisten versuchen verstärkt werktätige Frauen zur Mitarbeit zu gewinnen, da diese hinsichtlich ihres Verdienstes und Vorwärtskommens im Beruf doppelter Diskriminierung ausgesetzt sind. Ebenso versuchen sie die am meisten unterdrückten Schichten der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen – Hilfsarbeiter und niedrig qualifizierte Arbeiter, das Landproletariat, ausländische Arbeiter, Arbeitslose usw. In ihnen sehen die Trotzkisten »eine breite Schicht kampffähiger Aktivisten«, die die Theorie der »permanenten Revolution« am ehesten zu der ihren machen. Denn all diese Kategorien verbindet das Streben nach sofortigen Veränderungen, ohne daß sie eine klare Vorstellung haben, auf welchen Wegen sie ihre Ziele erreichen können, welche Kampfformen sie anwenden können und wer die Hauptschuldigen an ihrer mißlichen Lage sind.

Die Trotzkisten wenden sich auch, und zwar nicht ohne Erfolg, an jene, die bereits eine bestimmte Schule des politischen, des Klassenkampfes durchlaufen haben, sei es in den Reihen kommunistischer oder sozialistischer Parteien, in den Gewerkschaften oder in Jugend- und Friedensorganisationen. »Wir leben in einer Zeit, da es notwendig ist, aus der Zahl derer, die bereit sind, für die Revolution zu kämpfen, aus bewußten Werktätigen, die sich zur Zeit noch in den Reihen der kommunistischen und sozialistischen Parteien befinden und mit der Politik ihrer Führung nicht einverstanden sind, neue Leute zu rekrutieren.«[66]

Auf der Suche nach neuen Wirkungsformen und neuen Ideen müssen die Trotzkisten auch damit rechnen, daß eine Trennung von der Theorie der »permanenten Revolution« Trotzkis eine Schädigung der Ideologie und Praxis des Trotzkismus überhaupt mit sich bringen würde. Folglich bemühen sie sich zwar um eine Erneuerung der trotzkistischen Theorie, betonen aber unverändert ihre Verbindung mit dem Trotzkismus der

zwanziger und dreißiger Jahre. Dafür seien als Beispiel die australischen Anhänger des »Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale« angeführt: »Schon seit geraumer Zeit bezeichnen wir uns nicht mehr als Trotzkisten... Vor allem verwenden wir diesen Terminus nicht mehr in unserer Presse. Jedoch bleibt er ein Teil von uns, und das aus einem wichtigen Grund. Dieser Grund ist der Beitrag Trotzkis zum Marxismus. Wir haben weder vor, zu leugnen noch zu vergessen, welch hervorragender Revolutionär er war. Wir werden ihn weiter studieren.«[67]

Leider vergessen die heutigen Trotzkisten nicht selten die Verdienste Trotzkis als Revolutionär, die ihm die Anerkennung Lenins und Verehrung in der Partei wie in der Komintern einbrachten. In der Regel neigen sie eher dazu, sich auf jene seiner Erfahrungen zu stützen, die man am besten ruhen lassen sollte und die ganz der Vergangenheit angehören sollten. Hier nur einige Beispiele: Die Trotzkisten anerkennen die Errungenschaften der sozialistischen Länder, streiten jedoch gleichzeitig ihren sozialistischen Charakter ab. Sie halten unverändert an ihrer Theorie der »permanenten Revolution« fest.

Inkonsequent ist die Reaktion der Trotzkisten auf die Umgestaltung in der UdSSR. In Worten sind sie für Veränderungen, auch wenn sie ihren eigenen Inhalt hineinlegen – nämlich die Umsetzung des Trotzkischen Gedankens von einer »politischen Revolution« in der UdSSR. In der Tat aber erklären sie, daß das sowjetische Regime – ob es nun Reformen gibt oder nicht – den werktätigen Massen feindlich gegenüberstehe.

Auch die Erklärungen der Trotzkisten zur globalen Hauptfrage der Gegenwart – zur Verhinderung eines Nuklearkrieges – sind gegensätzlich. Sie treten zwar für die Erhaltung des Friedens ein, aber »mit revolutionären Mitteln«. Daher qualifizieren sie die Politik der friedlichen Koexistenz als »Verschwörung« der Supermächte, als Kompromiß gegenüber dem Weltimperialismus, und den Kampf um Abrüstung als »kleinbürgerlichen Pazifismus«.

Obwohl die Trotzkisten die Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien und die nationale Befreiungsbewegung weiterhin angreifen, ist doch von Zeit zu Zeit eine Art »kritische Unterstützung« der kommunistischen, in einer Reihe von Ländern auch der sozialistischen Parteien, linker Koalitionen und Vereinigungen zu beobachten.

Die Metamorphosen des gegenwärtigen Trotzkismus zeugen davon, daß seine Führer alles unternehmen, um ihn aus seiner politischen Isolation herauszuführen und die verfestigte Vorstellung von ihm als einer sektiererischen, extremistischen Strömung zu verändern.

Das muß sich auf die Einstellung anderer linker Parteien und Organisa-

tionen zu trotzkistischen Gruppen auswirken. Es kommt zu Fällen, daß kommunistische oder sozialistische Parteien, Friedensorganisationen und -bewegungen in einigen Ländern Westeuropas, Lateinamerikas und Australiens mit ihnen politisch zusammenarbeiten.

Dies ist in zusammengefaßter Form der politische Entwicklungsweg Trotzkis und der durch ihn begründeten Strömung – des Trotzkismus. Trotzki war eine der widersprüchlichsten Persönlichkeiten in der Geschichte der russischen und internationalen revolutionären Bewegung, Revolutionär, Partei- und Staatsfunktionär des ersten Staates der Werktätigen auf der Welt. Was ist in seinem vielschichtigen und bei weitem nicht eindeutigen Lebenswerk lehrreich? Dort, wo Trotzki sich als anerkannter Führer der Massen, als verantwortungsvoller Führer der Partei und des Sowjetstaates bewies, ist uns sein Wirken nahe und begreiflich. Dort aber, wo er der Parteilinie und dem Leninismus seine eigenen Konzeptionen und persönlichen Ambitionen gegenüberstellte, trennten sich seine Wege von denen der Partei. So ist die Logik der historischen Entwicklung.

Nowaja i Nowejschaja Istorija,
1989, Nr. 3, S. 136–166.
Übersetzt von Sven Schmieder.

1 Leo Trotzki: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1930, S. XiV.
2 Siw, G. A.: Trotzki. Charakteristik (nach eigenen Erinnerungen), New York 1921, S. 12, russ.
3 Siehe Newski, W. I.: Der südrussische Arbeiterbund, Moskau 1922, S. 90, russ.
4 Ebenda, S. 24, russ.
5 Siehe Newski, W. I.: Skizzen zur Geschichte der KPdSU(B), Bd. 1, Moskau 1925, S. 520, russ.
6 Siw: Trotzki, S. 30, 31, russ.
7 W. I. Lenin: An. G. W. Plechanow, 2. März 1903. In: Briefe, Bd. I, S. 278.
8 Siehe N. Krupskaja: Vor dem zweiten Parteitag. In: Prawda, 14. April 1925.
9 Leo Trotzki: Mein Leben, S. 157.
10 Ebenda, S. 163.
11 Trotzki, L.: 1905. Moskau 1922, S. 206/207, russ.
12 Ebenda, S. 125, russ.
13 Siehe ebenda, S. 233–238, russ.
14 Siehe W. I. Lenin: Werke (im folgenden LW), Bd. 10, S. 1–12.
15 Sinowjew, G.: Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki). Populärer Abriß, Moskau 1924, S. 197/198, russ.
16 Trotzki, L.: Jahre des großen Umbruchs. Menschen der alten und der neuen Epoche, Moskau 1919, S. 45, russ.
17 W. I. Lenin: Über die zwei Linien der Revolution. In: LW, Bd. 21, S. 427.
18 W. I. Lenin: Plan für ein Referat über die Aprilkonferenz. in: LW, Bd. 36, S. 439.

19 John Reed: 10 Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 1988, S. 199.
20 Zitiert in: W. I. Lenin. Biographie, Berlin 1984, S. 433/434.
21 Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution, Berlin 1967, S. 461.
22 Siehe Wladimir Iljitsch Lenin. Biographische Chronik, Bd. 4, März–Oktober 1917, S. 272, russ.
23 Leo Trotzki: Mein Leben, S. 324.
24 LW, Ergänzungsband 1896–Oktober 1917, S. 464.
25 W. I. Lenin: Aus dem Tagebuch eines Publizisten. In: LW, Bd. 26, S. 40.
26 Leo Trotzki: Tagebuch im Exil, München 1962, S. 53.
27 W. I. Lenin: Resolution der Sitzung des Zentralkomitees der SDAPR(B), 10. (23.) Oktober 1917. In: LW, Bd. 26, S. 178.
28 Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution, S. 614.
29 Leo Trotzki: Über Lenin. Materialien für einen Biographen, Frankfurt a. M. 1964, S. 72.
30 Leo Trotzki: Mein Leben, S. 352.
31 LW, Bd. 26, S. 224.
32 Rabotschi Put, 26. Oktober (8. November) 1917.
33 Trotzki, L.: Wie sich die Revolution bewaffnete, Bd. 1, Moskau 1923, S. 30, russ.
34 Leo Trotzki: Mein Leben, S. 453/454.
35 Elfter Parteitag der KPR(B). Stenografischer Bericht, Moskau 1961, S. 274, russ.
36 L. Trotzki: Militärische Doktrin oder pseudomilitärischer Doktrinarismus. In: Die Kommunistische Internationale, Hamburg 1921, Heft 19, S. 149.
37 W. I. Lenin: Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins. In: LW, Bd. 32, S. 89.
38 W. I. Lenin: Rede in der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des VIII. Sowjetkongresses im Zusammenhang mit der Diskussion über den Bericht des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare über die Außen- und Innenpolitik, 22. Dezember 1920. In: LW, Ergänzungsband Oktober 1917–März 1923, S. 249.
39 W. I. Lenin: Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis. In: LW, Bd. 32, S. 5, 26.
40 W. I. Lenin: Brief an den Parteitag. In: LW, Bd. 36, S. 579.
41 Ebenda.
42 Sinowjew, G.: Bolschewismus oder Trotzkismus? In: Prawda, 30. November 1924.
43 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, Frankfurt a. M. 1970, S. 151/152.
44 Ebenda, S. 130/131.
45 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden IML, ZPA, Moskau), Fonds 17, Inventarliste 2, Dokument 220, Bl. 17.
46 Ebenda, Bl. 19.
47 XV. Konferenz der KPdSU(B). Stenografischer Bericht, Moskau 1926, S. 523, russ.
48 IML, ZPA, Moskau, Fonds 17, Inventarliste 2, Dokument 308, Bl. 2 509.
49 XV. Konferenz der KPdSU(B), S. 611, russ.
50 Michail Gorbatschow: Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt. Rede auf der Festsitzung anläßlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution, Moskau, 2. November 1987, Berlin 1987, S. 19.
51 Siehe W. I. Lenin: Schlußwort zum Bericht des ZK der KPR(B) an den X. Parteitag, 9. März 1921. In: LW, Bd. 32, S. 195.
52 IML, ZPA, Moskau, Fonds 17, Inventarliste 2, Dokument 209, Bl. 3.

53 Leo Trotzki: Mein Leben, S. 516.
54 IML, ZPA, Moskau, Fonds 17, Inventarliste 2, Dokument 317, Folge 1, Teil 1, Bl. 75/76.
55 Ebenda, Bl. 81.
56 Leo Trotzki: Mein Leben, S. 552.
57 Bulletin der Opposition, 1929, Nr. 1–2, S. 20, russ.
58 Quatrième Internationale, 1964, Nr. 21, S. 53.
59 Marie, J.-J.: Le trotskisme – questions d'histoire, Paris 1970, S. 53.
60 Kommunistitscheski Internazional, Moskau 1930, Heft 18, S. 45. In der deutschen Ausgabe der Zeitschrift »Die Kommunistische Internationale« ist der betreffende Artikel nicht enthalten.
61 Leo Trotzki: Tagebuch im Exil, S. 59.
62 Bulletin der Opposition, 1930, Nr. 9, S. 8, russ.
63 Ebenda, 1933, Nr. 36/37, russ.
64 Ebenda, 1936, Nr. 52/53, S. 19, russ.
65 Siehe David Alfaro Siqueiros: Man nannte mich den »Großen Oberst«. Erinnerungen, Berlin 1988, S. 333–347.
66 Rouge, 24.–30. Oktober 1985.
67 Direct Action, 12. Februar 1984.

Grigori Sinowjew



Grigori Jewsejewitsch Sinowjew (richtiger Name: Owsej-Gerschen Radomyschelski-Apfelbaum) wurde 1883 in Jelisawetgrad geboren, sein Vater betrieb eine kleine Meierei. 1901 trat Sinowjew der SDAPR bei, 1907 schloß er sich den Bolschewiki an. Er leistete aktive Parteiarbeit in Petersburg und in der Emigration (1908–1917); er gehörte der Redaktion der wichtigsten legalen und illegalen Parteizeitungen und -zeitschriften an (»Proletari«, »Sozial-Demokrat«, »Rabotschaja Gaseta«, »Swesda«, »Prawda«, »Mysl«, »Prosweschtschenije« u. a.). Seit dem V. Parteitag der SDAPR (1907) war er Mitglied des Zentralkomitees, außerdem Mitglied des Bolschewistischen Zentrums (1907–1910). In der Zeit der Vorbereitung und Durchführung der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 zeigten sich bei ihm Schwankungen, er war gegen den bewaffneten Aufstand.

Ende 1917 wurde Sinowjew zum Vorsitzenden des Petrograder Sowjets gewählt und übte dieses Amt bis 1925 aus. Von 1919 bis 1926 war er Mitglied des Politbüros des ZK der KPR(B) und in demselben Zeitraum auch Vorsitzender des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. 1925 zählte er zu den Organisatoren der sogenannten neuen Opposition, 1926 zu den Führern des »trotzkistisch-sinowjewschen Blocks«.

Im Oktober 1926 wurde Sinowjew aus dem Politbüro des ZK, im Oktober 1927 aus dem Zentralkomitee und im November desselben Jahres wegen fraktioneller Betätigung aus der Partei ausgeschlossen. Am 22. Juni 1928 erfolgte seine Wiederaufnahme in die Partei, nachdem er eine Erklärung abgegeben hatte, wie sie inhaltlich vom XV. Parteitag der KPdSU(B) (1927) beschlossen worden war. Im Oktober 1932 wurde er im Zusammenhang mit dem Gerichtsprozeß »Bund der Marxisten-Leninisten« erneut aus der Partei ausgeschlossen und im Dezember 1933 wieder als Mitglied aufgenommen. Er gehörte dem Redaktionskollegium der Zeitschrift »Bolschewik« an. Am 16. Dezember 1934 erfolgten im Zusammenhang mit der Ermordung Sergej Kirows (1. Dezember 1934) erneute Verhaftung und dritter Parteiausschluß mit dem anschließenden Schauprozeß »Moskauer Zentrum«; unter falscher Beschuldigung wurde er im Januar 1935 zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Vom 19. bis 24. August 1936 verhandelte das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR den Fall »Antisowjetisches vereinigtes trotzkistisch-sinowjewsches Zentrum«, in dem Sinowjew und andere beschuldigt wurden, auf Anweisung Trotzkis angeblich Terrorgruppen organisiert, Kirow ermordet und die Ermordung Stalins u. a. vorbereitet zu haben. Er wurde zur Höchststrafe – Tod durch Erschießen – verurteilt. Das Urteil wurde am 25. August 1936 vollstreckt.

Im Juni 1988 hob das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR das Urteil des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR vom 24. August 1936 im Fall »Antisowjetisches vereinigtes trotzkistisch-sinowjewsches Zentrum« auf, alle Verurteilten, so auch Sinowjew, wurden gerichtlich rehabilitiert und das Verfahren wegen fehlenden Tatbestands eingestellt; das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR hob im Juni 1988 ebenso die Rechtssprüche des Kollegiums der Vereinigten Staatlichen und Politischen Verwaltung (OGPU) beim Rat der Volkskommissare der UdSSR von 1932 bis 1933 zum »Bund der Marxisten-Leninisten« auf und stellte das Verfahren gegen alle Beschuldigten wegen fehlenden Tatbestands ein. Einen ebensolchen Beschluß faßte das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR hinsichtlich des Verfahrens »Moskauer Zentrum«.

Nikolai Wassezki

GRIGORI SINOWJEW
Seiten seines Lebens und politischen Wirkens

Grigori Jewsejewitsch Sinowjew war eine bedeutende Persönlichkeit in der Geschichte der Partei der Bolschewiki, besonders in den ersten zehn Jahren nach der Oktoberrevolution. Aber in unserer Presse erschien bisher noch keine systematische und geschlossene Biographie, so paradox das auch sein mag. Nach der Ermordung Sergej Kirows im Dezember 1934 sprach und schrieb man über Sinowjew nicht anders als über den ärgsten »Volksfeind« und »Terroristen«, der nur deshalb an den revolutionären Kämpfen teilnahm, um die Entwicklung der revolutionären Bewegung zu stören.

Deshalb ist es heute an der Zeit, die »weißen Flecken« der Geschichte zu beseitigen – ein objektives Bild von Sinowjew wiederherzustellen. Einiges wurde schon veröffentlicht, aber das alles ist erst der Anfang. In der vorliegenden Veröffentlichung wollte man sich auf die »wunden Punkte« der politischen Biographie Sinowjews konzentrieren, die ein verständliches Interesse zahlloser Leser hervorrufen.

Unbekanntes über Bekanntes

Die Schwierigkeiten beginnen schon gleich am Anfang – bei der Feststellung genauer Informationen über den Familiennamen und das Geburtsdatum Sinowjews. In Publikationen über ihn findet man lediglich das Geburtsjahr – 1883. Als richtigen Familiennamen nennt man sehr oft Radomyslski, aber in vielen ausländischen Quellen kann man auch Apfelbaum finden. Wer hat recht?

Es wurde ein Geburtenbuch im Heimatkundemuseum des ukrainischen Gebietszentrums Kirowograd gefunden (bis 1924 – Jelisawetgrad, von 1924 bis 1934 – Sinowjewsk, dann bis 1939 – Kirowo). Darin liest man unter der Nummer 260, daß am 29. Oktober 1883 In Jelisawetgrad der Sohn des Mirgoroder Kleinbürgers Radomyschelski, Aron, und seiner Frau Rosa, Owsej-Gerschen, geboren wurde.[1]

Aufgrund unserer »Geburtennachforschung« konnten wir feststellen,

daß der wahre Familienname, Vorname und Vatersname Sinowjews folgendermaßen lautet: Radomyschelski-Apfelbaum, Owsej-Gerschen Aronowitsch.

Sein Vater hatte eine kleine Milchviehfarm im Süden der Ukraine. Sinowjew lernte also schon sehr früh schwere körperliche Arbeit kennen und was soziale Ungerechtigkeit bedeutet, auch andere, das junge Herz verletzende Umstände, die denjenigen begleiteten, der auf niemandes Hilfe bauen durfte. Sinowjew lernte ausdauernd und hartnäckig und konnte das Gymnasium beenden. 1901 trat er der SDAPR bei. Nach ihrem II. Parteitag schloß er sich den Bolschewiki an.

1904 ging er an die Chemische Fakultät der Universität Bern, wechselte danach zur Juristischen über. Aber eine Herzkrankheit hinderte ihn an der Fortsetzung des Studiums. Sinowjew kehrte unmittelbar vor der Revolution 1905 nach Rußland zurück und begann sofort zu arbeiten. Er war bolschewistischer Agitator des Petersburger Stadtbezirks Wassiljew-Insel und als Mitarbeiter der Zeitung »Nowaja Shisn« tätig. Bald darauf wurde er zum Mitglied des Petersburger Komitees der SDAPR gewählt. Neben Iwan Teodorowitsch und N. A. Roshkow war er Mitglied der Exekutivkommission, die faktisch die Arbeit des Komitees leitete.

Der Aufschwung der Revolution stellte die Bolschewiki vor neue Aufgaben. Es kam darauf an, unter Sicherung des illegalen Parteiapparates die gegebenen legalen Möglichkeiten zu nutzen, ein ausgedehntes Netz von öffentlichen und halböffentlichen Parteiorganen und mit ihnen sympathisierender Organisationen der Arbeiter und Angestellten zu schaffen. In die Partei ergoß sich ein Strom frischer Kräfte. Aber viele von ihnen verstanden die Gründe der Spaltung der SDAPR in Bolschewiki und Menschewiki nicht. Sie forderten ihre Einheit. Im April 1906 fand in Stockholm ein gemeinsamer Parteitag mit den Menschewiki statt.[2]

Die Vereinigung führte in vielen Fällen zur Belebung der Arbeit in den Grundorganisationen. Auf dem Niveau der zentralen Organe und einer Reihe großer örtlicher Komitees – zum Beispiel des Petersburger – kam es jedoch nicht zu einer Einheit. Später erinnert sich Sinowjew: »Es passierte oft, daß zwei Sekretäre – ein Menschewik und ein Bolschewik – einander mißtrauten, einer dem anderen nicht glaubte. Es war eine solche Situation, als arbeiteten zwei Parteien im Rahmen einer Partei.«[3]

Die Bolschewiki sahen sich genötigt, ihren ideologischen und politischen Kampf gegen die Menschewiki fortzuführen. Dies drückte sich auch in einer unterschiedlichen Taktik bei den Wahlen zur II. Reichsduma (1907) aus. Sinowjew nahm aktiv an der Wahlkampagne der Bolschewiki in den Arbeiterbezirken teil. Er propagierte die von den Bolschewiki ver-

fochtene Idee des »linken Blockes« mit den Trudowiki auf der Grundlage der Anerkennung ihrer revolutionär-demokratischen Plattform zur Agrarfrage. Mit ihrer Hilfe sollte es gelingen, die Bauern dem Einfluß der liberalen Bourgeoisie zu entziehen. Zur gleichen Zeit führten die Menschewiki ihre Wahlkampagne durch, wobei sie sich für ein Bündnis mit den Kadetten aussprachen.

Einen großen Einfluß auf die Entwicklung Sinowjews als Revolutionär und Parteiarbeiter hatte Wladimir Iljitsch Lenin. Sinowjew lernte von ihm taktische Beweglichkeit, die prinzipiellen Aussagen des revolutionären Marxismus zu verteidigen sowie die Fähigkeit, die strategischen Aufgaben des Kampfes und das gestellte Programm zu verwirklichen. Sinowjew konnte bei Lenin »Stunden nehmen« und dessen Beziehungen zu anderen Genossen studieren.

Der entschiedene Kampf der Bolschewiki unter Lenins Führung gegen opportunistische Strömungen und Versöhnlertum trug seine Früchte. Auf dem V. Parteitag, der im April/Mai 1907 in London stattfand, stellten die Bolschewiki die größten und stärksten Parteiorganisationen aus den Industriezentren. Hinter den Menschewiki standen die Vertreter der nichtindustriellen Gebiete. Unter den Delegierten der Petersburger Parteiorganisation war auch Sinowjew.

Dieser Parteitag war der letzte in der Geschichte, auf dem die Bolschewiki und die Menschewiki gemeinsam vertreten waren. Zwischen ihnen entflammte ein hartnäckiger Kampf. Sinowjew schrieb dazu: »Die Menschewiki klammerten sich mit aller Kraft an ihre Macht in der Partei, und wir waren gezwungen, ihnen die Macht zu entreißen, um die Partei von ihrem Einfluß zu befreien.«[4]

Sinowjew trat auf dem Parteitag zweimal auf. Das erstemal – mit einer Rede über den Kampf zwischen Bolschewiki und Menschewiki in Petersburg, das zweitemal – im Namen der Mandatsprüfungskommission des Parteitages.

Auf diesem Parteitag war Trotzki ebenfalls anwesend. Er gab seinen Eindruck von Sinowjew folgendermaßen wieder: »Gegen Ende einer der letzten Sitzungen sprach ein junger Delegierter aus Petersburg. Alle Welt beeilte sich, den Saal zu verlassen, und niemand hörte zu. Der Redner sah sich gezwungen, auf einen Stuhl zu steigen, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Trotz der mißgünstigen Umstände brachte er es fertig, eine immer größere Anzahl von Delegierten um sich zu versammeln und schließlich die Ruhe im Saal wiederherzustellen. Diese Ansprache machte aus dem Neuling ein Mitglied des Zentralkomitees.«[5]

Während der Debatten wurden Beschlüsse gefaßt, die die Bolschewiki

vorbereitet hatten. Dies waren Beschlüsse zu den grundlegenden Fragen der weiteren Politik der Partei. Sinowjew wurde zum erstenmal als Mitglied des ZK der SDAPR der Bolschewiki gewählt.

Die erste russische Revolution erlitt eine Niederlage. Als Sinowjew nach Rußland zurückkehrte, ging er in die Illegalität. Wie ihm das ZK und Lenin aufgetragen hatten, veröffentlichte er Schriften der Partei und nahm an der mündlichen Propaganda teil. Und hier bin ich erneut gezwungen, an »Unbekanntem über Bekanntes« zu rühren. Sinowjew schrieb in seiner Autobiographie, die im 41. Band des Lexikons von Granat veröffentlicht wurde, daß er im Frühling 1908 auf einer Redaktionssitzung einer illegalen Zeitung verhaftet wurde (welcher Zeitung, wird nicht erwähnt). Dem ist nicht so.

Im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, im Sinowjew-Fonds, fand ich Bittschriften von Sinowjew, seinen Verwandten und sogar von einem Baron D. Ginsburg an staatliche und polizeiliche Institutionen. Aus diesen Quellen ist eindeutig zu bestimmen, daß Sinowjew am Abend des 29. März direkt auf der Straße verhaftet wurde. Vor Gericht und Bestrafung rettete ihn ein Zufall – das Fehlen jeglicher kompromittierender Materialien bei seiner Durchsuchung und bei einer Haussuchung.

Vielleicht hatte auch der demütige Ton der Bittschrift einen gewissen Einfluß auf das Schicksal ihres Autors. Darin erklärten Sinowjew und seine Fürsprecher, daß er noch nie vor Gericht gestanden hätte, nicht in gesetzwidrige Angelegenheiten verwickelt und kein Mitglied von »Parteien oder Organisationen« wäre. Darüber hinaus wies man auf seine schwache Gesundheit hin. An den Chef der Geheimen Staatspolizei schrieb Sinowjew: »Ich habe die Ehre, Eure Hoheit nochmals untertänigst zu bitten, eine Anordnung über meine Freilassung zu erlassen oder mich wenigstens bald zu verhören. Das erste Verhör, auf dem ich bereit bin auszusagen, wird Eurer Hoheit unweigerlich meine volle Unschuld beweisen.«[6] Man kann sagen, daß dies ein Ton ist, der nur wenigen Funktionären der russischen Sozialdemokratie eigen war. Nach drei Monaten Haft im »Arresthaus des Kolomensker Truppenteils« wurde Sinowjew entlassen, nach Jelisawetgrad ausgewiesen und unter Polizeiaufsicht gestellt. Im Oktober 1908 reiste er ins Ausland, nach Genf.

In den Jahren der Reaktion

Der Terror der Schwarzhunderter, der der Niederlage der Revolution folgte, brach mit großer Kraft über die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse herein. Es gab Massenverhaftungen und Massenverbannungen.

Die Arbeiterpresse wurde liquidiert. Labile und schwankende Elemente verließen die Partei. Es machten sich Unstimmigkeit und Unentschlossenheit breit. Der Otsowismus drang in die Partei ein. Seine Vertreter verlangten, die Dumaabgeordneten abzuberufen und jegliche legale Arbeit einzustellen. Unter den Menschewiki tauchten die Liquidatoren auf, die die Liquidierung der illegalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und die Ausrufung einer legalen Partei forderten. Außer diesen Strömungen existierten noch andere kleine Gruppen, Grüppchen und Fraktionen, die sich um eine mittlere Stellung bemühten und die Reihen der Partei noch mehr spalteten. Sinowjew charakterisierte die Situation wie folgt: »In dieser schweren Zeit bestand unsere zentrale Aufgabe darin, die Partei Stein für Stein zu sammeln, um ihre Wiedergeburt vorzubereiten, und – die Hauptsache – die Grundlagen des Marxismus gegen alle möglichen Verfälschungen zu verteidigen.«[7]

Zu Ehren Sinowjews muß man sagen, daß er Lenin bei der Realisierung dieser wichtigen Aufgabe nach Kräften unterstützte. Lenin und er waren die beiden Vertreter des Auslandsbüros des ZK der SDAPR. Im Dezember 1908 nahm Sinowjew an der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR in Paris teil. Dort wurden Beschlüsse gefaßt, die die revolutionäre Linie und die organisatorische Arbeit der Partei in der damaligen Etappe bestimmten. Das Liquidatorentum und der Otsowismus wurden verurteilt.

Hier in Paris fand im Januar 1910 das letzte gemeinsame Plenum, das »Vereinigungsplenum«, des ZK der SDAPR statt. Außer den Bolschewiki und den Menschewiki nahmen polnische und lettische Sozialdemokraten und sogar Mitglieder des »Bund« teil. Drei Wochen lang stritt man sich aufs heftigste um den von Lenin vorgeschlagenen Plan, der die Vereinigung aller Kräfte auf der Grundlage des Kampfes um eine illegale Partei vorsah, um die Bestätigung ihres revolutionären Charakters und die Entfernung von Parteifeinden.[8]

Obwohl es Lenin erneut gelang, das Liquidatorentum und den Otsowismus als opportunistische Abweichungen von Teilen der Arbeiterklasse zu kennzeichnen und zu verurteilen, waren die dann gefaßten Beschlüsse von geringer Tragweite.

Einen Teil der Schuld daran muß den bolschewistischen Versöhnlern, die sich auch parteitreue Bolschewiki nannten, zugeschrieben werden: Lew Kamenew, Alexej Rykow, Grigori Sokolnikow, Miron Wladimirow, Solomon Losowski, Jossif Dubrowinski und andere. Den Vorschlag Lenins, mit den Liquidatoren zu brechen, unterstützten sie nicht, obwohl sie nicht gegen die Resolution über die Verurteilung des Liquidatorentums und des Otsowismus als Strömung gestimmt hatten. Leider schwankte

auch Sinowjew in dieser Frage und war vielfach inkonsequent. In seiner »Geschichte der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki)« erkennt er diesen Fakt nicht an. Er rechtfertigt die Widersprüche der Versöhnler damit, daß man »die Liquidatoren der Menschewiki in dieser Zeit als verirrte Brüder betrachtete und meinte, daß der größte Teil von ihnen trotzdem auf der Grundlage der auf diesem Plenum gefaßten Beschlüsse arbeiten würde«.[9]

Diese Rechnung ging nicht auf. Auf der VI. (»Prager«) Parteikonferenz der SDAPR, die 1912 stattfand und an deren Vorbereitung Sinowjew aktiv beteiligt war, wurden die Otsowisten, Liquidatoren und die mit ihnen sympathisierenden Trotzkisten aus der Partei ausgeschlossen. Dieser historisch wichtige Schritt wurde von Sinowjew so kommentiert: »Hätte der Bolschewismus in dieser Zeit seinen Gegnern irgendwelche theoretischen oder politischen Zugeständnisse gemacht, so hätte er schwerlich die große Rolle spielen können, die er in der Zukunft dann auch spielte.«[10]

Die Werke Lenins halfen Sinowjew bei der Erweiterung seines politischen Horizonts. »Von 1907 bis Mitte 1917 gingen alle bedeutenden Manuskripte Lenins je nach Arbeitsbedingungen durch unsere Hände, wurden mehrmals gelesen (Korrektur usw.) und auf Vorbesprechungen erörtert«, schrieb Sinowjew. »Und trotzdem liest man diese Arbeiten jetzt wie völlig neue«, fügte er hinzu.[11]

Die letzte Bemerkung ist symptomatisch. Sinowjew, der doch ständig mit Lenin zusammenarbeitete, war nicht immer und sofort in der Lage, eine Reihe von Leninschen Thesen vollständig zu erfassen. Nicht zufällig mußte Lenin die Arbeit Sinowjews als einer der Redakteure der Parteizeitungen »Proletari« und »Sozial-Demokrat« ständig kontrollieren. Er berichtigte auch Sinowjews Artikel, sollten sie sich doch durch eine hohe Prinzipienfestigkeit und Klarheit in der Darlegung der Positionen der Partei, besonders aber bei der Entlarvung der Gegner der Bolschewiki, auszeichnen.

Hier ein typisches Beispiel für solche Anforderungen: Sinowjew hatte einen Artikel über das »Nasche Slowo« – die Zeitung von Martow und Trotzki – veröffentlicht. In einem Brief an Sinowjew vom Juli 1915 schrieb Lenin: »Mit dem Schluß ihres Artikels (über das ›Nasche Slowo‹) bin ich nicht einverstanden.« Gleichzeitig forderte er: »Man muß hundertmal schärfer gegen den ›Frieden‹ zu Felde ziehen, den das *›Nasche Slowo‹* vertritt. Nicht sich rechtfertigen (›nicht darum geht es‹, ›wir erkennen an‹), sondern angreifen: die Leute vom ›Nasche Slowo‹ lassen leere Phra-

sen über den Frieden vom Stapel und *suchen einen Frieden mit den Sozialchauvinisten.*«[12]

Nicht weniger wichtig bei der Entwicklung der politischen Überzeugung Sinowjews war seine Zusammenarbeit mit Lenin bei der Vorbereitung und Herausgabe gemeinsamer Schriften. 1915 schrieben sie einen der programmatischen Artikel dieser Zeit – »Sozialismus und Krieg«.[13] Sie veröffentlichten gemeinsame Sammelbände mit Artikeln, die Lenin sorgfältig redigiert hatte – 1914: »Aus der Geschichte der Arbeiterpartei in Rußland« und 1918: »Gegen den Strom«.

Solche Fakten wirkten sich positiv auf die Autorität Sinowjews aus und erklären, warum er nach dem Sieg der Februarrevolution eine führende Rolle in der Partei übernahm.

Die Rückkehr

Gemeinsam mit Lenin kehrte Sinowjew in dem – dank dem Lärm der reaktionären Presse – berühmten »plombierten Waggon« aus dem Ausland zurück. Er nahm sofort die Arbeit auf. Am 6. April 1917 berichtete die »Prawda«: »Die aus der Emigration zurückgekehrten Mitglieder der Redaktion des Zentralorgans, die Genossen N. Lenin und G. Sinowjew, haben ihre Arbeit in der Redaktion der ›Prawda‹ aufgenommen.« Vom 24. bis 29. April fand die Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz) statt. Sinowjew führte den Vorsitz auf einigen Sitzungen, verlas wichtige Resolutionen, unter anderem »Über die Stellung zur Provisorischen Regierung«, die von Lenin ausgearbeitet worden war.[14] Bei den Wahlen für das ZK wurden die Kandidaturen Sinowjews und Lenins ohne Diskussion bestätigt.

Als die Doppelherrschaft beendet wurde, ging Sinowjew in die Illegalität. Gemeinam mit Lenin versteckte er sich in Rasliw, bereitete den VI. Parteitag der SDAPR(B), 26. Juli bis 3. August (8. bis 16. August) 1917, vor, auf dem er Mitglied des ZK wurde. Von der großen Autorität Sinowjews spricht folgende Begebenheit: Grigori Ordshonikidse schlug auf dem Parteitag vor, die Namen der Mitglieder des ZK, die die meisten Stimmen erhalten hatten, zu nennen. Sinowjews Name wurde nach dem von Lenin verlesen. Für ihn stimmten 132 der 134 Stimmberechtigten, lediglich einer weniger als für Lenin.[15]

Im September verließ Sinowjew die Illegalität und schrieb für die Presse der Bolschewiki. Sein Name ist unter den vierzig Kandidaten, die von der SDAPR(B) für die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung aufgestellt worden waren, ebenfalls zu finden. Der erste in dieser Liste war Lenin, nach ihm kam Sinowjew.

Es scheint so, als kündigte rein gar nichts die tiefen Meinungsverschiedenheiten zwischen Sinowjew und Lenin sowie der Mehrheit des ZK an, zu denen es im Oktober 1917 kam. Auf der historischen Sitzung des ZK der SDAPR(B) vom 10. (23.) Oktober stimmten zwei Mitglieder des ZK – Sinowjew und Kamenew – gegen den Kurs der Partei auf den bewaffneten Aufstand. In der erweiterten Sitzung des ZK vom 16. (25.) Oktober wandten sie sich abermals gegen den Aufstand. Da sie sich in der Isolation befanden, erklärten sie am 18. (31.) Oktober in der außerhalb der Partei stehenden Zeitung »Nowaja Shisn«, daß sie den Beschluß des ZK ablehnten. Damit war der Provisorischen Regierung ein wichtiger Beschluß verraten worden.

Schon damals erschien vielen Sinowjews Verhalten äußerst merkwürdig, da es nicht mit dem von ihm existierenden Bild als vorsichtiger Politiker, der zu keinerlei extravaganten Schritten fähig war, übereinstimmte. Diese Episode vom Oktober war ein scharfer Splitter im Leben und im Bewußtsein Sinowjews. Er kehrte mehrmals – mit oder ohne Anlaß – darauf zurück, unter anderem jedesmal im Zusammenhang mit den Aprilthesen Lenins.[16] Sinowjew war zwar nicht direkt gegen die Thesen, zweifelte jedoch an ihrer Realisierbarkeit. Im Protokoll einer der Diskussionen im ZK zu den Aprilthesen, die schon am 6. April stattfand, kann man lesen: *»Sinowjew.* Zweifel. Die Armee und ihre veränderte Haltung uns gegenüber im Falle des Aufbaus des Sozialismus. Die ›kleinen‹ Warenproduzenten und die Hindernisse, die sie in den Weg legen. Es gibt keine Beziehungen der russischen Revolution zu Westeuropa.«[17]

Sogar in diesen konspektierten Sätzen sieht man die Verwirrung Sinowjews, seine Unfähigkeit, die Ereignisse zu analysieren, die Bedeutung des schnellen Übergangs von der bereits vollendeten bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen zu begreifen. Sinowjew blieb hinter den Ereignissen zurück, verharrte auf den alten Positionen der Bolschewiki von 1905.

Die Anhänger dieser alten Plattform dachten auch noch 1917, daß die bürgerlich-demokratische Revolution noch nicht abgeschlossen sei, da sie nicht mit der Errichtung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern geendet hatte. Daraus resultierend, forderten sie in erster Linie die »Vollendung« der demokratischen Revolution. Was die sozialistische Revolution betraf, sollte man auf den Beginn der Revolution in Westeuropa, in den entwickelten Industrieländern warten.

Lenin kritisierte diese Ansichten heftig. Er wies nach, daß die bürgerlich-demokratische Revolution vom Februar eine Situation geschaffen hatte, die sich von Grund auf von der unterschied, die in der ersten russi-

schen Revolution entstanden war. Die Besonderheit bestand in einer noch nie dagewesenen Verflechtung der Machtorgane: einerseits die Macht der Bourgeoisie in Form der Provisorischen Regierung, andererseits die Macht der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern in Form der Sowjets. Lenin zeigte weiterhin, daß die Versuche einiger Genossen, den Beginn der sozialistischen Revolution in Rußland von der Entwicklung der revolutionären Ereignisse im Westen abhängig zu machen, dogmatisch und scholastisch seien. Ein wahrer »Schritt zum Sozialismus« wäre die Verwirklichung der Maßnahmen, die nach dem Sieg der Februarrevolution in Rußland auf dem Plan stehen, wie zum Beispiel die Nationalisierung des Bodens, die Kontrolle des Staates über die Banken und ihre Vereinigung in einer Zentralbank, die Kontrolle über die Versicherungsgesellschaften und die größten Syndikate der Kapitalisten.

Sinowjew drückte sein Unverständnis über die Möglichkeiten der Verwirklichung solcher Maßnahmen auf der Sitzung des ZK der SDAPR(B) am 16. (29.) Oktober aus, was aus dem Protokoll der Diskussion zu Lenins Rede ersichtlich war. Sinowjew war auch hier gegen den bewaffneten Aufstand. Der sozialistischen Revolution in Rußland stellte er die Februarrevolution gegenüber.[18]

Lenin hatte Sinowjew schon oft wegen dessen »Ehrfurcht« vor der Februarrevolution kritisiert. In der politischen Biographie Lenins, die Sinowjew 1924 geschrieben hatte, bekannte er: »In einem Artikel vom Mai 1917 hatte ich die Februarrevolution aus Gewohnheit ›die große Revolution‹ genannt. Genosse Lenin, der damals Redakteur der ›Prawda‹ war, strich dieses Wort energisch durch. Als ich ihn scherzhaft fragte, warum er dieses Wort überhaupt nicht mehr dulde, wies er mich sehr hart zurecht. Was das für eine ›große Revolution‹ sei?! Eine große Revolution wird es genau dann sein, wenn wir ... der Bourgeoisie die Macht entreißen ... Dann wird es eine große Revolution sein, dann schreiben Sie von mir aus die ›größte‹!«[19]

In dem Buch »Leninismus«, das 1925 erschien, beschwichtigte sich Sinowjew damit, daß die Aprilthesen nicht nur für ihn völlig unerwartet waren, sondern auch für eine Reihe führender Funktionäre der Partei. Die zu den Thesen entbrannte Diskussion blieb im »Rahmen einer bolschewistischen« und im »Rahmen des Bolschewismus«. Schließlich behauptete Sinowjew, daß man nicht »über die Theorie«, sondern »über das Tempo und die Eigenart des sich bemerkbar machenden Hinüberwachsens« stritt. Seine Ausführungen beendete er wie folgt: »Wer hier das Tempo verlor oder eine Stufe ausließ, konnte sehr schnell abrutschen, wenn er

nicht augenblicklich seinen Fehler berichtigte. Daran ist schon nicht mehr der Leninismus schuld, sondern der konkrete Leninist.«[20]

Sinowjew widmete nicht umsonst dieser wichtigen Frage von Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes in Rußland nach der Februarrevolution so viel Aufmerksamkeit. Seine Rechtfertigungsversuche resultierten daraus, daß er zu den Leninisten gehörte, die den Leninismus in diesem verantwortungsvollen Moment nicht bis zum Schluß begriffen. Sie verloren an Tempo und »verpaßten« nicht nur die nächste Stufe in diesem Kampf, sie befanden sich auf einer völlig anderen »Etage«.

Lenins Kritik an Sinowjew

Sinowjews und Kamenews Positionen beschäftigten Lenin sehr. Als einer der ersten verließ er das Gebäude der Duma in Lesnoi-Udelnaja, wo am 16. (29.) Oktober die Sitzung des ZK stattfand. Bis zu der illegalen Wohnung war es eine halbe Stunde Fußweg. Eino Rahja, der Lenin begleitete, erinnert sich: »Es wehte ein heftiger Wind, und es goß wie aus Kannen. Der Wind riß Wladimir Iljitsch die Mütze vom Kopf, die zusammen mit der Perücke ins Wasser fiel. Lenin hatten die Stellungnahmen Sinowjews und Kamenews gegen ihn so aufgebracht, daß er die Mütze aufhob und, so naß wie sie war, aufsetzte. Meinen Rat, sie zu säubern, beachtete er gar nicht. Den ganzen Weg sprach er von den Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm, Sinowjew, Kamenew und ihren Anhängern. Er äußerte sich sehr heftig über sie.«[21]

Am 18. (31.) Oktober schrieb Lenin seinen »Brief an die Mitglieder der Partei der Bolschewiki«[22] und am 19. Oktober (1. November) seinen »Brief an das Zentralkomitee der SDAPR(B)«[23]. Diese Briefe sind wichtige Dokumente, die den Charakter, das Herangehen, die Prinzipien und Methoden des Leninschen Kampfes gegen die »Streikbrecher des Oktober« und andere opportunistische Einflüsse in der Partei erhellen. Die Dokumente zerstören die Behauptung von der ideologischen Toleranz Lenins, seiner Neigung zu Kompromissen mit denen, die die Parteidisziplin verletzt hatten.

Lenin meinte, daß man solche Ausfälle keinesfalls vor der Partei geheimhalten sollte. Man müsse sofort reagieren, ohne die Verdienste derjenigen zu beachten, die von der Linie der Partei abgewichen waren, ohne Beachtung ihrer »Stellung in der Partei«. »Ich würde es als eigene Schmach ansehen, wollte ich aus Rücksicht auf meine früheren engen Beziehungen zu diesen ehemaligen Genossen schwanken, sie zu verurteilen. Ich sage offen, daß ich beide nicht mehr als Genossen betrachte und

mit aller Kraft sowohl im ZK als auch auf dem Parteitag für den Ausschluß der beiden aus der Partei kämpfen werde.«[24]

Gleichzeitig unterstrich Lenin, daß man sich nicht nur auf organisatorische Maßnahmen beschränken dürfe, wie zum Beispiel den Ausschluß aus der Partei. Man müsse sie ideologisch entwaffnen und die Haltlosigkeit ihrer Positionen zeigen. Außerdem solle man im Kampf gegen sie keine Befürchtungen über eine Spaltung der Partei hegen. Die Opportunisten haben immer mit einer Spaltung der Partei gedroht, und Sinowjew und Kamenew seien deshalb keine Ausnahme, als sie die gleiche Drohung benutzten. »Ich antworte auf diese Drohung, daß ich bis ans Ende gehen werde, daß ich mir die Redefreiheit vor den Arbeitern verschaffen und *um jeden Preis* den Streikbrecher Sinowjew als Streikbrecher brandmarken werde. Auf die Drohung mit der Spaltung antworte ich mit der Erklärung des Krieges bis ans Ende, bis zum Ausschluß beider Streikbrecher aus der Partei«, schrieb Lenin.[25]

Diese Schärfe und Unnachgiebigkeit hatten schwerwiegende Gründe. Später, als die Meinungsverschiedenheiten mit Sinowjew und Kamenew überwunden waren, erklärte Lenin seine Position auf folgende Art: »Am Vorabend der Revolution und zum Zeitpunkt des erbittertsten Kampfes um ihren Sieg können die geringsten Schwankungen innerhalb der Partei *alles zugrunde richten,* die Revolution vereiteln, die Macht den Händen des Proletariats entreißen, denn diese Macht ist noch nicht fest begründet und der Ansturm auf sie noch allzu stark. Wenn schwankende Führer in einer *solchen* Zeit abtreten, so schwächt das nicht, sondern stärkt sowohl die Partei als auch die Arbeiterbewegung und die Revolution.«[26] Dies schrieb Lenin im Dezember 1920.

Zwei Jahre später erinnert Lenin noch einmal im »Brief an den Parteitag« an die Auseinandersetzung mit Kamenew und Sinowjew vom Oktober 1917. Lenin bemerkt, daß diese Episode »natürlich kein Zufall war«. Gleichzeitig fügt er hinzu, daß »man sie ihnen aber ebensowenig als persönliche Schuld anrechnen kann«.[27] Einige Autoren betrachten diese Aussage Lenins beinahe als »Erlassung aller Sünden« für Sinowjew und Kamenew. Dabei stützen sie sich auf eine weitere Äußerung Lenins zu Sinowjew und Kamenew, die besagt, daß es falsch ist, »ohne besondere Notwendigkeit an Fehler zu erinnern, die vollauf korrigiert worden sind«.[28]

Im »Brief an den Parteitag« war weniger die Rede von der Lösung des Dilemmas »schuldig – nicht schuldig«. Lenin meinte, daß man die Episode vom Oktober Sinowjew und Kamenew nicht als Schuld anrechnen kann, weil sie damals nicht nur ihre persönlichen Zweifel geäußert hatten. Ihre Haltung spiegelt die Stimmung bestimmter Kreise in der Partei wider

und auch die solcher sozialen Schichten, die nicht gewillt waren, bis zum Sturz der Provisorischen Regierung durchzuhalten, und den werktätigen Massen kleine Zugeständnisse und Reformen zubilligen wollten. Sinowjew bekannte, daß er die Entschlossenheit Lenins unterstützte, der es verstand – seinen Worten nach –, »die Frage über den Aufstand im Oktober offen und scharf zu stellen und denen, die in dieser Minute schwankten, eine ›wütende‹, doch völlig gerechtfertigte Abfuhr zu erteilen«.[29]

Die Krise vom November

Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution waren Sinowjew und Kamenew erneut Ausgangspunkt für innerparteiliche Spannungen. Ende Oktober, auf dem Höhepunkt des antisowjetischen Putsches von Alexander Kerenski und Pjotr Krasnow, unterstützten sie die Forderungen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die an der Spitze des Gesamtrussischen Exekutivkomitees des Eisenbahnerverbandes standen. Sie forderten die Schaffung einer »sozialistischen Einheitsregierung«. Die Bolschewiki sollten in dieser Regierung eine untergeordnete Rolle spielen. Mehr noch, man zog die Möglichkeit einer Absetzung Lenins als Regierungsoberhaupt in Betracht.

Sinowjew und Kamenew schlugen auf der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees (GZEK), die in der Nacht vom 2. zum 3. (15./16.) November stattfand, eine Resolution als Antwort auf Proteste der Mehrheit des ZK vor. Darin hieß es, man wolle die Hälfte der Sitze in der neuen Sowjetregierung den Sozialrevolutionären und Menschewiki zur Verfügung stellen und das Zentralexekutivkomitee zugunsten der Vertreter nichtproletarischer Parteien und Organisationen nachträglich auf 150 Mitglieder erhöhen. Die linken Sozialrevolutionäre unterstützten die Resolution sofort. Sie wurde mit sechs Gegenstimmen bei einer Stimmenthaltung (von den 110 Mitgliedern des GZEK waren nur 40 anwesend) bestätigt. Gleichzeitig konstituierte sich eine Kommission mit Grigori Sinowjew, Lew Kamenew, David Rjasanow, den linken Sozialrevolutionären Wladimir Karelin und Prosch Proschjan, die die Verhandlungen mit den Bolschewiki führen sollten.

Die Situation verschärfte sich zusehends. »In der Nacht des 17. (4.) November war der große Saal gedrängt voll. Das Zentralexekutivkomitee sollte zusammentreten. Die Stimmung war gespannt«[30], schrieb John Reed. Auf dieser Sitzung des GZEK stimmten die Oppositionellen ungeachtet des Willens der Mehrheit des ZK der SDAPR(B) offen gegen den Beschluß über die Beendigung der Verhandlungen zur Schaffung einer sozialistischen Einheitsregierung. Grigori Sinowjew und Lew Kamenew

sowie Alexej Rykow, Wiktor Nogin und Wladimir Miljutin, die sie unterstützten, erklärten ihren Austritt aus dem ZK. Die drei letzteren und Iwan Theodorowitsch traten außerdem aus dem Rat der Volkskommissare aus.

Die »Antwort der Leninisten kam«, wie John Reed schrieb, »schnell und erbarmungslos«.[31] Am Morgen des 7. (20.) November erschien in der »Prawda« ein von Lenin verfaßter Aufruf »Vom Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki)«. Lenin verurteilte die desorganisierende Tätigkeit der Gruppe um Sinowjew und Kamenew. Er schrieb: »Die ausgetretenen Genossen haben wie Deserteure gehandelt ... Wir verurteilen diese Desertion aufs entschiedenste.«[32] Es folgten auch praktische Schritte der Verurteilung. Auf Vorschlag des ZK der Partei der Bolschewiki wurde Jakow Swerdlow anstelle Kamenews zum Vorsitzenden des GZEK gewählt. Das ZK verstärkte auch den Rat der Volkskommissare. An die Stelle derer, die die Regierung verlassen hatten, traten Grigori Petrowski, Alexander Schlichter, Pēteris Stučka und Mark Jelisarow.

Sinowjew, der die Härte und Unnachgiebigkeit der Mehrheit des ZK der Partei spürte, machte sofort eine Kehrtwendung. Am 8. (21.) November erschien in der »Prawda« sein »Brief an die Genossen«. Der Ton des Briefes war völlig anders als der in den von ihm und Kamenew kurz zuvor veröffentlichten Artikeln. »Über mich und meine Kollegen ging ein Hagel Beschuldigungen nieder, die natürlich ungeheuerlich überspitzt sind und nur durch die angeheizte Atmosphäre, in der wir leben und arbeiten, hervorgerufen wurden«, rechtfertigte sich Sinowjew. Man stellte schon keine Ultimaten mehr, und Sinowjew meinte: »Wir müssen uns der Parteidisziplin unterordnen.« Es folgte die Erklärung seiner Loyalität gegenüber der Politik des ZK mit der Schlußfolgerung: »Es gab in unserer Partei keine Spaltung, und es darf sie auch nicht geben.«

In der Folgezeit war Sinowjew mehrmals gezwungen, zu seiner Position zurückzukehren. So gab es im Herbst 1924 eine Diskussion zu Trotzkis Buch »Die Lehren des Oktober«. Dessen Ziel war letztlich eine Aufbauschung der Meinungsverschiedenheiten, die es damals im ZK der SDAPR(B) gab. Sinowjew erklärte dazu, daß diese Meinungsverschiedenheiten hauptsächlich dank dem Eingeständnis seiner Schuld überwunden seien.

»*Wenn* der Fehler nicht sofort erkannt worden *wäre, wenn* nicht die Partei ihn einmütig berichtigt *hätte, wenn* es den Genossen Lenin in der Partei nicht gegeben *hätte,* hätten solche Meinungsverschiedenheiten ernsthafte Folgen haben können. Aber das Gegenteil war ja der Fall.«[33]

Dank einer geschickten Bereinigung der Angelegenheit durch Lenin konnte Sinowjew seine »Verirrungen vom Oktober« sehr schnell überwinden. Das ZK schickte ihn Mitte November 1917 nach Kiew, wo er an einer Konferenz der Bolschewiki teilnahm, die den Plan für den Sturz der Regierung der Ukrainischen Rada ausarbeitete. Nach seiner Rückkehr nach Petrograd wurde Sinowjew Ende 1917 zum Vorsitzenden des Petrograder Sowjets gewählt, den er bis Januar 1926 leitete.

Sinowjew kämpfte an Lenins Seite im ZK der SDAPR(B), im GZEK, auf dem Außerordentlichen Siebenten Parteitag der KPR(B) (6.–8. März 1918), auf dem III. Sowjetkongreß (Januar 1918) und auf dem Außerordentlichen IV. Gesamtrussischen Sowjetkongreß (März 1918) für den Abschluß des Brester Friedens. Er half Lenin bei der Vereinigung der linken Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung. Als im März 1919 die Vertreter von 30 kommunistischen und linken sozialistischen Parteien die III., Kommunistische Internationale (Komintern) gründeten, wurde Sinowjew zum Vorsitzenden ihres Exekutivkomitees gewählt. In dieser Funktion arbeitete er bis zum Oktober 1926.

In den Jahren des Bürgerkrieges zeigte sich Sinowjew nicht von seiner besten Seite. Obwohl er formell der Vorsitzende des Verteidigungskomitees von Petrograd war, mußten das ZK, Lenin und das Gouvernementskomitee von Petrograd die Verteidigung über den Kopf Sinowjews hinweg organisieren.

Während der Diskussion über die Gewerkschaften, die 1921 stattfand, ging Sinowjew – nicht ohne einige Schwankungen zu Beginn der Diskussion – auf die Seite der Leninschen »Plattform der Zehn« über. Unter seiner Leitung wurde den Trotzkisten und der »Arbeiteropposition« in Petrograd eine Abfuhr erteilt.

Die folgenden drei Jahre (1922–1925) kann man als »Sternstunden« Sinowjews bezeichnen. Im Auftrag des ZK verlas er die Rechenschaftsberichte auf dem XII. (17.–25. April 1923) und XIII. Parteitag der KPR(B), (23.–31. Mai 1924), schrieb einige wichtige Resolutionen der KPR(B) und der Komintern. Seine Bücher, Artikel und Reden wurden veröffentlicht. Man begann mit der Herausgabe einer 22bändigen Ausgabe Gesammelter Werke von Sinowjew. Er propagierte das ideologische Erbe Lenins und verteidigte den Leninismus gegen die Angriffe Trotzkis und seiner Anhänger. Die Teilnahme Sinowjews an den innerparteilichen Diskussionen (1923/1924) mit den Trotzkisten und die Rolle, die er darin spielte, sind zwei der »weißen Flecken« in seiner politischen Biographie. Hingegen ist bekannt und darf nicht vergessen werden: Auf der ersten Sitzung

des II. Sowjetkongresses der UdSSR, der am 26. Januar 1924, also unmittelbar nach dem Tode Lenins, stattfand, war es Sinowjew, der dem Petrograder Sowjet den Vorschlag unterbreitete, der Stadt Petrograd den Namen Leningrad zu geben. Dieser Vorschlag wurde von allen Arbeitern der Stadt unterstützt. Im gleichen Jahr beschloß das GZEK, die Stadt Jelisawetgrad in Sinowjewsk umzubenennen.

All das zeugt davon, daß Sinowjew Mitte der zwanziger Jahre als erfahrener Funktionär, der das Vertrauen der Partei und eine große Autorität besaß, als Propagandist und Agitator der Partei galt.

Charakteristisch ist die Selbsteinschätzung, die Sinowjew in einer seiner Reden jener Jahre gab. Sich mit Trotzki vergleichend, der damals der »zweite Mann« in der Partei war, erklärte Sinowjew: »Der Genosse Trotzki hat einen ähnlichen Beruf wie ich, er ist ebenfalls Agitator.« Und weiter: »Dieser Tage las ich in einer ausländischen weißgardistischen Zeitung, daß es in Rußland ungefähr fünf Leute gäbe, die ganz Rußland ›überredet‹ hätten. Und ich war geschmeichelt, als ich unter den fünf Namen auch meinen erblickte. In dieser Liste der Fünf stand ich neben Trotzki.«[34]

Dieser aussagekräftige Gedanke kennzeichnet nicht nur eine gewisse Arroganz Sinowjews zu jener Zeit, sondern auch seine Vorstellungen über seinen Platz unter den anderen politischen Funktionären, über seine Rolle und über die Bedeutung der von ihm geleiteten politischen und staatlichen Ämter.

In vielen Vorträgen und Büchern Sinowjews aus dieser Zeit trifft man die Formulierung »die Schritte der Geschichte hören«. In dem Artikel »Die Philosophie der Epoche« (1925) schrieb er: »Die Schritte der Geschichte sind fast physisch wahrzunehmen. Ein altes Kapitel endet, ein neues beginnt. Sich im klaren zu sein, was vorgeht – das ist eine Aufgabe von großer Wichtigkeit.«

In erster Linie verdienen die Äußerungen Sinowjews über das Verhältnis internationaler und nationaler Seiten des revolutionären Weltprozesses, über den Zeitfaktor bei seiner Entwicklung Aufmerksamkeit. 1924 sprach er in seinem Bericht auf dem XIII. Parteitag der KPR(B) darüber, daß man im ZK – auch während des Kampfes um den Brester Frieden – im Verlauf von zwei, drei Monaten tagtäglich auf die Nachricht vom Beginn der Revolution in Europa wartete. Im Bericht hieß es: »Wir meinten damals erstens, daß, wenn wir die Macht erobert haben, wir damit morgen schon die Revolution in den anderen Ländern entfesseln. Wir dachten zweitens, wenn dies wider Erwarten nicht geschehen würde, könnten wir uns als isoliertes Land, als einziges, sich selbst überlassenes, revolu-

tionäres Land nicht halten und wären zum Untergang verurteilt. Den Faktor der ›Zeit‹ haben wir nicht richtig eingeschätzt.« Die Erfahrungen zeigten, daß »die Frage der Weltrevolution keine Frage von drei Monaten ist, sondern von viel längerer Zeit. Gleichzeitig entwickelte sich die Sache so, daß die erste, angeblich isolierte Revolution sich viel länger halten konnte, als wir angenommen hatten.«[35]

Auf der V. Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, die vom 21. März bis 6. April 1925 stattfand, erklärte Sinowjew in seiner Rede »Die Internationalen Perspektiven und die Bolschewisierung der kommunistischen Parteien«: »Sich der Situation anpassen und dem Marxismus treu bleiben ist lange noch kein Opportunismus. Das ist die revolutionäre Pflicht eines Kommunisten. Der Weg zum Sieg ist noch weit, der Weg der Weltrevolution noch lang.«[36]

Diese Schlußfolgerung ist nicht nur aussagekräftig hinsichtlich des Umdenkungsprozesses über frühere Fehler Sinowjews, sondern auch der »linken Kommunisten« und der Trotzkisten, der »Hitzköpfe« in der Parteiarbeit. Sie hatten bisher die innere Entwicklung des Landes in direkte Abhängigkeit von der Entwicklung der revolutionären Ereignisse in den anderen Ländern gestellt. Sinowjews Schlußfolgerung ist auch deshalb bedeutsam, weil von ihr ein direkter Weg zur wichtigsten Frage der innerparteilichen Diskussion jener Jahre führt – zur Frage nach der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem einzelnen Land. In dem Buch »Leninismus« kann man lesen: »Um sich besser vorstellen zu können, wie die Frage bei uns in der UdSSR (1925) stand, muß man zwei Dinge unterscheiden: 1. die gesicherte Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus – ihre Verwirklichung ist in den Grenzen eines Landes durchaus denkbar – und 2. der endgültige Aufbau und die Festigung des Sozialismus, das heißt die Errichtung des sozialistischen Gesellschaftssystems, der Übergang zum zweiten, höheren Stadium des Kommunismus. Die Frage: ist der endgültige Sieg des Sozialismus in einem einzelnen Land möglich, bedarf einer Antwort.«

Sinowjew meinte, daß unter dem endgültigen Sieg des Sozialismus die Abschaffung der Klassen zu verstehen sei und als Folge davon die Abschaffung der Diktatur einer Klasse, in unserem Fall der Diktatur des Proletariats. »Der vollständige und endgültige Sieg des Sozialismus ist der Übergang von der ersten, niederen Phase der kommunistischen Gesellschaft zur zweiten, höheren Phase. Endgültiger Sieg des Sozialismus heißt Beseitigung der Mängel bei der Verteilung und Beseitigung der Ungleichheit des bürgerlichen Rechts, die nur dann vollständig und für immer sein

kann, wenn eine auf den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft beruhende Technik entwickelt wird.«[37]

Hiervon ausgehend, schlußfolgerte Sinowjew: »Die eine Seite ist der Sturz der Macht der Bourgeoisie und die Schaffung einer proletarischen Regierung. Das kann man für den Anfang auch in einem einzelnen Land realisieren. Die andere Seite ist die Sicherung des vollständigen und endgültigen Sieges der sozialistischen Gesellschaft. Das letztere ist nur nach dem Sieg des Proletariats in einer Reihe von Ländern möglich.«[38]

Wie aus den Betrachtungen Sinowjews hervorgeht, verstand er die marxistisch-leninistische Konzeption der Etappen der Errichtung und Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation des Kommunismus – der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, des Sozialismus als erste Phase des Kommunismus und des Kommunismus selbst – auf seine Art und Weise. Mehr noch, er stellte die zwei Seiten einer Medaille gegenüber: die Frage nach der Möglichkeit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in einem Land – solch eine Möglichkeit existierte in der UdSSR real – und die Frage des vollständigen und endgültigen Sieges des Sozialismus in einem einzelnen Land – dies konnte tatsächlich nur im Resultat der Durchbrechung der kapitalistischen Einkreisung der Sowjetunion geschehen, das heißt im Ergebnis des Sieges sozialistischer Revolutionen in einer Reihe von Ländern. Der Logik Sinowjews nach, sah es wie folgt aus: Die Errichtung des Sozialismus in einem Land, im konkreten Fall in der UdSSR, ist möglich, aber der endgültige Sieg sehr unwahrscheinlich.

Aus diesem von ihm konstruierten Dilemma folgten bestimmte Beziehungen zu konkreten Fragen der Politik der Partei und des Sowjetstaates. So negierte Sinowjew nicht – im Unterschied zu Trotzki oder den Anhängern der »Arbeiteropposition« – die Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) für den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion. Er kritisierte Trotzki, der die NÖP im Vergleich zum Kriegskommunismus als Reform der Rechnungsführung in der Volkswirtschaft abwertete. Sinowjew dagegen sah in der NÖP eine neue Stufe in der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft: »Das ist das größte, verantwortungsbewußteste, das entscheidende Manöver der Partei des Proletariats.«

Außerdem meinte Sinowjew, daß die NÖP eine zeitweilige Form der Politik, einer Politik des Übergangs sei, die durch die spezifischen Bedingungen der Entwicklung des Landes hervorgerufen wurde. Allerdings war Sinowjew die Richtung dieser Entwicklung in einigem noch unklar, so kann man in seinen Arbeiten solche Behauptung finden wie: »Wir haben

in der NÖP einen konkreten Weg zum Sozialismus für ein Land der Bauern gefunden, obwohl es von der Bourgeoisie eingeschlossen ist.«[39]

Er wiederholte, dem Beispiel Lenins folgend, in seinem Bericht auf dem XIII. Parteitag: »Aus dem Rußland der NÖP, aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken der NÖP wird eine sozialistische Union werden.«

Allerdings tragen diese Erklärungen aus dem Munde Sinowjews eher einen »rituellen« Charakter. Er schlug keine konkreten Maßnahmen für eine Übergangsperiode vor. Mehr noch, er übertrieb ständig die Bedeutung der ersten Phase der NÖP, des Anfangs der Zugeständnisse an den Kapitalismus, an das Privatkapital, an den Sektor der kleinen Warenproduktion in der Volkswirtschaft und erkannte nicht die besondere Bedeutung ihrer zweiten Phase – den Weg über die Genossenschaften zum sozialistischen System zivilisierter Genossenschaftler. »Wenn wir den zurückgelegten Weg der russischen Revolution untersuchen, müssen wir jetzt klar und eindeutig – dem Beispiel Lenins folgend – sagen, daß die NÖP ein Rückzug war ... nicht vom Kriegskommunismus zum Sozialismus, sondern zu einem eigenwilligen ›Staatskapitalismus‹ in einem Arbeiterstaat«[40], schrieb Sinowjew.

Diese Ansichten über die NÖP stimmten aber mit denen Lenins nicht überein. Auf dem XI. Parteitag der KPR(B) im März 1922 sagte Lenin: »Der Rückzug ist beendet, jetzt geht es um die Umgruppierung der Kräfte. Das ist die Direktive, die der Parteitag ausgeben muß, die dem Durcheinander und dem Wirrwarr ein Ende setzen muß.«[41]

Widersprüchlich waren auch Sinowjews Auffassungen vom Wesen des politischen Systems des Sowjetlandes, von der Rolle der Kommunistischen Partei. Er polemisierte mit Trotzki, der die führende Rolle der Partei in einer klassenmäßig organisierten Gesellschaft abwertete. Sinowjew verfiel ins andere Extrem – er begründete die Idee von der Diktatur der Partei. »Die Diktatur der Arbeiterklasse beinhaltet als Voraussetzung die führende Rolle ihrer Avantgarde, das heißt die Diktatur ihres besten Teils, ihrer Partei«, stellte Sinowjew 1923 in seinem Bericht an den XII. Parteitag der KPR(B) fest.

Zwei Jahre später bezeichnete er diese Idee in seinem Buch »Leninismus« als Gesetzmäßigkeit des sozialistischen Aufbaus und fragte weiter: »Welcherart ist die unmittelbar treibende Kraft der Macht in der UdSSR? Wer verwirklicht die Macht der Arbeiterklasse?« Worauf seine Antwort lautete: »Die Kommunistische Partei! In diesem Sinne gibt es bei uns eine Diktatur der Partei.« Hieraus leitete er auch den nächsten Imperativ ab: »Die Diktatur der Partei erfüllt die Funktion der Diktatur des Proletariats.«[42]

In dieser Zeit stellte Sinowjew mehrere widersprüchliche Thesen für die kommunistische Bewegung auf, die zum Teil denen zuwiderliefen, die er in Punkt 21 der Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern selbst formuliert hatte. Sinowjew war Vorsitzender des Exekutivkomitees der Komintern und trug demzufolge die direkte Verantwortung für die sektiererische Politik der Komintern gegenüber den sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale und den nichtproletarischen Organisationen und Bewegungen.

Die Frage über die Rolle Sinowjews in der Komintern bedarf einer gesonderten Erforschung. Hier sollen nur einige Fakten aufgezeigt werden. In seinem Bericht an den XII. Parteitag der KPR(B) bemerkte Sinowjew sehr richtig, daß »die Kommunistische Internationale kein Bund verschiedener Parteien ist, die miteinander sympathisieren«, sondern ein Bund von gleichgesinnten Parteien. Aber er gab daneben auch eine völlig falsche Definition des Begriffes »Einheit der kommunistischen Parteien«, indem er ihn als »ihre Einheitlichkeit« bezeichnete. Sinowjew behauptete, daß die Komintern »eine einheitliche Partei ist, die über viele Länder verteilt ist. Sie ist mehr als eine Partei – sie ist eine Sekte oder sogar eine Art Nation, da man ohne Blutsverwandtschaft eine einheitliche Kultur, einen einheitlichen Glauben, eine einheitliche Lebensart nur durch eine Nation schaffen kann.«[43]

Sinowjew gebührt die »Ehre«, die These verlesen zu haben, derer sich danach die Gruppe um Stalin bemächtigte und die nicht wieder gutzumachenden Schaden in den Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten anrichtete – die These vom Übergang der westeuropäischen Sozialdemokratie zum Sozialfaschismus. Im Bericht Sinowjews am 25. März 1925 auf der V. Erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Komintern lautet diese These so: »Indem die Sozialdemokratie sich dem Faschismus anschloß, ist sie von ihm besiegt worden.«[44]

Ausgehend von den dargelegten Ansichten Sinowjews, kann man mit Bestimmtheit sagen, daß er nicht als Theoretiker der Partei angesehen werden kann. Trotz einer großen Anzahl von Publikationen, Vorträgen und Reden traf Sinowjew nur sehr selten tiefgründige und weitreichende Verallgemeinerungen der Erfahrungen der Partei nach der Oktoberrevolution.

Sinowjew verfügte jedoch unbestritten über ein großes Arsenal von ideologisch-theoretischem Wissen, wovon einiges auch heute noch von größtem Interesse ist. Er war einer der wenigen, der das theoretische Erbe Lenins sehr gut kannte, und nicht zufällig gehörte er zu den Verteidigern des Leninismus, indem er gegen die Angriffe Trotzkis und seiner An-

hänger auftrat. Zu jener Zeit zählte nicht nur Stalin, wie bis vor kurzem noch behauptet wurde, sondern auch Sinowjew zu den Initiatoren der mehr oder weniger konsequenten Kritik am Trotzkismus.

Sinowjew erinnerte die Partei als erster an Trotzkis Vergangenheit bis zum Oktober 1917 und an seine Auftritte gegen Lenin und die bolschewistische Parteilinie. Er zeigte die Haltlosigkeit vieler Angriffe der Trotzkisten auf die Politik der KPR(B) zu Fragen der innerparteilichen Demokratie, des Kampfes gegen den Bürokratismus, zu Fragen der Tätigkeit der Sowjets und der Errichtung der materiell-technischen Basis des Sozialismus. Einen wichtigen Beitrag leistete Sinowjew mit der Kritik an der trotzkistischen Plattform zu Fragen des Parteiaufbaus. Auf dem Januar-Plenum des ZK der KPR(B) (1924) wies Sinowjew die Widersprüchlichkeit in den Behauptungen der Trotzkisten deutlich nach. Sie meinten, daß Fraktionen in der Partei verboten werden müßten, ließen aber gleichzeitig die Existenz verschiedener Gruppierungen zu. Praktisch gab es jedoch keinen Unterschied zwischen Fraktionen und Gruppierungen. Die Einheit und Festigung der Reihen der Partei mußten eine Garantie für ihre normale Arbeit sein und nicht die Bildung von Gruppierungen. Jede Uneinigkeit in der Partei führt zur Spaltung, und erst recht jene, für die die Trotzkisten eintraten, führte dazu. »Jetzt stehen sie auf folgender Position – ein Streik: Schuld hat das ZK; dieser oder jener Mißerfolg in der internationalen Politik: Schuld hat das ZK. Für sie heißt es jetzt: je schlechter, um so besser. Wenn eine solche Fraktion in der Partei legal wird, können wir das Land nicht mehr regieren. Wir dürfen es nicht zulassen, daß sie nach der Formel handeln: Waska hört und ißt«[45], schrieb Sinowjew.

Sinowjew war an der Erarbeitung einiger Resolutionen zum Trotzkismus beteiligt, so an der Resolution »Über Ergebnisse der Diskussion über kleinbürgerliche Abweichungen« auf der XIII. Parteikonferenz (Januar 1924) und an der Resolution des Januar-Plenums des ZK der KPR(B) 1925. Ich riskiere folgende Vermutung: Wenn das Januar-Plenum des ZK mit dem Vorschlag Sinowjews und der ihn unterstützenden Leningrader Parteiorganisation einverstanden gewesen wäre, Trotzki wegen Fraktionsbildung wenigstens aus dem Politbüro und dem ZK auszuschließen, so wäre sicher nicht nur das Schicksal Sinowjews ein anderes gewesen, sondern die Entwicklung der gesamten Partei, des gesamten Landes wäre anders verlaufen. Es ist bezeichnend, daß der Vorschlag von vielen Rednern des Plenums unterstützt wurde, aber er fand keine Mehrheit.

Trotzki behielt alle Parteifunktionen. Hieraus wird sichtbar, welchen Druck Stalin auf die Teilnehmer des Plenums ausübte. Schon damals verfolgte er seine eigenen Interessen. Er betrachtete Trotzki als eine Art

»Kampfeinheit« gegen Sinowjew und Kamenew und wollte ihn zu diesem Zweck auf seine Seite ziehen.

Im Sinowjew-Fonds gibt es eine Mappe mit Entwürfen und Materialien seiner Rede auf dem XIV. Parteitag der KPdSU(B) (18.–31. Dezember 1925). Dort findet man folgende Notiz: »Die Frage über Tr(otzki) prallte auf die Fra(ge) der Persönlichkeit. Hier ist die Stütze Tr(otzkis). In den Schwankungen hier. In der ungenü(genden) Entschl(ossenheit) hier.« Unter dem Begriff »Schwankungen« und »ungenügende Entschlossenheit« in Verbindung mit Trotzki versteht Sinowjew in erster Linie Stalin. Der Schluß seiner Notiz gibt darüber Auskunft. Sinowjew geht darin nochmals auf die Einschätzung der innerparteilichen Situation am Vorabend und während des XIII. Parteitages (1924) in Verbindung mit Lenins »Brief an den Parteitag« ein. »Der Brief wurde nicht vollständig veröffent(licht), sondern nur die Absetzung«, schrieb Sinowjew. Er verstand unter »Absetzung« die Abberufung Stalins aus der Funktion des Generalsekretärs. Sinowjew war der Ansicht, daß eine solche Verschiebung der Akzente des »Briefes an den Parteitag« Trotzki in die Hände spielen mußte. »Wie hätte sich Iljitsch verhalten?« fragte er und notierte weiter: »Die Partei wollte Tr(otzki) den Mund stopfen.« Sinowjew beendete seine Ausführungen mit einem neuen Frage-Antwort-Spiel: »Welche Verbrechen hat Tr(otzki) nach dem Parteitag begang(en)? Ein einziges: ein Vorwort«[46]. (Gemeint sind »Die Lehren des Oktober«, die als Vorwort zum dritten Band der Gesammelten Werke Trotzkis erschienen.)

Gleichzeitig lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Intrigen Stalins gegen ihn und Kamenew. Die für den Kampf gegen Trotzki 1924 gegründete »Siebenergruppe« (dazu gehörten alle Mitglieder des Politbüros außer Lew Trotzki: Stalin, Sinowjew, Kamenew, Rykow, Tomski, Bucharin und der Vorsitzende der Zentralen Kontrollkommission Walerian Kuibyschew) wurde von Stalin illegal zur »Fünfergruppe« reduziert, das heißt, Sinowjew und Kamenew wurden ausgeschlossen. »Sieben bis Fünf«, schrieb Sinowjew und schlußfolgerte: »Man muß einander vertrauen.«[47]

Sinowjew schätzte die Situation völlig richtig ein. Als Stalin verhinderte, den Kampf gegen Trotzki und den Trotzkismus bis zu seinem logischen Ende zu führen, verfolgte er damit nicht die allgemeinen Interessen der Partei, sondern zutiefst egoistische, persönliche. Durch Intrigen gegen Sinowjew und Kamenew und Liebäugeleien mit Trotzki erreichte er 1925 das, was er wollte: Es gelang ihm, Trotzki zu neutralisieren, Sinowjew und Kamenew zu einem unüberlegten Schritt zu zwingen – zum Kampf gegen ihn unter für sie ungünstigen Bedingungen, nämlich der faktischen Isolation von der Mehrheit des Politbüros, des ZK und der gesamten Partei.

Dies mußte natürlich ihre antistalinsche Position schwächen, sich auf den Inhalt der von ihnen vorgeschlagenen Plattform auswirken und sie zu einer Handlung treiben, die ihrem politischen Tod gleichkam – zu einem Bündnis mit Trotzki, der ihnen noch gestern ein unversöhnlicher Gegner war. Das ist die rücksichtslose Logik des Fraktionskampfes. Sie zeugt davon, daß Stalin die persönliche Verantwortung für die ungewöhnliche Verschärfung dieses Kampfes trägt, dem die Partei bis Ende der zwanziger Jahre ausgesetzt war und der sie daran hinderte, sich vollständig auf die Lösung der schwierigen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion zu konzentrieren.

Gab es eine »neue Opposition«?

Noch bis vor kurzem konnte man diese Frage ohne große Schwierigkeiten beantworten. Neue Dokumente aus den Archiven und eine gründlichere Analyse bereits bekannter Materialien zeigen, daß es auch hier eine Reihe von Problemen gibt.

In erster Linie ist folgendes zu beachten: Sinowjew als Vorsitzender des Petrograder (seit 1924 des Leningrader) Sowjets gelang es, nach dem Prinzip der persönlichen Ergebenheit eine gut organisierte Gruppe von Mitstreitern zu bilden. Zu dieser Gruppe gehörten viele Mitglieder des Gebietskomitees der Partei, darunter der erste Sekretär, die Sekretäre der meisten Regionskomitees und mehrere Abgeordnete des Leningrader Sowjets. Die Gruppe wählte ihre Kader in die Gebiets- und Regionskomitees sowie in die Sowjets.

Die unter Sinowjews Leitung durchgeführte langjährige »Auswahlarbeit« erreichte ihr erwartetes Resultat. Sinowjew und seine Gruppe erfreuten sich im Parteiapparat uneingeschränkter Autorität. So muß man, wenn man schon über eine »Ausgeburt des Apparates«, über eine »Taktik des Apparates« spricht, auch Sinowjew als eine solche »Ausgeburt« betrachten. Ohne Berücksichtigung dieser Umstände wird die Bildung der »neuen Opposition« schwer zu verstehen sein.

Alles begann im Winter 1925. Die Leitung des Gebietskomitees des Komsomol unterbreitete den Vorschlag, in Leningrad eine Gesamtrussische Komsomolkonferenz durchzuführen. Man hatte jedoch versäumt, diesen Vorschlag mit dem ZK des Komsomol abzustimmen. Das Politbüro sah sich auf seiner Sitzung am 25. Februar 1925 gezwungen, diese Konferenz zu verbieten, da man darin einen Versuch der Abgrenzung vom ZK des Komsomol sah, mehr noch – einen Versuch der Schaffung eines parallelen und mit ihm konkurrierenden Zentrums. Am 5. März beschloß das Politbüro, das Leningrader Gebietskomitee des Komsomol zu festigen, da

es dort zu Erscheinungen des Separatismus gekommen war. Georgi Safarow, das für Komsomolarbeit zuständige Mitglied des Gebietskomitees der KPR(B), wurde abgesetzt. Stalin erklärte in seinem Schlußwort auf dem XIV. Parteitag, der gegebene Fall »zeige, daß die Leningrader Genossen die Tendenz haben, ihre Leningrader Organisation in ein Zentrum des Kampfes gegen das ZK zu verwandeln«.[48]

Nach dem »Komsomolkonflikt« trat eine Reihe von Parteifunktionären auf, unter ihnen auch Sinowjew. Er forderte, eine spezielle Zeitschrift mit der gleichen Bezeichnung wie das Zentralorgan der Partei – »Bolschewik« – in Leningrad herauszugeben. Das ZK wandte sich gegen diese Forderung mit der Begründung, eine solche Zeitschrift müßte sich als »zweites« Zentralorgan unweigerlich in ein Instrument der Fraktion verwandeln.

Gleichzeitig veranlaßte die Gruppe um Sinowjew einige personelle Veränderungen im Parteiaktiv der Stadt. Erfahrene Funktionäre, die Vertrauen und Autorität besaßen (I. F. Kodazki, F. P. Grudinski und andere), wurden unter verschiedenen Vorwänden abgesetzt; viele, die abweichende Meinungen vertraten, wurden degradiert. Auf Anweisung der Sinowjew-Gruppe wählte man in nur zehn Monaten des Jahres 1925 ungefähr 200 Parteiorganisatoren der Regionskomitees in führende Funktionen. In einzelnen Kreisen und in Wohnungen begann man Versammlungen der »neuen Opposition« durchzuführen. Auf diesen Zusammenkünften wurden streng geheime Informationen weitergegeben. Sinowjew selbst nahm an solchen Treffen teil. Seine Gruppe nutzte die Kampagne zur Vorbereitung des XIV. Parteitages. Die Kandidaten für die Delegierung wurden sehr sorgfältig ausgewählt. Man ließ sogar offensichtliche Verletzungen der innerparteilichen Demokratie zu. So bestätigte das alte Gebietskomitee auf Initiative der Sinowjew-Leute das neue Komitee in einer Stärke von 131 Mann noch vor Beginn der XXII. Leningrader Parteikonferenz. Ebenso verfuhr man mit der neuen Kontrollkommission des Gebietskomitees.

Auch die Delegierten zur Gebietsparteikonferenz wurden von Sinowjews Gruppe bestimmt. Dies waren in erster Linie junge Mitglieder der Partei im Alter bis zu 30 Jahren. Das Wirtschaftsaktiv der Stadt, alles erfahrene Kommunisten, war praktisch neutralisiert. Dieser Teil der Mitglieder der Stadtparteiorganisation war auf der Konferenz in so geringer Anzahl vertreten, daß der Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission, N. I. Gordon, sie erst gar nicht erwähnte.

Diese und andere Fakten zeugen davon, daß es den Sinowjew-Leuten am Vorabend des XIV. Parteitages gelungen war, die Schlüsselpositionen

in der Leningrader Parteiorganisation zu besetzen, oder, wie sich ein Delegierter des Parteitages ausdrückte, daß »keiner wagte, ... gegen ... Genossen Sinowjew aufzumucken«.

Der XIV. Parteitag

Die Logik des Kampfes zwang Sinowjew, zu einem Mittel zu greifen, das in der Partei recht unpopulär war. Er bat die Delegierten, eine Unterschriftensammlung durchzuführen, um das im Statut verankerte Recht wahrnehmen zu können, mit einem Korreferat zum Rechenschaftsbericht des ZK aufzutreten. Die »neue Opposition« erreichte das notwendige Minimum – 43 Unterschriften. Damit galt sie in den Augen der übergroßen Mehrheit der Delegierten als »Fraktion«, als »Spalter«.

Das Korreferat war im Unterschied zu den ungewöhnlich kontroversen Auftritten der Vertreter der Mehrheit, wie zum Beispiel Nikolai Bucharins Rede, in friedlichen und vorsichtigen Tönen gehalten. Trotzdem wurde das Korreferat mit dem Auftreten Sinowjews und Kamenews im Oktober 1917 verglichen: »Etwas Besseres als diese Rede hätten sich unsere Feinde kaum wünschen können«[49], meinte der Delegierte Pawel Postyschew auf dem Parteitag.

Im Korreferat kam in verschleierter Form zum Ausdruck, daß in den entstandenen Meinungsverschiedenheiten, die auf der persönlichen Feindschaft der beiden Führer der Gruppen, Sinowjew und Stalin, beruhten, auch objektive Widersprüche in den Methoden der Leitung, in der Entwicklung der Volkswirtschaft und des ganzen Landes eine Rolle spielten. »Der Streit geht um das System der Politik und die Einschätzung der ökonomischen Strukturen in unserem Land«, sagte Sinowjew. Die Wurzeln dieses Streits lagen in der unterschiedlichen Charakterisierung der durchlaufenen Entwicklung. Sinowjew sah diesen Aspekt der entstandenen Widersprüche.

In den Materialien für die Vorbereitung des Korreferats gibt es ein interessantes Dokument, dessen Bezeichnung für sich spricht: »Die Leitgedanken der Opposition«. Demzufolge zählte Sinowjew sich und seine Anhänger gedanklich zur Opposition zum ZK. Das unterstützt auch die Analyse von 19 Thesen, die genau diese »Leitgedanken« darstellen. Dort gibt es richtige Aussagen, die mit dem Grundkurs der Partei völlig übereinstimmen. Andere Aussagen zeugen davon, daß die »neue Opposition« eine eigene politisch-ideologische Plattform besaß, wenn diese auch noch nicht bis ins Detail durchdacht war.

In den Thesen Sinowjews sind Aussagen zu finden zur Diktatur der Partei in der UdSSR, »die während der Diktatur des Proletariats erhalten blei-

ben muß«; zur Anerkennung der NÖP als richtige Politik, durch die »man zum Sozialismus in einem solchen Land wie der UdSSR kommen kann«, gleichzeitig die Forderung nach Beendigung der NÖP. Ebenfalls gehört zu den Thesen der Aufruf zu einer notwendig beschleunigten Industrialisierung auf Kosten einer höheren Besteuerung des Einzelbauern und Kulaken sowie die faktische Absage an das Prinzip der Bezahlung nach der Leistung, die sich in der Losung »Mehr arbeiten und weniger bekommen, aber immer in den Grenzen der Notwendigkeit« ausdrückte und bestätigt wurde.[50]

Die Plattform der »neuen Opposition« setzte der Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten keinen unüberwindlichen Widerstand entgegen. Eine sachliche, die Eigenliebe der Führer nicht verletzende Polemik hätte diese Diskrepanzen überwunden. Sinowjew und Stalin hatten außerdem nichts gegen eine solche Wende der Dinge. Als sich Sinowjew auf seine Rede auf dem XV. Parteitag (1927) vorbereitete, kam er wieder zu den Debatten des XIV. Parteitages zurück. »Wenn man den Text der Resolutionen des XIV. P(arteitages) nimmt, so waren die Meinungsverschiedenheiten nicht so groß, um unbedingt eine Fraktion bilden zu müssen«, schrieb er. »Aber die ›Bearbeitung‹, die Anprangerung machten es unmöglich, sich unterzuordnen, wie es sich gehört. So wuchs die Spannung.« Eine sehr genaue Beobachtung, die den wirklichen Hergang der Diskussion mit der »neuen Opposition« darstellt. »Wir gingen zur Propagierung der Reden und zum s(o)ge(nannten) Weg der Fraktion über«, schrieb Sinowjew, »das ZK und die ZKK gingen zum Parteiausschluß über (was kein Scherz ist). Wir entschlossen uns, für eine Diskussion zu kämpfen. Wir wollten... die Partei überzeugen. Wir wollten... die Partei erkämpfen. Wir wollten nicht... die Partei spalten.«[51]

Die namentliche Abstimmung über die vom XIV. Parteitag vorgeschlagenen Resolutionen brachte folgendes Ergebnis: für die Resolution des ZK, von Uglanow verlesen – 559 Stimmen, für die von Kamenew vorgetragene Resolution der »neuen Opposition« – 65 Stimmen.

Schlußfolgerungen

Die »neue Opposition« hatte eine eindeutige Niederlage erlitten. Aber es wäre äußerst unbedacht, aus diesem Fakt einseitige Schlußfolgerungen abzuleiten. Es gibt, wie man so schön sagt, auch eine Kehrseite der Medaille. Sinowjews Herangehen an die Errichtung des Sozialismus in der UdSSR verdient eine aufmerksamere Analyse als bisher. Zu jener Zeit hätte man seinem Weg den Vorzug geben müssen vor den kämpferisch-

nihilistischen Positionen Trotzkis und den dogmatischen Ansichten Stalins.

Sinowjews kritische Bemerkungen zu Stalins Buch »Fragen des Leninismus« und einige andere Arbeiten von ihm, die im Sinowjew-Fonds gefunden wurden, verdienen ein außerordentliches Interesse.

Sinowjew erkannte die wesentlichen Unzulänglichkeiten der Stalinschen Konzeption, in der »der Sieg der Revolution dem Sieg des Sozialismus gleichgesetzt« wurde, sehr richtig. So behauptete Stalin, daß derjenige, der die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land negiere, auch gesetzmäßig die Rechtmäßigkeit der Oktoberrevolution in Frage stellen müsse.[52] Dazu bemerkte Sinowjew: »Eine grobe, wilde Entstellung. Es sieht so aus, als würde Lenin die ›Rechtmäßigkeit der Oktoberrevolution negieren‹.«

Recht hat Sinowjew auch mit der Kritik an einer anderen zentralen Behauptung in der Stalinschen Konzeption: Aufbau des Sozialismus in der UdSSR heiße, die sowjetische Bourgeoisie mit eigenen Kräften zu überwinden. Sinowjew kommentierte: »Und das Kleinbürgertum, kann es etwa nicht zu einem Zarentum bäuer(licher) Begrenzt(heit) kommen?« Sehr aktuell sind Sinowjews Bemerkungen zu einigen Vorstellungen Stalins über den Platz und die Rolle der Partei beim Aufbau einer neuen Gesellschaft und zu Problemen des Parteiaufbaus. Obwohl Sinowjew auf diesem Gebiet selbst eine Menge Fehler gemacht hat, entbehren seine Gedanken doch nicht der Wahrhaftigkeit. »Bei Stalin gibt es keine Partei, das heißt, ihre Diktatur ist die Diktatur ihrer Funktionäre«, schrieb Sinowjew. »Es gibt keine Partei, keine die Massen führende Avantgarde... Es gibt Führer, und es gibt eine Stimmung der Massen, aber keine Partei.«

Sinowjews Gedanken über die Ursachen für die ständige innere Spannung in der Partei sollte man auch heute nicht außer acht lassen. *»Die Methode der Polemik* – es werden keine wahren Meinungsverschiedenheiten erörtert, sondern man denkt sich *scheinbare* Meinungsverschiedenheiten aus. Nur ein Beispiel: Entweder wußte Stalin nicht, wie die Frage noch 1923 in Wirklichkeit gestellt wurde, oder er wußte es – dann ist das ein glänzendes Beispiel dafür, wohin die Theorie der ›Diskreditierung‹ führen kann.«[53] An anderer Stelle fragte Sinowjew erneut: »Wie konnte es in unserer Partei zu solch einem ideologischen Durcheinander kommen, daß das ZK nicht rechtzeitig korrigiert hat?« Und antwortete: »Es gab keine kollek(tive) ideolo(gische) Führung.« Dann die Schlußfolgerung: »Eifersucht? – Wem soll man das erste Wort sagen. Nicht erörtern, sondern sich einigen.«[54]

Diese und eine Reihe anderer Bemerkungen Sinowjews, die bis jetzt

unterschätzt wurden, gehören in den Fundus des Prozesses der Säuberung der Leninschen Konzeption des Sozialismus von den Stalinschen Deformationen, der gerade begonnen hat. Sie können der Entlarvung des Stalinismus als gefestigtes System von Ansichten und Methoden dienen, die zur Formierung des administrativen Kommandosystems in der UdSSR führten.

Sinowjew mußte den hohen Preis der Niederlage der von ihm geleiteten »neuen Opposition« zahlen. Auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU(B), das 1926 stattfand, wurde er gemeinsam mit einem seiner engsten Vertrauten, dem ersten Sekretär des Leningrader Gebietskomitees der Partei, Grigori Jewdokimow, nach Moskau abberufen. Sinowjews Mitstreiter Kamenew wurde zum Kandidaten des Politbüros bestimmt (vorher Mitglied des Politbüros). Danach enthob man ihn der Funktion des Vorsitzenden des Rates für Arbeit und Verteidigung und der des Stellvertreters des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare.

Auf dem Plenum gab Sinowjew folgende Erklärung ab: »Angesichts der Lage, die auf dem XIV. Parteitag entstand, kann ich natürlich nicht mehr als Vorsitzender der Komintern fungieren. Ich bitte das Plenum des ZK, meine Erklärung anzunehmen und die Beschlüsse zu fassen, die sich daraus ergeben.« Stalin, der nach Sinowjew das Wort ergriff, meinte kategorisch: »Ich schlage vor, die Erklärung des Genossen Sinowjew abzulehnen und die alte Zusammensetzung der KPR zu bestätigen.«[55] Bucharin, Kalinin und Tomski unterstützten Stalins Vorschlag. Außer drei Teilnehmern stimmte das gesamte Plenum dafür, Sinowjew in dieser Funktion zu belassen. Zur Delegation der KPR für das Exekutivkomitee der Komintern gehörten Grigori Sinowjew, Nikolai Bucharin, Jossif Stalin, Lew Kamenew und Alexej Rykow sowie als Kandidaten Lew Trotzki, Grigori Sokolnikow, Solomon Losowski und Ossip Pjatnizki.

Sehr scharf äußerte sich Feliks Dzierżyński auf dem Plenum. Er wandte sich an Sinowjew und Kamenew: »Unsere Einheit besteht nicht darin, daß wir mit euch Kinder taufen. Unsere Einheit besteht darin, daß wir den Staat leiten. Dafür muß es eine bestimmte politische Linie geben. Deshalb hat der Parteitag die Diskussion verboten.« Weiter erläuterte der Redner sein Verständnis von der Einheit der Reihen der Partei und ihres Führungskreises: »Es gibt eine bestimmte politische Linie, du mußt diese Linie verwirklichen. Du kannst deine eigene Meinung haben, aber nur in den Grenzen dieser politischen Linie, die gegeben ist. Darin besteht unsere bolschewistische Einheit. Und nur dank einer solchen Einheit haben wir bisher gesiegt, und nur mit Hilfe einer solchen Einheit werden wir auch weiterhin siegen.«[56]

Kamenow solidarisierte sich nicht nur vollständig mit Sinowjew, der gebeten hatte, ihm zu gestatten, seine Position in der Presse darzulegen. Kamenew ging noch einen Schritt weiter. Er forderte, der Minderheit im Rahmen des Statuts Gelegenheit zu geben, »ihre Position zu erklären und zu betonen, daß sie von der Mehrheit des Parteitages abgelehnt worden sei«. Die Spannungen heizten sich erneut an, und es ist ungewiß, wie die Erörterungen ohne Stalins Einmischung geendet hätten. Er hatte sich ausnahmsweise die Rolle des »Friedensrichters« für beide Seiten zugedacht. Er schlug vor, die Reden und Vorträge des XIV. Parteitages bei Einverständnis ihrer Autoren zu veröffentlichen. Stalin war mit Dzierżyński nicht einverstanden, die Minderheit als »Opposition« zu bezeichnen. Er erklärte: »Da das Wort ›Opposition‹ die Genossen sehr verletzen würde, laßt uns ›Opposition‹ durch ›Minderheit‹ ersetzen.« Kamenew war einverstanden mit Stalin, seine beiden Vorschläge wurden angenommen und im Protokoll Nr. 1 der Sitzung des Plenums festgehalten.

So endete die fällige innerparteiliche Diskussion offensichtlich im beiderseitigen Einvernehmen. Wie aber die nächsten Ereignisse zeigten, war das Finale nur nach außenhin friedlich gewesen. Dies wiederum bestätigt noch einmal die Behauptung, daß die Grundlage der Meinungsverschiedenheiten zwischen der Mehrheit des ZK und der »neuen Opposition« nicht die unterschiedlichen Charaktere ihrer führenden Funktionäre war. Die Widersprüche wurzelten in unterschiedlichen Ansichten zu den prinzipiellen Fragen der Politik der Partei und des Sowjetstaates. Genau diese prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten waren nicht beseitigt und machten sich beim ersten Auftreten einer Verschärfung der politischen Situation bemerkbar.

»Die Oppositionellen des zweiten Aufgebots«

Die Worte dieser Überschrift stammen aus der Autobiographie Trotzkis »Mein Leben« und meinen Sinowjew und Kamenew, die in der ersten Hälfte des Jahres 1926 mit Trotzki in Kontakt traten. Das führte zu einem Bund, der von ihnen selbst als »vereinigte linke Opposition«, von denen aber, gegen die diese Opposition auftrat, als »trotzkistisch-sinowjewscher Block« bezeichnet wurde.

Diesem Ereignis ging eine gegenseitige Amnestie der neuen Verbündeten voraus. Sinowjew nahm die Anschuldigungen gegen Trotzki und die trotzkistische Opposition von 1923/24 auf dem Juli-Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B), das 1926 stattfand, zurück. Er erkannte ihre Plattform als richtig an. »Wir sagten, daß kein Zweifel daran bestehen kann, daß der Kern der Opposition von 1923 vor den Gefahren eines Abweichens

von der Linie des Proletariats und eines erschreckenden Anwachsens des Regimes des Apparates richtig gewarnt hatte. Das beweist die Entwicklung der heute führenden Fraktion ....Ja, in der Frage über die bürokratischen Einschränkungen des Regimes hatte Trotzki uns gegenüber recht.«[57] Auf dem Plenum bereute Sinowjew noch zwei von ihm begangene Fehler – die Ablehnung des bewaffneten Aufstandes vom Oktober und die Nichterfüllung der Forderung Lenins in seinem »Brief an den Parteitag«, Stalin als Generalsekretär abzusetzen.

Trotzki erklärte sich solidarisch mit der »neuen Opposition«. Er bekannte, er habe in den »Lehren des Oktober« »opportunistische Abweichungen in der Politik fälschlicherweise mit den Namen Sinowjew und Kamenew in Verbindung gebracht. Wie die Erfahrung des ideologischen Kampfes im ZK zeigt, war das ein grober Fehler.« Trotzki meinte, daß diese Abweichungen von einer »Gruppe unter Führung Stalins, die gegen die Genossen Sinowjew und Kamenew agierte, hervorgerufen« worden waren. Die Trotzkisten verurteilten die Entfernung der »neuen Opposition« aus der Leningrader Parteiorganisation. Sie bezeichneten diese Maßnahme als »Repressalien gegen wichtige Kader der Leningrader Organisation nach dem XIV. Parteitag«[58].

Als Sinowjew den Bund mit Trotzki schloß, wurde eine Prinzipienlosigkeit offenbar, die sogar seine engsten Vertrauten in Verwirrung stürzte, aber ihre Entgegnungen fanden keine Beachtung. Die Sache ging so weit, daß Sinowjew auf erstaunte Fragen der Anhänger der »neuen Opposition« antwortete, es hätte den Trotzkismus nie gegeben, er wäre von ihnen nur erdacht worden, um so einen geeigneten Vorwand für die Entfernung Trotzkis aus der Leitung zu haben. Michail Laschewitsch erklärte einer Gruppe Oppositioneller aus Leningrad, die extra nach Moskau gekommen waren, um die Frage über den Trotzkismus zu klären: »Warum zerbrechen Sie sich darüber den Kopf? Wir haben doch mit Ihnen den Trotzkismus im Kampf gegen Trotzki erfunden. Wieso wollen Sie das denn nicht verstehen? So helfen Sie nur Stalin.« Sinowjew äußerte sich mehrmals in gleicher Weise: »Man muß doch das verstehen, was war. Es gab einen Kampf um die Macht. Die ganze Kunst bestand darin, die alten Meinungsverschiedenheiten mit den neuen Fragen zu verbinden. Dafür wurde der Trotzkismus erfunden.«[59]

Das sind spekulative Erklärungen. Sie zeugen nicht nur von den moralischen Eigenschaften der Führer der »neuen Opposition«, sondern auch davon, daß die im Politbüro, im ZK und in der Partei vorhandenen Meinungsverschiedenheiten nach dem XIV. Parteitag der KPdSU(B) nicht ausgeräumt wurden. Im Gegenteil, sie nahmen einen für die Einheit der Par-

tei noch gefährlicheren Charakter an. Denn gerade Sinowjew und Kamenew erklärten mehrmals noch vor der Bildung der »vereinigten linken Opposition«, sie seien mit vielen Beschlüssen der leitenden Organe der Partei nicht einverstanden. Sie forderten mit Unterstützung Trotzkis, einerseits die Erörterung einiger Fragen zu verschieben, andererseits zur Diskussion über bereits gelöste Probleme zurückzukehren.

Die Arbeit des Politbüros wurde erheblich erschwert. Die Vertreter der Opposition bemühten sich erst gar nicht, die Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, die nur zu natürlich waren bei der Erörterung großer Probleme der Entwicklung des Landes. Nicht selten bauschten sie die unterschiedlichen Standpunkte erst richtig auf. Dabei sollte die Mehrheit des ZK die Verantwortung für Fehlentscheidungen in der Arbeit des Politbüros und für die von der Opposition geschaffenen Hindernisse tragen. Aber auch die Verfahrensweise der Mehrheit war nicht immer die beste. Sie ließ sich in den Fraktionskampf hineinziehen und wich so nicht selten vom Leninschen Prinzip der Kollektivität der Leitung ab, wenn sie Beschlüsse auf der Grundlage der »Fraktionssolidarität« faßte. Sie beachtete die Meinung der Oppositionellen nicht und sah in jedem ihrer Schritte nur das Bemühen, in der einen oder anderen Diskussion zu konkreten Problemen die Oberhand zu gewinnen. Außerdem praktizierten Stalin und seine Umgebung erneut die Methode des »Schattenkabinetts«. Man machte sich das Recht der Mehrheit zunutze – Beschlüsse zu wichtigen Fragen wurden bereits vor der Erörterung im Politbüro gefaßt.

Das gemeinsame Plenum von ZK und ZKK der KPdSU(B), das im Juli 1926 stattfand, entfernte Sinowjew aus dem Politbüro. Alexej Rykow bemühte sich, diesen Beschluß auf der Sitzung des Moskauer Parteiaktivs am 26. Juli zu rechtfertigen: »Das Plenum des ZK und der ZPKK hielt es für unmöglich ..., die Frage über die Beziehungen des Gen. Sinowjew zur praktischen Organisation einer Fraktion zu umgehen.« Weiter unterstrich er: »Wenn sich der Gen. Sinowjew auf dem Plenum des ZK und in der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) entschlossen von der illegalen, spalterischen Fraktionstätigkeit distanziert hätte, so gäbe es in der Kontrollkommission und auf dem Plenum des ZK und der ZPKK keine ihn betreffende Frage. Aber Gen. Sinowjew erschien nicht zur Sitzung der ZPKK. Ungeachtet der Dringlichkeit der Einladung erklärte er, er sei mit der Erarbeitung von Thesen zu den Neuwahlen der Sowjets beschäftigt. Außerdem hat er sich auf dem Plenum von all den spalterischen Schritten nicht losgesagt.«[60]

Im Oktober des gleichen Jahres fand wiederum ein gemeinsames Plenum von ZK und ZPKK der KPdSU(B) statt, das die Tätigkeit der Opposition un-

tersuchte. Es kam der Bitte einer Reihe von Vertretern kommunistischer Parteien nach und enthob Sinowjew der Funktion des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Komintern. Eine Zeitlang schränkte Sinowjew seine Tätigkeit im Block ein, aber im Herbst 1927 nahm er wieder an den sich erneut ausbreitenden Diskussionen teil. Im Block war man von den Ereignissen abgelenkt und mit der Fraktionswelle beschäftigt. Sinowjew hatte seinen Glauben verloren, fühlte sich ausgebrannt und demoralisiert, war auf große politische Auftritte und Beschlüsse nicht vorbereitet.

Trotzki sah in der Passivität Sinowjews beinahe den Hauptgrund für die Niederlage des Blockes. Im Buch »Mein Leben« ist eine seiner »geistreichen Bemerkungen« zu lesen: »Stalin wird betrügen, und Sinowjew wird davonlaufen.«[61] Dabei stützte er sich auf die Aussage eines Oppositionellen (S. W. Mratschkowski).

So war es in der Tat. Im November 1927 wurde Sinowjew wegen Organisierung einer Demonstration des Blockes (am 7. November) und einer Reihe anderer Aktionen aus der Partei ausgeschlossen. Die Arbeit des XV. Parteitages der KPdSU(B) (Dezember 1927) war noch nicht zu Ende, als Sinowjew, Kamenew und ihre Gesinnungsgenossen (insgesamt 23 Leute) eine Erklärung an das Präsidium des Parteitages richteten. In dieser Erklärung wurden die Ansichten der Opposition als fehlerhaft und antileninistisch bezeichnet, die Organisierung von illegalen Versammlungen, Druckkereien usw. verurteilt. »Deshalb nehmen wir die Forderung des Parteitages über die ideologische und organisatorische Entwaffnung an. Wir verpflichten uns, die Ansichten und Beschlüsse der Partei, ihre Parteitage, ihre Konferenzen und ihr ZK zu verteidigen«, hieß es in der Erklärung.

Nach dem Parteitag wurde in den Grundorganisationen der Beschluß »Über die Opposition« verwirklicht. Dutzende und Hunderte ehemaliger Mitglieder des Blockes bekannten ihre Fehler und wurden auf der Grundlage von individuellen Anträgen wieder in die Reihen der Partei aufgenommen.

Bei der Rückkehr Sinowjews und Kamenews in die Partei gab es eine Reihe von Begleiterscheinungen. Am 15. Januar 1928 erschien der Artikel »Die zerstörerische Arbeit der Trotzkisten gegen die Komintern« in der »Prawda«. Darin wurde der Inhalt der »direktiven Briefe des trotzkistischen Zentrums«, die an die »ausländischen Anhänger von Trotzki und Co.« gerichtet waren, dargelegt und kommentiert. Diese Briefe waren unter der Bezeichnung »Zwei Dokumente« in die Geschichte der kommunistischen Bewegung eingegangen. Sie wiederholten faktisch das Programm des »trotzkistisch-sinowjewschen Blockes«. Es gab aber auch einige neue Momente darin. Erstens riefen sie alle Anhänger der »linken

Opposition« in der kommunistischen Bewegung auf, den Kampf gegen die KPdSU(B) in der Komintern zu verstärken, zweitens waren sie eindeutig gegen Sinowjew und Kamenew gerichtet. Im ersten Punkt der »Dokumente« hieß es: »Man muß klar verstehen, daß das Abspalten der Kapitulanten (Sinowjew, Kamenew) von der Opposition eine Kontrolle aller Elemente der internationalen Opposition erforderte – eine Kontrolle der Opposition der KPR oder eine Kontrolle der Kapitulanten? So und nur so muß die Frage jeder einzelnen Gruppe in Europa und jedem einzelnen Oppositionellen gestellt werden.« Es folgte der kategorische Imperativ: »Mit den Kapitulanten muß man schonungslos brechen, von den Schwankenden und Abwartenden muß man sich offen distanzieren.«

Damit bestimmte Trotzki, wie es für ihn in solchen Fällen typisch war, rigoros das weitere Verhalten von Sinowjew und Kamenew im voraus. Ihnen blieb im Prinzip nichts weiter übrig, als die »Dokumente« heftig zu kritisieren und zu verurteilen. Dies taten sie mit einem »Brief an das ZO«. Sie schrieben, daß sie nicht mit allen Ansichten und Methoden Trotzkis übereinstimmten, auch wenn sie mit ihm die »vereinigte linke Opposition« bildeten. Der »Stein des Anstoßes« wäre die Theorie Trotzkis vom »sowjetischen Thermidor«. »Niemals, auch nicht in den angespanntesten Momenten des Fraktionskampfes, haben wir uns dieser Meinung angeschlossen... Solche Ansichten sind eine ideologische Falle, in die unweigerlich jede Gruppe geht, die sich der KPR unversöhnlich entgegenstellt. Die Kenntnis dieser wesentlichen politischen Gefahr spielt eine nicht geringe Rolle bei unserem politischen Bruch mit der Gruppe Lew Trotzkis, und wir müssen zu unserem Bedauern sagen, daß sich die Befürchtungen früher, als man erwarten konnte, bestätigten; die veröffentlichten Dokumente unterstützen dies vollauf.«[62]

Sinowjew hat eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht: von der Negierung des Trotzkismus als politische Strömung (Juli 1926) bis zur faktischen Solidarisierung mit der Stalinschen Einschätzung des Trotzkismus als eine Strömung, die sich mit der internationalen Konterrevolution verbündet hätte. Sinowjews Kritik am Trotzkismus verstärkte sich weiter, besonders nach der Veröffentlichung der Bücher Trotzkis »Die permanente Revolution« und »Mein Leben« im Ausland.

Im Sinowjew-Fonds gibt es eine Akte unter der Bezeichnung »Notwendige ›Berichtigungen‹ am Buch Trotzkis ›Mein Leben‹«. Diese »Berichtigungen« verfaßte Sinowjew während seines Urlaubs in Kislowodsk im März 1930. Er erklärte, daß er lediglich den zweiten Band des Buches »Mein Leben« gelesen hatte, und auch den nur flüchtig. Trotzdem schrieb er: »Ich meine, daß man dieses Buch nicht ohne Antwort lassen

darf. Dort sind unglaubliche Abscheulichkeiten über jeden von uns enthalten, in erster Linie jedoch über W. I. (Lenin – der Verf.). Das Buch ist in vielen Teilen für ›unser Ausland‹ geschrieben, deshalb liest es sich leicht und ›umgeht‹ ohne zu zögern eine Reihe von Themen, die dem Autor nicht von Nutzen sind. Aber das Buch bleibt. Für die Geschichte hat es eine bestimmte Bedeutung. Tr(otzki) beschreibt eine Menge Dinge ›aus erster Hand‹ und tritt als ›Augenzeuge‹ von höchster Kompetenz auf. Viele Momente können allein durch Augenzeugenberichte widerlegt werden (da es nicht für alles Dokumente gibt). Ich bin überzeugt, daß St(alin) das Buch Tr(otzkis) nicht ohne Antwort läßt. Aber ich meine, daß ich wenigstens verpflichtet bin, Tr(otzki) zu antworten.« Der Schluß dieser kurzen Bemerkungen, die fast vollständig angeführt wurden, lautet: »Ich habe im Moment keine Hoffnung, daß die Antwort veröffentlicht wird. Aber ich schreibe trotzdem«.[63]

Das ist ein Beweis von großer Wichtigkeit, weil Sinowjew dies nicht für Außenstehende oder für Stalin, sondern für sich selbst geschrieben hat. Und er wird sich nicht selbst hintergehen. Deshalb ist seine Rezension des Buches von Trotzki auch so kostbar. 1930 wurde sie nicht publiziert, aber ich denke, daß wir im Sinne Sinowjews handeln, wenn wir sie im Rahmen dieser Skizze mitveröffentlichen. Zudem wird noch einmal unterstrichen, daß die Selbstbezichtigung Sinowjews im Prozeß von 1936, ein »trotzkistisch-sinowjewsches terroristisches Zentrum« gebildet zu haben, jeder Grundlage entbehrt, daß die Geständnisse unter Folterung oder ihrer Androhung von ihm erpreßt wurden. Zu solch einem Geständnis gehören die folgenden Worte Sinowjews: »Mein Streit mit Trotzki nach dem XV. Parteitag, auf dem er das Wort ›Verrat‹ an meine und an die Adresse Kamenews gerichtet hat, war in Wirklichkeit ein kleines Geplänkel, eine Unstimmigkeit. Wir haben Trotzki zu dieser Zeit nicht verraten, aber wir haben die bolschewistische Partei, der wir angehören, verraten. Von 1928 bis 1932 gab es zu keinem Zeitpunkt einen wirklichen Unterschied zwischen dem Trotzkismus und uns. Und deshalb sind wir völlig gesetzmäßig zum Terrorismus übergegangen.«[64]

Die Organisatoren des Prozesses, die Sinowjew zu dieser ungeheuerlichen Selbstverleumdung gezwungen hatten, vergaßen offensichtlich die Veröffentlichung des oben genannten »Briefes an die Redaktion des ZO« in der »Prawda«. Die Redaktion der Zeitung schrieb in einem Kommentar, daß »Kamenew und Sinowjew mit diesem Brief einen entscheidenden Schritt tun, der all denen die Rückkehr in die Partei erleichtert, die auf diesen Positionen gestanden haben.«[65]

Im Juni des Jahres 1928, auf der Höhe der Rehabilitierungswelle, wurden

Sinowjew und Kamenew wieder in die Partei aufgenommen. Aber nicht für lange Zeit. 1932 stellte man sie vor Gericht und schloß sie erneut aus der Partei aus. Diesmal wurde ihnen die angebliche Kenntnis der »Rjutinschen Plattform«[66] und unterlassene Information an die Führungsorgane vorgeworfen. 1933 wurden sie nach einem Reuebekenntnis noch einmal in die Reihen der KPdSU(B) aufgenommen. Sinowjew beschäftigte sich in der folgenden Zeit vorwiegend mit wissenschaftlicher und journalistischer Arbeit. Er veröffentlichte in der Parteipresse Artikel zur Parteigeschichte und zur Historie der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Nach der Ermordung Kirows im Dezember 1934 wurde Sinowjew abermals aus der Partei ausgeschlossen. Damit begann die letzte Periode seines Lebens.

Die letzten Jahre

Wenn man sich diesen tragischen Tagen zuwendet, kann man folgende Kette von Ereignissen verfolgen. Sergej Kirow wurde am 1. Dezember 1934 um 16.30 Uhr in der Nähe seines Arbeitszimmers im Smolny durch einen Genickschuß getötet. Am 2. Dezember fuhren Jossif Stalin, Wjatscheslaw Molotow, Kliment Woroschilow und Andrej Shdanow nach Leningrad. Stalin führte am selben Tag persönlich das Verhör. Der Mörder L. W. Nikolajew war ein Angestellter, der im März 1934 wegen Verletzung der Parteidisziplin aus den Reihen der KPdSU(B) ausgeschlossen und kurz vor dem Attentat aufgrund eines Gesuchs wieder aufgenommen worden war.

Andrej Shdanow, der zusammen mit Stalin nach Leningrad gekommen war, wurde auf dem gemeinsamen Plenum des Leningrader Gebiets- und des Stadtkomitees der KPdSU(B) am 15. Dezember zum ersten Sekretär gewählt. Auf dem Plenum trat er mit einer Rede auf. Einige Passagen mahnten viele Kommunisten sofort zur Vorsicht: »Jetzt ist allen klar, daß ... die Reste der sinowjewschen Opposition, die ihren konterrevolutionären Kampf gegen die Partei und die Sowjetmacht nicht aufgegeben haben, sich in der ersten Reihe der erbittertsten Weißgardisten befinden, die einen tödlichen Haß gegenüber der UdSSR empfinden und den Terror gegen ihre Funktionäre organisieren.«[67] In einer Resolution der Werktätigen der Stadt und des Gebietes, die auf dem Plenum beschlossen wurde, wird zur Erhöhung der Wachsamkeit gemahnt. »Auf den verräterischen Schuß der konterrevolutionären ›sinowjewschen antisowjetischen Gruppe‹ antwortete das Land mit einheitlicher Stimme: Es lebe der, der unsere Partei in den Kampf gegen alle Feinde des Leninismus geführt hat! ... Es lebe unser teurer, unser großer Stalin!«[68]

In Moskau fand ein ebensolches Plenum mit gleichen Beschlüssen statt, auf dem Lasar Moissejewitsch Kaganowitsch die Rede hielt.

Die Presse griff sofort die Version auf, die zweifellos von Stalin vorgegeben wurde. Die »Prawda« veröffentlichte am 18. und 21. Dezember unter der Rubrik »Für den Propagandisten« folgende Materialien: »Über die ehemalige sinowjewsche parteifeindliche Gruppe und ihren Abschaum« und »Niederträchtige Verräter und Deserteure der Oktoberrevolution«. Darin wurde an Sinowjews und Kamenews Verhalten bei der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes im Oktober und in den ersten Tagen danach erinnert und die Tätigkeit der »neuen Opposition« und des »trotzkistisch-sinowjewschen Blockes« dargestellt.

Sinowjew, der in den letzten Jahren Kollegiumsmitglied des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften war, wurde in der Nacht zum 16. Dezember verhaftet.

Am 27. Dezember veröffentlichte man die Anklageschrift in der »Angelegenheit der vierzehn Mitglieder des Leningrader Zentrums«. Nikolajew hatte ausgesagt, Kirow sei im Auftrag dieses »Zentrums« ermordet worden. In der Verhandlung des Militärgerichts des Obersten Gerichtshofes der UdSSR, die am 28. und 29. Dezember in Leningrad stattfand, wurden die »Terroristen« zum Tode verurteilt.

Es sei auf ein interessantes Detail dieser Ereignisse hingewiesen: Obwohl Nikolajew und die anderen der Zugehörigkeit zur »sinowjewschen Opposition« beschuldigt worden waren, wurden deren ehemalige Führer in keinem der Dokumente des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) erwähnt, weder in der Anklageschrift noch im Urteil des Militärgerichts. In der Angelegenheit des »Leningrader Zentrums« waren sie aber bereits wie unsichtbar anwesend. Das gibt Grund zu der Annahme, daß sie »noch nicht an der Reihe waren«. Doch nach der Schärfe des Tones in den Urteilsverkündungen und in der Presse zu urteilen, sollte es nicht mehr lange dauern.

Am 15. und 16. Januar 1935 fand eine weitere Verhandlung des Militärgerichts des Obersten Gerichtshofes der UdSSR in der gleichen Zusammensetzung wie zwei Wochen zuvor statt. Dort wurde die Angelegenheit des »Moskauer Zentrums« untersucht, das, wie auf der Sitzung festgestellt wurde, aufs engste mit dem »Leningrader Zentrum« verbunden war. Zu dem neuen »Zentrum« gehörten Grigori Sinowjew, Lew Kamenew, J. W. Scharow, A. S. Kuklin, Grigori Jewdokimow, A. M. Gertik, Iwan Bakajew, G. F. Fjodorow und I. S. Gorschenin. Außer den Genannten wurden noch weitere 19 Angeklagte verurteilt, die zu verschiedenen Zeiten der »neuen Opposition« angehört hatten.

Grigori Sinowjew und Grigori Jewdokimow wurden im Urteil des Militärgerichts nicht nur der Verbindung mit dem »Leningrader Zentrum« beschuldigt, sondern auch wegen Gründung eines »konterrevolutionären Blocks aus verschiedenen antisowjetischen Gruppen« angeklagt. Dieser Block sollte »den umfassenden Kampf gegen die Sowjetmacht führen«. Es konnten jedoch keine konkreten Fakten angeführt werden. Auch für die Beteiligung des »Moskauer Zentrums« an der Ermordung Kirows fehlten jegliche Beweise: »Die gerichtliche Untersuchung konnte keine Fakten feststellen, die in Verbindung mit der Ermordung des Gen. Kirow am 1. Dezember 1934 das ›Moskauer Zentrum‹ der Anstiftung zu diesem niederträchtigen Verbrechen beschuldigen würden. Das Ermittlungsverfahren bestätigte jedoch vollständig, daß die Anhänger des konterrevolutionären ›Moskauer Zentrums‹ über die ›terroristischen Absichten der Leningrader Gruppe‹ informiert waren und ›diese Stimmung selbst angeheizt hatten‹.«[69]

Abermals konnten keine konkreten Fakten zur Begründung des Urteilsspruchs angeführt werden. Deshalb blieb im dunkeln, aus welchen Quellen das »Moskauer Zentrum« von den Absichten des »Leningrader Zentrums« erfahren haben, auf welche Art und Weise es die »terroristischen Stimmungen« angeheizt haben sollte. Aber selbst die Unklarheiten, die sich während des Ermittlungsverfahrens und auch während der Gerichtsverhandlung herausstellten, waren kein Hindernis für die Verkündung des harten Urteils – Sinowjew wurde als »Hauptorganisator und aktivster Führer der illegalen konterrevolutionären Gruppe des ›Moskauer Zentrums‹« zu zehn Jahren Haft verurteilt, Kamenew als »weniger aktives Mitglied« zu fünf Jahren.

Das Urteil war auf das Bewußtsein von Leuten zugeschnitten, die sich entweder in der Gesetzgebung nicht auskannten oder – und das ist wahrscheinlicher – die diesen Beschluß selbst bei der geringsten Chance einer Diskussion nicht erörtern würden, weil es eben ein Beschluß gerichtlicher Organe war. Nur so läßt sich erklären, wie diese von allen Seiten anfechtbaren Beschlüsse von den Menschen nicht nur hingenommen, sondern auch als Zeichen von Klugheit und Gerechtigkeit des Stalinschen Gerichtssystems angesehen wurden.

Sinowjew, Kamenew und die anderen Mitglieder des »Moskauer Zentrums« wurden zur Verbüßung der Haftstrafen in das Lager für politische Häftlinge von Werchne-Uralsk überführt. Der ehemalige Mitarbeiter des Exekutivkomitees der Komintern A. Zilliga, der sich ebenfalls dort befand, erinnerte sich, Sinowjew habe sich besonders für Probleme des Faschismus (er hatte eine Menge Bücher mitgebracht) und für die Geschichte der

Stände in Rußland interessiert. Was Kamenew betrifft, so war er – Zilligas Worten nach – zu 98,5 Prozent mit der Stalinschen Generallinie einverstanden. Offensichtlich hatte man für die 1,5 Prozent, die an der vollen Überzeugung von der Richtigkeit des Stalinschen Kurses fehlten, Kamenew noch einmal zu fünf Jahren verurteilt. Eigentlicher Anlaß dafür waren aber die »Geständnisse« seines Bruders, des Künstlers Nikolai Rosenfeld, der im Sommer 1935 verhaftet wurde. Er »gestand«, daß Kamenew außer von der Ermordung Kirows auch noch von der Vorbereitung eines Attentats auf Stalin wußte.[70]

Als Sinowjew und Kamenew 1935 inhaftiert worden waren, begann im In- und Ausland eine umfangreiche Propagandaarbeit. Angeblich war es der ehemaligen Opposition gelungen, trotz ihrer politischen und organisatorischen Zerschlagung, ihre Kader zu erhalten, in die Illegalität zu gehen und ihre Tätigkeit in solchen Dimensionen zu organisieren, die die der zwanziger Jahre noch übertrafen. In der Presse wurden Meldungen veröffentlicht, es sei dem NKWD gelungen, in verschiedenen Parteiorganisationen des Landes versteckte »Trotzkisten«, »Sinowjewleute« und andere »Volksfeinde« zu entlarven.

Der damalige erste Sekretär des Moskauer Stadtparteikomitees der KPdSU(B), Nikita Chruschtschow, sprach auf der Sitzung des Parteiaktivs von Moskau am 30. Dezember 1935 mit Genugtuung davon, daß bei einer Kontrolle »Trotzkisten, Sinowjewanhänger, Spione, Kulaken und weiße Offiziere« entdeckt worden wären. 9 975 Personen, vorwiegend »Trotzkisten« und »Sinowjewanhänger«, wurden allein in der Stadt Moskau aus der Partei ausgeschlossen. Auf einer Sitzung des Parteiaktivs in Leningrad berichtete Shdanow, daß die Stadtparteiorganisation von 7 274 Leuten »gesäubert« wurde, unter denen »die konterrevolutionären Sinowjewanhänger einen bedeutenden Platz einnehmen«.[71]

»Sinowjewleute« und »Trotzkisten« in eine Reihe mit Kulaken, Spionen, weißen Offizieren und Konterrevolutionären zu stellen war bei weitem kein Zufall. Am 15. August 1936 berichtete die Staatsanwaltschaft der UdSSR, daß im Verlaufe eines Jahres von den Organen des NKWD »eine Reihe terroristischer trotzkistisch-sinowjewscher Gruppen« aufgespürt wurde, die »aufgrund direkter Anweisung des sich im Ausland befindenden Lew Trotzki und unter unmittelbarer Führung des ›Vereinigten Zentrums des trotzkistisch-sinowjewschen Blockes‹ eine Reihe von Terrorakten gegen Funktionäre der KPdSU(B) und des Sowjetstaates vorbereitete«.[72] Gleichzeitig hieß es, daß der »trotzkistisch-sinowjewsche Block« 1932 gegründet worden war.

Ein neuer Fall tauchte in Verbindung mit der Ermordung Sergej Kirows

auf. In der Erklärung der Staatsanwaltschaft der UdSSR hieß es, daß das Attentat auf »unmittelbare Anweisung durch Trotzki, Sinowjew und das ›Vereinigte Zentrum‹« von den Mitgliedern der »Leningrader terroristischen Gruppe Nikolajew-Kotolynow« vorbereitet und ausgeführt worden sei. Man betonte, das Trotzki für die Organisierung von Terrorakten eine »Gruppe von Terroristen« aus dem Ausland in die UdSSR einschleusen ließe. Zu dieser Gruppe gehörten Walentin Olberg, I.-D. Fritz-David, Nathan Lurje, Moissej Lurje und andere. Mit Berufung auf die angeführten Anschuldigungen wurden Grigori Sinowjew, Lew Kamenew, Grigori Jewdokimow und Iwan Bakajew – insgesamt 16 Personen – dem Gericht übergeben.

Der Prozeß in der Angelegenheit des »Antisowjetischen vereinigten trotzkistisch-sinowjewschen Blocks« erschüttert durch seinen Zynismus und die Verhöhnung elementarer moralischer Normen. Er fand vom 19. bis 24. August 1936 statt. Alle 16 Personen, die der antisowjetischen, terroristischen Spionage- und volksschädigenden Tätigkeit, der Beteiligung an der Ermordung Kirows und der Vorbereitung terroristischer Akte gegen Funktionäre von Partei und Regierung angeklagt waren, wurden zur Höchststrafe verurteilt. Grigori Sinowjew brachte man auf einer Trage zur Hinrichtung – sein altes Herzleiden war wieder aufgetreten.

Sinowjew wurde eines der ersten Opfer der Repressalien, die in einer Zeit der Verletzung der Prinzipien des Sozialismus, der Willkür und der Zerstörung elementarer moralischer Normen ihren Anfang nahmen. Sie waren Folge der Festigung der Alleinherrschaft Stalins, des ungehemmten Personenkultes.

Heute, nach dem Beschluß des Plenums des Obersten Gerichts der UdSSR vom 13. Juni 1988, in dem das Urteil für Sinowjew und die 15 anderen Angeklagten aufgehoben und das Verfahren wegen Fälschung und fehlenden Tatbestands eingestellt wurde, scheint es, daß die Gerechtigkeit siegt, wenn dies auch erst nach einem halben Jahrhundert geschieht. Trotzdem beunruhigt der Gedanke, wie ein solch ungeheuerliches Verbrechen nicht nur an einer Gruppe von Menschen, sondern auch an der Partei, am sowjetischen Volk, an der ganzen Menschheit möglich wurde. Wenn man auf diese Frage antworten will, muß man die Gründe aufdecken, die zur Errichtung des Regimes der persönlichen Macht Stalins sowohl in der Partei als auch im Lande führten. Dies kann nicht Gegenstand des vorliegenden Artikels sein. Aber über eine Seite der Geschichte kann und muß man reden: über die »Kunst« Stalins, revolutionäre Charaktere zu zerbrechen.

Sinowjew und seine Gesinnungsgenossen »zerbrachen« sofort. Trotzki,

der eine gute psychologische Beobachtungsgabe besaß, erläutert Stalins Taktik der Vernichtung revolutionärer Charaktere wie folgt: »... vorsichtig gehen, dabei diese Menschen Stufe für Stufe vorstoßen, immer weiter nach unten ...«

1934 gestattete man Sinowjew und einigen anderen Funktionären der ehemaligen Opposition, auf dem XVII. Parteitag der KPdSU(B) aufzutreten. Das war das letztemal, daß Sinowjew auf einem Parteiforum sprach. Sinowjew sagte: »Genossen, wieviel persönliche Angriffe gegen die Parteiführung und auch gegen den Genossen Stalin gab es meinerseits und von seiten der ehemaligen Oppositionellen! Jetzt wissen wir, daß es in diesem Kampf, der vom Genossen Stalin mit ausgesprochen hoher Prinzipienfestigkeit und auf hohem theoretischem Niveau geführt wurde, nicht den kleinsten Beigeschmack irgendwelcher persönlicher Motive gab. Gerade als ich nach den Worten des Genossen Kaganowitsch meine Fehler besser verstand, als ich mich überzeugen konnte, daß die Mitglieder des Politbüros, und in erster Linie der Genosse Stalin, bemerkten, daß ein Mensch seine Fehler einsieht, und mir halfen, in die Partei zurückzukehren, gerade da wurden mir unsere Angriffe besonders unangenehm.«[73]

Wie man sieht, war Sinowjew im Unterschied zu vielen anderen Funktionären der Partei, die bis zum Schluß den ungleichen Kampf gegen den Machtmißbrauch durch Stalin und seine Anhänger ausfochten, kein Kämpfer. Es entsteht der Eindruck, daß er nicht einfach kapitulierte, sondern nur eines, das einzig Mögliche unter diesen Bedingungen mit friedlichen Mitteln erreichen wollte – das Recht zu leben.

Während des Prozesses 1936 saß auf der Anklagebank im Haus der Gewerkschaften nur noch ein Schatten von dem Sinowjew, der der Partei und den Werktätigen der ganzen Welt vertraut war. Es war schwer, in diesem erheblich gealterten Sinowjew, dessen Gesicht angeschwollen war, den einstigen Vorsitzenden des Petrograder Sowjets zu erkennen. Es gab auch nichts Gemeinsames zwischen diesem Sinowjew und dem Autor der Vorträge und Reden auf fünf Kongressen der Komintern, Dutzenden Plenartagungen ihres Exekutivkomitees: Zu Beginn der zwanziger Jahre hatte man seiner Stimme gleich der Lenins und vieler anderer anerkannter Führer der kommunistischen Bewegung Gehör geschenkt.

1936 war Sinowjew gerade dreiundfünfzig Jahre alt. Dieser Mensch – herzkrank, nierenkrank – hatte sein schweres Leben, in dem ihm vieles gelungen war, aber auch in vielen Dingen der bittere Geschmack des Unbefriedigtseins zurückblieb, zu Ende gelebt.

Aus der Rede Sinowjews auf dem XVII. Parteitag der KPdSU(B) hätten Stalin und seine Umgebung erkennen müssen, daß Sinowjew niemals

auch nur einen dieser Gedanken hegte, die man ihm in den Prozessen 1935 und 1936 zur Last legte. Um so prinzipienloser und verabscheuungswürdiger ist das Verhalten derer, die Sinowjew und all die anderen aufgrund eines gefälschten Prozesses in den Tod geschickt haben.

Nowaja i Nowejschaja Istorija,
1989, Nr. 4, S. 111–139.
Übersetzt von Sibylle Kubale.

1 Staatliches Archiv des Gebietes Kirowograd, Fonds 185, Inventarliste 1, Nr. 64, russ.
2 Gemeint ist der Vierte (Vereinigungs-)Parteitag der SDAPR, der vom 10. bis 25. April (23. April bis 8. Mai) 1906 stattfand.
3 Grigori Sinowjew: Geschichte der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki). Populäre Skizze, Moskau 1924, S. 211, russ.
4 Ebenda, S. 216.
5 Leo Trotzki: Stalin. Eine Biographie, Bd. 1, Reinbek bei Hamburg 1971, S. 141/142.
6 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden IML, ZPA, Moskau), Fonds 324, Inventarliste 1, Dokument Nr. 1, Blatt 5, 9, 18, russ.
7 Grigori Sinowjew: Geschichte der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki), S. 236, russ.
8 Siehe W. I. Lenin: Zur Einheit. In: Werke (im folgenden LW), Bd. 16, S. 141–150.
9 Grigori Sinowjew: Geschichte der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki), S. 240, russ.
10 Ebenda, S. 236.
11 Grigori Sinowjew: Leninismus. Eine Einführung zum Studium des Leninismus, Leningrad 1926, S. 3, russ.
12 W. I. Lenin: Briefe, Bd. IV, S. 90.
13 Siehe LW, Bd. 21, S. 295–341.
14 Siehe LW, Bd. 24, S. 266–268.
15 Siehe VI. Parteitag der SDAPR(B), Protokolle, Moskau 1961, S. 252, russ.
16 Siehe W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution. In: LW, Bd. 24, S. 1–8.
17 IML, ZPA, Moskau, Fonds 17, Inventarliste 2, Dokument Nr. 6, Bl. 1, russ.
18 Siehe LW, Bd. 26, S. 181.
19 Grigori Sinowjew: Uljanow W. (Lenin), Leningrad 1924, S. 26, russ.
20 Grigori Sinowjew: Leninismus, S. 112, russ.
21 Lenin. Der Oktober des Jahres 17. Eine Dokumentarerzählung, Sammelband in zwei Bänden, Bd. 2, Moskau 1977, S. 232, russ.
22 Siehe LW, Bd. 26, S. 204–207.
23 Siehe ebenda, S. 211–215.
24 W. I. Lenin: Brief an die Mitglieder der Partei der Bolschewiki. In: LW, Bd. 26, S. 205.
25 W. I. Lenin: Brief an das Zentralkomitee der SDAPR(B). In: LW, Bd. 26, S. 215.
26 W. I. Lenin: Über den Kampf innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei. In: LW, Bd. 31, S. 379/380.
27 LW, Bd. 36, S. 579.

28 W. I. Lenin: Über den Kampf innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei. In: LW, Bd. 31, S. 379.
29 Grigori Sinowjew: Leninismus, S. 111, russ.
30 John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Berlin 198B, S. 343.
31 Ebenda, S. 337.
32 LW, Bd. 26, S. 299, 300.
33 Prawda, 30. 11. 1924.
34 Grigori Sinowjew: Werke, Bd. 6, Moskau–Leningrad 1929, S. 396, russ.
35 Der XIII. Parteitag der KPR(B), Stenografischer Bericht, Moskau 1963, S. 40, russ.
36 Prawda, 4. 4. 1925.
37 Grigori Sinowjew: Leninismus, S. 265, russ.
38 Ebenda, S. 273.
39 Ebenda, S. 222.
40 Ebenda, S. 206.
41 LW, Bd. 33, S. 271/272.
42 Grigori Sinowjew: Leninismus, S. 334, 324, russ.
43 Der XII. Parteitag der KPR(B), Moskau 1963, S. 10, russ.
44 Prawda, 2. 4. 1925.
45 IML, ZPA, Moskau, Fonds 17, Inventarliste 2, Dokument Nr. 109, Bl. 12, russ.
46 Ebenda, Fonds 324, Inventarliste 1, Dokument Nr. 90, Bl. 30, 33, russ.
47 Ebenda, Bl. 36.
48 J. W. Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, gehalten auf dem XIV. Parteitag der KPdSU(B), 18. Dezember 1925. In: J. W. Stalin: Werke, Bd. 7, S. 331.
49 Der XIV. Parteitag der KPdSU(B), Bulletin Nr. 4, S. 7, russ.
50 IML, ZPA, Moskau, Fonds 324, Inventarliste 1, Dokument Nr. 90, Bl. 64–67, russ.
51 IML, ZPA, Moskau, Fonds 324, Inventarliste 1, Dokument Nr. 98, Bl. 25, russ.
52 Siehe J. Stalin: Fragen des Leninismus, Berlin 1950, S. 177.
53 IML, ZPA, Moskau, Fonds 324, Inventarliste 1, Dokument Nr. 344, Bl. 32, 43, 40, 7, 2, russ.
54 IML, ZPA, Moskau, Fonds 324, Inventarliste 1, Dokument Nr. 90, Bl. 26, 30, russ.
55 IML, ZPA, Moskau, Fonds 17, Inventarliste 22, Dokument Nr. 209, Bl. 10–13, russ.
56 Ebenda, Bl. 16.
57 IML, ZPA, Moskau, Fonds 17, Inventarliste 1, Dokument Nr. 241, Bl. 153, russ.
58 Ebenda, Dokument Nr. 252, Bl. 272.
59 Siehe Leo Trotzki: Die Stalinsche Schule der Fälschungen, Berlin 1932, S. 104.
60 A. Rykow, N. Bucharin, F. Dzierżyński. Das Plenum des ZK und der ZPKK der KPdSU(B), Moskau 1926, S. 7–8, russ.
61 Leo Trotzki: Mein Leben, Versuch einer Autobiographie, Bd. 2, Berlin 1930, S. 265.
62 Prawda, 27. 1. 1928.
63 IML, ZPA, Moskau, Fonds 324, Inventarliste 1, Dokument Nr. 373, Bl. 16, russ.
64 Prawda, 21. 8. 1936.
65 Prawda, 27. 1. 1928.
66 Siehe vorl. Bd., S. 49.
67 Prawda, 16. 12. 1934.
68 Prawda, 17. 12. 1934.

69 Prawda, 18. 1. 1935.
70 Siehe Bulletin der Opposition, 1936, Januar, Nr. 47, S. 3, russ.
71 Siehe Bulletin der Opposition, 1936, April, Nr. 49, S. 9, russ.
72 Prawda, 15. 8. 1936.
73 Der XVII. Parteitag der KPdSU(B), Stenografischer Bericht, Moskau 1934, S. 497, russ.

Lew Kamenew



Lew Borissowitsch Kamenew (richtiger Name: Rosenfeld) wurde 1883 als Sohn eines Lokomotivführers geboren. Er besuchte das Gymnasium in Tbilissi. 1901 trat er der SDAPR bei. Nach dem II. Parteitag der SDAPR (1903) schloß er sich den Bolschewiki an. Er nahm an der Revolution von 1905–1907 teil. Seit Anfang 1914 arbeitete er an der Redaktion der »Prawda« mit und leitete die bolschewistische Fraktion der IV. Reichsduma. Im Herbst 1914 wurde er verhaftet. Aus der sibirischen Verbannung wurde er von der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 befreit. Er wandte sich gegen den Kurs der Partei auf die sozialistische Revolution und war gegen den bewaffneten Aufstand.

Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 hatte er verschiedene verantwortliche Funktionen inne. Auf dem II. Sowjetkongreß wurde er zum ersten Vorsitzenden des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees gewählt. Im Herbst 1918 wurde er Vorsitzender des Moskauer Sowjets und übte dieses Amt bis 1924 aus. Von 1919 bis 1926 gehörte er dem Politbüro des ZK der KPR(B) an. Zwischen 1922 und 1926 arbeitete er als Stellvertreter und 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der RSFSR, dann der UdSSR, als Stellvertreter des Vorsitzenden und als Vorsitzender des Rates für Arbeit und Verteidigung.

Im November 1927 wurde Kamenew wegen fraktioneller Betätigung auf Beschluß des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission aus dem ZK und auf Beschluß des XV. Parteitages (1927) aus der Partei ausgeschlossen; am 22. Juni 1928 wurde er wieder in die Partei aufgenommen. Im Oktober 1932 wurde er im Zusammenhang mit dem Gerichtsprozeß »Bund der Marxisten-Leninisten« erneut aus der Partei ausgeschlossen und im Dezember 1933 wieder als Mitglied aufgenommen. In den letzten Jahren wirkte er als Direktor des Instituts für Weltliteratur »Maxim Gorki«. Am 16. Dezember 1934 erfolgten im Zusammenhang mit der Ermordung Sergej Kirows (1. Dezember 1934) erneute Verhaftung und dritter Parteiausschluß mit dem anschließenden Schauprozeß »Moskauer Zentrum«; unter falscher Beschuldigung wurde er im Januar 1935 zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt, erweitert am 27. Juli 1935 in dem Prozeß »Kremlsache« auf zehn Jahre Gefängnishaft. Vom 19. bis 24. August 1936 verhandelte das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR den Fall »Antisowjetisches vereinigtes trotzkistisch-sinowjewsches Zentrum«, in dem Kamenew und andere beschuldigt wurden, auf Anweisung Trotzkis angeblich Terrorgruppen organisiert, Kirow ermordet und die Ermordung Stalins u. a. vorbereitet zu haben. Er wurde zur Höchststrafe – Tod durch Erschießen – verurteilt. Das Urteil wurde am 25. August 1936 vollstreckt.

Im Juni 1988 hob das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR das Urteil des Militärkollegiums des Obersten Gerichts der UdSSR vom 24. August 1936 im Fall »Antisowjetisches vereinigtes trotzkistisch-sinowjewsches Zentrum« auf, alle Verurteilten, so auch Kamenew, wurden gerichtlich rehabilitiert und das Verfahren wegen fehlenden Tatbestands eingestellt; das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR hob im Juni 1988 ebenso die Rechtssprüche des Kollegiums der Vereinigten Staatlichen und Politischen Verwaltung (OGPU) beim Rat der Volkskommissare der UdSSR von 1932 bis 1933 zum »Bund der Marxisten-Leninisten« auf und stellte das Verfahren gegen alle Beschuldigten wegen fehlenden Tatbestands ein. Einen ebensolchen Beschluß faßte das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR hinsichtlich des Verfahrens »Moskauer Zentrum« und rehabilitierte Kamenew auch in der »Kremlsache«.

Dmitri Schelestow

LEW KAMENEW
Ein namhafter Bolschewik und Kommunist

Heutzutage gibt es kaum noch jemanden, der weiß, daß in den zwanziger Jahren und Anfang der dreißiger Jahre der Tag der Verfassung im Juli begangen wurde. Die Verfassung trat am 6. Juli 1923, einem Freitag, in Kraft, und dieser Tag galt zugleich als Gründungstag der ersten Unionsregierung – des Rates der Volkskommissare der UdSSR. Als man die Namen der Mitglieder verlas, wurde gleich nach Lenin, dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Lew Borissowitsch Kamenew genannt. Er war einer der fünf Stellvertreter des Regierungsoberhauptes.

Einige Tage später, am 18. Juli, leitete Kamenew die erste Zusammenkunft der Regierung. Der Rat der Volkskommissare gab offiziell bekannt, daß er die Arbeit aufgenommen habe. An diesem Tage vertrat Kamenew Lenin nicht das erstemal. Schon im späten Frühjahr 1922, als Lenin wegen seiner Krankheit für längere Zeit nach Gorki fahren mußte, hatte er Kamenew mit der Leitung der Beratungen des Politbüros des ZK der Partei und des Rates der Volkskommissare der RSFSR beauftragt. Später leitete Kamenew die Plenartagungen des ZK, auf denen gewöhnlich links von ihm der Generalsekretär des ZK, Jossif Stalin, und an seiner rechten Seite der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (Komintern), Grigori Sinowjew, saßen.

Die Fotos von diesen Sitzungen, die in einem kleinen Saal unweit des Leninschen Arbeitszimmers im Kreml stattfanden, wurden über lange Zeit, seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, nicht mehr veröffentlicht. Ja, selbst das einmalige Foto von Lenin, aufgenommen am 3. Oktober 1922 auf der Sitzung des Rates der Volkskommissare in diesem Saal, veröffentlichte man nur sehr selten und dann noch »redaktionell bearbeitet«.

Auf diesem Foto stehen neben Lenin Alexej Rykow und Lew Kamenew. Jahrzehntelang waren statt dieser beiden irgendwelche Flecken abgebildet, einige der weißen Flecken, mit deren Hilfe man nicht nur die Spuren

dieser Menschen in unserem Zeitalter verwischte, sondern dem Zeitalter selbst seine Farbenvielfalt nahm.

Kamenews Name wurde im Unterschied zu dem Rykows nicht verschwiegen. Man kannte ihn aus Schulbüchern. Das war bei weitem kein Zufall. Der unheilvolle Schatten des »Gerichtsprozesses« vom August 1936, wo Kamenew als einer der »Anführer einer gesinnungs- und ideenlosen Bande« bezeichnet wurde, dehnte sich auf die Geschichte der sowjetischen Gesellschaft aus, entstellte und verstümmelte sie zugunsten des Stalinismus und seiner späteren Nachfolger.

Es ist ein Paradoxon: Fast jeder Schüler der oberen Klassen kennt Kamenew dem Namen nach (»Das ist doch der, der gegen die Oktoberrevolution war!«), daneben aber ist sein Leben, sein Schicksal wenig bekannt, man könnte sagen, es ist einfach vergessen worden. Kamenew hat in seiner Tätigkeit während der Revolution, in der Partei und in staatlichen Funktionen tatsächlich nicht wenig ernst zu nehmende Fehler gemacht und ist Irrtümern erlegen. Sowohl Lenin als auch später der XIV. und der XV. Parteitag kritisierten ihn deswegen. Das heißt doch aber nicht, daß sein Leben nur aus Fehlern und Irrtümern bestand! Wer ist er also, wie sieht – wenigstens in groben Zügen – seine politische Biographie aus?

Am 18. Juli 1883 kam in der Familie des Lokomotivführers der Moskau–Kursker Eisenbahn Boris Rosenfeld der erste Sohn zur Welt, der nach dem großen russischen Schriftsteller Tolstoi Lew genannt wurde. Die Eltern hoben sich auf ihre Art von dem sonst Üblichen ab: Der Vater hatte das Petersburger Technologische Institut beenden, die Mutter die Bestushewsche Frauenhochschule besuchen können. Auch Sohn Lew wurde ein erfolgreicher Schüler; in Tiflis (heute Tbilissi) schloß er 1901 das Gymnasium ab und schrieb sich noch im selben Jahr an der Moskauer Universität ein.

Aber gleich im ersten Jahr war das Studium für den jungen Mann zu Ende. Schon als Gymnasiast hatte sich Kamenew der revolutionären Bewegung angeschlossen, in Moskau beteiligte er sich 1902 aktiv an den Studentenunruhen. Er kam ins Gefängnis und wurde dann nach Tiflis zurückgeschickt, wo er sich sogleich in die Arbeit einer sozialdemokratischen Organisation einspannte.

Das Jahr 1902 war für den neunzehnjährigen Revolutionär auch in anderer Hinsicht bedeutungsvoll. So reiste er nach Paris, und er begann außerdem, an der Leninschen »Iskra« mitzuarbeiten. Als ihm dann zu Ohren kam, Lenin würde nach Paris kommen, bemühte er sich mit allen Kräften um eine Begegnung mit ihm.

Kamenew (genauer Juri Kamenew – so lautete sein Deckname in der Partei und als Verfasser) wurde Berufsrevolutionär und Bolschewik, er arbeitete illegal in Transkaukasien und in anderen Teilen des Landes, war Delegierter des III. Parteitages (London, 1905), nahm an der Revolution von 1905–1907 teil, unterhielt ständige Verbindung zu Lenin und arbeitete 1913 unter Lenins Leitung in Kraków. Im späten Herbst 1914 wurde Kamenew in Rußland verhaftet und nach Sibirien verbannt. Die Februarrevolution 1917 befreite ihn von dort.

Es hatte sich ergeben, daß Kamenew die Nachricht von der Februarrevolution gemeinsam mit Stalin erhielt. Die Wege der politischen Verbannung hatten sie in jenen Februar- und Märztagen, die einen Umschwung in der russischen Geschichte einleiteten, in dem sibirischen Städtchen Atschinsk zusammengeführt. Natürlich konnte Kamenew damals nicht im entferntesten voraussehen, daß der schmächtige Koba[1] (möglicherweise kannte er ihn als einfachen Illegalen aus der Arbeit in Transkaukasien noch von 1904 und 1905), mit dem er fast bis Mitte der zwanziger Jahre in vielen Fragen einer Meinung sein würde, ihn später zwingen sollte, noch einmal auf dem Weg in die Minussinsker Verbannung Atschinsk zu besuchen, und wenige Jahre danach gnadenlos mit ihm abrechnen würde.

Aber das alles geschieht erst später. Jetzt galt es, die Gegenwart und die nahe Zukunft zu begreifen und die Wege für die weitere Entwicklung der Revolution abzustecken.

Kamenew kehrte etwas früher in das tosende Petrograd zurück als der Führer der Bolschewiki aus der Emigration. Der dreiunddreißigjährige, gerade aus der Verbannung befreite Revolutionär, erfreute sich schon einer gewissen Autorität in der Partei. Bereits zehn Jahre zuvor war er auf dem V. Parteitag der SDAPR (London, Frühjahr 1907) in das Bolschewistische Zentrum gewählt worden. Sein literarisches und publizistisches Schaffen in den Jahren vor der Revolution, seine interessanten Artikel über die Geschichte der gesellschaftlichen Bewegung (über Herzen, Tschernyschewski, Nekrassow und andere) hatten ihn auch außerhalb der Partei bekannt gemacht.

Sowohl in seinen Schriften als auch in der revolutionären Praxis erwies er sich als ein reifer Marxist. Das bewahrte ihn aber nicht vor diesen oder jenen Fehleinschätzungen, falschen Schritten oder einfach menschlichen Schwächen und Unzulänglichkeiten. Über seine Fehler vor der Revolution, während der Oktoberrevolution und danach, über sein »mehrmaliges Auftreten gegen die Leninsche Politik der Partei« (darunter ist auch Erfundenes) hat sich ein Montblanc an Literatur angesammelt. In den vorliegenden kurzen Ausführungen soll nicht im einzelnen wiederholt werden,

was allgemein bekannt ist, und ebenso ist es nicht möglich, das politische Wirken des Bolschewiks und Leninisten, der endlich vom Brandmal des »Volksfeindes« befreit wurde, tiefgreifend zu analysieren. Wir wollen uns lediglich auf einige Betrachtungen im Rahmen einer knappen Biographie beschränken.

Es ist erfreulich, daß in der dritten, ergänzten Auflage (1987) des Lexikons »Die Große Sozialistische Oktoberrevolution« zum erstenmal nach fast sechzigjähriger Pause eine Annotation über Lew Kamenew enthalten ist. Das ist wenigstens ein kleiner Schritt zur historischen Wahrheit.

Aber dennoch ist auch dieser Schritt nicht frei von den Fesseln der überlebten stereotypen Geschichtsschreibung. Die Charakterisierung der vielfältigen Tätigkeit Kamenews vor der Revolution beschränkt sich im Lexikon auf einen Satz: »W. I. Lenin bezeichnete Kamenew schon 1911 als inkonsequenten Trotzkisten.« (Der gleiche Satz ist in den Annotationen zu Grigori Sinowjew und Alexej Rykow zu finden.)

Natürlich muß man zugestehen, daß der Block, den Sinowjew und Kamenew 1926/1927 mit Trotzki eingegangen waren, eine solche Annahme in gewisser Weise begründet. Da die Verfasser des Lexikons aber auf eine wahrhaftige Beurteilung der Ansichten Kamenews verzichten und sich auf den angeführten Satz beschränken, geben sie zugleich objektiv die in unserer Literatur verbreitete Behauptung vom »Trotzkismus« Kamenews wieder. Sie scheinen vergessen zu haben, daß Stalin seit Mitte der dreißiger Jahre alle Andersdenkenden in der Partei und im Land als »Trotzkisten« bezeichnete.

Man versuchte mit allen Mitteln, Kamenews »Trotzkismus« zu beweisen. Als »Argument« führte man sogar seine 1902 geschlossene Ehe mit Trotzkis Schwester Olga an, woraus man auf jahrelange enge familiäre Beziehungen Kamenews zu Trotzki schloß. In Wirklichkeit war es bei weitem nicht so – Olga Rosenfeld (Kamenewa), selbst langjähriges Parteimitglied, unterhielt zu ihrem Bruder keine engen politischen Beziehungen. Selbst in einem erst kürzlich erschienenen Abriß zur Geschichte wird allen Ernstes behauptet, Trotzki sei im Herbst 1917 mit Hilfe seines Schwagers Kamenew Vorsitzender des Petrograder Sowjets geworden. Damit hatte der Verfasser gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Er hatte sowohl die Erbärmlichkeit Trotzkis enthüllt als auch eine durchsichtige Anspielung auf Kamenews »Trotzkismus« gemacht...

Was meinte Lenin nun wirklich, als er 1911 die inkonsequenten Trotzkisten kritisierte (wobei er nicht einen einzigen Namen nannte)? Lenin griff nicht das System der politischen Ansichten des Trotzkismus an, sondern die falsche und versöhnlerische Position einiger Bolschewiki in einer ganz be-

stimmten Frage: ihre Haltung zum fraktionellen Kampf innerhalb der SDAPR in jener Zeit. Eine solche falsche Haltung nahmen nicht allein die drei obengenannten Bolschewiki ein, sondern noch einige andere, wie beispielsweise Jossif Dubrowinski und Wiktor Nogin. Was Stalin betrifft, so war seine Meinung 1911 zwar ohne großes Gewicht, doch möchten wir bemerken, daß er überhaupt Lenins damaligen Kampf gegen die Opportunisten innerhalb der SDAPR als »Auslandssturm im Wasserglas« ansah.

Eine wissenschaftlich-kritische Analyse der Ansichten Kamenews erfordert noch immense Arbeit. Aber schon heute kann man klar sagen, daß seine Ansichten mit denen Trotzkis nicht übereinstimmten, weder vor der Revolution noch 1917. Kamenew hatte sicher auch später, auf der XIV. Parteikonferenz (Herbst 1926), seine Gründe, wenn er erklärte: »Sie können nicht ein Zitat oder eine Tatsache beibringen, auch Genossen Stalin ist das in seinem ausführlichen Bericht nicht gelungen, woran sich bestätigen ließe, was uns hier angedichtet wird – daß wir auf die ideologische Position des Trotzkismus ›übergegangen‹ wären.«

Auf die Ereignisse der zwanziger Jahre kommen wir noch einmal zurück, jetzt interessiert uns das Frühjahr 1917. Jeder, der die Parteigeschichte studiert hat, weiß, daß Kamenew zu den Bolschewiki zählte, die Lenins Aprilthesen, seinen Plan vom Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution, nicht sogleich verstanden. Als gebildeter Marxist und Bolschewik beurteilte Kamenew die wahrhaft revolutionären, schöpferischen Thesen Lenins von orthodoxen Positionen aus. So hielt er auf der VII. Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz 1917) ein kritisches Korreferat. Ist das nun aber allein auf seine »Orthodoxie« zurückzuführen? Nein, Lenin hatte schon damals die tiefer liegenden Ursachen für die Positionen Kamenews, Sinowjews und einer Reihe anderer Bolschewiki aufgedeckt.

So erwiderte Lenin einer Gruppe von Konferenzdelegierten, die sich gegen eine Kandidatur für die Wahl in das Zentralkomitee aussprachen, Kamenews Position sei nicht einfach nur eine persönliche Sache, sie widerspiegele die Stimmungen bestimmter Schichten unter den Massen. Das, worüber mit Kamenew gestritten werde, würde nur positive Ergebnisse haben. Kamenews Anwesenheit sei sehr wichtig, denn die Diskussionen, die er mit ihm führe, seien sehr wertvoll. Habe man ihn, trotz aller Schwierigkeiten dabei, überzeugt, wisse man, daß mit denselben Argumenten auch die Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, die es bei den Massen gebe.

Eine derartiges Begreifen des Leninschen Herangehens an die Aprildiskussionen 1917 hat nicht nur partielle, sondern prinzipielle methodologi-

sche Bedeutung für die wissenschaftliche Erforschung der Meinungsverschiedenheiten in dieser oder jener Frage zur Entwicklung der Revolution und der folgenden Jahre der Herausbildung des Sowjetstaates.

Außerdem ist dies von erstrangiger Bedeutung auch für die Beurteilung von Kamenews Wirken, für die Klärung des Wesens der »Episode im Oktober«. Damals waren er und Sinowjew auf den illegalen ZK-Sitzungen am 10. und 16. Oktober 1917 gegen den Leninschen Plan des bewaffneten Aufstandes aufgetreten. Ihre Ablehnung der Leninschen Resolution fußte auf einer, wie die weiteren Ereignisse zeigten, falschen Analyse des sozialen Kräfteverhältnisses und erfuhr noch eine Verstärkung durch ihr parteiwidriges Handeln.

Die erste dieser ZK-Sitzungen fand in der Wohnung der Bolschewiki in G. K. Suchanowa statt. Ihr Ehemann, der Menschewik Nikolai Suchanow (er wußte nichts von dieser Sitzung), war Redakteur der »außerparteilichen« Zeitung »Nowaja Shisn«, an der auch Maxim Gorki mitarbeitete. Vielleicht erklärt letzteres, warum sich Kamenew in seinem und Sinowjews Namen gerade an diese Zeitung wandte, um ihre briefliche Absage an den ZK-Beschluß zu veröffentlichen. Anzunehmen wäre aber auch eine reine Impulshandlung. Wie es auch gewesen sein mag: Für Funktionäre dieses Formats kann dieser Schritt keine Rechtfertigung finden, er war seinem Wesen nach parteifeindlich. Lenin forderte völlig zu Recht den Parteiausschluß von Kamenew und Sinowjew. Obgleich die ZK-Mitglieder (unter ihnen auch Stalin) Lenin nicht unterstützten, war dies doch eine harte und richtige Leninsche Lehre. In den folgenden Wochen trat ein weiteres wichtiges Merkmal des Leninschen Leitungsstils in der Parteiarbeit hervor: die Verirrten nicht ausgrenzen, sondern in die praktische Arbeit einbeziehen und ihnen damit helfen, ihre fehlerhaften Ansichten zu begreifen.

Kamenew begriff nicht sofort, daß er die Lage im Lande und das Kräfteverhältnis im Herbst 1917 falsch eingeschätzt hatte. Diese Erkenntnis reifte in ihm erst in dem Maße, wie sich die sozialistische Revolution behauptete, für deren Sieg er nicht wenig getan hatte. Gerade in jenen Oktobertagen übernahm er zum erstenmal das hohe Amt eines Vorsitzenden, als er im Auftrag des ZK die Sitzungen des historischen II. Sowjetkongresses leitete, und danach wurde er zum ersten bolschewistischen Vorsitzenden des auf diesem Kongreß gebildeten Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees gewählt.

Seine früheren Schwankungen hatte er jedoch noch nicht ganz überwunden. Anfang November 1917 zählte Kamenew zu denen, die auf Verhandlungen zur Bildung einer »sozialistischen Einheitsregierung« beharr-

ten, ihre Ämter zur Verfügung stellten und aus dem ZK der SDAPR(B) austraten. Sehr schnell erkannte er, daß dieser Entschluß falsch gewesen war und gestand das in einem Brief an das ZK ein.

Ende 1917 beauftragte der Rat der Volkskommissare Kamenew, am Abschluß eines Waffenstillstandes an der Front teilzunehmen. Als Mitglied der sowjetischen Delegation begab er sich nach Brest, wo die Friedensverhandlungen mit den Ländern des deutsch-österreichischen Paktes begannen.

Manchmal wird geschrieben, Kamenew sei im Frühjahr 1918 Vorsitzender des Moskauer Sowjets geworden, und überdies behauptet, daß er auf allen Parteitagen von 1918 bis 1925 in das ZK gewählt wurde. Sowohl das eine wie das andere ist falsch. Kamenew wurde erst im Herbst 1918 Vorsitzender des Moskauer Sowjets, und auf dem VII. Parteitag (März 1918) konnte er nicht in das ZK gewählt werden, da er gar nicht anwesend war. 1918 weilte er größtenteils im Ausland.

Anfang 1918, als die Friedensverhandlungen zum Abbruch kamen und die deutschen Truppen zum Angriff übergingen, fuhr Kamenew in dringendem Auftrage Lenins nach Großbritannien und Frankreich, um diesen beiden führenden Ententeländern die Außenpolitik Sowjetrußlands zu erläutern. Mit großer Mühe erreichte er London, doch eine Woche später wurde er von der britischen Regierung des Landes verwiesen. Die Rückkehr hätte sehr tragisch enden können, denn Kamenew geriet in die Hände von Weißfinnen. Erst im August 1918 traf er nach einem Gefangenenaustausch wieder in Moskau ein.

Während des Bürgerkrieges und der Intervention und auch zu Beginn des Übergangs zur Neuen Ökonomischen Politik konzentrierte sich Kamenew hauptsächlich auf die Leitung des Moskauer Sowjets. Er erfüllte auch andere verantwortungsvolle Aufgaben (unter anderem fuhr er beispielsweise als Bevollmächtigter des Rates für Arbeit und Verteidigung an die Front), und er beteiligte sich intensiv an der Arbeit des Zentralkomitees sowie der bis Mitte der zwanziger Jahre alljährlich stattfindenden Parteitage und Parteikonferenzen.

Kamenew war siebeneinhalb Jahre lang – von März 1919, als das Politbüro gebildet wurde, bis 1926 – Mitglied dieses höchsten Organs des ZK der Partei.

Diese Zeit nimmt einen besonderen Platz in Kamenews politischer Biographie ein, bildet sozusagen ihren Höhepunkt. Diese Periode läßt sich in drei Etappen einteilen: die erste von 1919 bis 1922, als Kamenew unter unmittelbarer Anleitung Lenins arbeitete; die zweite von 1922 bis Anfang 1924, die Krankheitszeit Lenins bis zu seinem Ableben; die dritte seit An-

fang 1924, als Kamenew mit anderen führenden Persönlichkeiten der Partei und des Landes zu den kollektiven Nachfolgern Lenins zählte.

Schon in den Jahren vor der Revolution gehörte Kamenew zu jenen, die engsten Kontakt zu Lenin hatten. Auch 1917 blieb dieses enge Verhältnis erhalten, trotz der damals aufkommenden Diskussionen und der »Episode im Oktober«, möglicherweise wurde es sogar noch enger. Freilich waren nicht die engen persönlichen Beziehungen allein ausschlaggebend dafür, daß Lenin 1922 Kamenew zu einem Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und des Rates für Arbeit und Verteidigung der RSFSR auserwählte und ihm den Vorsitz bei den Beratungen des Politbüros und der Regierung übertrug. Doch hatten sie ihre Bedeutung insofern, als sie die Grundlage bildeten, den anderen Menschen, seinen Charakter und seine moralische Haltung – für die praktische Arbeit eines Leiters von nicht geringer Bedeutung – sehr gut und in seiner Vielseitigkeit zu kennen. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß Stalin zum Beispiel Lenin im täglichen Umgang nie so nahe stand, obwohl er sich sehr darum bemühte.

In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution war es Lenin allein, der alle Regierungsarbeit leitete. Erst 1921 erhielt er die ersten Stellvertreter – zunächst Alexej Rykow, vordem Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrates der RSFSR, und etwas später Alexander Zjurupa, den legendären Volkskommissar für Ernährungswesen aus der Zeit von Bürgerkrieg und Intervention. In diesem Frühjahr 1922 übernahm also auch Kamenew das Amt eines Stellvertreters.

Lenin maß der Arbeit seiner Stellvertreter große Bedeutung bei, sie war ihm Bindeglied, um die Arbeit der höchsten Leitungsebenen im sowjetischen Staatsapparat zu verbessern. An seinem letzten Arbeitstag, den er am 12. Dezember 1922 in seinem Arbeitszimmer im Kreml verbrachte, hatte Lenin eine zweistündige Unterredung mit seinen Stellvertretern Rykow, Kamenew und Zjurupa über die Aufteilung ihrer Pflichten. Die Unterredung wurde nicht zu Ende geführt. Am nächsten Tag, dem 13. Dezember, schrieb Lenin, gezwungen, aus gesundheitlichen Gründen die Arbeit zu unterbrechen, seinen Stellvertretern einen Brief, in dem er ihnen vorschlug, bei der Aufteilung ihrer Aufgaben zu berücksichtigen, daß für die Führung des Vorsitzes und die Kontrolle der richtigen Formulierungen der Dokumente usw. »Gen. Kamenew geeigneter ist, während die rein administrativen Funktionen mehr Zjurupa und Rykow liegen«[2]. Die Empfehlungen Lenins behielten auch nach der Bildung der Regierung im Juli 1923 ihre Gültigkeit.

Dieser letzte Brief Lenins an seine Stellvertreter im Rat der Volkskom-

missare (praktisch leiteten sie zu dritt von Ende 1922 bis Anfang 1924 den Rat der Volkskommissare der RSFSR beziehungsweise der UdSSR) legte die Aufgaben jedes einzelnen von ihnen genau fest. Obwohl Lenin darin Kamenew die Pflichten des Vorsitzenden zuwies, gibt es keinen Grund, daraus zu schlußfolgern, er hätte ihn zu seinem Nachfolger im Rat der Volkskommissare empfohlen.

In heutigen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln taucht ab und zu wieder die Frage auf, ob Lenin einen »Nachfolger« benannt habe. Mit aller Deutlichkeit muß man sagen, daß hierfür keine beweiskräftigen Dokumente bekannt sind. Was hieße das auch: Benennung eines Nachfolgers? In welches Amt oder welche Funktion? Lenins große Autorität beruhte nicht auf der Funktion, sondern auf seiner Anerkennung als Begründer und Führer der bolschewistischen Partei und des Sowjetstaates durch die Massen. Er hinterließ seinen Nachfolgern die Partei und ihre alte Garde, das Zentralkomitee, die aufgerufen waren, die kollektive Leitung des Landes zu sichern und die Einheit zu wahren. Das waren, wie aus Lenins »Brief an den Parteitag«[3] hervorgeht, seine letzten ernsten Sorgen. Dieser als »Vermächtnis« oder »Testament« bezeichnete Brief, Ende 1922, Anfang 1923 diktiert, wurde der Partei und dem Volke mehr als dreißig Jahre lang, bis 1956, vorenthalten; seit Mitte der sechziger Jahre überging man ihn dann wieder stillschweigend. Erst in jüngster Zeit wurde er weithin bekannt. Betrachten wir lediglich einige Momente, die Kamenews Wirken betreffen. In dem Brief charakterisiert Lenin bekanntlich sechs führende Funktionäre der Partei, darunter auch Kamenew, und weist auf ihre persönlichen Unzulänglichkeiten hin. Zu Kamenew heißt es da, »daß die Episode mit Sinowjew und Kamenew im Oktober natürlich kein Zufall war«[4].

Es scheint bemerkenswert, daß Lenin diesen mahnenden Hinweis an die Partei gerade zehn Tage nach dem obengenannten Brief an seine Stellvertreter diktierte, in dem er Kamenew für die Leitung der Regierungsberatungen empfohlen hatte. Ein Vergleich dieser beiden, fast zur selben Zeit verfaßten Dokumente genügt, um feststellen zu können, daß Lenin in Kamenew nicht seinen möglichen Nachfolger sah. Das Leninsche »Vermächtnis« insgesamt besagt, daß keiner der genannten Funktionäre einen solchen Anspruch erheben konnte. Lenins Gedanken waren nicht auf die »Auswahl eines Nachfolgers« gerichtet, sondern darauf, eine Spaltung im Zentralkomitee zu verhindern, dessen Führung zu stabilisieren (in erster Linie durch Stalins Ablösung als Generalsekretär) und die Kollektivität bei der Leitung der Partei und des Landes zu sichern.

Leider wurde Lenins Vermächtnis nicht erfüllt. Zu denen, die ihren Teil

Verantwortung dafür tragen, zählt auch Kamenew, obgleich er all sein Verschulden mit dem Leben bezahlte.

Es wäre ein schwerwiegender Irrtum, führte man den innerparteilichen Kampf, der Mitte der zwanziger Jahre einsetzte, allein auf die persönliche Rivalität in der Parteispitze zurück. Aber daß auch sie diesen Kampf prägte, ihn mitunter verschärfte und komplizierte, daran gibt es heute keinen Zweifel mehr.

Kamenew stand dabei eben nicht abseits. Im ersten Jahrzehnt der Sowjetmacht schien sein Name fast mit dem eines anderen, nämlich Sinowjews, verschmolzen zu sein. Indes war Sinowjew mit seinem Führungsanspruch, seinen Ambitionen und seiner Neigung zu Härte und Skrupellosigkeit ein Mensch, der eher Trotzki ähnelte als Kamenew. Letzterer unterschied sich von Sinowjew durch eine bestimmte innere Intelligenz, durch Sanftmut, ja sogar durch eine gewisse Nachgiebigkeit im Umgang mit anderen. Vielleicht imponierte es ihm, zur ersten Reihe der führenden Kräfte zu gehören – auf mehr legte er schwerlich Wert. Auf jeden Fall war all das ihm fremd, was man heute als »Personenkult« bezeichnet.

Aber man sollte diese tatsächlich bedeutende, zugleich auch widerspruchsvolle Persönlichkeit des politischen Lebens jener Jahre nicht idealisieren. Kamenew ordnete sich durch viele seiner Eigenschaften in das System der kollektiven Leitung ein, offenbarte jedoch auch Merkmale einer »Stammtischpolitik«.

Nur auf ein, zumal wichtiges Merkmal soll hier eingegangen werden, das sein Verhalten zu Lenins letzten Arbeiten betrifft. Kürzlich ist folgendes bekannt geworden: Nachdem der Versuch einiger Funktionäre fehlgeschlagen war, die Veröffentlichung des Leninschen Artikels »Wie wir die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion reorganisieren sollen«[5] zu verhindern und er im Januar 1923 doch gedruckt wurde, schickte man an alle Gouvernementskomitees der Partei ein Rundschreiben des Politbüros und des Orgbüros. Darin gab man unmißverständlich zu verstehen, daß es sich bei den in der Presse erscheinenden Artikeln Lenins nur um Notizen handele, die er unter Krankheitseinwirkung diktiert habe.

Kamenew unterschrieb diesen Brief ohne Bedenken. Natürlich trug der Brief nicht nur seine Unterschrift, aber in diesem Falle hatte die seinige besonderes Gewicht. Er war zu jener Zeit in der Partei schon als derjenige bekannt, der an Lenins schriftlichem Nachlaß arbeitete. Seit 1920 leitete er die Vorarbeiten zur Herausgabe der Gesammelten Werke W. I. Lenins (die ersten drei Ausgaben erschienen unter Kamenews Redaktion). Bereits im Sommer 1917 hatte Lenin aus seinem illegalen Aufenthaltsort an Kamenew geschrieben: »Entre nous: falls man mich umbringt, bitte ich Sie,

mein Heft ›Marxismus und Staat‹ herauszugeben ...«[6] (die Materialgrundlage für die spätere Schrift »Staat und Revolution«). Als Lenin dann erkrankte, übergab er sein Archiv an Kamenew. Es bildete die Grundlage für das 1923 geschaffene Lenin-Institut beim ZK der Partei unter Kamenews Leitung.

Hypothetisch könnte man sagen, Kamenew habe nicht zufällig seine Unterschrift unter das Januar-Rundschreiben gesetzt. Möglicherweise zeichnete sich bereits damals bei ihm eine politische Linie ab, die mit seiner Beteiligung dann zur Geheimhaltung und Nichterfüllung des Leninschen »Vermächtnisses« führte. Der Teil im »Brief an den Parteitag«, der die Beurteilungen über Stalin, Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Bucharin und Pjatakow enthält, war laut Anweisung Lenins »absolut vertraulich« und sollte erst nach seinem Tode auf einem Parteitag verlesen werden. Aber dieses Gebot Lenins wurde übertreten. Lidija Fotijewa, Sekretär des Rates der Volkskommissare und des Rates für Arbeit und Verteidigung und gleichzeitig Sekretär Lenins, informierte Stalin über den Inhalt dieser Diktate. Auch Kamenew wußte darüber Bescheid, denn in einer an ihn gerichteten schriftlichen Erklärung berichtete Lidija Fotijewa über ihren Verstoß (sie sei über die Vertraulichkeitsorder nicht informiert gewesen).

Kamenew wußte zu dieser Zeit auch das: Ungefähr eine Woche zuvor hatte er einen erbitterten Brief Nadeshda Krupskajas erhalten, in dem sie mitteilte, daß Stalin ihr gegenüber empörend ausfällig geworden sei, sie grob beschimpft und bezichtigt habe, die Anordnungen der Ärzte zu verletzen und ihre Befugnis mit der Niederschrift eines von Lenin diktierten Textes zu überschreiten. Reagierte Kamenew in irgendeiner Weise darauf gegenüber Stalin? Aller Wahrscheinlichkeit nach nicht. Nicht umsonst sieht sich Lenin zweieinhalb Monate später, am 5. März 1923, veranlaßt, einen scharfen Brief an Stalin zu diktieren, in dem er einen Abbruch ihrer Beziehungen in Erwägung zieht. Auch davon wußte Kamenew, denn Kopien dieses Briefes (eines der letzten Dokumente Lenins, dem ein neuer Krankheitsanfall am 6. März jede Möglichkeit zum Diktieren und zum Arbeiten nahm) erhielten sowohl er als auch Sinowjew.[7]

Eindeutig ist, daß nicht irgendwelche vereinzelte Fakten oder Diskrepanzen persönlicher Art Lenin veranlaßten, so kompromißlos die Frage nach einer Absetzung Stalins als Generalsekretär aufzuwerfen. Scharfsichtig hatte er das bemerkt, was Kamenew und Sinowjew, denen die persönliche Rivalität mit Trotzki zu schaffen machte, nicht sehen wollten. Doch nicht ihre Beziehungen zu Trotzki waren es, die die Hauptgefahr für die Stabilität des höchsten Gremiums der Partei und einer kollektiven Führung darstellten, sondern, wie Lenin deutlich sagte, die Beziehungen zwi-

schen Stalin, der, »nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert«, und Trotzki mit seinem »Nichtbolschewismus«, seinem Übermaß von Selbstbewußtsein und seiner übermäßigen Vorliebe für administrative Maßnahmen.[8]

Sinowjew und Kamenew, die mit Stalin eine Koalition eingegangen waren und zu der Zeit, als Lenin starb, führende Positionen im Politbüro der Partei innehatten (derzeit gehörten ihm außer den drei Genannten Rykow, Tomski und auch Trotzki als Mitglieder an), setzten sich über den nachdrücklichen Ratschlag des Verstorbenen hinweg, »eine Reihe von Änderungen in unserer politischen Struktur vorzunehmen«[9], ja, sie verwarfen ihn im Kern. Das Ergebnis ihres Lavierens hinter den Kulissen war, daß der XIII. Parteitag der KPR(B) (Mai 1924) mit Lenins letztem Willen lediglich »bekannt gemacht« und somit der Stand der Dinge in der Leitung des ZK beibehalten wurde, was nach Sinowjews und Kamenews Meinung ihnen die Führung in der Partei sicherte.

Nicht auszuschließen wäre ihr persönliches Interesse daran, daß Lenins »Vermächtnis« nicht verbreitet wurde und ihre darin erwähnte »Episode im Oktober« verborgen bliebe.

Es vergingen anderthalb Jahre, und Kamenew, der einst Stalin als Generalsekretär vorgeschlagen und viel dafür getan hatte, ihn entgegen Lenins Willen in dieser Funktion zu belassen, sah sich auf dem XIV. Parteitag (Dezember 1925) gezwungen zu erklären, er sei dagegen, daß Stalin die Partei führe:

»Gerade darum, weil ich es Genossen Stalin schon einige Male persönlich erklärt habe, gerade darum, weil ich es schon mehrmals einer Gruppe von Genossen Leninisten gesagt habe, wiederhole ich es auf dem Parteitag: Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß Genosse Stalin nicht in der Lage ist, die Einheit des bolschewistischen Stabes herzustellen.«

Die stenografische Mitschrift des Parteitages gibt darüber Auskunft, daß dem dramatische Szenen folgten. Kamenew hatte kaum ausgesprochen, da gellten die Rufe durch den Saal: »Stimmt nicht! Unsinn! Jetzt haben wir euch! Jetzt habt ihr die Karten aufgedeckt! Wir lassen euch nicht an die Spitze! Wir wollen Stalin! Stalin!« Die Delegierten erhoben sich von den Plätzen und grüßten Stalin, heißt es emotionslos im Stenogramm. Und weiter ist dort vermerkt, daß der führende Funktionär der Leningrader Parteiorganisation Grigori Jewdokimow gegen die vorhergehenden Stimmen in die Rufe ausbricht: »Es lebe die KPR! Hurra, hurra! Es lebe das ZK unserer Partei! Hurra! Die Partei ist das Höchste! Richtig!« Seine Ausrufe erhielten ebenfalls stürmischen Applaus, wieder erhoben sich die De-

legierten. Doch in ihre Ovationen zu Ehren der Partei und des ZK mischten sich erneut Rufe wie: »Es lebe Genosse Stalin!« Das Stenogramm konstatiert »stürmischen und anhaltenden Beifall, Hurra-Rufe, Lärm«.

Was mag Kamenew wohl in diesem Augenblick gedacht haben, als er auf der Tribüne vor dem tobenden Saal stand? Ob ihm bewußt wurde, daß die Wahrheit, die er über Stalin gesagt hatte, keinen Widerhall finden konnte angesichts seines eigenen und Sinowjews Wirken gemeinsam mit anderen Anhängern der »neuen Opposition« gegen die Linie der Partei beim sozialistischen Aufbau, die er doch ehemals selbst mit ausgearbeitet hatte? Ein solches Lavieren konnte schwerlich die Unterstützung der Mehrheit der Delegierten finden. Sie nahmen Kamenews Erklärung über Stalin mit Mißtrauen auf. Und er tat nichts dazu, seine eigenen groben politischen Fehler ehrlich einzugestehen und auch die prinzipienlose Haltung zum Leninschen »Vermächtnis« aufzugeben.

Die politische Autorität Kamenews nahm sehr schnell ab. Auf dem XIV. Parteitag wurde er zum letztenmal in das ZK gewählt. Das unmittelbar danach tagende ZK-Plenum stufte ihn zum Kandidaten des Politbüros zurück. Auch in seinen staatlichen Funktionen kam es zu Veränderungen: Im Januar 1926 wurde er seines Amtes als Vorsitzender des Rates für Arbeit und Verteidigung der UdSSR und der RSFSR erhoben und zum Volkskommissar für Handel ernannt. Doch auch in diesem Amt verblieb er nur wenige Monate. Feliks Dzierżyński, zu jener Zeit Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrates, schleuderte ihm im Juli 1926 in einer leidenschaftlichen Rede die rauhe Wahrheit ins Gesicht: »Sie beschäftigen sich mit ›Stammtischpolitik‹, aber nicht mit Ihrer Arbeit!«

Diese »Stammtischpolitik« hat schließlich Kamenews politischen Untergang bewirkt. Einige Monate später, auf dem ZK-Plenum im Oktober 1926, wurden Trotzki als Mitglied und Kamenew als Kandidat aus dem Politbüro ausgeschlossen. Hatte Kamenew in den Jahren 1923 und 1924 eine bedeutende Rolle im ideologischen Kampf gegen den Trotzkismus gespielt, so verbündete er sich (desgleichen Sinowjew) nach der Niederlage der »neuen Opposition« auf dem XIV. Parteitag mit Trotzki. Zwar erklärte er, daß ihm die ideologische Position des Trotzkismus fremd sei, billigte aber gleichzeitig dieses prinzipienlose Bündnis, das ihn letztlich in den Fraktionskampf hineinzog. Am 12. November 1927 schloß das Präsidium der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU (B) Kamenew aus dem Zentralkomitee aus, und einige Wochen später wurden er, Sinowjew und einige andere Oppositionelle auf dem XV. Parteitag (Dezember 1927) aus der Partei ausgeschlossen.

Die »Episode im Oktober« war also wirklich kein Zufall gewesen, son-

dern ein Durchbruch kleinbürgerlicher Wesensart, die vom Besten im Bolschewik Kamenew bisher zurückgehalten worden war. Mit »harmlosem« politischem Lavieren hatte Kamenew begonnen, war dann von dem, was sein Lehrer als Vermächtnis hinterlassen hatte, abgewichen und stand nun vor der persönlichen Katastrophe, wobei er objektiv der Sache schadete, der er das ganze Leben lang gedient hatte und an die er aufrichtig glaubte. Der Kampf innerhalb der Partei, der durch die persönliche Rivalität, ja sogar einen Machtkampf zwischen Stalin und Trotzki bei aktiver Mitwirkung Sinowjews und Kamenews verschärft wurde, mußte negative Folgen haben. Es geschah das, wovor Lenin 1922 besorgt gewarnt hatte, als er auf die Gefahr eines Kampfes in der dünnen Schicht der alten Parteigarde hinwies, deren Autorität so geschwächt werden könnte, daß eine Entscheidung schon nicht mehr von ihr abhänge. In dieser Situation festigte sich, äußerlich zunächst kaum bemerkbar, die autoritäre Macht Stalins, und es setzte ein allmähliches Abschwenken von den Leninschen Leitungsprinzipien der Partei ein.

1928 verurteilte Kamenew seine oppositionelle Betätigung und wurde daraufhin wieder in die Partei aufgenommen. Von der großen Politik hatte er sich bereits für immer zurückgezogen. In den folgenden Jahren leitete er den Verlag »Akademija«. Nachdem er gezwungenermaßen auch das Lenin-Institut verlassen mußte, für dessen Entstehen er so viel geleistet hatte, schuf er das Institut für Weltliteratur beim Zentralexekutivkomitee der UdSSR und wurde dessen erster Direktor. Ende der zwanziger Jahre widmete sich Kamenew wieder den Studien zur Geschichte des revolutionären gesellschaftlichen Denkens in Rußland, mit denen er sich in der Zeit vor der Revolution befaßt hatte. Heute weiß kaum noch jemand, daß eines der ersten Bücher aus der Serie »Das Leben berühmter Leute« von Lew Kamenew stammt: sein Buch über Nikolai Tschernyschewski, veröffentlicht 1933.

Dieses Leben Kamenews fernab von der großen Politik verlief aber bei weitem nicht ungetrübt. Er wußte sehr gut, daß er sich ständig im Visier Stalins und seiner Anhänger befand. Das machte sich unterschiedlich bemerkbar. Manchmal waren die Hinweise darauf recht harmlos, wenn er beispielsweise in einem Zeitungsartikel von Kalinin las, »kurz vor der Oktoberrevolution war Stalin einer der wenigen, mit denen Lenin über den bewaffneten Aufstand entschied, wobei das vor Sinowjew und Kamenew geheimgehalten wurde«. Dann aber ging es härter zu, wie im Herbst 1932, als Kamenew wegen des »Falles Rjutin« (»Bund der Marxisten-Leninisten«) erneut aus der Partei ausgeschlossen und nach Minussinsk verbannt wurde.

1933 kehrte er nach Moskau zurück. Er wurde wieder in die Partei aufgenommen. Es hatte den Anschein, als verliefe sein Leben wieder in geordneten Bahnen. Doch das hielt nicht lange an.

Kaum war die Nachricht von dem Mord an Sergej Kirow eingetroffen, da ahnte Kamenew aller Wahrscheinlichkeit nach, daß die Abrechnung unmittelbar bevorstand. Wie hätte er das auch nicht ahnen sollen? Denn Koba, der sich vor siebzehn Jahren zusammen mit ihm im Waggon eines Zuges, der sie aus Atschinsk brachte, hatte durchschütteln lassen, war jetzt mit einem Sonderzug in Begleitung von Sondereinheiten der Sicherheitsorgane nach Leningrad gestürzt und hatte dort am Sarge Kirows geschworen: »Leb wohl, mein teurer Freund. Wir werden dich rächen!«

An wem wollte man sich rächen? Die Antwort erübrigt sich. In den Zeitungsspalten erschienen neben der Erklärung, daß »die Person des Verbrechers, der Kirow ermordet hat, aufgeklärt wird«, bösartige Überschriften, die dazu aufriefen, »mit den Trotzkisten und anderen Doppelzünglern abzurechnen«. In der Nacht zum 16. Dezember 1934 fuhren in der Moskauer Karmanizki-Gasse, wo Sinowjew und die zweite Familie Kamenews wohnten, die Wagen des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) vor.

Obwohl es in der offiziellen Erklärung des NKWD hieß, daß im Falle Sinowjews, Kamenews, Jewdokimows und anderer Inhaftierter »nicht genügend Indizien für eine Überstellung an das Gericht« vorhanden waren und die Genannten nur ausgewiesen werden sollten, wurde ein Gerichtsverfahren (und nicht nur eines) durchgeführt. Im Januar 1935 wurde Kamenew zu fünf Jahren Gefängnishaft verurteilt. Im Sommer des gleichen Jahres wurde er noch einmal verurteilt; der Freiheitsentzug erhöhte sich auf die damals höchste Haftstrafe von zehn Jahren. Darüber hinaus gab es noch die »Höchststrafe« (die Todesstrafe). Sie wurde am Ende des unheilvollen Augustprozesses im Jahre 1936 verhängt und vollzogen. Stalin hatte abgerechnet.

Doch diese Abrechnung ging weiter. 1935 war der ältere Sohn Kamenews, der dreiunddreißigjährige Flugzeugingenieur Alexander, verhaftet worden; 1938 wurde er erschossen. Juri, der jüngere Sohn, mit sechzehn Jahren gerade halb so alt wie sein Bruder, besuchte noch die Schule. Auch ihn verurteilte man 1938 zur Höchststrafe und vollstreckte sie. Die Mutter beider, Olga Dawydowna, wurde im Herbst 1941 erschossen. Auch Kamenews jüngerer Bruder Nikolai kam mit seiner Frau ums Leben. Sogar Tatjana Glebowa, die Kamenew in seinen letzten Lebensjahren nahe stand, wurde ermordet. Aber selbst das war zu wenig. Der Enkel Witali, ein Sohn Alexanders, der seinen Großvater kaum gekannt hatte, geriet

gleich nach Schulabschluß 1951 ins Gefängnis. Die dem folgende Verbannung hätte mit dem Schlimmsten enden können, wäre nicht das Jahr 1953 gewesen.

Gewiß wird die wahrhaft menschliche Tragödie, die Kamenew am Ende seines kurzen Lebens – er wurde nur dreiundfünfzig Jahre alt – durchgemacht hat, sich in der Betrachtungsweise seiner politischen Biographie so oder so widerspiegeln. Es braucht außerdem Zeit, um alle falschen Vorstellungen, die sich seit den dreißiger Jahren festgesetzt haben, abzustreifen. Haben wir doch eben erst begonnen, uns tieferes Wissen für die Beurteilung Lew Borissowitsch Kamenews anzueignen und ihn als einen namhaften Bolschewik und Kommunisten anzusehen.

Dieses Urteil hat Lenin über ihn abgegeben. Man darf es nicht vergessen.

Namen, die zurückgekehrt sind.
Sammlung publizistischer Aufsätze
in zwei Bänden, Band I,
Moskau 1989, S. 211–233, russ.
Übersetzt von Sibylle Kubale.

1 *Koba* – Deckname Jossif Stalins.
2 W. I. Lenin: Werke (im folgenden LW), Ergänzungsband Oktober 1917–März 1923, S. 456.
3 Siehe LW, Bd. 36, S. 577–582, 588/589.
4 Ebenda, S. 579.
5 Siehe LW, Bd. 33, S. 468–473.
6 W. I. Lenin: Briefe (im folgenden LB), Bd. IV, S. 441.
7 Siehe LB, Bd. IX, S. 336.
8 Siehe LW, Bd. 36, S. 579.
9 Ebenda. S. 577.

Hinweise auf weitere Quellen

1. Bücher

Enzyklopädisches Lexikon des Russischen Bibliographischen Instituts Granat (Энциклопедический словарь Русского Библиографического Института Гранат), Bd. 41

- Teil 1, Moskau 1924. Mit den Artikeln:
  Nikolai Iwanowitsch Bucharin: Autobiographie (Nachdruck in: N. I. Bucharin: Ausgewählte Werke, Leningrad 1988, russ.; dt. Übers. in: Deutsche Volkszeitung/die tat, 7. Oktober 1988)
  F. Musyka: Lew Borissowitsch Kamenew
- Teil 2, Moskau 1925. Mit dem Artikel:
  Alexej Iwanowitsch Rykow (sein Leben und seine Tätigkeit)
- Teil 3, Moskau 1926. Mit dem Artikel:
  Lew Dawydowitsch Trotzki: Biographie

Namen, die zurückgekehrt sind (Возвращенные имена)

- Bd. I, Moskau 1989. Mit den Artikeln:
  Wladimir Amlinski: Auf verlassenen Gräbern ... (Über Nikolai Bucharin)
  Dmitri Schelestow: Leben und Tragödie (Über Grigori Sinowjew)
- Bd. II, Moskau 1989. Mit dem Artikel:
  W. Kolodjoschny, N. Tepzow: Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare (Über Alexej Rykow)

2. Artikel in Zeitungen und Zeitschriften

Über Nikolai Buchorin

F. Firsow, A. Tschikowani: Politische Biographie N. I. Bucharins. In: Woprossy Istorii KPSS, 1987, Nr. 7

L. Schkarenkow: N. I. Bucharin. In: Woprossy Istorii, 1987, Nr. 7 .

Über Alexej Rykow

R. Lynow: A. I. Rykow – Revolutionär, Politiker und Mensch. In: Iswestija, 5. März 1988

D. Schelestow: Damals, Anfang der zwanziger ... In: Nedelja, 1988, Nr. 16

A. Senin: Alexej Iwanowitsch Rykow. In: Woprossy Istorii, 1988, Nr. 9

Über Lew Trotzki

A. Radsichowski: Angst vor der Demokratie. Entwurf eines sozialpsychologischen Porträts L. D. Trotzkis. In: Soziologitscheskije Issledowanija, 1989, Nr. 6

A. Sidorow: Parteigeschichte als Wissenschaft. Die Überwindung von Stereotypen. In: Woprossy Istorii KPSS, 1989, Nr. 6

N. Wassezki: Die Liquidierung. Wer ermordete Trotzki und warum: Zeugnisse und Versionen aus verschiedenen Jahren. In: Literaturnaja Gaseta, 4. Januar 1989

G. Wodolasow: Die Entscheidung der Geschichte und die Geschichte der Alternativen. Nikolai Bucharin gegen Leo Trotzki. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 1990, Nr. 1

D. Wolkogonow: Der Dämon der Revolution. In: Prawda, 9. September 1988

Über Grigori Sinowjew

Grigori Sinowjew. Leben und Kampf. In: Nedelja, 1988, Nr. 29

G. Sinowjew: Erinnerungen. In: Iswestija ZK KPSS, 1989, Nr. 5

Über Lew Kamenew

R. Medwedew: Kamenew. Striche zu einem politischen Porträt. In: Literaturnaja Gaseta, 9. Mai 1989

D. Schelestow: Fünf Briefumschläge. Sie enthalten fast alles, was von der Familie L. B. Kamenews übriggeblieben ist. In: Nedelja, 1988, Nr. 25

Inhalt

Grigori Sinowjew

Lew Kamenew

Abbildungsnochweis
Dietz Verlag Berlin, Bildarchiv (1)
Zentrales Parteiarchiv des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (4)
Fotoreproduktion: Dietz Verlag Berlin, Renate und Horst Ewald (1)

In Vorbereitung:

Leo Trotzki
Mein Leben

etwa 550 Seiten, Ln/SU, 22,80 M
Bestellangaben: 738 844 4/Trotzki, Mein Leben

1929 hatte Lew Trotzki – auf Anregung des S. Fischer Verlages – begonnen, auf seiner Exil-Insel Prinkipo, nahe Istanbul, eine Autobiographie zu schreiben. Sich als »Weltführer der antistalinistischen Opposition innerhalb der kommunistischen Bewegung« verstehend, verfolgt er die Bahn seines Lebens: Rußland, die Revolution von 1905 bis 1907, Exil, die Oktoberrevolution, das Entstehen des Sowjetstaates – Ereignisse, Daten, die sein Leben prägten, die er entscheidend mitgestaltete. An seiner Seite kämpften Bolschewiki verschiedenster Couleur, allen voran Lenin. Ihn charakterisiert Trotzki beinahe liebevoll, während er mit seinem »ewigen« Kontrahenten Stalin erbarmungslos abrechnet.

Am 20. August 1940 wurde Lew Dawydowitsch Trotzki in seinem Haus im mexikanischen Exil ermordet. Stalins Schergen hatten ihn »eingeholt«.



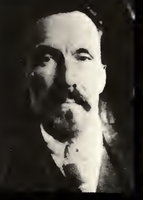
Bucharin

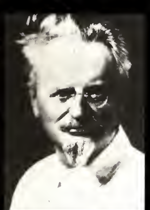
Rykow

Trotzki

Kamenew

Sinowjew









ISBN 3-320-01547-8